

Hermann Jacobs:

Das NÖS als Widerspruch

**Vier Arbeiten aus knapp zwei
Jahrzehnten und ein Briefwechsel
mit Wolfgang Berger, Berater
Walter Ulbrichts, aus dem Jahr 1965**

Hrsg: offensiv

Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

H. Jacobs: NÖS

Bodenfelde, November 2021

Herausgeber und Verleger:

Zeitschrift offen-siv, Frank Flegel

Kontakt und Bestellungen:

Mail: redaktion@offen-siv.com, Tel: 05572 - 999 22 42

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover

IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77,

BIC: SPKHDE2HXXX;

Redaktionelle Betreuung:

Zeitschrift offen-siv, Anna C. Heinrich und Frank Flegel

Druck:

Druckservice orbital, Wolfgang Lange, Rielasingen-Worblingen

Copyright:

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN: 978-3-9818899-7-0

13,00 €

Redaktionsnotiz.....	3
Zur Einführung.....	5
Das Paradoxon des NÖS.....	16
Zum Verhältnis von Preisreform und Lohnreform im NÖS der DDR.....	27
Der umkämpfte Sozialismus – „Kollektive materielle Interessiertheit“....	60
Das NÖS als Widerspruch“.....	112
Moral, wo fängst Du an?.....	162
Vorbemerkung.....	162
Als erstes mein Brief an das ND, 23.4.1965.....	164
Ich erhielt zunächst Antwort vom ND, 26.4.1965.....	172
Wolfgang Berger übersandte mir daraufhin unter dem 5. Mai 1965 die folgende Antwort.....	172
Ich antwortete, 11.5.1965.....	173
Dieser Brief war Wolfgang Berger Anlass zu einem zweiten Brief an mich, 20.5.1965.....	179
Nunmehr mein dritter Brief.....	181
Erläuterung des behandelten Problems.....	183
Lebensdaten des Autors.....	187

Redaktionsnotiz

Die Diskussionen um die Frage von marktwirtschaftlichen „Reformen“ im Sozialismus reißen nicht ab. Da es sich dabei sehr häufig um Darlegungen handelt, die eher Glaubenssätzen denn analytischen Begründungen ähneln, wollen wir mit dieser Veröffentlichung versuchen, etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen.

Dazu sind mehrere nicht ganz einfache Fragen zu beantworten, hier einige Beispiele:

-Was ist der Lohn im Sozialismus? Wert der Ware Arbeitskraft, wie im Kapitalismus? Aber gibt es im Sozialismus überhaupt den Wert der Ware Arbeitskraft? Und: ist denn die Arbeitskraft im Sozialismus überhaupt eine

Ware? Oder ist der Lohn ein Zuwendungsfonds für Konsumgüter? Da schließt sich die nächste Frage an:

- Was ist der Preis im Sozialismus? Der Ausdruck des Wertes der Ware? Aber: Misst der Sozialismus seine Ökonomie überhaupt an Warenwerten? Zumindest in längeren Perioden der Geschichte des Sozialismus waren die Preise kein Ausdruck der Werte, sondern in einigen Bereichen - gesellschaftlich gewollt - sehr niedrig, siehe Nahverkehr, Mieten, Grundnahrungsmittel usw., also für die Bereiche der grundlegenden Lebensmittel. Das führt zur nächsten Frage:

- Was ist das Geld im Sozialismus? Maß der Werte wie im Kapitalismus? Offensichtlich war es das nicht. Was war es dann und welche Funktionen hat es erfüllt – und welche nicht? Auch hier schließt sich wieder eine neue Frage an:

- Was bedeutet der Begriff Rentabilität im Sozialismus? Die Rentabilität des Einzelbetriebes oder die gesamtgesellschaftliche Rentabilität? Hier scheiden sich die Geister ganz extrem: Zur Zeit Stalins ging es in erster Linie um die gesamtgesellschaftliche Rentabilität, später wurde das verändert und das Hauptaugenmerk auf den individuellen Betriebsgewinn als Kennzeichen für Rentabilität gelegt. Was hat das für Folgen für die gesellschaftliche Ökonomie gehabt? Es ergeben sich jede Menge Fragen, aber wir wollen das hier nicht ausweiten, sondern in dieser Redaktionsnotiz nur noch eine einzige weitere stellen:

- Bringt das Implantieren marktwirtschaftlicher Elemente in die Planwirtschaft Widersprüche in die sozialistische Ökonomie?

All diesen Themen und noch einigen mehr geht Hermann Jacobs nach. Der Anlass für das Verfassen der hier publizierten Arbeiten war das „NÖSPL“ oder kurz „NÖS“, welches Anfang/Mitte der 60er Jahre in der DDR diskutiert und auch in Anfängen umgesetzt, dann aber abgebrochen wurde, leider ohne breite gesellschaftliche Diskussion, was dazu führte, dass die Thesen des NÖS an den ökonomische Lehrstühlen der DDR nicht verschwanden, sondern mit der Zeit immer größeren Raum einnahmen. Obwohl es heute weder die DDR noch deren ökonomische Lehrstühle mehr gibt, wirkt das NÖS noch immer nach. Nach der Konterrevolution traten Kräfte hervor, die die These vertraten (und es immer noch tun), dass eine frühere Reformpolitik hin zur

Marktwirtschaft den Sozialismus hätte retten können. Hermann Jacobs dazu: „Und so wurde auch das NÖS (neben anderen Reformen diesen Charakters) wieder aus der Versenkung hervorgeholt und als nun jenes System gepriesen, das den `Untergang des Sozialismus verhindert hätte“.

Es ist kein leichter Stoff, den wir Euch hier vorlegen. Aber wenn wir in der gerade angeschnittenen Diskussion auf wissenschaftlichem Boden bleiben wollen, müssen wir die Ebene von Glaubensbekenntnissen verlassen. Dazu muss eine solche Analyse wie die vorliegende sein. Also: Beißt Euch durch! Auch wenn man etwas nicht auf Anhieb begreift, lohnt sich das Weiterlesen, denn die Probleme werden mehrfach und aus unterschiedlichen Winkeln beleuchtet, so dass das Gesamtbild erst durch das Weiterlesen entsteht.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Hermann Jacobs: Zur Einführung

Der Titel dieses Buches - „Das NÖS als Widerspruch“ - ist Programm. Denn das NÖS litt in der Tat an einem Widerspruch: Preise sollten, wenn wieder nach dem Wert/Wertgesetz bestimmt, sinken, Löhne aber, die aufgrund dieser Preise gebildet wurden, steigen. Das wäre früher oder später an seine Grenze gestoßen.

Wer je das Buch „Das Kapital“ von Karl Marx gelesen (und verstanden) hat, weiß, dass das nicht geht, dass das also ein Widerspruch ist. Wenn Preise sinken (weil die Werte), dann sinken auch die Löhne, die nichts als immanente Größen dieser Preise sind. Sie können, so Marx` kritischer

Einwand in die kapitalistische Entwicklung der Warenproduktion (die erst den Lohnarbeiter, damit die Lohnfrage hervorgebracht hat), langsamer/geringer sinken als die Preise, dann werten sie mindestens in ihrer Kaufkraft, also in Mengen Gebrauchswerten auf. Der Mehrwert, der an den Kapitalisten fällt (damit *er* expandieren kann) steigt dennoch, nur eben geringer/langsamer.

Aber Preise wie Werte, Löhne jedoch wie ... keine Werte – so ja das NÖS, „das geht gar nicht“. Löhne bilden sich ja aus Preisen, ergo aus – im Falle des NÖS, *auch* des NÖS – *sinkenden* Preisen. Ein an sich steigender Lohn wäre damit ein Widerspruch in *adjecto* (in sich selber).¹

Ich lege hier - neben einem Briefwechsel mit Wolfgang Berger, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsstab Walter Ulbrichts im Anschluss an die Verkündigung des NÖS im Jahr 1965 - vier Arbeiten vor, in denen ich den inneren Widerspruch des NÖS darlege; geschrieben sind sie erst nach der DDR (1998, 2003 und 2013). Warum so spät, 40 bis 50 Jahre nach dem NÖS? Nun, das NÖS wurde zwar verkündet (1962/63), aber nie verwirklicht. Es verschwand wieder von der gesellschaftlichen Bühne der DDR. Es lag damals also kein Grund vor, sich ausgiebig mit dem NÖS zu beschäftigen (ich schrieb nur Briefe dazu, auch an Walter Ulbricht direkt, an das ZK der SED bzw. ausgewählte Personen).

Nach der DDR aber entstand dieser Grund - mit sogar brachialer Gewalt. Es galt ja, den Abgang der Sowjetunion, DDR usw. aus der Geschichte zu erklären. Man sprach vom „Zusammenbruch des Sozialismus“ - auch aus „ökonomischen Gründen“, also Gründen seines ökonomischen Systems. Man stellte die Frage - auch provoziert durch China - ob ein anderes ökonomisches System diesen Abgang des Sozialismus verhindert hätte. Und so wurde auch das NÖS (neben anderen Reformen diesen Charakters) wieder aus der

¹ Ich lege hier die Praxis der Warenökonomie noch so dar, wie Marx sie in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ dargelegt hat. Wir wissen aber inzwischen, dass es diesen Kapitalismus mit den Werten sinkender Preise nicht mehr gibt. Stattdessen haben wir einen Kapitalismus der permanenten Entwertung des Geldes wie der Preise, also ein inflationäres Preis-Geld-System. Wer aussagekräftig für die reale Geschichte der Warenökonomie sein will, also Gläubiger des Wertgesetzes geblieben ist, muss den Mechanismus Preis-Lohn historisch entwickelt, auf dieser neuen Basis, darlegen wie erklären können.

Versenkung hervorgeholt und als nun jenes System gepriesen, das den „Untergang des Sozialismus verhindert hätte“.

Das waren nicht äußere Kritiker des Sozialismus, Brotgänger des Kapitalismus, sondern durchaus auch innere, auch „kommunistische“ Kritiker des Sozialismus. Man muss also, wenn noch einmal eine Replik auf das NÖS beginnt, sich dessen bewusst sein, dass es auch um das „Verhindern einer Spaltung in den eigenen Reihen“ geht.

Dass das NÖS uns den Sozialismus bewahrt hätte, dieser Glaube ist natürlich gewollt, ist einfach Bekenntnis (zu Ware, Wert, Wertgesetz usw.), denn bewiesen oder gar beweisbar ist das nicht²

Aber wir müssen uns beim NÖS mit jener - im Grunde den realen Sozialismus revidierenden, also revisionistischen - Erklärung auseinandersetzen. Deshalb meine „späten“ Arbeiten. Ich habe vier ausgewählt: „Das Paradoxon des NÖS“, „Zum Verhältnis von Preisreform und Lohnreform im NÖS der DDR“, „Der umkämpfte Sozialismus - `Kollektive materielle Interessiertheit“, und „Das NÖS als Widerspruch“, die gründlichste Arbeit unter diesen vieren.

Das NÖS also:

Beim *Neuen ökonomischen System der DDR* (das 1963/64 im Anschluss an eine vom sowjetischen Ökonomen J. Liberman³ ausgelöste Debatte initiiert

² Auch China ist der Beweis nicht, denn Chinas Ökonomie ist ein System doppelten Charakters, also auch inneren Widerspruchs: einerseits kapitalistisches System plus beigefügten staatlichen ökonomischen Kontrollen dieses Systems.

³ *Redaktion offen-siv*: Jewsei G. Liberman: Von 1947 bis in die 1950er Jahre leitete Liberman ein Kollektiv von Wirtschaftswissenschaftlern, das mit der Planung der Maschinenbauindustrie in und um Charkow beschäftigt war. Auf der Grundlage dieser Studien entwickelte Liberman Vorschläge zur Reform der ökonomischen Mechanismen der sozialistischen Industrie, die er dem ZK der KPdSU vorlegte und die am 9. September 1962 in der Prawda unter dem Titel *План, прибыль, премия* veröffentlicht wurden. Seine Vorschläge liefen auf die Integration kapitalistischer Mechanismen wie die Motivation durch Profit in die Planwirtschaft hinaus. Er war aktiv an der Diskussion und Ausarbeitung der sowjetischen Wirtschaftsreformen von 1965 beteiligt. Im bekanntesten Beitrag entwickelte er ein recht einfaches Konzept: Den Betrieben seien zum einen quantitative Planaufgaben, vorwiegend im

wurde) stellt sich natürlich die Frage, ob es sich tatsächlich um ein *neues* ökonomisches System gehandelt hat. Diese Frage möchte ich bejahen. Ob es allerdings auch (oder noch) ein System des Übergangs zum Kommunismus gewesen wäre, stelle ich in Zweifel. Es war ein System mit einem anderen Gewicht im Verhältnis zur Ökonomie des Kapitalismus, d.h. ein anderes System der Lösung von diesem, in dem ein Spagat versucht wurde von einerseits einem anderen *Subjekt* in der Ökonomie, andererseits aber keinem anderen *Objekt* der Ökonomie. Der *Kapitalist*, d.h. der Privatbesitzer an den sachlichen Mitteln der Produktion, sollte überwunden werden, aber bei Erhalt des Systems der ökonomischen Kategorien, nach denen sich der *Kapitalismus* bewegt.

Belegschaften kapitalistischer Betriebe sollten an die Stelle ihrer privaten Besitzer treten – insofern eine neue Subjekt-Bestimmung, und damit auch die Übernahme der Gesellschaft durch Arbeiter, also Sozialismus resp. Sozialismus als Vorstufe des entwickelten Kommunismus dem Subjekt nach. Das *Kapital als Verhältnis* der ökonomischen Bewegung aber sollte bleiben – insofern eine alte Objektbestimmung für die Belegschaften/Arbeiter der Betriebe, d.h. die Arbeiter übernehmen zwar die Gesellschaft, eine andere Bewegungsvorstellung für sie entsteht aber nicht. Die Betriebe/Belegschaften eignen an, was der Kapitalist angeeignet hat – den Wert der Waren, und verwerten das Angeeignete wie es der Kapitalist verwertet hat – vermehrt.

Frage: Kann so eine erste Vorstellung von einer Ökonomie des Kommunismus entstehen? Oder bleibt es noch immer bei einer, nun wohl letzten Vorstellung vom Kapitalismus? Was entsteht gesellschaftlich, wenn die Arbeiter nur die Person der Geschichte wechseln, nicht aber mit dieser Person deren Verhältnis? Hat der Kommunismus, haben die Arbeiter kein eigenes Verständnis von Ökonomie wie dann auch Verhältnis zur Ökonomie?

Es könnte an den überraschenden Neuheiten des ersten - aus der Sicht des NÖS „alten“ - ökonomischen Systems des Sozialismus liegen, dass noch

Naturalausdruck, zuzuweisen. Unter der Voraussetzung ihrer Erfüllung müsse die Rentabilität zur Hauptbewertungskennziffer der betrieblichen Leistung werden. Bei Überschreiten einer branchenspezifisch oder einzelbetrieblich festzulegenden Normrentabilität dürften die Betriebe beachtliche Anteile des Mehrgewinns behalten. (Quellen: Prokla 1987: Perestroika und wikipedia)

einmal der Rückgriff auf den Kapitalismus versucht wurde – diese Konzession möchte ich oder muss die Theorie machen. Ich erwähne hier nur den Umstand, dass es auch zu Preisen kam, die lohnseitig nicht mehr gedeckt (! durch den Preis nicht mehr gedeckt) waren, also, wie es im Sprachgebrauch heißt, „subventioniert werden mussten“.⁴ Aber das ist nicht die ANTWORT. Eine wirkliche Antwort muss Beides enthalten: Aufklärung/Erklärung des ersten ökonomischen Systems des Sozialismus – hinsichtlich seines Subjekt- und Objekt-Verhältnisses, hinsichtlich der Besonderheiten seines Preis-, Geld- wie Lohnsystems – und *wie diese noch zu entwickeln waren (!)*, und zweitens exakte Analyse noch einmal des kapitalistischen ökonomischen Systems – an sich, im Marxschen Geist, und wie es konkret im Neuen Ökonomischen System der DDR resp. in den Reformen gleichen Sinns im Sozialismus verarbeitet werden sollte.

Dann wissen wir mehr.

Dazu nun vier Ausarbeitungen von mir, die dieses Wissen vermitteln sollen. Zu Beginn eine Einführung in sie. Sie erklärt, wie ich Kritiker des NÖS wurde. Doch zuerst: Was erklärt den Kommunismus selbst?

Ist der Kommunismus nicht erklärt? Nein, er ist noch immer nicht erklärt. Dafür spricht keineswegs nur ein überraschendes Ende des ersten Kommunismus⁵ in der Sowjetunion und weiter in Osteuropa einschließlich

⁴ Das waren einfach Preise der Produkte solcher Betriebe, deren Produktivität langsamer gestiegen als der Anstieg der Produktion der Abteilung II/Konsumtionsmittel insgesamt ausgefallen, und auf dem der Lohnanstieg im Allgemeinen beruhte. D.h. der sogenannten betrieblichen Unrentabilität stand die gesellschaftliche Gesamtrentabilität gegenüber (siehe auch Stalin „Ökonomische Probleme ...“, worin erstmals auf diese gesellschaftliche Form der Rentabilität hingewiesen wurde). Im NÖS ist das nicht begriffen worden bzw. sollte nicht begriffen werden; weshalb es zu der Forderung im NÖS kam, Löhne wieder an Gewinne zu binden. Natürlich ist der NÖS-Vater auch zu verstehen, aber die Rückbesinnung auf die bürgerliche ökonomische Form beruht auf Unkenntnis der neuen, sozialistischen ökonomischen Form.

⁵ Ich schicke voraus: Es gehört mit zu meiner Referenz, keinen Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus zu machen; Sozialismus ist für mich die 1. Periode des Kommunismus, also sein Beginn; er ist Kommunismus „mit Zusatz“ – gemeint

der DDR. Dafür sprechen auch innere Kämpfe in eben diesem Kommunismus selbst, der nicht zur Ruhe kam hinsichtlich der *Form*, in der der Kapitalismus (!) in diesen Ländern ein Ende und der Kommunismus seinen Beginn finden sollte. Auch diese Kämpfe bedürfen noch immer einer bis zur Erklärung ihrer Ursachen geführten Beantwortung.

Mag auch der Kommunismus in seiner Kritik am Kapitalismus begründet sein, der Kommunismus insofern in seiner Voraussetzung erklärt sein, d.h. gibt es durchaus *den antikapitalistischen Kommunismus*, so gibt es dennoch nicht den Kommunismus in seiner Durchsetzung als eine eigene Gesellschaftsordnung; es gibt noch nicht *den des Kommunistischen bewussten Kommunismus*. (Oder auch so: Den des Kommunistischen bewussten Kommunisten). D.h. es gibt bereits seine Praxis, aber mehr in ihrer ersten, noch politischen Form, weniger schon in ihrer ökonomischen Form. So ist der Kapitalismus ausgebildet, und entsprechend die Kritik an ihm, d.h. man kann von einem ausgebildeten Kommunismus in Bezug auf den Kapitalismus sprechen, von einem ausgebildeten Kommunismus in Bezug auf die Gesellschaft, auf die der politische Anspruch erhoben, noch nicht. 50 Prozent, die Hälfte seiner gesicherten Erklärung, fehlen noch.

So lohnt noch immer der theoretische Kampf um ihn, den Kommunismus. Entsprechend offen *den Subjekten nach* muß er geführt werden. Überzeugungen sind erlaubt, Bereitschaft zum Respekt anderen Denkens gewährt sein. Stillstand in der Theorie wäre jetzt das größere Problem.

*

Der Beginn meiner theoretischen Arbeiten und damit *meiner* Erklärung des Kommunismus fällt in das Jahr 1963; er ist begleitet resp. folgt einem doppelten Ereignis: einerseits einer Lohnreform in der DDR (1962), von der ich direkt betroffen war, andererseits dem „Großereignis“, mit dem die DDR-Politik wie DDR-Wissenschaft die Initiative bei der „nun endlich richtigen formativen Bestimmung des Sozialismus“ ergreifen wollte⁶ – eine doppelte

ist das Prinzip der Verteilung „nach Leistung“. Ansonsten aber handelt es sich ab dem „Sozialismus“ um originären Kommunismus.

⁶ Ich meine die Begründung der 1. Periode des Kommunismus, auch Sozialismus genannt, als „eigene Gesellschaftsformation“ durch Walter Ulbricht.

Herausforderung an mich, der ich doch „nur“ (zunächst) das Verhältnis von Produktivität und Lohn in dieser Ordnung bestimmt sehen wollte. Die richtige Bestimmung des sozialistischen Lohnes – resp. Leistungsprinzips, wie Marx voraussagte – konnte daher nur getroffen werden in einer klaren Auseinandersetzung mit dem Reformprojekt der SED, des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“, kurz NÖS, also des deutschen Beitrages zur Theorie und Praxis des Kommunismus.

1957 Stück-Lohn-Arbeiter geworden, hatte ich - wie alle anderen Arbeiter auch - von der seit 1948/49 in der DDR praktizierten Möglichkeit profitiert, Normen weit, bis fast an die 200%-Marke heran, übererfüllen zu können.

Solange in der ganzen Lohnfrage in der DDR Wildwuchs herrschte, war das kein Problem; anders wurde es, als mit der Lohnreform von 1962 die Normenübererfüllung wieder auf das Niveau von 100% zurück“gefahren“ werden sollte. Dazu musste die Normübererfüllung natürlich berechnet werden. Wie hoch war denn aber die Übererfüllung, wenn Arbeiter unterschiedlicher Lohngruppen die Arbeit der nur einen Lohngruppe ausführten? An meinem Arbeitsplatz waren das Arbeiter der Lohngruppen 4 bis 6, die Arbeit selbst war aber in 6 eingestuft, besaß also einen um zwei Gruppen höheren Lohnfaktor als ein Arbeiter der Lohngruppe 4.

Es kam nun dazu, dass die unterste Lohngruppe oder die des niedrigst qualifizierten Arbeiters zur Errechnung des Prozentsatzes der Übererfüllung herangezogen wurde. Dadurch war natürlich die höchste Übererfüllung „errechnet“ - mit der Folge, dass wir Schweißer bei einer 100-Prozenterfüllung statt bisher 42 Stück (Böden in Kondensator-Gehäusen) nunmehr 48 Stück einzuschweißen hatten. Hätte die Lohngruppe des einzigen Arbeiters (unserer Gruppe) in der Lohngruppe 6 der Neuberechnung der Norm zugrunde gelegen, wäre es bei den 42 Böden geblieben. Dieser Kollege kündigte daraufhin den Betrieb, und wir „anderen“ ... schweißten eben die 48 Stück. Bei 100% Normerfüllung.

Theoretisch hätten wir den Doppellohn verloren, würde nicht in dieser Lohnreform bestimmt worden sein – anders als noch in der Reform des 17.

Juni 1953⁷ -, zusätzlich zum Tariflohn einen Mehrleistungslohn zu zahlen, dessen Höhe dem Lohn aus der bisherigen Normenübererfüllung entsprach. Bis auf die stoffliche Korrektur also derselbe Lohn wie vor der Reform, nur anders geordnet.

Für mich war das der Anlass, mich näher mit der Ökonomie - und ich meine die *Theorie* der Ökonomie „des Sozialismus“, aber auch allgemeiner - zu beschäftigen. Ich hatte mit der Lohnfrage zu beginnen, denn durch sie wurde ich herausgefordert (durch besagte Reform). Was ist Lohn, worauf bezieht sich Lohn, was führt zur Lohnerhöhung? Eine erste, wichtige Antwort: Nicht die Erhöhung „meiner“ Produktion - oder die „meines“ Betriebes -, sondern einer gesellschaftlichen: des Teils der Produktion, in dem unmittelbar Konsumgüter produziert werden: von Marx Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion genannt. Wenn also *hier* mehr produziert, dann mehr Lohn. Und ... überall, in jedem Betrieb! Lohn ist etwas von „außen“, aus der Gesamtarbeit in jeglichen Betrieb fließendes Gut. Damit war der Grundstein gegen alle anders orientierenden ökonomischen Reformen im Sozialismus gelegt, besonders gegen eine solche Reform, die den Lohn - wenn auch auf besondere Weise (darüber dann in den Texten) - mehr/eher an den betrieblichen Preis, an den Gewinnanteil in Preisen, binden wollte; und so wurde ich Kritiker des NÖS!

Aber nun die Frage der Preise: Löhne waren im realen System des Sozialismus ja als Kosten im Preis - wie die Preisstruktur C+V+M an sich - erhalten geblieben. Bei Lohnerhöhung erhöhen die Kosten. Führen höhere Löhne - wie im Kapitalismus - zu einer Kürzung der Gewinne? Das war offensichtlich nicht der Fall, denn der Gewinn im Preis stieg ja auch, nur eben geringer als in dem Fall, da es keine Lohnerhöhung gegeben hätte.⁸ Die Frage,

⁷ Dort wollte die SED eine Normerhöhung (genannt waren zunächst = 10%) ohne Lohnausgleich, quasi also eine Lohnsenkung wieder auf die Höhe des Tarifs.

⁸ Noch immer steht die Frage im Raum, was denn überhaupt Gewinn ist? Ist es der nicht vom Lohn besetzte Teil des Preises (oberhalb der C+V-Teile des Preises), oder ist es der Teil der Arbeit, der nicht mehr von der einfachen Reproduktion der C-Teile des Preises besetzt ist? Geht man von der Wertform der Preise resp. der Ökonomie Warenproduktion aus, ist Gewinn die Form 1, geht man von der Produktion den

was macht den höheren Lohn, war abgelöst (oder erweitert) durch die Frage: Was ist das für ein Preis ... der sowohl den höheren Lohn als auch den höheren Gewinn erlaubt? Es galt, das Geheimnis des Festpreis-Systems des Sozialismus zu lüften. Neuland über Neuland, wie *mir* schien. „Draußen“, in der Wissenschaft - und ihrer Partei - aber dräute „der Wert“ (der wieder zu seiner früheren Preis-Form zurückbeordert werden sollte – siehe NÖS). So kann man als Arbeiter ohne Parteibuch auch zur *Erklärung des Kommunismus* gelangen. Jedenfalls kam es auf diesen Versuch an.

Was ich hier einem jetzt endlich größeren Publikum vorlege, ist nichts als der Eintritt eines Arbeiters in das Verständnis der Gesellschaftsordnung, die man im Allgemeinen als den Beginn des Kommunismus bezeichnet: Sozialismus genannt.

Ich kam – schicke das hier vorweg – schnell dahinter, dass die Möglichkeit, die Normen überzuerfüllen und gleichzeitig den Lohn erhöhen zu können, nichts weiter als eine Abart der Möglichkeit war, mit steigender Produktivkraft der Arbeit (also dem stofflichen Anstieg der Produktion) den Lohn/die Löhne zu erhöhen. Dies hatte eine individuelle oder betriebliche Beziehung - siehe uns Stück=Lohn-Arbeiter -, aber im neuen Festpreissystem des Sozialismus auch eine gesellschaftliche Grundlage: Mit sinkenden Arbeitszeiten, nach bekannter Sprachregelung Werten also, sanken die Preise *nicht, stiegen aber die Summen der Preise. Gleichzeitig „sanken“ die Kosten, darunter Löhne, weil auf mehr Preise verteilt. Der Gewinn – die „Übererfüllung“ in Preisen – stieg.* Die betriebliche Freiheit der Normenübererfüllung war 13 Jahre erlaubt, wurde dann aber eingedämmt, die gesellschaftliche „Preisübererfüllung“ blieb erhalten, wurde System im Sozialismus. Und hätte nun eine bewusste Politik der Lohnerhöhung auf Basis des neuen Preissystems steigender gesellschaftlicher Summen an Preisen in Freiheit setzen müssen. Doch die gesellschaftlich geregelte Form blieb aus. Der Sozialismus (!), die 1. Phase des Kommunismus, blieb unentwickelt bzw. geriet an seine/ihre Spontaneität – normal für den Beginn, denn Kommunismus will auch von Kommunisten erst gelernt werden, un-möglich aber für seine Entwicklung.

Gebrauchswerten nach aus, also sagen wir einer Ökonomie des ausgereiften Kommunismus, ist es die Form 2.

Löhne sind Geld, die in Preisen, oder eben „Waren“, zu realisieren waren. Nur Geld, reine Geldschöpfung, geht nicht. Mehr „Waren“ müssen schon sein, damit eine Lohnerhöhung substantiell gedeckt ist. Die allgemeine formelle Voraussetzung dieser Möglichkeit allerdings war, dass rein gesellschaftlich gesehen die *Summe* der Preise (der produzierten Güter) ebenfalls mit dem Anstieg der Produktivität korrespondierte⁹; Preise von Waren durften also nicht sinken, wenn die Produktivität stieg und der Arbeitsaufwand, nach alter Manier noch Wert genannt, fiel. Mit anderen Worten: Der Lohnpraxis entsprach eine Preispraxis oder: eine neue Preispraxis war die Voraussetzung dieser neuen Lohnpraxis.

Frage an die Ökonomie: Wo liegt die „Fälschung“? Antwort: Es war/gab gar keine, sondern was entstanden, war nichts als der Beginn eines Wechsels im ökonomischen Verhältnis: von der abstrakten zur konkreten Seite der Arbeit. Ein Wechsel, den das Geld mitmachte – durch Vermehrung seiner Menge mit der Vermehrung der produzierten Gütermenge; Geld war ein Mengenfaktor der konkreten Seite der Arbeit geworden! Was zu erkennen war/ist, bis heute.

Vom Lohn zum Preis, oder: von der Arbeiterklasse zur „Ware im Sozialismus“, aber nicht umgekehrt: von der Ware zum Preis, oder: von der bürgerlichen Klasse zur Ware ... im Sozialismus, wie auch der sich *erinnernde* Sozialismus/Kommunismus noch immer meint, den Sozialismus verstehen (oder verbessern) zu müssen. Und man erkennt auch, dass die nicht verstummende Forderung nach Fortsetzung des Wertgesetzes im Sozialismus zwar ein Bekenntnis sein mag, in dem aber das Wissen um die Realität des Sozialismus nicht verarbeitet ist.

Ich stellte mir also Fragen und versuchte sie zu beantworten. Was ich aufgeschrieben, sandte ich an Redaktionen von Zeitschriften und Zeitungen der DDR, aber auch an Einzelpersonen, darunter auch an Walter Ulbricht persönlich (einmal gab es eine Reaktion von Erich Honecker; er vermittelte ein Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Planung/Finanzen des ZK der

⁹ Sonst, bei substantiell mit der Produktivkraft sinkenden Werten/Preisen, erhöhen Löhne dadurch, dass ihre Kaufkraft erhöht; selbst bleiben sie unverändert – dies noch einmal zur Erinnerung an eine originäre Warenökonomie, oder an ein substantielles NÖS. Ohne diese Voraussetzung aber können Löhne nur steigen auf Kosten der Gewinne, also durch Umverteilung – eben politischem Wege.

SED, Erich Wappler – es brachte aber keine Folgen). Veröffentlicht wurde nichts. Manchmal kam es zu Antworten per Brief, auch persönliche Bekanntschaften mit DDR-Wissenschaftlern konnte ich knüpfen. Da aber nichts von dem, was ich geschrieben, in die Öffentlichkeit gelangte, konnte ich keinen Einfluss auf das geistige Leben des beginnenden Sozialismus auf deutschem Boden nehmen; erst – welch Anachronismus – in der BRD, im Kapitalismus, wurde das möglich, obwohl auch diese Möglichkeit begrenzt blieb.

Was ich hier an Arbeiten vorlege, ist nur eine Auswahl. Man kann aber - ausgehend von meinem Anliegen, mir die erste sozialistische Praxis, wie ich sie in Betrieben der DDR erlebt habe, theoretisch richtig (!, darauf sollte es ja ankommen) zu erklären – diesen Werdegang eines zum wirklichen Wissen über den Beginn des Kommunismus gelangen Wollenden nachvollziehen, so hoffe und wünsche ich es jedenfalls.

*

In einer ersten Zusammenfassung meiner direkt zur NÖS-Thematik geschriebenen Arbeiten nehme ich in dieser Sonderpublikation des „offensiv“ nur die auf, die den Lohn-Preis-Geld-Mechanismus betreffen, wie er die Planwirtschaft charakterisiert. Da dies in der Regel in Auseinandersetzung mit dem NÖS erfolgte, sind es auch direkt auf das NÖS sich beziehende Überlegungen. Alle sind polemisch gegen das NÖS gerichtet, sie wurden zu einer *Kritik eines Arbeiters am NÖS!*

Weil der Kommunismus dem ökonomischen Verhältnis nach den Wechsel von der abstrakten Seite der Arbeit zur konkreten Seite der Arbeit bedeutet, Ökonomie des Kommunismus also *nichts anderes ist als die Ökonomie der konkreten Arbeit*, ist das Verständnis der Wirkung dieser beiden Seiten des Doppelcharakters der Arbeit *in der Arbeit* von entscheidender Bedeutung für den Kommunismus, der seine Wissenschaftlichkeit vom Objektiven her bestimmt. Diese Vorbemerkung zum Verständnis der Beiträge.

Die Texte - alle erst nach dem Ende der DDR geschrieben, angeregt durch die Möglichkeit, sie im „offen-siv“ auch veröffentlichen zu können - wiederholen sich im Gegenstand; dies bitte ich aber nicht als einen Nachteil zu empfinden. Sie drücken nur das Bemühen des Autors aus, sich des doch sehr

problematischen Beginns des Kommunismus bewusst zu werden – und ihn auch erklären zu können.

Das Paradoxon des NÖS

In unserem in Gedanken aller Art an die DDR nicht gerade unterversorgten Land fiel in diesem Jahr (1998) das Gedenken an ein Ereignis auf, das im Allgemeinen in der Wertung ganz gut wegkommt: Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR, NÖSPL oder kurz NÖS genannt. Es wurde in seiner komplexen Gestalt von Walter Ulbricht vor 35 Jahren auf einer Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR proklamiert und ist deshalb in der Aufmerksamkeit auch der Linken in Deutschland (wie darüber hinaus?) geblieben, weil es inzwischen als *die sozialistische Alternative* zur Wende von 1989/90 gehandelt wird, in der es ja um eine *restaurative* Marktwirtschaft für den Sozialismus ging bzw. geht. Herbert Wolf, einer der theoretischen Ideengeber des NÖS, ist daher im „Neuen Deutschland“ vom 14. Juli 1998 ungebrochen der Überzeugung, das NÖS hätte „das wirtschaftspolitische System (*des Sozialismus, J.*) reif gemacht“, „es entstand die Idee, gesamtwirtschaftliche Planung mit den Mechanismen des Marktes zu verbinden“, was aber „nicht bedeutet, den kapitalistischen Markt zu übernehmen“. Claus Krömke, der persönliche wirtschaftswissenschaftliche Berater von Günter Mittag, hat das anhaltende Hoffen allerdings eine „Illusion“ genannt.¹⁰

Sei es wie es sei. Warum ist es damals aber gescheitert, wäre doch die interessantere Frage, man war doch im Hochgefühl von Macht; der Prager Frühling noch weit hinter dem Horizont. Die SED, oder Parteiführung der

¹⁰ Claus Krömke: „Das ‘Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft’ und die Wandlungen des Günter Mittag“, Hefte zur DDR-Geschichte Nr. 37

SED, setzte sich doch noch mit sich selber auseinander. Und „Walter“ war ein gestandener Kommunist und kein Revisionist.

Es ist mir nie ganz klar geworden, wieso die damaligen und heutigen Verfechter des Neuen Ökonomischen Systems als Grund für das schließliche Scheitern immer „die Anderen“ anführten, anführen. Erst ist es die Betonfraktion im Politbüro (namentlich genannt sind - in verschiedenen Publikationen - Stoph, Honecker, Hager, Axen, Matern), die auf dem 11. Plenum die ideologisch-kulturellen Zügel straffte, dann war es der unverständige Breshnew (den Ulbricht 1964 am Döllnsee in ein „kleines, heißes Zimmer gepresst“, wo er „auf ihn eingeredet habe, was alles ... vorbildlich bei uns (in der DDR) sei“ (oder werde) und der in Ulbricht den nationalen Alleingänger witterte, sodann der Handelsvertrag mit der UdSSR von 1965, der den gewünschten Strukturveränderungen der Industrie der DDR rohstoffseitig nicht Rechnung trug, endlich der Prager Frühling, der zur Symbiose von Plan und Markt die politische Reform, die drohte, sichtbar werden ließ, d.h. die Spaltung der Partei resp. den Ausschluss der einen durch die andere „Fraktion“ in ihr (dieses Mal mit dem umgekehrten Vorzeichen: Die „Orthodoxen“ hatten zu gehen). Die *äußerliche* Erosion des NÖS endete mit dem Beschluß des Politbüros vom 18. September 1970 resp. mit dem 14. Plenum des ZK der SED im Dezember 1970, das den „Rang eines ‚kleinen Parteitages‘ erhielt“ (Claus Krömke, ebda. S.35). Der Sonderweg DDR war damit passè.

Was mich bei diesen aktualisiert-historischen Analysen des NÖS immer beschäftigt, ist, daß von seinen früheren Protagonisten bis heutigen glühenden Verehrern nie der geringste Zweifel an der Machbarkeit bzw. inneren Stimmigkeit der geplanten Mechanismen geäußert wurde wie wird. Das NÖS scheint ohne *inneren* Widerspruch, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß von ihm angenommen, daß es einen solchen löst. Lösen sollte es den Widerspruch, daß die Betriebe - zunächst aus reinen Machtgründen, wie es schien - nicht über ihre Form der erweiterten Reproduktion bestimmen konnten, d.h. die Gewinnabgabe an den Staat, damit an „äußerlich über den Gewinn Verfügende“ (was ja nur Administrierende, das Kommando Führende sein konnten, wie es heißt), war zu hoch. Das sollte geändert werden, und dem Verhältnis nach dadurch, daß der Staat nur noch die perspektivischen, strategischen Investitionen tätigen bzw. verantworten sollte, alle anderen aber

sollten in die Hoheit der Betriebe übergehen. Das wiederum hatte natürlich eine Preisreform zur Voraussetzung, über die gewinntragende Preise - als ökonomische Basis einer Hoheit der Betriebe - hergestellt werden sollten. Formell stand also der Selbsterwirtschaftung der investiven Mittel wie Selbstverwaltung der Betriebe ein Preissystem im Wege, das keine durchgängige Rentabilität oder allgemeine Austauschbarkeit nach dem Prinzip des Arbeitswertes sicherte. Solches war aber im Laufe der ersten Jahre des Sozialismus entstanden. Warum entstanden? Weil die Politik besser mit einem solchen System - von Stopp-Preisen resp. Festpreisen (bei im Prinzip veränderlicher Arbeitsproduktivität, daher wechselnden, in der Regel sinkenden Werten) - arbeiten mochte?

Das erklärt zu wenig. Frage ist ja, ob auch ein anderes ökonomisches Prinzip, als das des Wertes, damit verbunden sein kann oder eben verbunden ist. Und ohne Zweifel geht es im Sozialismus auch um die Aufhebung der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft; aber keine Ausbeutung der Arbeitskraft ist ohne Bestimmung eines solchen Verhältnisses, das dem Wert von gegenständlichen Waren entspricht. D.h. die Entstehung von Ausbeutung in der ursprünglich demokratischen Warenproduktion ist an die Existenz einer zur Ware umgewandelten Arbeitskraft gebunden. Man kann schließlich keinen Lohn des Arbeiters als einen Wert bestimmen, ohne daß die Waren, die der Arbeiter konsumiert, als Wert bestimmt sind. Kann man denn überhaupt den Wert der Ware Arbeitskraft, also seine Ausbeutung, aufheben, ohne daß der Preis der Waren, die er konsumiert, als Wertpreis aufgehoben ist?

Alle innerlich gedachten Reformen des Sozialismus (die vorgeben, den Wertpreis wieder herstellen zu müssen) behaupten von sich, das ginge, das sei kein Widerspruch resp. keine Ausschließung. Alle Preise könnten Wertpreise sein, die Arbeitskraft des Arbeiters dennoch als kein Wert, keine Wertgröße behandelt werden. Leider gibt es keine Literatur, worin bewiesen, daß das und wie das geht, gehen soll. Theoretisch müsste der Arbeiter ständig mehr Waren konsumieren als einer Warenbestimmung der Arbeitskraft entspräche, statt nur notwendige Mengen an Waren, müsste er überschießende Mengen, d.h. auch die Mengen seiner Mehrproduktion aneignen können; die Grenze wäre die Warenmenge der Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion, die ausschließlich Konsumtionsmittel herstellt. Dies wäre zu sichern unter Bedingung der Akkumulation, d.h. sowohl neu in den produktiven

Arbeitsprozess gelangender Arbeitskräfte (als auch außerhalb seiner fungierender Arbeitskräfte), als auch solcher Arbeitskräfte, die durch rationales Arbeiten einerseits eingespart worden waren, aber in anderen Betrieben wieder Einsatz gefunden hätten.

Wert-Reformen (-reformer) im Sozialismus übersehen in der Regel, daß auch ein Festpreissystem vor der selben Aufgabe steht, übersehen vor allen Dingen, daß in einem System, in dem das Verhältnis von Ware und Preis (über Jahre und Jahrzehnte) ein festes Verhältnis einnimmt, auch der Lohn als spezifische Geldform, ein festes Verhältnis zu Waren/Gütern einnimmt: Anteil an der Erhöhung des Arbeitsertrages erfolgt hier ausschließlich über eine Lohnerhöhung, weil nämlich der höhere Arbeitsertrag über die Form einer Erhöhung der Summe der Preise in die gesellschaftliche Zirkulation gelangt. Summe der Preise steigt und fällt nicht, wie Summe des Arbeitszeitaufwandes, sondern wie Summe des Arbeitsertrages steigt oder fällt. Es nutzt folglich in einem System, wo der Preis wieder dem Wert entsprechen soll, d.h. verändert wie dieser verändert, nichts, daß der Lohn der Arbeitskraft langsamer sinkt als ein Preis sinken würde, so daß er in Waren (der Mehrproduktion) aufwerten könnte - er müsste dennoch sinken, und zwar anteilig um eine Größe, um die die Mehrarbeit - oder Akkumulation, oder der Profit - relativ gegen die notwendige Arbeit wächst, d.h. die Abteilung I gegen die Abteilung II der gesellschaftlichen Arbeit anteilig zunimmt (oder diese gegen jene abnimmt). Löhne sind nicht schlechthin Preisverhältnisse, sie sind auch Verhältnisse einer höheren gesellschaftlichen Ordnung im Wert, die die Warenform ökonomischen Verhältnisses nur verschleiert widerspiegeln kann.

Es gilt an sich, daß im Wert die Prozesse der steigenden Effektivität der Arbeit negativ, abnehmend, ausgedrückt werden, positiv, zunehmend, dagegen werden sie nur im Arbeitsertrag ausgedrückt. Welchen Prozess die Geldform aufnimmt, wird zum Verhältnis auch des Lohnes. Daß die Geldform beide Prozesse aufzunehmen vermag, wird eben bewiesen durch die Entstehung eines Systems fester Preise im Sozialismus. Es hat natürlich Erscheinungsformen neuer Art. Daß die Summe der Preise mit dem Arbeitsertrag wächst, ist ohne Problem für die Kosten gegenständlicher, zu übertragender Arbeit im Rahmen eines Preises, da hier jener Warenteil der gestiegenen Preissumme, der weiterhin in einen sich fortsetzenden

Produktionsprozess eingeht, für die Produktion wiederum zusätzlicher Waren verwendet wird; sie bilden die Kosten neuer Waren. Anders jener Teil einer steigenden Preissumme, der in die Reproduktion des Menschen eingeht; er ist wachsende Lohnsumme derselben Arbeiter (oder selben Ware), und fällt, soweit es sich um Arbeitende handelt, die hier aneignen, als steigende Kost in den Preis einer Ware ein (so weit dieser natürlich Festpreis ist). Dem Anstieg der Kosten „entgeht“ man, wenn die - innere, betriebliche oder einzelne - Arbeitsproduktivität schneller wächst als der Lohn, der als Anteil an der gestiegenen gesellschaftlichen Mehrproduktion gesetzt ist. Steigt diese besondere Arbeitsproduktivität schneller also der gesellschaftlich bestimmte Lohn, so fallen die Selbstkosten, weil sie auf einen steigenden Arbeitsertrag aufgeteilt sind, ein Umstand, der um so durchschlagender „wirkt“, wenn der Preis jetzt unverändert bleibt, er also die Wertsenkung *nicht* aufnimmt. (Würde er allerdings die Wertsenkung aufnehmen, stellten sich die Selbstkostensenkungen dadurch ein, daß Waren in der Produktion wiedererscheinen, deren Preis gesunken. Hier auch als Preis der zu übertragenden Arbeit. Und hier wieder gleichmäßig auf alle Betriebe resp. Waren verteilt, d.h. die Selbstkostensenkung erscheint auch bei den Produzenten/Betrieben, die unmittelbar mit keiner Steigerung der Arbeitsproduktivität aufwarten können. Die - gesellschaftliche - Gerechtigkeit des einen Systems ist also von der Gerechtigkeit des anderen Systems sehr verschieden. Im produktivitätsgeleiteten System (und das ist auch ein Preissystem, wie nun klar geworden sein dürfte) müssen die Löhne gleichzeitig und mehr oder weniger gleichmäßig steigen, dann bleibt der Lohn ein gesellschaftliches Verhältnis, also ein sozialistischer Lohn, im wertgeleiteten System müssen die Selbstkosten gleichzeitig und mehr oder weniger gleichmäßig sinken, dann wahrt der Gewinn resp. Profit sein gesellschaftliches Verhältnis und bleibt der Gewinn ein wertökonomischer Gewinn respektive kapitalistischer Profit. D.h. im ersten Fall geht es um eine Warenform der Gleichheit, im anderen um eine Wertform der Gleichheit (bzw. Gesellschaftlichkeit). In dem einen System geht es um die Umverteilung, oder gesellschaftliche Verteilung des Arbeitsertrages, im anderen System um die gesellschaftliche Umverteilung des Arbeitswertes. Aber es geht niemals nur in dem einen System um Gesellschaftlichkeit und ökonomische Regulation, und in dem anderen dann nur noch um Subjektivität und Willkür. Beide Systeme sind ökonomisch und objektiv; es sind

verschiedene Produktionsweisen (auf Basis jeweils eines anderen Verhältnisses zu den zwei Seiten der Arbeit).

Die Preisreform stellte sich immer als die Achillesferse des NÖS heraus. Wenn ich Eigentümern von Betrieben sage, in Zukunft seid ihr für Eure Rentabilität selbst verantwortlich, werden sie die Verantwortlichkeit über den Preis verlangen, d.h. sie werden als erstes solche Preise, die die Kosten nicht decken resp. keinen Gewinnanteil enthalten, so weit erhöhen, bis sie diese Momente einschließen.

Das aber wollte der Erste Reformier im Staat, Walter Ulbricht, gerade nicht! Man kann alle seine Reden ab 1963 nachlesen. Er sagte immer eines: Der Weg zur Herstellung der Rentabilität führt über die Kostensenkung; er ist also ein innerer, kein äußerer. Sparsamer mit dem Material umgehen, länger die Maschinen auslasten, produktiver die lebendige Arbeit entwickeln, das führe zur Senkung der inneren Werte (Kosten) der Arbeit („Über den Wert, damit Preis, wird in der Produktion entschieden“, sagte Ulbricht, und hierbei berief er sich auf Marx), und dadurch werden unrentable, also die Kosten nicht deckende Preise, in rentable, die Kosten deckende, quasi die Kosten übersteigende, also gewinntragende Preise verwandelt. In seiner 1966 gehaltenen Rede vor dem Hallenser Parteiaktiv beschuldigte, ja kriminalisierte er (mit der Drohung der strafrechtlichen Verfolgung) Leiter, die „bei unveränderten Selbstkosten die Preise ihrer Waren hochzudrücken versuchen“ („um die Rentabilität ihrer Produktion zu erhöhen“), sie „(haben) die Grundsätze des Neuen Ökonomischen Systems in der Preisbildung absichtlich falsch ausgelegt“.¹¹ Aber dann können die Grundsätze des NÖS nicht die des Wertes sein, nicht die der Gleichheit der Preise dem Werte nach, sondern nur die der Gleichheit der Arbeit der Produktivität nach sein. Daß die „unterschiedliche“ Produktivität der jeweils besonderen Arbeiten ökonomisch dadurch eliminiert ist, daß in der Reduktion auf den Wert von ihr abgesehen ist - und das ist Marx, nichts anderes -, ist dann vom Tisch.

Walter Ulbricht sah keinen Widerspruch zwischen der Werttheorie von Karl Marx und dem neuen ökonomischen System der DDR: Zwischen einer Rentabilität der Preise, hergestellt auf dem direkten Wege der Kostensenkung

¹¹ Walter Ulbricht: „Zum Ökonomischen System des Sozialismus“, Band 2, S.125.

von Preisen in Folge gesteigerter Effektivität der Arbeit in konkreter Hinsicht (Materialverbrauch, Maschinenauslastung und Arbeitsproduktivität), und einer direkten Senkung der Preise, hergestellt auf der Basis des geringeren *arbeitszeitlichen* Verbrauchs, der mit dieser Effektivitätssteigerung der konkreten Arbeit gegeben ist, sieht er keinen Unterschied. Der direkte Weg ist ihm gleich dem indirekten Weg. Ja, wer hat denn nun die Werttheorie richtig verstanden? Marx oder Ulbricht? Bei uns (in der DDR) drohen keine Einbrüche im Lebensstandard, „...indem durch hohe Produktivität der Arbeit... mit der aufgewandten Arbeitskraft pro Zeiteinheit eine möglichst große Menge hochwertiger Waren erzeugt wird, so daß auf die einzelne Ware nur ein geringer[er] Teil der Lohnkosten entfällt“ (ebda. S. 130). Das klingt nur wie Marx, ist aber ökonomisch gesehen etwas ganz anderes.

In der Tat fallen die Lohnkosten pro Wareneinheit auf die Hälfte, wenn ein Tageslohn z.B. statt auf eine auf zwei Wareneinheiten aufgeteilt werden kann, aber daß damit die Rentabilität im Preis steigt (oder auf diesem Wege hergestellt werden kann, wie Walter Ulbricht - als Grundsatz des NÖS - verlangt), ist nur möglich, wenn der Preis, in dem andererseits die Arbeitszeit ausgedrückt werden soll, *nicht* um seine Hälfte fällt. (Kosten drücken aber die gleiche Proportion aus, *wenn* der Preis um die Hälfte fällt). Werttheoretisch erklärt verdoppelt (steigt) bei Festpreis der Wertausdruck des Wertes, d.h. die halbe Arbeitszeit erscheint in einem Preis, der vor der Steigerung der Produktivität für die doppelte Arbeitszeit galt. Indem die Ware den bisherigen Preis beibehält, verdoppelt sie ihren - nominalen - Wertausdruck. Problem hier, daß dieser nicht allgemein, sondern ... besonders produziert wird (Problem also: Welche Ware ist denn die Geldware?). Dagegen wächst die Preissumme - der beiden Waren - auf das doppelte ihrer bisherigen Größe. Der Multiplikator ist hier der *Arbeitsertrag* (die Ware als Menge Gebrauchswert). Das Geldvermögen muß ebenfalls verdoppeln resp. es wächst adäquat mit dem Naturalvermögen der Arbeit. Und was Wertökonomie war, wechselt in eine Naturalökonomie über. Im NÖS ist aber vorgesehen, den Lohn an der Steigerung der Arbeitsproduktivität, quasi Mehrarbeit/Mehrproduktion, teilhaben zu lassen. D.h. jetzt können die Kosten wieder steigen, weil die ... Kosten „gesunken“ sind (natürlich sind sie überhaupt nicht gesunken, sondern es sind die geringeren Kosten der geringeren Arbeitszeit „erschieden“). Auf welcher Basis aber steigen sie? Auf Basis 1. des Produktivvermögens der Arbeit, 2. der *örtlichen* Entwicklung des

Produktivvermögens der Arbeit, was also zur ungleichen Entwicklung der Löhne führt, weil unterschiedlicher Gewinn die Voraussetzung. Der direkt wie die Arbeitsproduktivität steigende Lohn hat seine Basis im direkt wie die betriebliche Arbeitsproduktivität steigenden Gewinn. Was ist das aber anderes, als bei der Lohnerhöhung durch Übererfüllung von Normen durch Stücklohn-Arbeiter soeben noch gerügt worden ist! (Ich erinnere an die Lohnreform in der DDR im Jahre 1962). Stand hier das Arbeitsstück für Arbeitszeit (bei unveränderten Arbeitsnormen - in Folge steigender Produktivkraft - tangiert das Maß, woran eine Lohnzahlung quantitativ gemessen, natürlich nicht mehr auf die Arbeitszeit, sagen wir 8 Stunden am Tag, sondern auf den Ertrag dieses Arbeitstages; dann gilt Arbeitsstück als Zeit), so steht nun Stück für Preis! D.h. der Preis wiederholt die Fälschung, richtig: Umkehrung im Verhältnis von Zeit und Arbeitsertrag. (Aber nicht das ist das Problem, sondern welches Verhältnis ich *unmittelbar* an diese Veränderung binde). Je höher die Produktivkraft, desto größer die Wertbildung - ist der Automatismus eines Festpreissystems. Was dem Arbeiter - gegenüber seinem Betrieb - verboten, bleibt (!) dem Betrieb - gegenüber seiner Gesellschaft - erlaubt. (Bei der Lohnreform 62, im Vorfeld des NÖS, wurden die Normen wieder auf die realen Arbeitszeiten zurückgerechnet und das Geld der Übererfüllung wurde als fester Mehrlohn auf den Tarif, also die Erfüllung der Norm bei 100%, aufgeschlagen; so erhielten die Arbeiter wieder richtige, „technisch begründete Normen“, aber erlitten dennoch (im Prinzip) keine Lohneinbuße, der Widerspruch des 17. Juni 1953 hatte zur Form seiner richtigen Lösung gefunden). Es kann gar keine allgemeine Austauschbarkeit der Waren dem Werte nach entstehen, wenn der Einfluss der Produktivkraft, d.h. des steigenden Arbeitsertrages, auf die Wertbildung *nicht* eliminiert ist.

Ganz „nebenbei“ stellt sich aber bei örtlicher Aneignung der Produktivkraft kein gemeinschaftliches Verhältnis der Aneignung der Produktivkraft der Arbeit her, d.h. das gemeinsame Eigentum wird ausgehöhlt, Eigentum und Aneignung geraten in einen Widerspruch (der Ausweg, alle sollten doch gefälligst die Produktivität, und in einem höchsten Maße, steigern, das würde das Problem des Ungleichwerdens - bis Unmöglichwerdens - der Rentabilität und des Ungleichwerdens der Löhne auf dieser Basis lösen, ist ein Ideologismus, der nur noch einem Ökonomismus dient, ihm aber nicht mehr entspricht).

Wie könnten Löhne *in der Wertökonomie* steigen? Indem sie langsamer fielen als der Preis von Waren fällt; dadurch werten sie in Waren/Kaufkraft auf. Aber das, und nur das, steht schon bei Marx. Es ist ein Irrtum, eine Wertökonomie haben zu wollen, aber einen Preis, der gleich dem Wert, nicht haben zu wollen (Produktionspreis dito). Der Preis (oder sein immanenter Wert) ist nur Regulator, wenn er auch selber reguliert ist, d.h. als das bewegt, was er ist (sein soll): Ausdruck des Wertes. Wer ihn also nicht verändert, wenn sein innerer Geist sich verändert, reguliert nichts über den Preis, er kann ... nur der Preis sein; und mehr sein nur, wenn mehr Preis(summe) anfällt. Wie gesehen: Der halbe Lohn tummelt sich in einem Preis, der „ganz“ (gleich) geblieben, und kann nun die Frage nach einem höheren Anteil (am „Gewinn“, der entstanden) stellen. Es ist aber nur höherer Anteil am größeren Naturalvermögen der Arbeit, und zwar am örtlich mehr produzierten. Und die Probleme kommen natürlich damit, daß unser freudiger Arbeiter den Mehrlohn, gleich Anteil am Gewinn des Betriebes, nimmt und sich eine ganz andere Ware als die, die er produziert und auf die sich sein Mehrlohn bezieht, kaufen will. So kommen, wenn das Problem *gesellschaftlich* nicht beherrscht ist (und das geht nicht von der örtlichen, betrieblichen Arbeit aus), Geldüberhänge zustande (die sich bekanntlich bis 1989 in der DDR auf über 60 Milliarden Mark der DDR beliefen), wenn sich Lohnerhöhung aus *jeder* Steigerung der Arbeitsproduktivität - statt nur aus besonderer, dann allerdings gesellschaftlich bestimmter Steigerung - begründen will.

Wie hätte man einerseits mit der sozial falschen Wertpraxis beginnen, aber in die sozial richtige Wertpraxis münden können? Indem man Preise generell erhöht hätte, also zu einem permanent inflatorischen Preis- wie Geldsystem übergegangen wäre. Aber Rentabilität auf dem Wege der Preiserhöhung erklärte ja Walter Ulbricht als mit den Grundsätzen des NÖS unvereinbar. Wertökonomie konnte maximal ein *Ziel* des NÖS sein, aber der Boden, auf den die „gute Absicht“ gestellt, war für das Erreichen des Ziels unbrauchbar. Denn die Ungleichheit, die Voraussetzung, war auch das Resultat.

Wer die späteren Theorien wie Praxen ökonomischer Systeme der DDR untersucht, weiß, daß nie von der *Theorie der direkten Senkung der Kosten* als Weg zur Rentabilität der Preise (Wertpreise) wie Basis für eine Lohnerhöhung abgegangen wurde, denn es ist ... natürlich das System der Ökonomie der konkreten Arbeit oder naturalen Arbeit, leider erst bis auf seine betriebliche

Höhe entwickelt, weil wohl nicht anders verstanden; der Arbeiter soll *direkt* an seiner Leistung gemessen und beteiligt werden, direktes Leistungsprinzip also. Insofern kann auch nie von einem *Neuen* Ökonomischen System gesprochen werden! Denn das alte blieb ja erhalten! Es blieb erhalten als der immanente Widerspruch des NÖS; weshalb die Zuordnung von Personen, wer wo theoretisch resp. politisch gestanden, gar nicht exakt sein kann, bevor diese Fragen nicht gültig entschieden sind.

Einerseits Preise, die dem Wert („immer besser“) entsprechen sollten, andererseits Löhne, die der Produktivität („immer direkteren“) entsprachen, das ist das Paradoxon des NÖS gewesen. Es war unlösbar - außer, ein Prinzip würde hintenan gestellt werden; es war in diesem Fall der *Wertpreis*. Und das ist schon in der Proklamation gesetzt gewesen, durch das Voransetzen der direkten Selbstkostensenkung vor der Preissenkung (weshalb die äußere Kritik am NÖS, so wichtig diese für das formelle Ende des NÖS auch war, letztlich, von der Wissenschaft, nur als marginal einzuschätzen ist). Der reale Sozialismus in der DDR fiel also, nach dem theatralischen Ausflug in eine wertökonomische Vision, in seine Ausgangsposition, das zentralistische ökonomische System des Sozialismus - mit seinem unreifen Mechanismus der individuellen Aneignung -, zurück, und die Reform musste zur Wende fortschreiten - *wollte sie denn sein*.

Frage: Und was wäre die wirkliche - von mir aus „sozialistische“ - Alternative? Beim Wert hätte man zur Arbeitszeit übergehen, den Preis Naturalausdruck bleiben lassen, den Produktionszuwachs gemeinschaftlich, und verschieden nur nach der individuellen Qualifizierung, aneignen sollen, d.h. sich über - hier und dort - auftretende „Unrentabilität“ nicht entsetzen sollen; man hätte ja die Löhne formell vom Preis trennen können, Gewinn wäre also nicht mehr als Inkrement des Preises, sondern als Preissummenzuwachs, wie einer bloßen Naturalökonomie gemäß, erschienen. Die Geldformen drücken auch das, das Gegenteil des Wertes, aus! Aber das (fordern) geht natürlich zu weit - heute; inzwischen fehlt es an der politischen Macht, die Demokratisierung eines Zentralismus durchzusetzen - wenn auch nicht in der Theorie, da reichte Wissen.

*

Den Umstand, daß das NÖS propagandistische Auferstehung feiert, nehme ich zum Anlass, meine Kritik am Paradoxon des NÖS, deren Beginn auf die Zeit seiner Entstehung zurückdatiert, damals aber keine Publizität erlangte, heute ebenfalls vorzustellen - immer in der Hoffnung, daß ein Publikum erst entsteht, welches beurteilen kann, worum es in der Sache geht.

Das Erstaunliche am NÖS: *Es enthielt eine Bestimmung über die Beteiligung des Lohnes am Gewinn, aber keine Bestimmung des Lohnes im Sozialismus an sich.*

Vielleicht ist das noch gar nicht allzu Vielen aufgefallen: Das Neue Ökonomische System der DDR (der Jahre ab 1963) enthielt eine Theorie des Wertes, der Preise, des Gewinns, natürlich der Planung, schließlich der „Stellung des Betriebes im Rahmen der Volkswirtschaft“, es enthielt auch eine Theorie, vielleicht besser Bestimmung, über die Anteilnahme des Lohnes oder der Geldeinkommen überhaupt am Gewinn der Betriebe, und gewiss entsprechend der persönlichen Leistung, aber es enthielt keine Bestimmung - wie auch Theorie - des Lohnes im Sozialismus an sich. Der Wert sollte wieder ein Verhältnis sein, der Preis dem Wert der Größe nach ihm wieder entsprechen, der Gewinn ein Maß (Hauptkriterium) für die Leistung der betrieblichen Arbeit werden, die Betriebe ihre Produktion und Investition selbständig planen und eigenverantwortlich leiten - alles das war vorgesehen und vorgegeben, aber was war mit dem Lohn? Dem Lohn als solchen? Er drückt doch, in der bürgerlichen Gesellschaft entstanden, die Degradation des Arbeiters in der Gesellschaft aus; Sozialismus, soll er diese Gesellschaft aufheben, muß auch den Lohn aufheben.

Nun war ja ein Sozialismus entstanden. Aber wohl reformbedürftig entstanden, dazu diente das NÖS. In Bezug auf alles, was der Sozialismus zunächst geschaffen, war Reform angesagt. Nur in Bezug auf eines nicht? Lohn? Da schien wohl der erste Sozialismus, so unvollkommen er auch unter anderer Hinsicht eingeschätzt, vollkommen gewesen zu sein?

Man muß, um an den Sozialismus ökonomisch – an das System seiner Produktionsverhältnisse – heranzugehen, vom Arbeiter aus herangehen, und konkret heißt das: Vom Lohn aus herangehen. Die Frage kann nicht lauten, wie man den Lohn in ein Interesse an der bürgerlichen Kategorie, den Profit, verwandelt, sondern wie den Lohn in ein *Verhältnis zur Arbeit verwandelt*.

23.9.1998

Zum Verhältnis von Preisreform und Lohnreform im NÖS der DDR

Reformer der DDR, und das sind immer Reformer des Neuen Ökonomischen Systems der 60er Jahre, sind durchweg der Meinung, die DDR habe mit den Industriepreisreformen am Beginn des NÖS einer solchen Reform gedient, die auch das Wertverhältnis resp. mit ihm das Wertgesetz im Preis wiederherstellen würde - und sind aus diesem Grunde nicht abgeneigt, das NÖS der DDR den marktwirtschaftlichen Reformen zuzuordnen, die - überhaupt und zu späterer Zeit - über den Sozialismus in Osteuropa hereinbrachen: Von einem wahrscheinlichen Irrtum handelt dieser kurze Text.

Walter Ulbricht über Preis- wie Lohnreform im NÖS

Ausgangs des Sommers 1966 war wohl ein besonderer Schnittpunkt in der Umsetzung des drei Jahre zuvor verkündeten Neuen Ökonomischen Systems der DDR erreicht worden: Zwei Industriepreisreformen mit immer größer werdenden Volumen von im wesentlichen zu erhöhenden Preisen hatten stattgefunden¹², und die Absicht, Konsumgüterpreise generell aus den Erhöhungen herauszuhalten, konnte wohl nur mühsam verteidigt werden - und nun stand die dritte Etappe der Preisreform im Rahmen des NÖS bevor - mit dem größten Volumen: 15 000 Betriebe, und das erfasste Produktionsvolumen betrug = 100 Milliarden DM; diese dritte Etappe schien besondere Schwierigkeiten aufzuwerfen. Andererseits sollten die Gewinne der Betriebe - viele waren soeben erst, durch die Preisreformen, in den Genuss solcher Gewinne gekommen - lohnwirksam werden, d.h. größere Teile der Betriebslöhne sollten, wie angekündigt, von der konkreten Erfüllung der Gewinnpläne der Betriebe abhängig gemacht werden. Das verhiess neue

¹² 1. Etappe (ab 1.4.65): betroffen 250 Betriebe, erfasstes Produktionsvolumen 50 Milliarden DM; 2. Etappe (ab 1.1.66): 3 000 Betriebe/Volumen unbekannt; 3. Etappe (ab 1.1.67): 15 000 Betriebe/Volumen 100 Milliarden DM.

Probleme: Natürlich versprach sich jeder *höheren* Lohn. Anlass für Walter Ulbricht, Grundsätze des NÖS zu bekräftigen, und Möglichkeit für heutige Leser, Wissen über die Praktiken einer sozialistischen Produktionsweise (oder einer Produktionsweise im Sozialismus, wir sollten vielleicht nicht gleich übertreiben, so leicht macht sich neue Geschichte nicht) aufzufrischen resp. überhaupt erst herzustellen. Zur Zeit werden allerhand Illusionen verbreitet, besonders hinsichtlich der Rolle, die das Wertgesetz im Sozialismus spielen soll bis sollte. Analyse einer Rede von Walter Ulbricht aus diesem Anlass und diesem Zweck kann unserem Anliegen, auf Fragen der Ökonomie des wie im Sozialismus *antworten* zu können, hilfreich sein.

Die hallesche Rede von Walter Ulbricht¹³ (vom 11. November 1966) stellt eine Frage prinzipiell zur Debatte: Die Rolle der produktiven Arbeit, und drei Fragen konkret zur Debatte: 1. Die Frage der Preiserhöhung als Weg zum höheren Gewinn, 2. Die Frage der Selbstkostensenkung als Weg zur Gewinnerhöhung, 3. Die Gewinnbeteiligung der Löhne.

Er gab, ich schicke das hier vorweg, die folgenden vier Antworten: 1. Über den Preis wird grundsätzlich in der Arbeit entschieden - das heißt, das NÖS warf keine Eigentumsfrage neu auf, 2. die Preiserhöhung als Weg zum höheren Gewinn ist prinzipiell ausgeschlossen - das relativiert natürlich die Rolle der (stattgefundenen/stattfindenden) Preisreformen bei der Herstellung von Wertpreisen, 3. die Selbstkostensenkung als Weg zu Gewinnen im Preis dagegen ist grundsätzlich bejaht - das hebt die Rolle der Arbeit bei der Wertfindung auch konkret hervor, 4. die Gewinnbeteiligung der Belegschaften ist freigegeben, wenn dieser Weg der Kostensenkung, d.h. die Effektivierung der Arbeit zuvor beschritten worden ist - das wirft die Frage nach dem Verhältnis resp. nach dem Schwerpunkt der Reform auf: Ist es der Preis oder geht es um den Lohn, was ist Bedingung für was?

Was hier erwähnt, war zwar von Anfang an Bestimmung des NÖS, aber von Bedeutung ist schon, gewisse Vorgaben angesichts einer zweijährigen

¹³ Die Rede von Walter Ulbricht in Halle, seine Reden zum NÖS überhaupt, können nachgelesen werden in: Walter Ulbricht: „Zum ökonomischen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“, Band 1 und 2, Dietz Verlag Berlin 1968; die hier angeführte Rede in Band 2, S. 119 bis 137.

Erfahrung mit dem NÖS, und das sind ja im Besonderen Preisveränderungen größeren Stils, von Walter Ulbricht noch einmal bekräftigt zu sehen. Das deutet auf Kontinuität, und auf tatsächliche Umsetzung der Grundgedanken der Reform, auch aufgrund praktischer Erfahrungen, hin. Das deutet natürlich auch auf den wirklichen Charakter der Reform des NÖS hin.

Was Punkt im Einzelnen, soll nun mit entsprechenden Zitaten aus seiner Rede belegt werden.

Seine Ausführungen zum Thema Preise stellt Walter Ulbricht unter den Titel: „Über die Grundsätze der Preispolitik des neuen ökonomischen Systems“, und ich beginne mit den Sätzen, die ich vorab auf den Titel gestellt habe:

„Ein Kritiker bringt zum Ausdruck, daß zur Zeit nur noch wenige Fachleute (*wenn es gestimmt hätte, hätte es der Theorie gereicht, J.*) die Preispolitik verstehen und übersehen können.

Darauf möchte ich folgendes antworten:

... Eine der wichtigsten Erkenntnisse der politischen Ökonomie, die in der marxistischen Wirtschaftswissenschaft ihren Niederschlag gefunden hat, lautet: Die Werte beziehungsweise Preise der Waren werden durch die gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt, die zu ihrer Herstellung aufgewandt werden muß. Das steht schon in Marx' 'Kritik der politischen Ökonomie' und in Marx' 'Kapital'. Es ist also keine Neuentdeckung von uns“.

(Ich möchte an dieser Stelle einwerfen, daß es für den Sozialismus schon eine Neuentdeckung ist, aber das war - seit sowjetischen Zeiten - unterstellt, war also keine Neuentdeckung durch Ulbricht - wenn sie denn generell stimmt). Weiter Walter Ulbricht:

„Dieser Satz (*der obige, keiner Neuentdeckung, J.*) sollte gründlich durchdacht werden. Wird er als richtig anerkannt, dann folgt daraus unter anderem:

Über die Preise wird faktisch dort entschieden, wo die Arbeit vollbracht wird, in den Betrieben, das heißt in der materiellen Produktion“.

Es folgen Ausführungen darüber, wie der Staat alle - zum Betrieb äußeren - Bedingungen schafft, „damit die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit

rasch und kontinuierlich wachsen kann... die Arbeitsproduktivität (ist) so zu steigern, daß sowohl für die Gesellschaft wie für die Vereinigung Volkseigener Betriebe, ihre Betriebe und ihre Arbeitskollektive ein entsprechender Vorteil erreicht wird“, und er bekräftigt noch einmal:

„Ich betone hier mit voller Absicht die Tatsache, daß die Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler durch ihre Arbeit in den Betrieben die Preise der Waren bestimmen, gleichgültig, ob es sich um Maschinen oder um Konsumgüter handelt“.

Mit gleicher „voller Absicht“ werfe ich an dieser Stelle natürlich die Frage auf, ob damit nicht ein Verhältnis von Inhalt und Form für das NÖS aufgeworfen wird. Wir wissen: Die DDR hatte ein Preis-Problem (wie es schien): Sie hatte - nach fünfzehn Jahren des praktischen Sozialismus - ein solches Preissystem „herausgebildet“ - aus politischen Gründen, wie gesagt wird -, das dem Prinzip des Wertes systematisch *nicht mehr* entsprach. Kosten waren (einerseits) „über den Preis gestiegen“, wie es hieß, oder Gewinne (andererseits) „über die Kosten“ gestiegen. Die einen Betriebe schienen unrentabel (die DDR daher ein unproduktives Land, der Sozialismus ein unrentables System) geworden zu sein, die anderen Betriebe überrentabel - und hier hätten alle Negativurteile über DDR und Sozialismus natürlich zurückgenommen werden müssen - was bestimmtes Interesse aus naheliegenden Gründen unterließ). Nicht dem Wert zu entsprechen, schien die Regel der Preise (geworden) zu sein. Es erhebt sich - für den, der mit dieser Erscheinung unzufrieden - die Frage: Sollte man die Preise nicht einfach formell verändern, die einen (mit Kosten über dem Preis) erhöhen, die anderen (mit Gewinnen über den Kosten) senken? Man wäre sich auf „halbem Wege“ entgegengekommen, d.h. die Preisreform wäre auf der Basis gleichen Geldvolumens vorgenommen worden (in etwa). Hätte doch auch ein Weg sein können. Auch Löhne, die auf Preise orientieren, hätten teils erhöht, teils gesenkt werden, also im Wesentlichen sogar unverändert bleiben können. Angesichts *zweier* Wege, die hätten beschritten werden können, verblüfft, mindestens in der theoretischen, allgemeinen Aussage durch Walter Ulbricht, die Konzentration auf den einen, die Arbeit. Der Appell an die Arbeit, so selbstverständlich er auch *Wertökonom*en klingen mag (andere Ökonomen mögen ja anders denken, und denken auch anders), erstaunt dennoch angesichts der Möglichkeit, sich des Preis-Problems mit einer formellen

Reform der Preise - ein für allemal und sofort, „bürokratisch“ - zu entledigen; er ist die Wahl des schweren, über die Veränderung der Arbeit führenden Weges. Die Wahl des schweren Weges anstelle des leichten zwingt natürlich zu Überlegungen hinsichtlich der Überzeugung der Reformer, auch hinsichtlich der Berechtigung/Richtigkeit der Wirtschaftsordnung in dieser Form; er wirkt wie eine generelle Inkonsequenz - läge das Schwergewicht der Reform auf Preisreform.¹⁴ Denn eine Preisreform wäre eine Sofortentscheidung für die Politik, die Reform als politische, gewesen, sagen wir zum Beispiel: für *alle* Mitglieder des Politischen Büros im ZK der SED. Der Weg über die Arbeit erlaubt dagegen eine lange (zu lange?) Anpassung. D.h. bereits hier könnte ein Unterschied im politischen Verhältnis zur Reform des NÖS herausgelesen werden, ein innerer Widerspruch der sie tragenden Kräfte. Könnte ..., aber es ist nicht so, wie nun nachzuweisen wäre.

Populär gesagt wollte also Walter Ulbricht, oder wollte das NÖS, den unrealen (wertunrealen, gewinnlosen) Preisen mit der *Arbeit* auf den Leib rücken. Er wollte keinen Wertpreis, oder keinen Gewinn, durch Preiserhöhung erreichen - obwohl er, resp. das NÖS, mit einer Preisreform begann. Und dieser merkwürdige Widerspruch verlangt nach einer Erklärung - er erklärt sich durch die Lohnreform im Rahmen des NÖS.

Walter Ulbricht beginnt diesen Teil der Rede, worin das - sein Gegensatz zur Form Preiserhöhung¹⁵ erscheint, indem er Fragen beantwortet, die „Arbeiterinnen und Hausfrauen und andere Bürger“ „in der letzten Zeit“ (d.h. Zeit der „zweiten Etappe des Neuen Ökonomischen Systems“) gestellt haben:

¹⁴ Füge hier ein, daß alle tatsächlichen marktwirtschaftlichen Reformen *im* Sozialismus (wohl nicht *des* Sozialismus) dann - zu späterer Zeit - diesen „viel einfacheren Weg“ gegangen sind; d.h. sie haben nicht lange gefackelt, um die Preise nach ihrer Notwendigkeit zu bilden; „auf dem Markt“ drückt hier nur die neue (oder alte, wiederhergestellte) Macht aus, solche Preise auch formell durchzusetzen; d.h. wirkliche Preisreform ist immer auch Eigentums“reform“.

¹⁵ Bei Walter Ulbricht mag es erstaunen, von einem Widerspruch zum NÖS zu reden - er, der an der Spitze der Reform stand? Dem Vernehmen nach wäre das eher bei Erich Honecker oder Alfred Neumann zu erwarten gewesen: Aber das gehört eben zu den Überraschungen einer *Aufklärung* einer Antwort, die Walter Ulbricht gegeben; was einerseits Mittel, war ihm andererseits nicht Weg.

„Die erste Gruppe dieser Fragen beschäftigt sich mit den Preismaßnahmen vom Juli dieses Jahres, die nicht wenige Bürger der DDR beunruhigt haben. Dazu möchte ich sagen, diese Unruhe war zum großen Teil berechtigt“. Was war geschehen? „Die Regierungskommission für Preise und das Ministerium für Handel und Versorgung hatten sowohl bei der Vorbereitung der dritten Etappe der Industriepreisreform wie bei der Regulierung einer Anzahl von Verkaufspreisen für Industriewaren Fehler gemacht und sorglos gearbeitet. Die leitenden Mitarbeiter dieser Staatsorgane haben die Kompliziertheit dieser dritten Etappe der Industriepreisreform vorher (? , J.) nicht übersehen... Deshalb wurden sie auf der 13. Tagung des Zentralkomitees kritisiert“. (Notabene: Etwas merkwürdig für den Kenner, wo doch die Ministerien gewiss nach Anweisung des ZK gehandelt haben, aber... dieses ZK also übersah?, J.). Jedenfalls habe der Ministerrat beschlossen, die „Umbewertung der Warenbestände zu den festgelegten neuen Preisen ... bis 21. November abzuschließen und dies streng zu kontrollieren“.

Was war denn nun geschehen?

„... einige Werkleitungen und einige Vereinigungen Volkseigener Betriebe (!, *das sind schon Größenordnungen, J.*) (haben) die Grundsätze (!) des neuen ökonomischen Systems in der Preisbildung absichtlich (!) falsch (!) ausgelegt. Sie waren und sind bestrebt, die Rentabilität ihrer Produktion zu erhöhen, indem sie bei unveränderten Selbstkosten (!) die Preise ihrer Waren hochzudrücken versuchen, anstatt (*und nun der andere, richtige Weg, J.*) durch bessere Arbeitsorganisation und Technologie bei den gesetzlich kalkulierten Preisen die Selbstkosten zu senken und auf diesem richtigen Wege (!) eine höhere Rentabilität zu erreichen. Die zuständigen Staatsorgane... haben eine Reihe solcher Verstöße aufgedeckt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen“.¹⁶

¹⁶ Kein Wunder, daß sich Wertökonomien hier vor den Kopf gestoßen fühlen müssen. Reform kann doch nicht Reform und Nichtreform zugleich sein wollen, moralisiert und entmoralisiert werden in einem. Keine formelle Preiserhöhung als solche, stattdessen ihre Kriminalisierung, ist dann das Ende der Reform als solcher. Man muß um die Bedeutung dieser Frage wissen: Denn ohne daß eine Reform war, d.h. weil ein anderes, „nichtreformiertes“ System war - also das System der „ersten Stunde des Sozialismus“ war (aber vielleicht war gerade dieses das *revolutionäre*) -, sind doch

Das Verblüffende an diesen Ausführungen Walter Ulbrichts ist, wie schon gesagt, daß ja das Neue Ökonomische System mit formellen Preisreformen begann, durch die Preise im wesentlichen erhöht wurden, so daß sie gewinnträchtige Preise auch wurden (was sie vorher nicht waren). Er formuliert aber das Grundsätzliche, wie wir hier erleben, ganz anders, also sind die Preisreformen nicht das Grundsätzliche?

Bei Walter Ulbricht folgt dann der Satz, den ich sonst nie wieder bei ihm gefunden habe - er „entlarvt“ ihn; es ist jener Satz, der die klarste Vorstellung einer Umsetzung der bisher nur theoretischen Form in die praktische offenbart, er wird zum Ausdruck des Verständnisses von Walter Ulbricht resp. des NÖS vom Wert und Wertgesetz; er beantwortet schließlich Punkt 3: Gewinn, oder Rentabilität, und Beteiligung von Löhnen am Gewinn (der Betriebe), und damit den *zweiten Gehalt* der Reform; guter Lohn soll gezahlt werden, und das heißt: Im Verhältnis zum Gewinn = Lohnreform im Rahmen des NÖS¹⁷; und das heißt: Im Verhältnis zur Steigerung der Effektivität der Arbeit:

„vom Wert abweichende Preise“ entstanden, und das stört wesentlich bei Preisen *unterhalb* des Wertes. Sie „subventionieren“ zu müssen, galt doch als das Problem, das Unmögliche des Sozialismus - und *daher Reform*, nicht wahr? Sollen Preise jetzt nicht formell, sondern auf dem Wege eines ökonomischen Prozesses verändert werden, ändert sich nichts am System wie es war, wie es aber aufzuheben die Reform vorsieht. Kann sich der Wertökonom mit der Arbeit als einem gleichwertigen „Reformer“ zufriedengeben? - Die Reform will also mit einem Mechanismus eines anderen Systems - festen, unveränderlichen Preisen, deren Kostenteil (!) zum Sinken gebracht werden soll - zu einem Gegenteil gelangen: zu den Erscheinungen eines anderen Systems: Wertpreisen resp. der Form nach Gewinnpreisen. Problem hier: daß die Kostensenkung sowohl dem wertökonomischen System inhärent ist als auch jedem anderen. D.h. daß wir ein wertökonomisches System vorliegen haben (oder haben wollen), verlangt die formelle Preisveränderung resp. *Freiheit zum formellen Handeln*. Daß sie ausbleibt, hat eben doch mit den Eigentumsverhältnissen zu tun.

¹⁷ Und das sah das „stalinsche System“ des Sozialismus natürlich nicht vor; hier gab es keine Gewinnbeteiligung der Löhne. Aber es gab natürlich Löhne. Daß die Frage eines Verhältnisses von Lohn und Effektivität der Arbeit aufgeworfen, hat natürlich mit der Erfahrung der sozialistischen Triebkräfte zu tun, entspricht also bereits einer höheren „Phase“ des Sozialismus, eigentlich einer Erfahrung mit dem realen Arbeiter

„Wie wird ein guter Lohn bei niedrigen Kosten beziehungsweise niedrigen Preisen erreicht?...

Das ist nur möglich, indem durch hohe Produktivität der Arbeit ... pro Zeiteinheit eine möglichst große Menge hochwertiger Waren erzeugt wird, so daß auf die einzelne Ware nur ein geringer Teil der Lohnkosten entfällt...“ (hervorgehoben durch Walter Ulbricht).¹⁸

Genau dieser Satz bringt die Verlagerung des Problems: Statt eines Verhältnisses der Arbeit zum Preis wird hier ein Verhältnis der Arbeit zum Verbrauch (an Arbeit, gegenständlicher und lebendiger), d.h. ein Verhältnis von Arbeit und Kosten bestimmt. Die Gesellschaft, der etwas signalisiert werden soll, ist innerlich, nicht äußerlich; sie, die Arbeit, ist innerlich vorbereitet - auf was?; bereitet äußerlich aber nichts vor. Was auch?¹⁹

Sinken also die Kosten, weil auf mehr Waren im einzelnen aufgeteilt/aufteilbar, können sie wieder steigen! Weil die Löhne sinken, können die Löhne ... steigen. Das ist also Walter Ulbricht! Oder seine Botschaft an die Arbeiter. Oder ist seine Vorstellung vom Wertgesetz ... allerdings im Sozialismus. Eine vulgäre für die Wertökonomie, eine bewußtlose ... vom Kommunismus.

Es erscheint - bei Steigerung der Arbeitsproduktivität und höherem Arbeitsertrag pro Zeiteinheit - der geringere Lohn der geringeren Arbeitszeit

im Sozialismus; wie die Frage, oder wie das Verhältnis geklärt, tritt zurück hinter der Frage, *daß* sie/es an sich geklärt werden muß. Insofern sollten wir nicht von vornherein mit *Formen* hadern, sondern dahinter den Willen resp. die Notwendigkeit erkennen.

¹⁸ Die Frage wird in dieser Rede von Walter Ulbricht nur für die Kosten aufgeworfen, die der Arbeiter verursacht, also Löhne. Das gleiche Prinzip galt aber auch für die Senkung im Verbrauch der gegenständlichen Arbeit. Daß geringerer Verbrauch als geringere Kost in den Preis einzugehen hat, ist nur das eine, es geht bei wirklicher Wertökonomie um die Rücknahme der eingesparten Wertteile aus dem Preis.

¹⁹ Schicke hier vorweg: Sie ist innerlich vorbereitet auf die Lohnerhöhung aus der Gesellschaft resp. Gesamtarbeit, bereitet äußerlich aber nichts vor, nämlich bereitet nicht den um die gesunkenen Selbstkosten niedrigeren Preis vor, der der Gesellschaft, also Gesamtarbeit, den Mehrwert, Gewinn oder Profit, erhöht!

pro Einheit des Arbeitsertrages oder „einzelnen Ware“, aber wieso ist das ein höherer Gewinn, der in einen „guten Lohn“, d.h. steigenden Lohn umschlagen kann? Dann muß doch der Preis unverändert bleiben, also gerade nicht der Forderung des NÖS entsprechen, nämlich den Preis nach dem Wert zu bilden! Dem Lohn zuliebe den Preis aufgeben? Dann sind wir an ein Paradoxon geraten, und die Reformer, die dennoch von einer Reform reden, sind ein Kompromiß eingegangen. Das wird sie dann im ganzen Verlaufe des NÖS umtreiben und sie schließlich mit der Reform uneins werden lassen.

Die wahre Theorie des NÖS

Da das Neue Ökonomische System der DDR ein Zusammenhang (eine „Einheit“) von Preis- und Lohnreform war (niemals nur eine Preisreform war), besteht die Aufgabe einer *wahren* Theorie des NÖS immer darin, das wirkliche Verhältnis der Preisreform zur Lohnreform resp. umgekehrt der Lohn- zur Preisreform zu bestimmen.

Wir resümieren: Die Preiserhöhung als generellen Weg zum höheren Gewinn schließt Walter Ulbricht aus, die Preiserhöhung ist allerdings nicht ausgeschlossen - wie auch die Industriepreisreform (ausgewählter Waren) im NÖS zeigt -, soll über sie überhaupt erst ein Preis, der einen Gewinnanteil enthält, hergestellt werden, *insofern* kann es durch Preiserhöhung zur Erhöhung von Selbstkosten - in Preisen im allgemeinen - kommen; Preise jedoch, deren Erhöhung die Konsumtion der Werktätigen berühren würde, sind davon ausgenommen (wie Walter Ulbricht an anderer Stelle dieser Rede²⁰ noch einmal bekräftigt, aber das war immer Bestimmung im NÖS, und

²⁰ „Unsere künftige Preispolitik muß dafür sorgen, daß die Industriepreise - ich bitte, das immer zu unterscheiden von den Konsumpreisen - zum Ausdruck bringen, wie es in den Betrieben wirklich aussieht, wie es also dort aussieht, wo die Arbeit geleistet wird, die den Wert und den Preis der Ware bestimmt. Das ist ja der Sinn der Preisreform“. Und was ist Sinn der Konsumpreise? Und deren Werte? „Die Produktivität der Arbeit ist gestiegen. Also kann nicht eine Gefahr allgemeiner Preiserhöhungen bestehen“. Ginge es nicht um die „Gefahr“ allgemeiner *Preissenkung*, die Arbeitsproduktivität ... ist doch gestiegen! „In dem Maße, in dem wir bei der Senkung der Selbstkosten vorankommen, können künftig auch im Bereich der Verbraucherpreise die ökonomischen Gesetze des Sozialismus konsequenter verwirklicht werden, als das gegenwärtig noch der Fall ist“. Im Bereich der

das hat sich nie geändert), es gibt also eine Grenze für die gesellschaftliche Wirksamkeit der Übertragung einer Preiserhöhung in Preise. Der Weg aber, der *im Prinzip* zu einem höheren Gewinnanteil im Preis führen oder diesen als gewinnträchtigen Preis erhalten soll, ist nicht die Preiserhöhung, sondern geht über die Senkung der Selbstkosten, also über die Steigerung der Effektivität der qualitativen, d.h. konkreten Arbeit im einzelnen bzw. der jeweiligen Betriebe, so daß sich, und dies die maßgebende Position von Walter Ulbricht resp. des Neuen Ökonomischen Systems der DDR, Lohnerhöhungen, die sich aus Teilnahme am erzeugten Gewinn schöpfen, ausschließlich aus der besonderen Leistung jeweiliger Arbeiter bzw. Betriebskollektive erklären; d.h. es geht Ulbricht nicht, wie es den Anschein hat, um Umsetzung des Lohnverhältnisses in die konkrete Arbeit der Gesellschaft im allgemeinen, sondern die des Betriebes im besonderen. Das ganze wäre also eine Umsetzung des sozialistischen Prinzips der Verteilung/Aneignung nach der persönlichen (hier ausgedehnt bis zur betrieblich besonderen) Leistung. Damit finden die Preiserhöhungen, die man formell für den Beginn einer Herstellung von nicht dem Wert entsprechenden Preisen in dem Wert entsprechende Preise verstehen kann, eine völlig andere Erklärung: Nicht die einer Wiederherstellung eines Verhältnisses, sondern die der Auslösung einer Bewegung in der Arbeit. Über Preis“reformen“ (besser: Regulierungen) wird ein allgemeiner Ausgangspunkt - oder dieser allgemein - für ein das Profitprinzip ersetzendes Leistungsprinzip hergestellt, d.h. der Lohn tritt als Triebkraft an die Stelle des Profits. Oder sagen wir es noch anders: Des Profits bemächtigt sich eine andere Klasse, die arbeitende. Damit ist ein Sinn der Preisreform erkannt, der aber den unterstellten Sinn, Wertverhältnis und für Warenproduzenten, relativiert: Der Wert wird hier *Mittel für den Lohn*. Oder sagen wir auch so: Mittel für die Erzeugung einer Triebkraft, die mit dem Lohn geht!

Verbraucherpreise wirken also die „ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ nicht? Welche dann? Herrscht hier ein gesetzloser Zustand? Aber es herrscht doch ein Mechanismus, auf den sich Preissummen, Geldsummen, schließlich Einkommen real beziehen! Und warum soll ein Mechanismus, der real wirkt, auf *kein* Gesetz hindeuten, das ebenso real wirkt? Jemand, der „klar sehen“ will, macht es sich einfach. Wir aber sehen nichts als den des Kommunismus unbewussten Kommunisten.

Lässt sich aus diesem Sinn, dem Lohninteresse, noch der Sinn des Wertes/Wertpreises *ableiten*? Das muß doch die Frage für die Ökonomen - damals wie heute - sein, die sich mit der Frage der Preise im NÖS identifizieren, d.h. hierauf das Schwergewicht der Reform legen. Man bedenke: Was einerseits durch Steigerung der Effektivität der konkreten Arbeit an Gewinnmenge im Preis gewonnen, würde andererseits bei konsequenter Übertragung der geringeren Werte der effektiveren Arbeit in den Preis wieder geschmälert werden, denn irgendwo, irgendwann würden auch Löhne von der Preissenkung von Waren berührt werden²¹, so daß sich hier der Widerspruch im System einer Reform ergibt, die aktiv, positiv (erhöhend) mit dem Lohn arbeiten will. Er *kann dann nicht* auf die Basis von steter Preissenkung gestellt werden. Substantiell sich erhöhender Lohn kann auch nicht auf den Boden formeller, nomineller Preiserhöhung gestellt werden. Es bleibt nur eine Form, worin der Lohn substantiell erhöht und Preis die Form ist, die das real umsetzt: *Festpreis*. Ohne daß das erkannt, nutzt keine Diskussion oder laufen sie alle in die Leere resp. Irre. Sie finden zwar eine Theorie - die „Marxsche Werttheorie“, aber keine Praxis: die des realen Sozialismus. Es handelt sich dann nicht darum, daß Konsumgüterpreise irgendwo auf der Strecke der Preisreformen liegengeblieben, „vergessen“ worden sind, aber irgendwo, in sich abzeichnender naher Ferne, die „vierte Etappe“ der Industriepreisreform durchschimmert - diese Hoffnung war ja. Nein, Festpreise haben konstituierende Form für eine Lohnreform im Rahmen des NÖS. Aber: Wenn ich Lohnsteigerung (!) aus Gewinnsteigerung begründen will, und zwar für *alle* Arbeiter, dann muß für *alle* Preise ausgeschlossen sein, daß mit der Wertsenkung eine Preissenkung erfolgt. D.h. es ist irrtümlich, daß nur die Konsumgüterpreise aus dem „Wirkungsbereich des Wertgesetzes im Sozialismus“ auszunehmen waren. *Sie* bilden nur die Substanz, auf die sich die Lohnerhöhung real beziehen soll, deshalb müssen sie a priori aus jeder realen Preisreform herausgenommen sein; es darf nicht der geringste Verdacht aufkommen, daß es nicht um Lohnreform im NÖS ginge. Aber die Begründung der Lohnerhöhung erfolgt aus einem Verhältnis

²¹ Um zu einem Anteil des Arbeiters an den höheren Arbeitserträgen - der produktiveren Arbeit - zu kommen, sprach Marx von einem langsameren Sinken der Löhne als der Preise. So erhöht der im Wert sinkende Lohn wenigstens seine Kaufkraft.

heraus: Dem Verhältnis des Sinkens der Selbstkosten zum Zuwachs des Gewinns aufgrund dieses Sinkens. Es kann nur allgemein sein, also muß ein *nicht* mit dem Wert sinkender Preis allgemeiner Preis, eben der substantielle Festpreis erhalten bleiben resp. hergestellt werden - bei den erhöhten Preisen eben nur auf der höheren Ebene, so daß die Lohnreform sofort eine Reform für alle sein kann. Die partiellen Preiserhöhungen, die optisch wie Wiederherstellung der Wertpreisform wirken, dienen der Verallgemeinerung/Allgemeinheit der Lohnreform.

Allerdings: Das Verhältnis kann allgemein sein, aber der Gewinn kann unterschiedlich steigen, wenn unterschiedliche Steigerung der Produktivität vorausgesetzt ist - *und das ist in der besonderen konkreten Arbeit voranzusetzen* -, dann entsteht eine neue Ungerechtigkeit: Unterschiedlich steigender Lohn. Zu hoher Gewinn sollte daher im NÖS - perspektivisch (ich nehme das hier voraus) - durch partiellen Abbau zu hoch geratener Gewinnmargen, also dann durch *reale* Preissenkung, abgebaut werden, das Wertgesetz wirkt, wie es scheint, doch, aber es wirkt, so muß man sagen, nur im Intervall, schubweise. Es könnte sich aber auch in diesem Falle um Korrektur der unterschiedlich ausfallenden Lohnerhöhung handeln; zu hohe Lohnerhöhung soll verhindert werden, und das geht nur über die Verschmälerung der Basis, von der ausgehend die Lohnerhöhung jetzt, im NÖS, begründet ist. D.h. nix ist mit Wertpreisreform, obwohl jetzt endlich sinkende Preise entstehen, die, in Warenpreise eingehen, Kosten auf äußere Art zum Sinken bringen können. (Aber hätten sie dann Lohnerhöhung ebenso begründet wie „eigene“ Leistung? - Soweit kam man nicht im NÖS). Das Reformwerk des NÖS sah jedenfalls keinen automatischen Zusammenhang von Wert und Preis vor. Es sind im Grunde erst diese korrigierenden Schritte, die wie eine Restauration des Wertgesetzes wirken, da sie einen allgemeinen Umstand der Arbeit, für die Arbeit wiederherstellen, aber was erklärt den Prozess, der zwischen diesen Schritten wirkt? Das Wertgesetz also wirkt (im NÖS), hofft der Wertökonom, aber es wirkt ausschließlich in den *intervallartigen Preisreformen*?

Wir erkennen die Novitäten an sich: Keine allgemeine Preisreform; der Gewinn ist sofortiges Resultat, beruht daher auf besonderer, nicht allgemeiner gesellschaftlicher Leistungssteigerung; Lohnsteigerung ist einzelne und unterschiedliche, nicht gemeinschaftliche und gleiche Lohnsteigerung - wenn

aus dem besonderen Gewinn begründet! Um diese Frage allerdings geht es bei der Problematisierung der Lohnreform als solche!

Den ursprüngliche Gedanken, die Preise müssten auch im Sozialismus dem Wert, d.h. dem im Durchschnitt gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand entsprechen, der für das NÖS insgesamt prägend wurde, gibt Walter Ulbricht formell nicht auf, aber er disqualifiziert alle Versuche, einen solchen dem Wert entsprechenden Preis auf dem Wege der *Preiserhöhung* herzustellen - und damit auf dem Wege einer *wirklichen* Preisreform herzustellen. Sie hätte ja das Verhältnis der Arbeit resp. des Wertes zum Preis reformieren/aktivieren müssen, nicht aber das Verhältnis von Arbeit/Arbeitszeit und Selbstkosten, also Verbrauch von (gegenständlicher und lebendiger) Arbeit. Es geht einerseits um die höhere Effektivität der vorausgesetzten, die „Ware“/das Gut der Produktion herstellenden konkreten Arbeit, aber es geht bei der Wertökonomie doch um die Umsetzung dieser Effekte in Preise! Und nicht nur in die die Effekte direkt ausweisende Form sinkender Kosten (die gewiss auch Preise sind, aufgeteilte auf mehr Waren/Güter), sondern in die Form der *Arbeitskost*, also in den Preis/Geldausdruck. Daß Walter Ulbricht einerseits eine Reform will, einerseits dem Wert entsprechende Preise will, aber keine Preisreform will, die sofort, auf dem *schnellstmöglichen* Wege - dem der formellen Umbestimmung der Preise - zu solchen Preisen führte, sondern - und dies andererseits - einen Weg bestimmt, der über die Produktivierung der Arbeit führt, einen recht langwierigen Weg, einen - für die Wertökonomie - absolut fragwürdigen Weg - wie wir gleich sehen werden -, wird zum Markenzeichen des NÖS, bestimmt den Charakter der ökonomischen Reform der DDR *eindeutig als keine, die sich über den Austausch reguliert*, die also auch den Austausch - oder den Markt, denn ausgetauscht wird auf dem Markt - nicht in den Rang des Regulators erhebt, sie war *mitnichten* eine marktwirtschaftliche oder wirkliche wertökonomische Reform, sondern war eine solche „Reform des Wertes“, die sich *über die Produktion* regulieren sollte²²: Über welche, und wie? Das muss nun natürlich geklärt werden.²³

²² Einem „Chaos“ auf dem Gebiet der Preise setzt Walter Ulbricht, das NÖS, eine Ordnung auf dem Gebiet der Arbeit entgegen. Einem - „fehlgeratenen“ - Verhältnis wollte er mit der Arbeit begegnen. Sein Verhältnis zum Wertverhältnis ist ein schöner Schein.

An diesem Punkt bin ich mir des Widerspruchs meiner Kritiker sicher, die ich alle der werttheoretischen Auffassung von der Reform der DDR zuschlage, denn sie sind jetzt herausgefordert. Hier wird ja die lohntheoretische Seite des NÖS als Gegensatz, als ein unlösbarer Widerspruch zur werttheoretischen Seite des NÖS behandelt, weil die Preisreform als eine Realisierungsform der Lohnreform behandelt - und das sind sie nicht gewohnt, das ist neu für sie, und das fordert sie prinzipiell heraus, allerdings auch in dem, was wir theoretisches Gewissen nennen. Was also war die Hauptfrage des NÖS? Preisreform oder Lohnreform? Wie bestimmt sich ihr gegenseitiges *Verhältnis*? Was sollte Triebkraft werden? Also: die DDR hatte formell Preiserhöhungen vorgenommen, durch die Kosten wieder innere Inkremente des Preises wurden, und ein Preis mit Gewinn ist ein Markenzeichen für einen dem Wert entsprechenden Preis, denn zu unserer Zeit ist die notwendige Arbeit soweit reduziert, daß ein Mehrprodukt allgemeingesellschaftlich produziert wird; Preise, die gesellschaftliche Verhältnisse ausdrücken, spiegeln das in der Form ihrer inneren Aufteilung wider. Es geht also um die theoretische Einschätzung von Preisreformen im Rahmen des NÖS. Sie waren unbestritten partieller Natur, betrafen zunächst Preise von Waren, die Energieträger sind, und Preise der Grundmittel (laut Marx fixes Kapital, oder einfach die schon vergegenständlichte Arbeit), die im gegenwärtigen, d.h. neuen Wertschöpfungsprozess nur peu a peu übertragen werden, erfolgte andererseits 1. in Etappen und erreichte 2. nie die Ebene der Verbraucherpreise, jenen Markt also, auf dem die *Menschen* auftreten und

²³ Regulation über den Markt, d.h. Darstellung des Wertes der einen Arbeit in der Arbeit des anderen Produzenten, zu dem ausgetauscht wird, damit Erhebung anderer Arbeit zur Erscheinungsform meiner Arbeit einerseits - oder andererseits: Regulation von gesellschaftlichen Verhältnissen wie Ausdrücken von Arbeit in der eigenen Arbeit selbst (die eigene Arbeit ist zum Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse der Arbeit zu erheben) - dieser Unterschied wird hier konsequent ausgesprochen - wenn auch auf den ersten Blick nicht für jedermann ersichtlich/verständlich ausgesprochen. Das ist der Unterschied von Warenökonomie und Sozialismus - wenn es denn Sozialismus ist, was hier erscheint. Und: Geht denn Letzteres (denn daß Ersteres geht, wissen wir seit Tausenden Jahren)? Geht es, daß gesellschaftliche Verhältnisse der Arbeit, Verhältnisse aus der Gesamtarbeit, in einzelner Arbeit ausgedrückt werden können, d.h. geht die Umkehrung der Wertökonomie - im Rahmen der Formen/Kategorien der Wertökonomie selbst?

Güter kaufen - dieser Ausschluß von Waren aus der Reform gilt generell, unabhängig von allen Preisreformen im einzelnen, d.h. war das allgemeine Gesetz der Preisreformen. *Und was denn der Grund, liebe Kritiker?* Diese Preisreform, die mit Erhöhungen operierte, erreichte nie die Ebene der Löhne, sie brauchte nie eine *Lohnpreisreform (den Lohn als Preis)* einzuschließen! Sie setzte auch keinen Lohnmechanismus, wie er sich längst in der sozialistischen Realität herausgebildet hatte, außer Kraft! (Sondern schuf nur eine andere, näher und mehr *und direkt* arbeitsbezogene Begründung). D.h. in der Reform lief die Nichtreform, ich wage zu sagen: die Revolution, weiter! Alle Preisreformen im Rahmen des NÖS waren keine solchen, die die Konsumtion einbeschlossen! Und damit ist jede Preisreform auch keine Preisreform mehr, weil einem anderen Gegenstand - als dem des Wertes - untergeordnet.

(Wer andererseits dem Neuen Ökonomischen System als einer den Wert herstellenden Reform anhängt, sollte sich einmal überlegen: Preiserhöhung zum Zwecke der Rentabilitätserhöhung resp. -herstellung ist auch im Neuen Ökonomischen System, das auf die Austauschbarkeit der Güter entsprechend dem Wert orientiert, ein kriminelles Delikt und wird bestraft! Wenigstens das sollte ihm doch zu denken geben. Damit ist natürlich eine ganz bestimmte Seite der Wertökonomie außer Kraft gesetzt. Die Theorie hat zwei Phänomene zu erklären: 1. Warum ist diese Seite der formellen Preiserhöhung nicht mehr erlaubt? (Sie ist ja nur erlaubt, wo sie notwendig ist, die im Eigentlichen gemeinte Reform der Arbeit - eine gleiche Ausgangsposition für ein direktes Verhältnis zur Gewinnbeteiligung für alle Betriebe herzustellen - zu ermöglichen), und 2. was bleibt von der Wertökonomie erhalten, wenn sie auf einen ökonomischen Rest reduziert ist: Selbstkostensenkung?)

Welche Ebene aber erreichten die Preisreformen dann? Sagen wir so: Eine innere, eine Ebene, die „Industrieabgabepreise“ genannt wurde (IAP). Mit ihnen operierten die Betriebe untereinander. Theoretisch (ökonomisch) ist das nichts weiter als eine Ebene der Selbstkosten oder der *Preisübertragung*, d.h. keine Ebene - oder Preisreform - der Neuwertbildung oder eben der aktuellen Arbeit. Die „obere“, darüber hinaus reichende Ebene, also Ebene der Verbraucherpreise (EVP), als aus der Reform herausgenommene Ebene zu verstehen, zwingt dazu, die IAP-Reform eher als *kostendeckende* Preisreform zu charakterisieren. Eine „innere“ Zone der Wirtschaft (Verhältnis der

Betriebe zueinander) war mehr der ökonomischen Reform (die zum Wertpreis zurückführen sollte) unterworfen als eine „äußere“ Zone (Verhältnis der Betriebe zur Gesellschaft), die Betriebe mehr als die Gesellschaft, so kann man das auch sagen. (Und was ist nun *Produktionsweise*?). Wer mir aber die faktischen Preiserhöhungen, die das NÖS betrieblich gesehen bereits kennzeichneten, vorhalten will als einen Widerspruch zu meiner obigen Einleitung, daß die Reform letztlich die Preisreform als Weg, der den Sozialismus zum Wertpreis zurückführen sollte, *ausschloß*, der muß mir allerdings den Ulbricht der Hallenser Rede erklären (oder die „neue“ Rolle des Lohnes im NÖS), denn er operiert dort *mit einem anderen Weg*, zu kostendeckenden Preisen zu kommen: Dem Weg über die produktive Arbeit im einzelnen - in ihrer Vereinzelung! Und das widerspricht der wertökonomischen gesellschaftlichen Praxis, schließlich auch der Werttheorie eines Karl Marx - widerspricht aber nicht dem neuen Lohn(-Verhältnis). Walter Ulbricht, das NÖS, oder die DDR, wollten etwas anderes. Man kann das Neue Ökonomische System der DDR nicht verstehen, ohne diesen Unterschied verstanden zu haben.

Warum also beschränkte man sich auf eine *innere Reform* der Preise? Was bedeutet denn die Ausschließung der Verbraucherpreise aus der Preiserhöhung für die Theorie resp. Praxis der Reform an sich, und was bedeutet die Konzentration der realen, tatsächlichen Preisreform auf die Heranführung sogenannter unterbewerteter Preise an reale Kosten, quasi auf eine Kostenpreisreform? Bedeutet sie die *Eröffnung* nur einer *allgemeinen* Preisreform, d.h. bedeutet sie die Eröffnung eines wirklichen Prozesses *mit einem ersten Schritt*, der irgendwann in naher Zukunft in einen der Verbraucherpreise übergeleitet worden wäre, und auch den Markt - oder marktadäquaten Staat - als Regulator der Preise tatsächlich (wieder) hergestellt hätte, oder bedeutet sie eben diesen Prozess nicht, so daß mit dem Anfang bereits das Ende der Reform gesetzt war - oder eben eine andere Reform?

Die *Reformer* werden sagen (und sagen), es war der Anfang eines Prozesses, aber die Realität spricht mehr dafür, von einem Anfang zu sprechen, der sein Ende in sich enthielt. Man wollte den Markt für die Betriebe, aber scheute den Markt für die Menschen. Nur das erklärt die Hallenser Rede von Walter Ulbricht.

Wäre es bei den Preisreformen um den Wert gegangen, dann aber müßte man den Ausschluß einer ganzen Ebene von Preisen aus der Reform als einen Widerspruch, und das NÖS als ganzes, d.h. inklusive der Lohnreform (ihrer Gewinnbezogenheit) als *kein zusammenhängendes System* von ökonomischen Hebeln erklären. Dagegen: Nur wenn man den Ausschluß der Konsumtionspreise aus der Preisreform erklärt als die Voraussetzung, den Lohn überhaupt in ein Verhältnis zur Gewinnbildung setzen zu können, ergibt sich dieser Zusammenhang zu einem System im NÖS! Dann ist der Gegensatz ein scheinbarer, d.h. dann, und nur dann, ist er keiner.

Daß dies endlich klargestellt ist, schließt andererseits nicht ein, daß wir nun zur unbedingten Anerkennung des Neuen Ökonomischen Systems der DDR gezwungen sind, daß wir nicht die gesellschaftliche Problematik dieser neuen Einheit in der Ökonomie erkennen, d.h. daß wir nun nicht die *Eigenproblematik* dieser Lohnreform erkennen. (Und hierin ist der Autor präsent gewesen solange diese Reform praktikabel wurde resp. werden sollte).

Problematisierung der Lohnreform

Ulbricht hatte gesagt/verlangt, daß die Rentabilität im Rahmen von Preisen, also ihr Gehalt an Gewinn/Profit, auf dem Wege der Kostensenkung, exakt: Selbstkostensenkung, zu erzielen sei. Indem also Verbräuche an Rohstoffen und Hilfsstoffen gesenkt würden, desgleichen Arbeitszeiten, die neu in die Fertigung von Gütern eingehen, gemindert würden (Steigerung der Produktivkraft der lebendigen Arbeit), erhöhte sich der Gewinn, der Mehrwert im Wert. Und das sei der „richtige Weg im NÖS“, das sei sein Grundsatz. Und das ist nicht kriminell? Das ist nicht Fälschung der Arbeitszeit?; hier der Arbeitszeit in der Wertform (durchschnittlich gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, in bezug auf Besonderheiten in der Produktion gleichgesetzte Arbeitszeit). An diesem Punkt ist an das theoretische Gewissen von Kommunisten, die Marxisten sind, also doch mindestens Marx' Werke gelesen haben oder in diesem Sinne, Marxschen Sinne, mitreden möchten, zu appellieren. Das geht also ... analog der „Marxschen Werttheorie“? Kosten senken, den Gewinn erhöhen? Das geht in diesem direkten Verhältnis? Aber was ist dann mit dem Preis? Der Sozialismus ist demnach in der Lage alle gesellschaftlichen Verhältnisse der Warenökonomie herzurichten - ohne auf den Austausch zurückzugreifen, er stellt sie, die Gleichheit, Gleichsetzung der

Arbeit, auf direktem Wege, per *Arbeit* her? Es gibt die unmittelbare gesellschaftliche Arbeit, die allgemeingesellschaftliche Arbeit im Sozialismus *direkt*? Arbeit kann *unmittelbar* gleichgesetzte Arbeit sein? Er kann also die konkrete Arbeit unmittelbar zur Verwirklichungsform abstrakter, allgemeiner Arbeit, gleichgesetzter gesellschaftlicher Arbeit erheben - aber nicht per Austausch, per Erscheinung, sondern direkt, substantiell und allgemein; er kann *die konkrete Arbeit, ungleiche Arbeit also*, ihr Gegenteil, *gleiche Arbeit* sein lassen? Er kann die abstrakte Arbeit aufheben, indem er konkrete Arbeit zur abstrakten umfunktioniert?

Bisher ging der Marxismus immer davon aus, daß konkrete Arbeit nicht gleiche Arbeit sein kann, sie kann nicht per Arbeit das sein, was Arbeit aber durch Absehen von der konkreten Arbeit sein kann (oder ist): Gleiche Arbeit, Arbeit einer gleichen Form. Also Hinsehen auf die Arbeit als gleiche löst das Problem, daß konkrete Arbeit nicht ihr Gegenteil, gleiche Arbeit, sein kann (oder, sozialistisch gesprochen: „sein muß“). Als *gleichförmige Arbeit als solche* kann Arbeit auch gleiche sein, als gleiche angesprochen sein oder gleichgesetzt sein, und damit vergleichbare Arbeit sein; *aber als konkrete nie!* Das ist ja der ganze Witz beim Marxismus, oder jedenfalls bei der *Marx'schen* Werttheorie. Es gibt die Arbeit im Doppelpack: Als konkrete und als abstrakte. Beide „Arbeiten“ sind zwei Seiten *der menschlichen Arbeit*. Als konkrete Arbeit ist sie die verschiedene, unterschiedliche Seite der Arbeit, als abstrakte die gleiche, gleichförmige Seite der Arbeit. Jede formelle Gleichsetzung dem Verhältnis nach, d.h. die Entwicklung der Ware zum Geld, worin Gleichheit ein Ding ist, ist in der substantiellen Gleichheit vorausgesetzt. Ohne daß Waren gleich sind, auf Gleichheit reduzierbar sind - und das können sie als Gegenstände nicht, sondern das gelingt „ihnen“ nur, wenn man sich zum Gegenstand die Arbeit hinzu denkt, und nun deren Charakter bestimmt (wovon der eine gleich, der andere ungleich), keine Gleichsetzung der Waren im Austausch, oder nicht ihre Gleichsetzung der Form nach.

Ein gesellschaftliches Verhältnis, d.h. eine Gesellschaft formativen Charakters, kann zu beiden Seiten der menschlichen Arbeit hergestellt werden. In der Warenproduktion, weil sie Produktion Privater, also nicht Gemeinschaftlicher ist, wird die *abstrakte* Seite der Arbeit zur gesellschaftlichen Form der Arbeit erhoben, d.h. über sie wird ein

gesellschaftliches Verhältnis der Arbeit vermittelt, sie, die abstrakte Arbeit (oder Seite der Arbeit), bildet seine Substanz, auf sie wird der Mensch in seinem gesellschaftlichen Verhältnis (Verhältnis zu anderen Menschen) reduziert. In Nichtwarenproduktionen ist die konkrete Seite der Arbeit zur gesellschaftlichen Form der Arbeit erhoben, d.h. über die besonderen, von den Gebrauchswertformen ausgehenden Formen der Arbeit werden die gesellschaftlichen Verhältnisse vermittelt. Die gesellschaftlichen Formen der Vermittlung haben unter diesen letzteren Umständen eben so viele vermittelnde Formen wie die Waren Gebrauchswerte haben, es sind zwar nicht unendlich viele, aber eben viele, kaum zählbare. Man sagt zu dieser Form der Vermittlung daher auch, daß sie unmittelbar gesellschaftliche Formen (der Vermittlung zu anderen) sind, Waren (hier im Sinne von Arbeitsprodukten) besitzen diese Formen *natürlich*, denn Gebrauchswerte sind immanente Eigenschaften von Waren (was Bestimmung der konkreten Arbeit, ist Eigenschaft der Ware oder Gutes der Produktion). Sie sind Waren nicht vermittelbar, entweder sie haben sie, und dann natürlich, oder sie haben sie nicht. Sie sind also der Wertform der Vermittlung, die rein gesellschaftliche Form, also in diesem Sinne auch äußere „Eigenschaft“ von Waren/Gütern - oder der Arbeit, auf die sie sich bezieht - ist, gegenübergestellt. Daß Produkte menschlicher Arbeit eine Form annehmen, die sie nicht von Natur aus haben, nennt man ihre gesellschaftliche Form, ihre Wertform ist ihre gesellschaftliche Form, was aber nicht bedeutet, daß die Arbeit, oder Seite der Arbeit, auf die sich die Wertform bezieht, etwas Irrationales im Sinne von gedachtem Verhältnis ist, daß die abstrakte Arbeit also solche Arbeit ist, die die Arbeit nicht *auch* von Natur aus ist. Die abstrakte Arbeit endet - in einer Nichtwarenökonomie - als Arbeit (oder Seite der Arbeit), *worauf ein gesellschaftliches Verhältnis gezogen/bezogen ist*. Weil eben das gesellschaftliche Verhältnis die Seiten der Arbeit wechselt. Das Verschwinden der abstrakten Arbeit in der Gesellschaft beruht auf diesem Wechsel im Verhältnis zur Arbeit, d.h. die abstrakte Arbeit verschwindet, weil das Verhältnis verschwindet, sich auflöst, das sich auf sie bezieht.

Nichtmarxisten können mit diesen Überlegungen überhaupt nichts anfangen. Da sie äußere Verhältnisse nicht als Bezüge auf innere Umstände begreifen, begreifen sie weder das Geld als Verhältnis resp. Ausdruck der abstrakten menschlichen Arbeit, noch begreifen sie den Wechsel, der im Verhältnis oder im Ausdruck zur anderen Seite der Arbeit möglich ist. Es ist also selbst in

dem Falle irrtümlich, von Begreifen der Ökonomie zu reden, da einseitig das Verhältnis wenigstens zur abstrakten Seite der Arbeit verstanden ist. Damit ist noch lange nicht der Wechsel zur anderen Seite der Arbeit verstanden, der sich ebenfalls objektiv vollzieht, d.h. sehr lange schon zu Erscheinungsformen führt, ohne daß sie dem Menschen erklärt sind noch er sie zu respektieren gewillt ist.

Es geht also darum, die Scheu der Reformer des NÖS - resp. Walter Ulbrichts - vor der formellen Erhöhung der Konsumtionsmittelpreise zu erklären, oder zu erklären, warum sich die reale Preisreform (der DDR) mit einem inneren „Rest“ begnügt: Selbstkostenpreisreform²⁴, Erhöhung - resp. Senkung, aber in der Regel Erhöhung - von Preisen insoweit, als sie nicht in eine Erhöhung auch der Konsumentenpreise zu übertragen gewesen wäre; d.h. ab hier, ab dieser Notwendigkeit, bricht die Preiserhöhung ab und erfolgt Subvention um den nichterhöhten Teil. Die Subvention wiederum soll ausgemerzt, bekämpft werden durch Entwicklung quantitativer und qualitativer Parameter der - und das wird jetzt wichtig - *betrieblichen* konkreten Arbeit. D.h. die Subvention selbst wird nicht weitergereicht an den Warenkonsumenten. Die faktische Preiserhöhung (Subvention) aber bezahlt die Gesellschaft, so wird sie nicht lohnwirksam.

Exkursion bei Marx, die Gleichheit konkreter Arbeit betreffend

Es sei an diesen Punkt eine kurze Exkursion in Marx (in den *Marxismus*) erlaubt. Als hätte Marx schon einiges von der Konfusion geahnt, die eintritt, wenn das Verschwinden eines Verhältnisses zur abstrakten Seite der Arbeit zusammengedacht wird mit einem Verschwinden der abstrakten Arbeit selbst resp. die eintritt mit der (versuchten) Übernahme oder Verlagerung des Verhältnisses der Gleichsetzung der Arbeit von der abstrakten Arbeit durch

²⁴ Man könnte sagen, Selbstkostensenkung, also Wertsenkung, ist kein „Rest“ der Warenökonomie, sondern ist ihr Hauptweg, Senkung der Arbeitsaufwände in allen Formen, also Ersparung von Arbeit in gegenständlicher wie lebendiger Form, ist ja der eigentliche Weg in der Ökonomie, zur höheren Effektivität zu kommen und insofern ist mit dem Gedanken, auf Senkung der Kosten zu insistieren, der Warenökonomie kein ungemäßer Zwang angetan. D.h. sie läuft weiter. Wo liegt denn das Problem eines nicht um sein äußeres Verhältnis, der Darstellung des Wertes in einer allgemein verbindlichen Weise, besorgten warenökonomischen Systems?

die konkrete Arbeit oder auf den Boden der konkrete Arbeit, heißt es im Rohentwurf zum „Kapital“ (S.73) zur Frage der Gleichsetzung auf dem unmittelbaren Wege, also auf Basis der konkreten Arbeit (in Auseinandersetzung mit dem Vorschlag Proudhons, den gesellschaftlichen Austausch - assoziiert Produzierender - solle eine gesellschaftliche Bank regeln): „Die Bank wäre der allgemeine Käufer und Verkäufer. Statt der Noten (*Geld, J.*) könnte sie auch cheques ausgeben und statt dieser einfache Bankaccounts (*Arbeitszeitkonten, J.*) führen. Je nach Summe der Warenwerte, die X an sie abgelassen, hätte er dieselbe Wertsumme in anderen Waren an sie gut. Ein zweites Attribut der Bank wäre notwendig, den Tauschwert aller Waren, d.h. die in ihnen materialisierte Arbeitszeit authentisch zu fixieren. Aber hier könnten ihre Funktionen nicht enden (*!, J.*). Sie müßte die Arbeitszeit bestimmen, in der die Waren hervorgebracht werden können, mit den Durchschnittsmitteln der Industrie, die Zeit, in der sie hervorgebracht werden müssen (*Bank wohlgemerkt, nicht Markt, es geht um unmittelbar gesellschaftliches Arbeitsverhältnis; kann man nicht auch sozialistischer „Staat“ sagen?, J.*). Aber auch das wäre nicht hinreichend. Sie hätte nicht nur die Zeit zu bestimmen, in der ein gewisses Quantum Produkte hervorgebracht werden muß, und die Produzenten in solche Bedingungen zu setzen, daß ihre Produktion gleich produktiv ist (*denn warum soll der eine Gesellschaftliche gegen den anderen Gesellschaftlichen bevor- oder benachteiligt sein?, J.*), (also auch die Distribution der Arbeitsmittel auszugleichen (*!, J.*) und zu ordnen (*!, J.*)), sondern sie hätte die Quanta Arbeitszeit zu bestimmen, die auf die verschiedenen Produktionszweige verwandt werden soll“ ... usw. usf. (*Das heißt, die Gesellschaft/Bank ist auch für die Proportionalität der Produktion verantwortlich. Proportionalität ist eine Frage der Konsumtion, die Produktion an sich hat keine innere Bestimmung der Proportionalität, J.*).

Die Bank übernimmt also die Funktionen des Marktes, sie gibt die notwendige Arbeitszeit (für ein bestimmtes Produkt) vor - das könnte noch Waren- resp. Wertökonomie sein, nur daß es eben nicht mehr der Markt, also die Konkurrenz der Waren im Gegeneinander ist, die diese Prozedur auf den notwendigen Wert vollzieht, die Bank anstelle des Marktes müßte sich auf einen neuen Weg der Ermittlung der notwendigen Arbeitszeit verständigen. Die Bank bestimmt 2. die Proportionalität der Produktion aller Produkte untereinander, also Verschiedenheit ihrer arbeitszeitlichen Anteile, aber sie muß auch etwas Neues tun: Sie muß die Produktionsbedingungen, das sind

also die Bedingungen der konkreten Arbeit, ausgleichen, zu gleichproduktiven erheben (und wie nun?). Warum? Damit Gleichheit *in der Produktion vorausgesetzt ist*, also individuelle, einzelne oder besondere Arbeit als unmittelbare Arbeit austauschbar ist, gleichsetzbare resp. gleichgesetzte *in der wirklichen Produktion* ist. Wir haben es mit einer Assoziation, also Form des Kommunismus *in der Arbeit* zu tun! (In ihr soll es nicht um Gleichheit auf dem Boden der gleichen Arbeit, sondern um Gleichheit auf dem Boden der konkreten Arbeit gehen, die Aufgabe ist ebenso oft gestellt worden wie unerfüllt geblieben²⁵). Nur, daß der Kommunismus einer der Arbeit ist oder sein soll, keiner des Verhältnisses ist (wie im *realen* Kommunismus resp. Sozialismus umgesetzt). Es ist nicht erst die Bank, die gleichsetzt, oder der Markt, der diese Operation sichtbar vollzieht. Die Vorgabe der notwendigen Arbeitszeit durch die Bank ist nicht zu verstehen als die Gleichsetzung nach Art des Marktes, als äußere Anforderung an den einzelnen Produzenten; sie ist auch unmittelbar zu realisieren. Die Gleichsetzung erfolgt hier nur scheinbar auf dem Boden der gleichförmigen Arbeit resp. ihrer Dauer. Sie ist hier vielmehr die logische Folge der *gleichen konkreten Bedingung* zur Produktion (die dann den *Kommunismus* der Produktion darstellt). Es geht nicht darum, daß das auch zur Bedingung der Produktion erhoben werden *kann* - das ist in Wahrheit ja unmöglich, sondern daß dies *gefordert* ist, um das *Verhältnis* der Gleichheit unmittelbar herzustellen, als unmittelbar herzustellendes *in der Arbeit* zu verstehen (eigentlich zu umgehen). Die (konkrete als) private Arbeit ist nur aufgehoben, indem sie verallgemeinert ist, das liegt der Forderung nach Gleichproduktivität der konkreten Arbeit zugrunde. Und das auch liegt der Forderung des NÖS zugrunde, ausschließlich auf dem inneren Wege, der der betrieblichen, also jeweils besonderen konkreten Arbeit Selbstkosten unter den Preis zu drücken, so daß sie generell in innere Kosten umwandeln,

²⁵ Genaugenommen soll das Privateigentum nicht aufgehoben, sondern auf einen neuen Boden gestellt werden. Das des Wertes soll aufgegeben werden, weil es die Gesellschaft spaltet, und von der konkreten Arbeit wird verlangt, daß sie „gleichgestellt“ ist und daher nicht spalten kann. Aber der Proletarier erscheint, weil die Arbeit *rational* wird, und Produktionen gehen bankrott, weil überproduziert wird. Keineswegs verschwinden Proletarisierung und Überproduktion in der Gesellschaft dadurch, daß grundsätzlich jedes Produkt in der Geldform Anerkennung finden würde.

Kosten, die durch die Wertbildung, d.h. den Preis als solchen, gedeckt, garantiert sind; Kosten sind also realisiert dadurch, daß der Preis sie realisiert, ein solcher Preis ist Wertpreis. Aber dies ist hier nicht auf dem gesellschaftlichen Umweg erreicht, dadurch nämlich, daß der Preis immer als der Wert auch bewegt, sondern dem inneren, der Produktivierung eigener, besonderer produktiver Arbeit. Diese letztere soll sich im Gleichklang bewegen, das sichert die Reproduktion als eigene ebenso wie das Wertverhältnis. (Ist hier unterstellt).

Es sind zwei gesellschaftliche Formen, die Gleichheit der Individuen vor der und für die Gesellschaft zu verlangen; die eine ist Gleichsetzung auf dem Boden der gleichförmigen, also abstrakten Arbeit, die andere Gleichsetzung auf dem Boden der konkreten Arbeit, deren *gleiche Produktivität, Produktivierbarkeit*, verlangt ist oder hier zur formellen Bedingung ihrer Gleichheit erhoben ist. In der Forderung, daß per Bewegungsformen der konkreten Arbeit zur Gleichheit von besonderen Produktionen zu gelangen ist, zum Beispiel durch die Arbeitersparnis in den besonderen Formen der Verausgabung zu einem gleichen Mehrwert resp. Gewinn, ist das Verständnis für den Unterschied der beiden Seiten der Arbeit erloschen resp. ist ihre „Gleichheit“ unterstellt: konkrete Arbeit wird wie abstrakte Arbeit behandelt, das Verständnis des Unterschieds von gesellschaftlichen Ökonomien ist aufgehoben.

Aber die wirkliche Gleichsetzung unter Bedingung, daß die Arbeit eine unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist, ist die, daß sie ihren Charakter als *private* Arbeit aufgibt und ihr gemeinsamer Charakter, also für die Gesellschaft einheitliche Charakter qua Verhältnis hergestellt ist. Nicht die Arbeit, sondern das Verhältnis zur Arbeit soll ein gemeinsames sein. Erst das letztere ist Überwindung der privaten Formen der Produktion. Sie wird als eine selbige Arbeit für alle Individuen angeeignet, ihr Unterschied im Konkreten ist bedeutungslos für die Aneignung, d.h. er existiert (und kann erblühen), aber ist nicht länger relevant für die Gleichheit der Individuen, also deren Über- resp. Unterbewertung. Vor der Arbeit sind die Individuen gleich, der Wechsel im gesellschaftlichen Verhältnis kann vollzogen werden, ohne daß sich die Ungleichheit der Individuen vor der Gesellschaft auf dem Boden der neuen Bestimmung der Arbeit fortsetzt. Was nur Verhältnis - des

Eigentums - im Sozialismus sein kann, verlangt Walter Ulbricht - oder das NÖS - von der Arbeit.

Walter Ulbricht meinte wohl, das reale Eigentumsverhältnis im Sozialismus würde durch seine Lohnreform nicht berührt; hier irrt er sich - oder hätte sich geirrt. Die Lohnreform, d.h. die Zahlung „wesentlicher Teile des Lohnes in Abhängigkeit vom betrieblichen Gewinn“ hat es nie gegeben; dieser Teil des NÖS blieb unverwirklicht. Mit der Lohnreform im NÖS beschäftigen wir uns ausschließlich theoretisch, aber der Gedanke der Lohnreform hat wenigstens bewirkt, daß eine Preisreform *ihre Form für die Lohnreform* fand, d.h. auf sich bezogen auf der halben Strecke liegenblieb. Wir lernen hier Sozialismus... aus der Nichtrealität. Auch Absichten haben wir uns materialistisch zu erklären.

Der neue Mechanismus im Verhältnis Kost zu Gewinn

Der normale Leser urteilt über Ökonomie aufgrund seiner praktischen Erfahrung. Was er erfährt, ist in der Regel die bürgerliche Praxis. Er weiß, daß Preise, die die Kosten nicht decken, Betriebe in den Bankrott führen, sie kündigen ihn mindestens an. Mit einer Praxis des Sozialismus, wo Betriebe reihenweise Preise realisierten, die Kosten nicht deckten - und die dennoch nicht Bankrott gingen, kann er sich schlecht anfreunden, obwohl er sich über deren Nichtbankrott wundern dürfte. Auf keinen Fall hat er eine Erklärung dafür. Und wie steht es mit unserem gebildeten Leser? Er dürfte sich vom normalen nicht unterscheiden. Ich kenne keinen lebenden Marxisten, den der subventionierte Preis, der Preis unterhalb der Kosten, kalt ließe, der nicht von solchem Preissystem fraglos unterstellt, daß es den Sozialismus gesetzmäßig in den Untergang treiben musste. Und doch: Auch der gebildete, marxistisch gebildete Leser, hat in diesem Fall keine Ahnung vom *Realprozess*. Er geht nur mit alter Sicht, und wenn Marx abgesehen, an neues Problem. Er begreift das eine nicht: Daß bei Festpreis, aber steigender Arbeitsproduktivität, das heißt höherem Arbeitsertrag, das *Mehrprodukt* der Arbeit mit einer eigenen, höheren, äußeren, erst zusätzlichen Preissumme erscheint, die nun in eine zusätzliche Geldsumme - zum bisherigen gesellschaftlichen Geldumlauf - umgesetzt werden muß. D.h. das Mehrprodukt erzeugt eine *Geldemission*. Dieser „Mehrwert“ hat *äußeren* Charakter, er beruht *nicht* auf Absenken eines „notwendigen Wertes“, d.h. er verteilt das Geld (oder den Wert) nicht um!

Festpreis lässt das gesellschaftliche Geldvolumen ansteigen. Zöge sich im selben Falle - höheren Arbeitsertrages bei gleicher Arbeitszeit - der Preis in den geringeren Wert je Ware zurück, so erschiene das zusätzliche Arbeitsprodukt zwar auch als „eigener Preis“, eigenes Geldvolumen, allerdings ohne am vorgegebenen gesamten gesellschaftlichen Preisvolumen resp. Geldvolumen ein Jota zu ändern; Wertpreis lässt in diesem Falle das Geldvolumen unverändert. D.h. dieser Preis hätte, betrachteten wir das bisherige Produktionsvolumen als das notwendige der Gesellschaft, die Erscheinung eines Mehrwertes, und hat *inneren* Charakter, er beruht auf *Umverteilung* von Geld und Wert. Damit ist der Unterschied genannt: Bei Reduktion der Preise im Maße des Anstiegs der Arbeitsproduktivität, Wertpreis, erscheint das Mehrprodukt als Mehrwert, bei Festpreis, also keiner Reduktion des Preises, aber erscheint das Mehrprodukt; d.h. im ersten Fall erscheint alles als Wert, auch das Mehrprodukt als Mehrwert, im zweiten erscheint alles als Produkt, auch das Mehrprodukt als mehr Produkt. Die Geldform kann zur Erscheinung von Beidem erhoben werden! Die Erscheinung des Mehrwertes beruht auf dem Rückzug des Wertvolumens der notwendigen Arbeit (oder bisherigen Produktionsvolumens); dagegen die Erscheinung des Mehrprodukts (über das bisherige hinaus) auf dem Anstieg des Geldvolumens. Wertpreis und Festpreis sind daher zwei einander *gesellschaftlich* ausschließende Preisformen. Aufhebung des Festpreises kommt damit einer Aufhebung der Gesellschaft des Sozialismus gleich.²⁶ Wir können jetzt, bei Festpreis, Mehrproduktion nur über Geldeinkommenserhöhungen der absoluten Art realisieren; d.h. es ist der Arbeitsertrag, das Reichwerden der Arbeit, der/das die Kosten, die sich auf ihn beziehen, in die Höhe treiben. Nicht der Preis fällt unter den Wert, d.h. nicht die Betriebe arbeiten schlecht, schlechter als der gesellschaftliche Durchschnitt, sondern der Arbeitsertrag steigt über das „notwendige“, bisherige Produkt, die Betriebe arbeiten besser. Es ist nur die *allgemeine* Aneignung eines Mehrertrages aller Betriebe, die die Kosten bei den Betriebe, die von geringerem Eintrag in den allgemeinen Reichtum blieben, in die Höhe treibt, erst über den Gewinn hinaus, dann über den Preis hinaus. Ohne daß dieser Wechsel im Verhältnis von Arbeit und Geld, der ein Wechsel vom

²⁶ Das NÖS kommt, weil auf einer Reform des Lohnverhältnisses beruhend die den Erhalt des Festpreises voraussetzt, keiner Aufhebung des Sozialismus gleich.

Ausdruck des Wertes zum Ausdruck des Arbeitsertrages ist, verstanden ist, kann kein Verständnis der politischen Ökonomie des Sozialismus aufkommen und wird der Sozialismus mit der bürgerliche Elle, „marxistisch begründet“, gemessen - von Marxisten/Kommunisten. Was für ein Bild!

Ich appelliere an den Verstand des Marxismus/Kommunismus!

Betrachten wir den Mechanismus, der in Sachen Selbstkosten und Gewinn entsteht, im einzelnen. Ulbricht spricht von Preisen, Wertpreisen, aber von Selbstkosten, ihrer Senkung, als dem Weg, der zu ihnen hinführen soll. Selbstkosten sind nicht Preise: Sie sind auch Preise, aber solche - hier begeben mich wieder auf den Boden der Wertökonomie -, die in den Preis der Ware, die produziert wird, übertragen werden. Daß also die Selbstkosten gesenkt wurden oder werden, hätte einzuschließen, daß auch der Preis um seinen zu übertragenden Teil gesenkt würde oder wird; dieser Teil (des Preises) *ist ja gesunken*. Ich betone noch einmal: Solange von zu senkenden Selbstkosten die Rede, ist von der konkreten Arbeit die Rede. Ich kann also die Kosten senken, ich kann die Preise senken die Kosten sind, ohne daß ich den Preis senke (um die Senkung der Selbstkosten senke), und jetzt entstände das Problem für eine Wertökonomie oder bahnt sich die Erkenntnis einer Wende in der Ökonomie an, indem ich die Kosten senke ohne den Preis zu senken. Erst die Senkung des Preises um die Senkung des - in Preisen ausgewiesenen - Verbrauchs lässt die durch die Veränderung in der konkreten Arbeit bewirkten Veränderungen in der abstrakten Arbeit *als Bewegung der abstrakten Arbeit* erscheinen. Was uns ohne die Veränderung des Preises als geringere Selbstkost, geringerer Kostenpreis von Preisen erscheint, also bloß den Schein einer Veränderung des Wertes der Ware erzeugt, ist nichts als der geringere Verbrauch. Ist aber nicht der geringere Verbrauch als geringerer Wert resp. Preis; d.h. die Bewegung im Innern der konkreten, einzelnen oder besonderen Arbeit überträgt sich nicht in die äußere, gesellschaftliche Arbeit. Sie wirkt, aber bewirkt nichts. Sie ist geringerer *Anspruch* der gesellschaftlichen durch die individuelle Arbeit. Senke ich aber die Preise nicht, was erscheint dann? Dann erscheint natürlich statt der abstrakten Seite die konkrete Seite der Arbeit - und im Geld, d.h. Preissumme wie Geldsumme steigen direkt proportional zum Arbeitsertrag. Es macht keinen Sinn, in einem solchen Augenblick von der bloßen Verletzung des Wertgesetzes zu sprechen - es wird ja gar nicht mehr ausgetauscht, es kommt darauf an, den Wechsel im

Verhältnis zu den Seiten der Arbeit zu erkennen, d.h. *die Revolution im gesellschaftlichen Verhältnis: Die andere Produktionsweise!*

Beispiel: Bei Produktion einer Ware verbrauche ich x Mengen Rohstoffe, y Mengen Hilfsstoffe aller Art, Energie usw., z Mengen Werkzeuge, sagen wir zu Preisen von insgesamt 50. Diesen Ausgaben setze ich einen Neuwert zu, der zu einem Teil die Ausgaben für den Arbeiter, Lohn, ersetzt, der andere Teil des Neuwertes bildet den Mehrwert oder Gewinn, insgesamt Neuwert sagen wir noch einmal 50, geteilt in Lohn 25 und Gewinn 25. Jetzt senke ich, weil ich technisch-technologisch in die Lage versetzt werde, rationaler zu operieren, den Verbrauch gegenständlicher Arbeit um 10% - = 5 Einheiten Geldes. Theoretisch müsste ich in den Gesamtpreis der Ware nur noch 45 Einheiten Geldes übertragen, also der Gesamtpreis auf 95 Geldeinheiten fallen. Die Kosten der Ware/Arbeit fallen, aber es fällt, wenn in den Preis übertragen, auch der Preis. Und dieser neue, geringere Preis geht, wenn Weiterverarbeitung vorgesehen, in den Preis anderer Waren ein. D.h. die Bewegung, die im Innern der einen Arbeit stattfindet, überträgt sich als Bewegung in die Arbeit Aller.²⁷ Das Verhältnis Selbstkosten:Preis muß überhaupt nicht, und wird in der Regel nicht, über die Bewegung der eigenen Arbeit verändert, es ist ein gesellschaftliches Verhältnis und wird gesellschaftlich, d.h. durch die Arbeit Aller verändert. Man gibt geradezu das Verhältnis zur gesellschaftlichen Arbeit oder Arbeit Aller auf, wenn man von der eigenen oder einzelnen konkreten Arbeit verlangt, sie solle das Verhältnis der Kosten zum Preis bzw. den Anteil der Mehrarbeit in der einzelnen Arbeit verantworten.

Und wenn nicht übertragen?

Es geht hier, in der Theorie, nicht um die Frage des Früher oder Später (des Übertragens), sondern des Überhaupt. Übertragen oder nicht übertragen, das ist hier die Frage. Und diese Alternativität hat einen *sofortigen* Aspekt! Was geschieht denn, wenn nicht sofort der Preis gesenkt wird, wenn der

²⁷ Sie senken den Preis, der in den Wert anderer Arbeit eingeht, aber sie kehren - in der Regel, außer bei Selbstverbrauch - nicht mehr als Preissenkung in den eigenen Preis zurück; hier sind sie ja geringerer Verbrauch. Hier, in der Ware, von der die Kostensenkung ausgegangen, würde eine Selbstkostensenkung erst wieder „zurück“kehren, also Einzug halten, wenn der Wert *anderer* Arbeit sänke.

übertragene Wert - geringeren Verbrauchs - gesenkt wird? Der Preis bleibt also unverändert auf 100 stehen, die Kosten sinken auf 95... und was steigt? Der... Gewinn? Oder der Neuwert? Es ist das Markenzeichen der NÖS-Reformer, daß sie von einer Steigerung des Gewinns reden. Sie werden sich des Problems nicht bewußt, und deshalb operieren sie praktisch, und nicht marxistisch, das ist der Grund, weshalb das NÖS ohne Theorie oder keine Theorie ist (sondern es ist ein politischer Anspruch!; der allerdings überzeugt von sich ist, seinerseits gegen einen (bloßen) politischen Anspruch geltend gemacht worden zu sein, d.h. es geht noch immer um den Urschleim der Kommunismusfrage: Ist das überhaupt eine *objektive* Produktionsweise?).

Also bitte, liebe Ökonomen des realen Sozialismus: Was steigt, wenn die Kosten sinken, aber mit unveränderten Preisen weiteroperiert wird? Was die einen „nur“ der Gewinn ist, ist die anderen der Neuwert. Die neu zugesetzte Arbeit hat im Geld eine Erscheinung von 55 Einheiten statt von 50.

Die Frage muß abstrahierend von den Formen Lohn und Gewinn doch zunächst analysiert werden. Also der Wertbildung nach. Bevor es an die gesellschaftlichen Formen geht, unter denen der Wert angeeignet wird, geht es in der Theorie darum, wie er gebildet wird. Und auf dieser Ebene wird nur Wert übertragen und Wert neu gebildet, oder der Übertragung von Wert zugesetzt. Die Formel lautet also W_g plus W_n . Und sie sieht - in unserem Falle - so aus: $W_g = 45$, $W_n = 55$. Von $W_g = 45$ müssen wir annehmen, daß er auch einen Wert von nur gleich 45 Einheiten verkörpert, sich also 45 Einheiten Wert auch nur in 45 Einheiten Geldes ausdrücken, aber von dem neu zugesetzten Wert wissen wir, daß es nur ein Wert von 50 Einheiten ist - der sich nun aber, wie wir auch wissen, in einem Wertausdruck von = 55 Einheiten Geldes niederschlägt. Durch Nichtsenkung des Preises, in unserem Fall mit den Kosten, bekommt die neu zugesetzte Arbeit einen höheren Wertausdruck vermittelt! 50 Einheiten Wert bilden/schlagen sich nieder in 55 Einheiten Geld. Es findet nicht die geringste Vermehrung der umlaufenden Menge Geldes statt - jedenfalls nicht ersichtlich statt - der Preis, der in Geld umgesetzt wird, ist ja unverändert = 100, und diese Menge Geldes ist im Umlauf auch vorhanden, und dennoch steigt der Wert dem Ausdruck nach, nominell also. Es handelt sich um *inneren Anstieg des Wertausdrucks!* Dieser findet statt dadurch, daß sich Wert, eingesparte Arbeitszeit - oder realer Arbeiter - aus der Arbeit resp. dem Wertbildungsprozess zurückzieht. Der Fakt

des Anstiegs des Wertausdrucks des immanenten Wertes, also diese abstrakteste, aber auch grundlegende Ebene einer Analyse der Wertökonomie, steht vor der Analyse ihrer gesellschaftlichen Erscheinungen, in die sich die Wertgröße teilt, vor der Analyse dessen, daß es sich bei bleibendem Lohn (= 25 Einheiten) um einen Anstieg des Teils des Wertes handelt, der die Form Gewinn hat (statt 25 jetzt 30 Einheiten).

Bei unveränderten Preisen, aber Senkung der Kosten resp. - wir schauen gleich weiter - Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung also auch des neu zuzusetzenden Wertes, vermittelt sich der beiden in den Arbeitsprozess einfließenden Formen von Arbeit, der schon vergegenständlichten Arbeit früherer Arbeitsperioden und der zugesetzten lebendigen Arbeit des aktuellen Arbeitsprozesses ein unterschiedlicher Wert dem Ausdruck nach! Neu zugesetzte Arbeit tritt mit einem höheren Wertausdruck in den gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess ein als vergangene, schon vergegenständlichte Arbeit. Was real entsteht, ist ein zeithistorisch verschobener Wertschöpfungsprozess resp. Wertausdrucksprozess. Wertgrößen sind nicht nur substantiell, sondern auch nominell verschieden. Die aktuelle Arbeit besitzt den jeweils höchsten *nominellen* Wertausdruck, verkauft ihre Arbeit am teuersten, die vergangene am jeweils niedrigsten, verkauft sich am billigsten. Dieser Unterschied kann bis zur Verkehrung der Substantialität der Wertgröße gehen, d.h. aktuelle Waren, obwohl geringeren realen Wertes, verfügen über einen höheren nominellen Wertausdruck, scheinen daher wie höhere Wertgrößen, Waren vergangener Arbeit, die von größerer Wertschöpfung sind, erscheinen dagegen wie geringere Werte, weil von geringerem nominellem Wertausdruck.

Wir müssen die qualitative Frage nicht als erste stellen, aber wir müssen sie stellen - ich verweise hier auf den weiter oben schon angeschnittenen Punkt einer Erhöhung der gesellschaftlichen Geldmenge. (PS 1) Sie steigt hier, weil die Preissumme erhöht, deren Steigen wiederum auf der Nichtreduktion der Preise mit den gesunkenen, eingesparten Wertteilen der Ware beruht. Die Dinge entwickeln ja Zusammenhänge. (Aber dieser Punkt - eines höheren Preissummenanstiegs - findet erst statt, wenn die eben eingesparte Arbeitskraft wieder in den Produktionsprozess eingegliedert ist; erst dann, wenn es um die Wiedereingliederung der eingesparten Arbeitszeit in den Wertschöpfungsprozess geht, handelt es sich um gleiche Neuwertbildung,

aber einen zusätzlichen Arbeitsertrag, und erst jetzt verwandelt sich die gesellschaftlich gebildete Summe der Preise in eine höhere Anforderung an das gesellschaftlich umlaufende Geldvolumen. Statt auf den gleichen Wertesatz führt sie zurück auf den Zuwachs an Arbeitsertrag, Festpreis im einzelnen ist hier die Voraussetzung, daß diese Umwandlung unvermeidlich. D.h. jetzt bildet die gleiche Wertsumme eine höhere Preissumme (so scheint es jedenfalls, in Wahrheit ist ja der Bezug zur Arbeit gewechselt), und die erst erhöht das Geldvolumen absolut. (Hier denn das Problem, als würde jede konkrete Arbeit geldbildend, zu Geld werden). Die andere Art der „Erhöhung“ des Geldvolumens (solange die freigesetzte Arbeitskraft noch nicht wieder in den Produktionsprozess zurückgeführt worden) ist eine relative, sie ist Ausdruck geringeren Wertes in einer gleichbleibenden Summe der Preise resp. Summe realisierenden Geldes, hat aber ebenfalls den Festpreis im einzelnen zur Voraussetzung. Sonst müsste ja ein Geldüberschuss erscheinen).

Walter Ulbricht wollte die Verteilung nach der Leistung in ein Verhältnis setzen zur höheren Kategorie der Leistung (als der des Wertes) - dem Mehrwert -, der uralte Arbeitertraum. Daß der Arbeiter wieder/auch den Mehrwert aneignet, hat die Bedeutung, daß die Ausbeutung - nur anderer Ausdruck für Abschaffung des Kapitals wie Kapitalisten - aufgehoben.²⁸ Aber auf dem Boden, auf den er dieses Verhältnis setzte, nicht allgemeine konkrete Arbeit, sondern ihre besondere, vereinzelte, betriebliche Weise, kommen nur unterschiedliche „Mehrwerte“ heraus (weil nämlich Mehrprodukte). So daß das Leistungsprinzip dem Mehrwerte nach (oder der Lohn nach dem

²⁸ Dazu noch folgendes: Lohnerhöhung ist nur solange sinnvoll, als Waren für die Konsumtion mehr produziert werden; diese nicht gegeben - kein Pfennig Lohn mehr. Sonst kommt es zu Überschreiten der Geldmenge durch Lohnmenge. Daher dient nicht jede Steigerung der Produktivität einer Erhöbarkeit der Löhne. Es kann auch aus diesem Grunde keine unmittelbare Begründung der Lohnerhöhung mit der Produktivitätserhöhung geben, dies ist ein qualitativer Grund zum Widerspruch gegen die Forderung an sich. - Eine Erhöhung der Löhne über die Konsumtionsmittel (Abteilung II) hinaus führt - unter der Bedingung einer wirklichen Warenökonomie - den Löhnen die Gelder der gesellschaftlichen Akkumulation zu (Abteilung I) - würden diese verkäuflich sein (im Sozialismus entstand „nur“ ein Geldüberhang; daß dieser entstand, ohne daß es zur Geldentwertung/Preisniveauanhebung kam, zeigt, daß weder das Geld im Sozialismus noch der Lohn im Sozialismus Geld im Sinne der Äquivalenz waren).

Mehrwert), die Gleichheit des Lohnes auf Basis der Arbeitszeit, des „Wertes“ (in neuer Bestimmung, als unmittelbar notwendige Arbeitszeit), aufhebt! Und das private Eigentum ist nicht aufgehoben, sondern nur auf den Boden einer anderen Seite der Arbeit gestellt. Die Frage der Revolution stellt sich auf's Neue - mitten im Kommunismus, nach dem Kapitalismus.

Resümee: Somit klar, wo das Neue Ökonomische System der DDR zwangsläufig enden musste und endete. - **Preisreform:** Es ist bei den anfänglichen Reformen, der Heran- resp. Hereinholung der Kosten in den Preis, also der Erhöhung dieser Preise, deren Kosten über den Preis gestiegen waren, geblieben. Es kam aber nie zum eigentlichen Mechanismus im Verhältnis von Wert und Preis, wie ihn die originäre Warenproduktion allein kennt: Senkung der Preise, wenn der Wert sinkt²⁹, und folglich, wenn Kosten die Preissenkung aufnehmen, Entwicklung der Kosten im Verhältnis zum Gewinn in gesellschaftlicher Weise. Der Mehrwert resp. Profit ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, aller Arbeit. - **Lohnreform:** Es hat nie eine stärkere Abhängigkeit „wesentlicher Teile des Lohnes“ (wie dies Wolfgang Berger einst im ND schrieb) von der betrieblichen Gewinnproduktion gegeben. Wo auf den Lohn ein Anteil an der Gewinnbildung gezahlt wurde, nahm er die gesellschaftlichste aller Formen an: Jahresendprämie. Sie war Zubrot zum eigentlichen Lohn, der aus dem Tariflohn bestand, und bei Stücklöhnern einen Mehrleistungszuschlag enthielt, der sich auf die früheren Normenübererfüllungen bezog, die 1962 abgeschafft wurden. Und: Stiegen die Kosten wieder über die Preise, wie zuvor? Das kann man an den Subventionen ersehen, die der Staat den Betrieben zahlte oder auf die Produkte bezahlte, deren Preise die Kosten nicht deckten. Hier Anstieg bis zum Ende der DDR bei Preisen und Tarifen auf 51 Milliarden DM gegen 8,5 Milliarden noch 1971, darin Mieten auf 16,6 gegen 2,1, usw.

²⁹ Diese Überlegung ist hier angestellt ohne die seit rd. hundert Jahren beherrschende Erscheinung einer permanenten Erhöhung im Nominalniveau der Preise, permanente Inflation also, die wie ein Affront gegen alles wirkt, was seit Tausenden von Jahren die Warenökonomie verheißt. Darüber der Autor: „Die Bewegung der Mehrwertrate“ / *unter Bedingung von steter Geldentwertung.*

Darum keine Reform? Aber nicht doch; erst eine höhere Ebene der „Gewinnbeteiligung der Löhne“, die wie die unteren vom Festpreis leben würde, würde den Sinn der Reform ergeben - allerdings ihrer *lohnökonomischen* Seite. Das Neue Ökonomische System der DDR ist nicht gescheitert (oder nur gescheitert, wenn wir ihren Gehalt auf Wertpreisreform reduzieren), für ihr eigentliches Ziel, für den Arbeiter, seinen Lohn, ein Verhältnis zur Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit - eigentlicher Sinn des Sozialismus -, wurde im NÖS ein zu schwacher Rahmen abgesteckt: Der Betrieb. Es hätte die Gesellschaft, der Gesamtbetrieb sein müssen (und natürlich wirklicher Produktionszuwachs seine Grundlage sein müssen). Warum aber kam es nicht zu einer Kritik auf dieser Ebene? Ganz einfach: Weil es nie zu einer entwickelten Realität der Lohnreform kam, daher nie zu einem Sichtbarwerden *ihrer* Widersprüche. In der Öffentlichkeit präsent blieben die „Widersprüche“ des Preissystems; diese wiederholten sich bereits nach wenigen Jahren, massierten sogar und führten die Industriepreisreformen des NÖS nunmehr ad absurdum. Wir erleben daher auch in der theoretischen Reflektion des NÖS Enttäuschung über das Nichtzustandekommen einer durchgreifenden Preisreform von Dauer auf der einen Seite, und Unkenntnis darüber, daß es überhaupt zu einer Lohnreform kommen sollte, auf der anderen Seite. Aber diese Reflektion des NÖS bei den Wissenschaftlern der DDR nachzuvollziehen, sprengte den Rahmen einer knappen Aufklärung über eine Antwort, die Walter Ulbricht 1966 über das NÖS gegeben.

12.10.1998

PS: Was wäre die Folge einer formellen Preiserhöhung unter der Bedingung eines *unveränderten* Geldvolumens (ich unterstelle Warenökonomie, daher Warenproduzenten, nicht Sozialismus und assoziierte Produzenten)? Die Aneignung fremder, von anderen Produzenten geschaffener Werte. (Vorausgesetzt ist allerdings, daß nicht ein Teil der Preise über dem Wert, und ein anderer Teil der Preise solche unter dem Wert wären. Ist eine Preisstruktur vorauszusetzen, die irrational in bezug auf den Wert wäre, so muß eine geordnet vorgehende Reform organisiert werden). Es ginge also darum, einen Raub oder „das Leben des einen auf Kosten des anderen“ zu verhindern. Gewiss ein rationaler Gedanke, der auch der privaten Warenökonomie gefallen könnte. Was aber ist im Falle eines *erhöhten* Geldvolumens, auf das

alle Produzenten stoßen, anders? Anders ist, daß die Geldmenge, um die Preise im einzelnen erhöht werden könnten, schon vorhanden ist. Es raubte also niemand etwas anderen (das höhere Geldvolumen könnte ungleich, einseitig z.B., angeeignet sein, es ginge - bei der formellen Preiserhöhung - um allgemeine Aneignung). Sich jetzt nichts nehmen, d.h. den Preis seiner Ware nicht zu erhöhen, wo das Angebot doch da ist, ist... Dummheit. Die Frage nimmt damit eine neue Form an: Operierte die DDR, resp. die DDR im NÖS, mit einem gleichbleibenden oder mit einem größer werdenden Geldangebot? Natürlich mit einem größer werdenden. Das NÖS hat hier keine Wende gebracht; eher das Gegenteil war der Fall, möchte man sagen. Es gibt zwei Probleme. Das erste liegt in der Frage, ob die Veränderungen, die im Verhältnis von Arbeit und Arbeitsertrag vorgehen, in der Erscheinungsform der Arbeit, dem Preis also, auch ausgewiesen werden, es geht ja um die Darstellung der Vorgänge im Innern der Arbeit in gesellschaftlicher, also auch auf die Arbeit der anderen zu übertragenden Form, oder eben um die Darstellung der in der konkreten Arbeit stattfindenden Prozesse in ihrer Auswirkung auf die abstrakte Arbeit *in einer gesellschaftlichen Weise*. Und das zweite Problem liegt natürlich in der Veränderung des gesellschaftlichen Geldvolumens, worin Werte ausgedrückt sind; darin also, daß das Geld auch eine Ware ist, auch einen Wert hat, und der Wert einer Ware nur dann richtig, gerecht (im Verhältnis zu den Werten der anderen Warenproduzenten) ausgedrückt ist, wenn in einer *notwendig* großen, keiner willkürlich großen Menge Geldes. Ein einfacher Geldausdruck reicht für die Bestimmung des Wertes von Waren nicht hin. Es muß ein Gleichheit bedeutender Wertausdruck sein, die Geldmenge, in die getauscht wird, muß eine Produzenten, die es um Reduktion auf gleichförmige Arbeit geht, gleichsetzende Menge, also auch ausreichende Menge sein. Unter der Bedingung, daß die Wertgröße der Ware sinkt, also geringeren Menge Geldes, unter der Bedingung aber, daß das Geldvolumen der Gesellschaft erhöht wird, worin dasselbe Wertvolumen der Gesellschaft ausgedrückt ist, muß das eine größere Geldmenge sein. Mit anderen Worten: Unter dieser Bedingung, daß die Geldmenge steigt und zwar unabhängig vom gesellschaftlichen Wertvolumen steigt, müssen Preise auch formell erhöht werden können, um die Rentabilität der Ware im einzelnen sicherzustellen. Man muß also die selbständige Bewegung der Geldmenge gesellschaftlich *ausschließen* können, um die formelle Preiserhöhung kriminalisieren zu können. Umgekehrt: Steigt

aber das gesellschaftliche Geldvolumen, ohne daß ein Anstieg des gesellschaftlichen Wertvolumens seine Grundlage ist, so müssen Preise formell steigen, weil sonst das Prinzip der Austauschbarkeit auf dem Boden des Wertes verletzt wird. D.h. der Austausch wird nichtäquivalent dem Werte nach resp. die Nichtäquivalenz drückt dann aus, daß eine Gesellschaft dieses Prinzip der Regulation aufgibt und die Lenkung der Wirtschaft jetzt durch ein anderes Prinzip erfolgen muß.

Der umkämpfte Sozialismus – „Kollektive materielle Interessiertheit“

Woran scheiterte die Absicht im NÖS der DDR, Löhne "in wesentlichen Teilen" vom Gewinn abhängig zu machen?

Nicht nur auf dem Prinzip des Enthusiasmus oder der Idealität, sondern auch auf dem der "materiellen Interessiertheit" müsse der Kommunismus aufgebaut werden, sagte Lenin einst, denn er müsse auch mit "nichtkommunistischen Händen" - und wohl auch nicht kommunistisch denkenden Köpfen - beginnen. Das Feld der materiellen Interessiertheit ist allerdings ein weites; zu dem der individuellen materiellen Interessiertheit kam recht bald das der "kollektiven materiellen Interessiertheit" hinzu. In der DDR wurde insbesondere mit dem Beginn des Neuen Ökonomischen Systems des Sozialismus (NÖS) diese Ausweitung eine der tragenden.³⁰

³⁰ Wolfgang Berger, wissenschaftlicher Berater von Walter Ulbricht, hatte am 23. April 1965 in der Zeitung des Zentralkomitees der SED "Neues Deutschland" zur Einführung des NÖS einen ganzseitigen Artikel veröffentlicht, des Titels: "Gedanken zum materiellen Interesse und zur Moral in der sozialistischen Produktion", und darin geschrieben:

"Sicher hat der sozialistische Staat immer über das Mehrprodukt verfügen können. Aber dessen Umfang hat nicht ausgereicht, um alle notwendigen Maßnahmen der erweiterten Reproduktion materiell und finanziell zu sichern. Das dürfte zu einem

Ein Punkt ragt hier heraus, um zu verstehen, was unter kollektiver Interessiertheit gemeint ist: Abhängigkeit auch der individuellen Lohnhöhe vom kollektiv erarbeiteten betrieblichen Gewinn; Gewinn galt als kollektive Leistung.³¹ Damit war die Aussage durchbrochen, dass der einzige Faktor, nach dem *Leistung* im Sozialismus unterschieden werden dürfe, der Unterschied in der Dauer der Zeit sei, die man arbeitet; der Leistungsbegriff erhielt eine Erweiterung. Leistung, war die Vorstellung, müsse doch mehr sein als nur eine Frage des Einzelnen und seiner Quantität.

Dabei ist genau das mit Marx kompatibel. Antwortete er doch (Gothaer Programmkritik) auf die Frage, was der "einzelne Produzent" der Gesellschaft

wesentlichen Teil auch darauf zurückzuführen sein, daß das persönliche materielle Interesse der Werktätigen an der Steigerung des Mehrprodukts nur begrenzt war. Jetzt geht es gerade darum, das Mehrprodukt erheblich zu vergrößern, die Reproduktion gerade heute, im Zeitalter der technischen Revolution, noch mehr zu erweitern.

Diese Aufgabe kann dann am besten gelöst werden, wenn das materielle Interesse der Werktätigen, insbesondere der Arbeitskollektive, aber auch der leitenden Wirtschaftskader an die Größe des im Betrieb (*sic. J.*) erzielten Gewinns gebunden wird, wenn wesentliche (!, *J.*) Teile ihres Einkommens (Prämie usw.) aus dem Gewinn des Betriebes finanziert werden, wenn sie in gewissem Umfang sogar von der Größe des erzielten Gewinns abhängig (!, *J.*) sind. Auf diese Weise wird das persönliche materielle Interesse der Werktätigen an der Erhöhung ihres Einkommens eng mit dem gesellschaftlichen Interesse an einem hohen Gewinn, an einem hohen gesellschaftlichen Mehrprodukt verbunden. In dieser Gestalt übt der Gewinn also einen wesentlichen Anreiz aus, besondere Leistungen zu vollbringen, und er bindet die Interessen der einzelnen Werktätigen und besonders der Arbeitskollektive fest an die Interessen der Gesellschaft.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann gesagt werden, daß keine andere Kennziffer und kein anderer ökonomischer Hebel imstande sind, diese Verknüpfung besser zu besorgen...".

So also der jungfräuliche Auftakt (der ja wohl auf Liberman zurückführt, oder überhaupt sowjetische Vorläufer hat).

³¹ Erlaube mir an dieser Stelle den prinzipiellen Einwand, dass, wenn eine individuelle Leistung nur eine einzelne Arbeitszeit ist, eine kollektive Leistung nur eine Summe von einzelnen Arbeitszeiten sein kann.

gabe: "Das individuelle Arbeitsquantum ... die individuelle Arbeitszeit ... ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran". Und damit kein Zweifel aufkommt, welche Zeit er gemeint, erläutert er, der Einzelne erhalte seinen Zeitanteil jetzt "exakt zurück", "... während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur im Durchschnitt, nicht für den einzelnen Fall existiert".³²

Aber gut: Wenn das zu wenig an Bestimmung ist, dann auch bei Marx zu wenig. Gestützt werden diese Auffassungen von einem Zuwenig der bloßen Zeit dadurch, dass in ihr der gesamte Komplex der konkreten oder qualitativen Seite der Arbeit bei der Bewertung individueller Arbeitsanteile ausfällt. Es ist also gerade der Unterschied zwischen der sozialistischen Zeitform, die "für den konkreten Fall" stimmt, und der bürgerlichen oder Wertform, die "nur im Durchschnitt" stimmt, der hier zur Debatte steht. Denn woher kommt die Bestimmung der Zeit als durchschnittliche? Von der Zeit selbst nicht, aber von der unterschiedlichen produktiven Kraft der Arbeit, ihrer innovativen Potenz, der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung der Arbeit usw., d.h. von ihrer unterschiedlichen konkreten Verfasstheit. Von der konkreten Arbeit wird ein Durchschnitt genommen oder eine elementare Ausgangsgröße bestimmt, und von dieser ausgehend läuft die Zeit parallel *mit sich selbst!* Für eine Gegenwärtigkeit an Zeit gilt dann, dass ein Mehr an durchschnittlicher Entwicklung in konkreter Hinsicht gleich einem Mehr an Arbeitszeit in quantitativer Hinsicht ist. Es findet eine relative Bestimmung der Zeit statt, eine Zeitbestimmung unter dem Gesichtspunkt der Masse (Menge an Erträgen, Güte der Erträge). Durchschnitte an konkreter Arbeit zu bestimmen ist Bedingung, Arbeit als gesellschaftlich gleiche (abstrakte) Arbeit zu setzen - Privatarbeit allerdings vorausgesetzt. D.h. man kommt schon dahin, wovon auch Marx - oder dieses Quantitätsprinzip - ausgeht, aber auf einem "Umweg".

³² Wer an diesem Punkt einwendet, es werde doch unterschiedlicher Lohn auch für die unterschiedliche Arbeitskraftqualifikation bezahlt (im Kapitalismus wie im Sozialismus), sei darauf aufmerksam gemacht, dass es hier noch nicht um den Lohn geht, der auf die geleistete Arbeitszeit gezahlt wird, sondern erst um die Bestimmung dieser Zeit selbst.

Warum klammert Marx aber diesen "Umweg" - in seiner einfachen Zeitdefinition für den Sozialismus - aus? Weil er natürlich davon ausgeht, dass die konkrete Arbeit im Sozialismus keine private mehr ist, sondern Arbeit insgesamt gemeinsamer Besitz ist (die Eigenschaft, konkret zu arbeiten, ist heute vom Einzelnen, auch Kollektiven von Einzelnen - gerade bei diesen (!) -, gesellschaftlich erworben, das Recht entspricht hier nur der Lage) - hier muß man sich schon entscheiden.

Wer an diesem Punkt nicht mehr mitziehen will, gibt den wichtigen marxistischen Gedanken auf, dass Produktionsverhältnisse durch Eigentumsverhältnisse zur Produktion bestimmt sind, nicht aber durch die Produktion. Konkrete Arbeit ist im Sozialismus unmittelbar anerkannt, sie ist unmittelbar Eigentum Aller, was heißt: Die Arbeitszeit, die individuell notwendig erbracht worden, kann nicht im Nachhinein oder im Kontext zur konkreten Arbeit modifiziert werden, weil dies eben individuelle Aneignung einer gesellschaftlich erbrachten Leistung bedeutet. Darum geht der Streit. Es gibt diese Unterschiede, sie sind der Arbeit als konkreten nicht nehmbar, aber es ist weder von der Sache her, noch nunmehr auch vom Verhältnis des Eigentums her erlaubt, sie für das Individuum geltend zu machen - außer in der gemeinsamen, gesellschaftlichen Form eines *Gesamt*individuum.

Der Hinweis in der theoretisch-politischen Ökonomie des Sozialismus, wir hätten doch auch Warenproduktion, hat dann aber die Bedeutung des trojanischen Pferdes für den Sozialismus, d.h. kann nur den Gegensatz zum Eigentumsverhältnis ausdrücken.³³ Im Schnitt bringt auch die Wertform nur

³³ "Die Existenz der sozialistischen Warenproduktion und ihre uneingeschränkte Anerkennung bedeutet, dass die zur Produktion einer benötigten Ware erforderliche Arbeit unter den spezifischen Bedingungen des Produktionsbetriebes verausgabte, also betriebliche, Arbeit ist. Ihre Anerkennung als allgemein gesellschaftliche Arbeit ist nicht (!, J.) von vornherein gegeben und vollzieht sich auf dem Markt". Waldfried Schließer, Referat auf der Tagung des Wissenschaftlichen Rates für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989, zitiert nach "Wirtschaftswissenschaft" 7/89, Seite 967. Bis dahin hieß es immer, die Arbeit sozialistischer Betriebe sei - wegen ihrer Planmäßigkeit - unmittelbar gesellschaftliche Arbeit. Da auch Schließer im Sozialismus nicht mehr von Privatarbeit ausgehen kann, verwendet er aber einen anderen Begriff der Besonderheit: Betrieb, betriebliche Arbeit (was im übrigen allgemein üblich war,

die "langweilige" Gleichheit der wirklichen Zeit, und wenn ein gewisses Interesse darauf verweist, dass in den Abweichungen das Salz liegt, das die Suppe schmackhaft macht, so war dies auch historisch begründet: Die Entwicklung der konkreten Arbeit ging von der individuellen (gesellschaftlich "isolierten") Arbeit aus. Sie war, als das Prinzip gesetzt, Ausdruck der *individuellen* Potenz. D.h. für Abweichung nach oben (zum "Schlechten" hin) wird man individuell bestraft mit Zeitabzug, für die nach unten (zum "Besseren" hin) belohnt mit Zeitzuschlag. Da die Summe der wirklichen Zeit mit der Summe der gewichteten Zeit identisch ist, liegt der ganze Effekt der Wertform - anstelle der "simplen" Zeitform - in der *Umverteilung* von geleisteter Zeit hier zu geleisteter Zeit dort. Das hat seine Berechtigung eben im privaten Eigentum an Arbeit. Aber wir sprechen ja von der Geschichte der Menschen als einer, die ihre Voraussetzungen auch aufhebt.

Im Sozialismus also ist private Aneignung *verboten* (Sie haben richtig gelesen), die Gründe 1 und 2 sind schon genannt (konkrete Arbeit als gesellschaftliche Leistung und daher auch gemeinsames Eigentum, daher nur noch unmittelbare Anerkennung der Zeit - der Zeit als Zeit - möglich; was eigentlich dem Sinn der abstrakten Arbeit, absehend von der konkreten Arbeit bestimmt zu sein, entspricht; der Sozialismus bringt es auf den Punkt!), aber es gibt noch den dritten: Auf Zeit soll etwas verteilt werden, was gleich sein soll unter unterschiedlicher Bedingung in der Arbeit: Die Besonderheit der Arbeit als gegenständliche Arbeit soll ihre Bedeutung für die Individuen in ihrer *individuellen* Entwicklung verlieren, d.h. es geht um die Konsumtion oder Reproduktion des Menschen als gesellschaftlich zu entwickelnder

Schließer ist keine Ausnahme). Aber betriebliche Arbeit ist kein Arbeitsverhältnis, sondern nur Form der konkreten Arbeit als solche. Schließer - wie die, die ihm folgten/folgen - leitet demnach ein gesellschaftliches Verhalten zur Arbeit aus der konkreten Arbeit direkt ab; weil die Arbeit so und so ist, deshalb sind die Verhältnisse so oder so. Nicht aber sind die Verhältnisse so oder so, und dann muß die Arbeit - in ihren Unterschied - so oder so *gesehen* werden. Für Schließer gibt es den Sozialismus als Unterschied der Verhältnisse noch nicht, das ist die Erklärung. Deshalb sucht er synonyme Begriffe für *privat*. *Betrieb* bietet sich an. Aber es ist nur *konkrete Arbeit*. Und ein anderes Verhältnis zu ihr, diese Frage wirft er gar nicht auf, nur den anderen Begriff - für dasselbe Verhältnis.

Mensch. Es geht hier in der Verteilung gar nicht mehr um einen Arbeitsgesichtspunkt. Sondern darum, was die Gesellschaft mit ihr bezweckt.

Die sozialistische Gesellschaft will also ein gleiches Recht in Bezug auf den Menschen bewirken, sie will als *Gesellschaft* den Menschen verändern, da existiert ihr die Arbeit nur als ein und dieselbe, weil sie selbst für die Individuen nur ein und dieselbe sein will. Die *gesellschaftliche materielle Interessiertheit* - von der auch einmal gesprochen sein soll - ist die, ihren Mitgliedern als die gleiche Gesellschaft zu gelten. Das unterstellt, dass es Interesse der Gesellschaft ist, dass ihr die Menschen *als Individuen* möglichst gleich, möglichst wenig ungleich (nicht selbst als Gesellschaft) entgegnetreten; d.h. sie will nach Möglichkeit *ihr* Maß verwirklichen, kein anderes. Die unterschiedliche Wertung einer an sich gleichen Arbeit würde hier nur stören, revidierend wirken, würde wieder nur die Arbeit in ihrer Besonderheit über die Gesellschaft setzen statt umgekehrt die Gesellschaft in ihrer Allgemeinheit über die Arbeit.

Nun ist gleicher Lohn gezahlt auf objektiv ungleiche qualitative Arbeit keine Erfindung erst des Sozialismus, sondern bereits eine Realität - wenn auch negative - des Kapitalismus: bestimmt im Wert der Arbeitskraft. Er operiert auch mit einer Arbeitszeit, d.h. Kapital zahlt Lohn auch auf Arbeitszeit, und diese ist ... na, welche?: Die "Marxsche" Arbeitszeit, die für den einzelnen Fall stimmt, d.h. die so genannten kalendarischen Charakters ist, d.h. abläuft wie der Kalender (oder die Uhr). Das Problem ist, dass in dieser unmittelbar anerkannten Zeit das Verhältnis zu der konkreten Arbeit, soweit sie ebenfalls unmittelbar, in besonderen Stätten der Produktion anfällt, keine Rolle spielt. Unterschiede in der Arbeit sind Sache des Eigentümers. Eben des Eigentümers. Und das ist im Sozialismus ein Gesamteigentümer, der - "zufällig" der Arbeiter ist, aber als gesellschaftlicher Gesamtarbeiter!

Der Sozialismus unterscheidet sich in der Frage, nach welcher Zeit ein Lohn (im Kapitalismus) oder ein Anteil (im Sozialismus) sich bestimmt, formell nicht vom Kapitalismus. Im Sozialismus ist sie die *einzig*e Zeitbestimmung. Nur dadurch, dass die neue Zeitform nur für den Lohnarbeiter noch neben die alte Wertform tritt, existieren im Kapitalismus beide zur gleichen Zeit. Denn da ist ja noch der Kapitalist: Für den spielt das Messen der Zeit bezogen auf gleichgesetzte Größen an konkreter Arbeit noch eine Rolle. Dass für den Arbeiter die Zeit in neuer Bestimmung anfängt heißt nicht, dass sie für den

Kapitalisten in alter Bestimmung aufhört. Also für ihn gilt die Wertform der Arbeitszeitbestimmung weiter. Aber die Ablösung der einen durch die andere ist bereits im Kapitalismus gesetzt - und unter dem Gesichtspunkt der Zuordnung zu einem jeweiligen alten oder neuen ökonomischen Subjekt. D.h. alles, was zur Bestimmung von Gesellschaftsordnungen notwendig, ist gesetzt, man muß es nur verstehen und ... anerkennen.

Aber im Sozialismus wird der Kapitalist aufgehoben, es scheint, dass mit ihm dieses besondere Verhältnis zwischen zu leistender Zeit und konkreter Arbeit im einzelnen Fall auf Nimmerwiedersehen in der Geschichte verloren geht - wo es doch so viel Spannung, Freiheit, Kreativität und wer weiß was noch alles in die Menschheit gebracht hat (sonst würde doch alles "in Faulheit versumpfen"). Zwar wäre da noch die gesellschaftliche Aneignung der konkreten Arbeit, ihr Fassen als Gesamtheit. Ist nicht jeder an sie "gefesselt" und kann er nicht durch sie *auch* "auf Trab" gebracht werden. - Reicht nicht? Bringt nichts? Nur die "unmittelbare Abhängigkeit" ("nur das Messen am Endprodukt", Gorbatschow) motiviere den Arbeiter?³⁴ Abhängigkeit von der Gesellschaft, gemeinsames Teilen ihrer "positiven" und "negativen" Resultate nicht?³⁵

³⁴ Ich wüßte von keinem Arbeiter im Sozialismus, der seinen Lohn für die reine Zeit erhielt, die er im Betrieb verbracht hat. Es wurde schon von ihm erwartet, dass er auch konkret etwas leistet, bestimmte Stückmengen schafft, klare Aufgaben erledigt, also mit einem "Endprodukt" aufwartet. Aber das war immer ein unter besonderen Bedingungen erzielttes besonderes Endprodukt, also nicht gleichzusetzen, zu vergleichen mit anderen "Endprodukten". Die Vergleichen kann letztlich nur auf der Basis eines Gleichen vor sich gehen, also der Arbeitszeit. Der sozialistische Arbeiter muß seine Zeit/Arbeit ja nicht verkaufen. Wie geht das auch beim Lohn? Er hätte ja seine gesamte Arbeitszeit aneignen müssen, nicht nur jenen Teil, worin die Waren seiner Reproduktion gesetzt. Man meinte natürlich von der *betrieblichen*, also *kollektiven* Arbeitszeit, sie aber müsse verkauft, daher gesellschaftlich gewichtet werden. Bloß, das ist eine Frage der Preise. An den Preisen kann man ablesen, ob es so ist. Ohne dass es diese Preise gibt, geht es um eine *Forderung* an den Sozialismus, nicht um seine Realität.

³⁵ Hat sich wirklich schon mal jemand Gedanken darüber gemacht, was es heißt, Maße/Maßstäbe für die qualitative Arbeit zu bestimmen, um einen Unterschied messen zu können? Ein einziges Maß für alle qualitativen Merkmale der Arbeit gibt

Von der Angst, mit dem Sozialismus sei etwas Unwiederbringliches verloren gegangen, was alle bisherigen Epochen ausgezeichnet habe, waren alle ökonomischen Reformen getrieben, egal wie sie im einzelnen begründet worden sind. Erst dadurch, dass wieder der Gesichtspunkt der besonderen Arbeit in die Frage der Leistung hereingebracht worden ist, wissen wir, wie schwer es ist, das Privateigentum wirklich zu überwinden. Da kann man Kommunist sein wie man will, irgendwann kommt der Offenbarungseid. Und dann kann man das, was man dachte schon zu sein, nur erst werden.

Seit den 60er Jahren wurden in den sozialistischen Ländern mit den Reformen - das NÖS der DDR wurde schon erwähnt - immer wieder auch Lohnreformen ins Gespräch gebracht, die den Sinne hatten, dass es doch möglich sein muß, Momente der konkreten Arbeit in die Bewertung von Leistung hereinzuholen, Lohn also differenziert zu zahlen in Abhängigkeit dieser Momente - vorzugsweise war es der betriebliche Gewinn, an den - seit Liberman - gedacht worden.

Hier ist der Kapitalist abgekupfert - nicht ohne das gewisse Verständnis; denn am individuellen Unterschied des Mehrwertes/Profits zum gesellschaftlich durchschnittlichen bestimmt sich ja auch die Leistung des Kapitalisten als *besonderer* Kapitalist! Wenn nun statt des Profits der Lohn unter dem Druck der besonderen konkreten Arbeit schwanken soll, so ist das nur konsequent *in dem Sinne*, dass ja mit dem Sozialismus das ökonomische Verhältnis auf den *Arbeiter*, daher den *Lohn*, übergewechselt ist. Hinter dem Profit selbst steht in der Tat kein ökonomisches besonderes Subjekt mehr, sondern eine Gesellschaft, die sich allen Kapitalismus gemeinsam, im Ganzen angeeignet

es nicht, kann es nicht geben, nur viele kann es geben; bedenkt man das eine Merkmal, muß man das andere bedenken, denn alle sind unter dem Gesichtspunkt, qualitativen Gehalts zu sein und bedacht zu werden, gleichberechtigt. Unterschied im qualitativen Bereich kann nur bestimmt werden, wenn wirklich nur von *einem* qualitativen Merkmal ausgegangen wird. Man muß dieses dann gegen alle anderen auszeichnen. Das Problem ist nur, dass das Verhältnis Lohn zu Gewinn, ist es das ausgezeichnete der qualitativen Arbeit, ein solches ist, das durch die Gesamtarbeit bestimmt wird, worin also die Arbeiter wiederum keinen Unterschied vorstellen. Dass eine gesellschaftliche Entwicklung der qualitativen Arbeit überhaupt kollektiv-individuell *erscheint*, hat etwas mit dem privaten ("kollektiven") Verhältnis des Eigentums an der Arbeit zu tun, nichts mit deren gesellschaftlichen Charakter.

hat, die sich sowieso als die Einheit ihrer Unterschiede empfindet, also *alles* aneignet, was auch für den Unterschied in besonderen Gewinnen gelten müßte.

Der Gesellschaft (dem Gesamteigentümer) könnte theoretisch jede Form der Aneignung (ob naturale, ob wertmäßige, individuell ungleiche, individuell gleiche) egal sein, weil sie über jede Form zu ihrem Ziel gelangt, sofern sie deren *alleiniger* Aneigner ist; sie *kann dann nur noch Verteilung sein*, nur noch per Verteilung in ein anderes Verhältnis zu ihren Individuen treten, weil sie das Kapitel Aneignung mit der gesellschaftlichen Form abschließt.

Frage nun - sie ist in der "kollektiven materiellen Interessiertheit" gesetzt -, ob sie, was sie vorher voraussetzungslos angeeignet hat, im Nachhinein verteilen kann unter der Bedingung, dass sie einen Unterschied voraussetzt. Was ihr kein zu bedenkender Unterschied in der Aneignung, ist ihr plötzlich ein zu bedenkender Umstand in der Verteilung. Was ihr die Produktion nicht sein kann, wird ihr die Verteilung: Erziehung. Dann hat die Gesellschaft eben nicht voraussetzungslos angeeignet, oder dann öffnet sich die Gesellschaft dem Zweifel, ob sie in der Aneignung recht getan hat.³⁶ Denn muß nicht eine Gesellschaft, die es mit den Unterschieden in jeweiligen Produktionen zu tun

³⁶ Das führt zum Verständnis, warum Partei und Staat (als Gesamteigentümer) glaubten, sich mit dem gewinnabhängigen Lohn anfreunden zu können: Weil sie dachten, das würde nur den Lohn, das Individuum relativieren, nicht den Staat, die Partei, das Recht des Gesamteigentums. Man glaubte so gesehen den Gewinn bzw. das gesellschaftliche Produkt aneignen zu können wie gewohnt - Geld war (wie die Produktionsmittel) Volkseigentum, jede individuelle Vermittlung von Geld ging über volkseigene Aneignung von Geld - und selbst von einer Relativierung unberührt zu bleiben, und nur die Verteilung zu relativieren, die nur den Lohn betreffen sollte. (Und Investitionen waren wieder etwas anderes). Aber alsbald wurde auch für den Gewinn, die Investition, selbst die individualisierte Form der Aneignung verlangt (Selbst- oder Eigenerwirtschaftung), individuelle Rechte sollten unmittelbar aus der Arbeit abgeleitet werden, und das hob den Staat, die Partei oder den Gesamteigentümer aus seinem Recht, über das gesellschaftliche Gesamtvolumen an Arbeit für die erweiterte Reproduktion zu entscheiden. Also auch hier geht es nicht um die Form, sondern wer der Aneignende an sich ist. Bleibt die Gesellschaft die Aneignende des Gewinns, ist die Form, durchschnittliche Bestimmung auf der Basis der Betriebe oder unmittelbar individuelle, ein bloßes Spiel der Gesellschaft.

hat, die das Höchste aus der Produktion dadurch herausholt, dass sie den Unterschied protegirt, auch den Unterschied auszeichnen, daher das Gleiche verteilen auf den Unterschied? Aber nur das höchste Besondere auszuzeichnen, bedeutet, alles andere Besondere nicht auszuzeichnen, in einen Gegensatz zum "Höchsten" zu setzen; eine Form ökonomischen Personenkults.

Dass also in den *Lohn* das Wertprinzip in dem Sinne hereingeholt wird, dass er außer durch den quantitativen (zeitlichen) Aspekt auch noch durch den qualitativen (oder Gebrauchswert-Aspekt) differenziert werden kann, Lohn nunmehr nur in durchschnittlich produktiven Betrieben allgemein, in davon abweichenden Betrieben aber abweichend vom Durchschnitt gezahlt wird - einmal höher, andermal niedriger als ein Durchschnitt -, hebt die Voraussetzungslosigkeit der Gesellschaft auf. Aber wie?

Wir müssen ein Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Aneignung und individueller Verteilung bestimmen; die Forderung, dass etwas in der Verteilung verschieden gesetzt werden muß - was nicht aus dem einfachen individuellen Bezug, dem reinen Unterschied in der vorausgesetzten individuellen Arbeitszeit hervorgeht (denn die ist gleich, muß unter dieser Bedingung als gleich unterstellt sein) -, relativiert noch einmal die unterstellte unmittelbare Gesellschaftlichkeit in der Aneignung: ein weiteres Moment der Individualität. (Zu bedenken wäre hier allerdings, dass Individualität, mit der es der Sozialismus in seiner Voraussetzung zu tun hat, kapitalistische Individualität ist; sie aber hebt der Sozialismus mit einem allgemeinen Verhältnis auf, sein "zentraler" Anspruch ist "entschuldigt". Mit Individualität innerhalb des Sozialismus konfrontiert zu sein, entspringt auch nicht den aus dem Kapitalismus vorausgesetzten Lohnarbeitern, so daß es aus den Arbeitern in den Sozialismus herübergenommen ist. Weil hier *keine* Individualität, können *proletarische* Lohnarbeiter den Zentralismus des Sozialismus nicht in Frage stellen, sondern bilden *proletarische* Lohnarbeiter und sozialistischer Zentralismus eine gesellschaftliche Einheit. Es muß sich also, taucht die Frage wider Erwarten dennoch innerhalb des Sozialismus auf, um ein erst im Sozialismus entstehendes Problem der Arbeiter handeln, also auch Problem seiner Entwicklung, einer höheren Stufe des Sozialismus - oder auch um ein gewolltes Problem; man *will* den Widerspruch, und so muß er sein).

Das Problem besteht also darin, dass man statt von der gesamtgesellschaftlichen Sicht auf Lohn und Gewinn, von der volkswirtschaftlichen Rentabilität, dem Verhältnis von Lohn und Akkumulation im gesellschaftlichen Rahmen auszugehen, noch einmal aktivieren muß, was auf individueller Ebene, Ebene der besonderen Betriebe, sich darstellt - um darin ein "Problem", einen "Widerspruch", oder was auch immer, zu erkennen.

Das Problem zeigt sich von seiner formellen Seite so: Etwas in der Bildung von Arbeit, vor der Aneignung durch die Gesellschaft, Enthaltenes, was von Unterschied ist, muß als Unterschied in die Verteilung der Gesellschaft, d.h. in die Allgemeinheit des Lohnes, übertragen werden. Etwas dem Lohn Gegenüberstehendes, was besonders ist, muß in den Lohn, der unmittelbar etwas Allgemeines, Gleiches ist, übertragen werden, so dass er besonderer Lohn, verschiedener Lohn wird.

Das dem Lohn gegenüberstehende Unterschiedliche ist der Gewinn. Der Unterschied bestimmt sich nicht unmittelbar am Lohn, aber am Gewinn. Unterschied im Gewinn muß ständig in Gleichheit im Lohn übertragen werden, ihr unmittelbares Verhältnis in ihr nichtunmittelbares Verhältnis übertragen werden; das der Ungleichheit im Gewinn in das der Gleichheit im Lohn, und das der Gleichheit im Lohn in das der Ungleichheit im Gewinn. Nur unter dieser Bedingung ist das unmittelbare Verhältnis von Lohn und Gewinn genommen und in das nichtunmittelbare ausgetauscht.

Es ist also alles nicht mehr so einfach wie noch im Kapitalismus. Hier war Besonderheit oder Allgemeinheit immer unmittelbar Verhältnis von Profit oder Lohn. Lohn war gleich (gleicher Wert der Arbeitskraft), und das brachte für durchschnittliche Betriebe gleichen - d.h. den gesellschaftlich gültigen - Profit, und für vom Durchschnitt abweichende Betriebe den unterschiedlichen Profit. Damit war der Unterschied zwischen gesellschaftlich gleicher privater oder konkreter Arbeit und von gesellschaftlich ungleicher privater oder konkreter Arbeit bestimmt; dieser Unterschied berührte nur den Profit, den Lohn nie; dieser war unter allen Umständen *Wert der Ware Arbeitskraft*.

Jetzt soll das unmittelbare Verhältnis von Profit und Lohn genommen sein (weil es der *Schein* von Unmittelbarkeit nur ist), sondern soll das "*wahre, wirklich*" gesellschaftliche Verhältnis dem Lohn und Gewinn durch

Austauschung vermittelt werden: Es ist jetzt der Profit, der allgemein/allgemeiner wird, und es ist jetzt der Lohn, der besonders/besonderer wird - und woran die Gesellschaft interessiert sein soll, was ihr eigentliches Verhältnis sein soll (wie es einem Sozialismus entspricht, der Warenproduktion der besonderen Art ist).

Die Vertauschung im Verhältnis, die Entwicklung eines Sozialismus, wie er sich unmittelbar an den Kapitalismus anlehnt, und einer Entwicklung, wie er sich "auf seiner Basis ergibt", soll ihm insgesamt mehr Gewinn, Auftrieb geben, darum geht es ja wohl. Um dem Lohn das Verhältnis der gesellschaftlich treibenden Kraft zu geben, müssen - so der Sinn der kollektiven Interessiertheit - die Verhältnisse, die Profit und Lohn im Kapitalismus tragen, im *entwickelten* Sozialismus ausgetauscht werden. Lohn müßte in profitablen Betrieben höher sein, in weniger als durchschnittlich profitablen geringer. (Wir betrachten hier noch immer erst die Konsequenz der Reformen).

Umgekehrt: Weil der Lohn jetzt, bezogen auf die Arbeitszeit, kein gleicher mehr ist, sondern ein ungleicher - es kommt ja ein von der Zeit sich lösender Moment herein -, also höher in profitableren Betrieben ist, ist hier der Profit oder Gewinn geringer als er sein würde, würde der Lohn ein gleichgezahlter auf Zeit, d.h. muß der Gewinn in *sozialistischen* höherrentablen Betrieben geringer (!) ausfallen als bei kapitalistischer Bedingung.³⁷ Und würde der Profit in den Betrieben mit unterdurchschnittlicher Rentabilität höher (!) ausfallen (als im kapitalistischen Fall), weil hier der Lohn geringer ausfallen würde als im durchschnittlich oder überdurchschnittlich rentablen Betrieb.

³⁷ Den Arbeitern dieser Betriebe muß es erscheinen, als setzten sie die Marxsche Forderung, an den Kapitalismus gerichtet, um: Dass bei steigender Produktivität der Wert der Arbeitskraft dann steigt, wenn er langsamer sinkt als der Wert/die Preise der Waren sinken. (Das Problem einer permanenten Geldentwertung, also der kapitalistischen Inflation, ist hier nicht berücksichtigt, die *sachlichen* Bezüge (Produktivität, Wert, Preis usw.) würden sich auch unter dieser Bedingung durchsetzen). Dieser Effekt beruhte hier allerdings nicht wie im Kapitalismus darauf, dass der relative Anstieg des Wertes der Ware Arbeitskraft auf Kosten des gleichfalls ansteigenden Profits erfolgte, sondern darauf, dass er zu Lasten des um so schnelleren Sinkens der Löhne in den "schlechteren" Betrieben erfolgte.

Das Problem wäre schon, zu erklären, wie denn zunächst Differenzierung im Gewinn entsteht - und was durchschnittlicher, was höherer, was niedrigerer Gewinn ist, und woraufhin dann ein Lohn zu differenzieren wäre.

Was würde in eigentlicher Konsequenz umverteilt werden - aus dem Sektor der Unterdurchschnittlichkeit in den Sektor der Überdurchschnittlichkeit? Natürlich der Lohn. Man hat ja davon auszugehen, dass die Gesamtsumme der Löhne einer Gesellschaft durch die Summe der Preise jener Waren gebildet wird, die in die individuelle Konsumtion eingehen. Hier handelt es sich um eine der beiden großen Summen aus gesellschaftlicher Gesamtarbeit, die nunmehr in die Ebene der einzelnen Arbeit/Arbeiter zu übertragen sind. Es ist nicht umgekehrt! Löhne können an sich nicht dadurch gesellschaftlich bestimmt werden, dass man willkürlich Geldmengen zu Löhnen deklariert (es könnten also niemals wirklich Gewinne in Lohn, Geldmittel der Akkumulation in Geldmittel des Arbeiters umdeklariert werden).³⁸ Diese partielle Äquivalenz - Gesamtsumme der Löhne (und Gehälter) entspricht Preissumme der Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion - zu durchbrechen, kann nur bedeuten, dass auch andere Waren über den Lohn realisiert werden müßten als Konsumtionsmittel. Oder eben ein Geldüberhang entstände. Und damit würde die "materielle Interessiertheit" witzlos (egal ob individuelle oder kollektive, im realen Geldeinkommen verschmilzt alles zu hie Geld, dort Ware, nur für die Ursachenanalyse entstehenden Geldüberhangs wäre das noch von Relevanz). Interessiertheit muß in Waren/Güter umsetzbar sein. Lohn ist in diesem Sinne gesellschaftlich "gebunden". Die Freiheit der Basis kann nur in der Umverteilung resp. Verteiltheit der im Ganzen vorausgesetzten Summe liegen³⁹; wir haben es

³⁸ Tatsächlich ginge es nur um die Zuordnung gesellschaftlich gebildeter Lohnfonds auf spezielle Weise an Betriebe, jede originäre Form der Aneignung gebildeter Geldmittel durch die Betriebe wäre ausgeschlossen - leider ist das nie so explizit gesagt worden; aber wir können hier, bei der theoretischen Betrachtung, so tun, als würde dies bekannt gewesen sein.

³⁹ Zum Wissen über den realen Sozialismus gehört, dass die Gesellschaft (Staat, staatliche Planbehörde) den Vereinigungen volkseigener Betriebe (in der DDR später Kombinate) Lohnfonds vorgegeben hatte, auch unter dem Gesichtspunkt einer jährlichen Zunahme, die die VVB'en berechtigt waren, auf die Betriebe aufzuschlüsseln. Man kann sich also unter Abhängigkeit der Lohnzahlung vom

nicht mit einer Frage der Produktion, sondern der Distribution zu tun; sie muß ungleich für die individuelle Aneignung ausfallen - in einer Gesellschaft der Gleichheit dem Eigentum nach (!) -, was die Frage nach dem Verhältnis von sozialistischem Produktionsverhältnis und sozialistischem Distributionsverhältnis aufwirft (oder nach der "Reife des gesellschaftlichen Eigentums", so ist das ja "geklärt" worden, dies nur nebenbei).

Theoretisch wäre die gesellschaftliche Souveränität über die Arbeit, der parteiliche oder staatliche Zentralismus durch das Prinzip der kollektiven (betrieblichen) materiellen Interessiertheit also nicht in Frage gestellt resp. wäre die zentrale Aneignung der Produktion nicht in Frage gestellt, denn Betriebe im unmittelbaren Sinne wären gar nicht in der Lage, die Umverteilung der Löhne resp. Lohnsummen vorzunehmen. Die Lohnsummen müssten den Betrieben bereits nach dem Rentabilitäts Gesichtspunkt differenziert, d.h. "umverteilt", übergeben werden.

Statt Mehrwerte oder Profite, wie beim Kapitalisten, müssten also Löhne der Umverteilung unterliegen; Löhne, die unter dem Gesichtspunkt noch der Gleichheit für den Sektor der Unterdurchschnittlichkeit der Arbeit gedacht, müßten an den Sektor der Überdurchschnittlichkeit abgegeben werden. Das Bild (der Effektivität, Rationalität), das sich zunächst rein durch Fortschritt in der Arbeit ergeben hat - ohne schon den Effekt der Umverteilung -, würde durch die Umverteilung der Löhne sagen wir "gemildert". Oder sollen wir sagen verschärft? - Je nachdem, wann wir auf was blicken.

Das aus dem Blick auf die Produktion sich ergebende Bild wäre klarer, aussagekräftiger über die Wirkung der konkreten Arbeit auf die Rentabilität der Betriebe, als das aus dem Blick nach der Distribution sich ergebende Bild.

Gewinn alles mögliche denken - eine *Gewinnbeteiligung*, bei dem Gewinn eine Geldmenge war, die formell nichts mit dem Warenfonds der individuellen Konsumtion zu tun hatte oder dieser Fonds ausgehend vom Geld zu bestimmen war, war es auf keinen Fall, und bloßer Zugriff auf das Geld, das wiederum den Warenfonds der Akkumulation entsprach, auch nicht. Es handelte sich bei der Gewinnabhängigkeit um bloße Abhängigkeit, die an der besonderen Realität des Lohnes wie seines gesellschaftlichen Bezuges nichts änderte. Dies in der Theorie herauszukehren wie nur sie in die Praxis umzusetzen, blieb lange, lange unausgesprochen - bis dann durch Harry Nick (sein Artikel in WiWi 6/89).

Der Sektor der überdurchschnittlich Gewinn bringenden Betriebe - Extrakt aus der qualitativ höher entwickelten konkreten Arbeit - würde durch die Einbringung von höheren Löhnen an Rentabilität verlieren (!), der Sektor der Unterdurchschnittlichkeit durch Auslagerung von Löhnen (durch Entstehen von Löhnen unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt) an Rentabilität gewinnen (!). Aber diese relative Ausgleiche besonders zum allgemeinen Profit, d.h. einem quasi durchschnittlichen, beruhte hier nicht auf Ausgleich im qualitativen Charakter der Arbeit, also wirklichem, allgemeinem ökonomischen Fortschritt, sondern auf gesellschaftlicher Verungleichung der Löhne, Ungleichsetzen der Arbeiter, nicht Gleichsetzen der Arbeit; der Schein, dass sich die Arbeit gleich qualitativ setzt - und was sich am Ausgleich der Gewinne sogar "messen/nachweisen" ließe -, würde trügen. Die Gesellschaft ließe ihre Ungleichheit die Arbeiter bezahlen. Sie verhielte sich statt gleich gültig zu ihren Unterschieden in der Produktion ungleich gültig zu ihren Produzenten in der Distribution. Aber das würde von ihren Arbeitern natürlich sehr gespalten aufgenommen werden. Fortschritt in der Produktion würde im Gegensatz genossen.⁴⁰

Prinzip der "kollektiven materiellen Interessiertheit" wurde das also genannt. Komplex betrachtet geht es um nichts anderes als darum, mit dem Wechsel von einer Gesellschaft der Kapitalisten zu einer Gesellschaft der Lohnarbeiter

⁴⁰ Fällt der Anteil des Lohnes, der in Abhängigkeit vom Gewinn bestimmt wird, zu groß aus, kann er den Unterschied nivellieren bis aufheben, der zwischen den Löhnen ungleich qualifizierter Arbeitskräfte bestimmt worden ist; d.h. die Gewinnabhängigkeit als ein Quantitätsprinzip kann ein Prinzip aufheben, das von einem qualitativen Moment auszugehen scheint - es wird vom Arbeiter so genommen, obwohl auch das nur ein Schein ist. (Auch hier ist nicht an sich die Qualität berücksichtigt, sondern der höhere Arbeitsaufwand, der betrieben). In meinem Betrieb betrug der Unterschied von Lohngruppe zu Lohngruppe ca. 50 Pfennige (Tarif plus fester Mehrlohn); bezogen auf die Lohngruppe 5 (gelernte Arbeiter) waren das rd. 10 % des Lohnes. D.h. ein gewinnbezogener Lohnanteil um die 10% - was ich noch nicht "nennenswert", wie verlangt, nennen würde - bedeutete bereits den Sprung in die höhere Qualifikationsgruppe der Arbeiter oder das Herausfallen aus ihr in die darunter liegende, in diesem Fall der angelernten Arbeiter. In der DDR gab es in den 70er Jahren in der Industrie insgesamt etwa 1400 unterschiedliche Tarife, d.h. fest vereinbarte Lohnhöhen.

den Lohn an die Stelle des Profits als "Triebkraft" zu setzen - in dem Sinne, dass der soziale Unterschied, der im Kapitalismus den Kapitalisten vom Arbeiter trennt, im Sozialismus den Arbeiter vom Arbeiter trennt. Die Klassen besitzen - dort wie hier - ein für die jeweilige Klasse gleichermaßen gültiges gesellschaftliches Verhältnis, ihr *eigener* Klassenunterschied (worin sie sich als Klasse in der Klasse aufheben, negieren) ist ein quantitativer.

Die Zeit verstrich, und getan wurde nichts - was keineswegs mit dem so genannten Abbruch des NÖS zu tun hat; um "kollektive materielle Interessiertheit" ging es auch weiterhin. Die Forderung auf Gewinnabhängigkeit der Löhne findet man erhoben noch kurz vor Ende der DDR auf der *letzten Tagung* der Akademie der Wissenschaften, ihrem Wissenschaftlichen Rat für wirtschaftswissenschaftliche Forschung (siehe Bericht darüber in "Wirtschaftswissenschaft" 9/89 ⁴¹); es wird sogar von einem Normativ (!) der Abhängigkeit gesprochen; soviel Prozent Zuwachs an Gewinn = soviel Prozent Zuwachs an Lohn; der Referent unterließ es, ein Normativ konkret vorzuschlagen). In der Tat aber hat es nie eine Gewinnabhängigkeit der Löhne, Zahlung nennenswerter Teile der Löhne in Abhängigkeit vom geplanten zum erzielten Gewinn gegeben (es blieb quasi beim betrieblichen Prämienfonds, der nichts als ein Teil des Lohnfonds war, nur anders genannt). Es hätte ja um Umverteilung (Unter- und Überanerkennung) der geleisteten Arbeitszeit und auf dieser Umverteilung beruhender differenzierter Lohnauszahlung gehen müssen.⁴² Das wäre

⁴¹ Bericht über den Verlauf der Tagung (die im Mai 1989 stattfand) in WiWi 9/89 auf Seite 1309, Beitrag zur Diskussion von Hilmar Schmidt, Professor an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, korrespondierend mit dem Referat von Helmut Koziolk/Otto Reinhold auf dieser Tagung; es handelt sich um vorbereitende Gedanken, die in den 12. Parteitag der SED 1990 eingehen sollten. Es handelt sich also um Gedanken der *Arbeiterpartei*. Das Wiederauftauchen des 20 Jahre zuvor verabschiedeten Planes deutet auf eine absolute Zwangslage der DDR hin: Mobilisierung aller *subjektiven* Reserven zur Steigerung der Produktion, selbst mit "unmöglichen" Verhältnissen.

⁴² Nach allen meinen Erfahrungen wäre ein Streit um die Zeit sinnvoller gewesen als ein Streit um den Lohn auf Zeit; es geht ja um das Individuum, nicht um die Gesellschaft. Zeit ist also Individuum, Lohn Gesellschaft. Letztlich hätte allerdings, um Streit nicht allzu lange auszudehnen, ein

logischerweise nur möglich gewesen, wenn es um Mehrlohn gegangen wäre, die Differenzierung hätte auf mehr Lohn bezogen sein müssen, Lohnmengen also, die noch nicht als fester Anteil in das Bewusstsein der Arbeiter eingegangen wären. Nie hätte man aber mit einer solchen Beziehung Lohn wie Gewinn in das bestehende Tarifsysteem oder in die Zeitlöhne eingreifen können.⁴³ Wie stand es also mit dem Lohnzuwachs? So, dass wir im Verhältnis zur Warenproduktion (Warendecke) bereits zu viel Lohn ausgezahlt hatten. Das *überschießende*, also ungedeckte Sparvolumen der DDR wurde mit rd. 60 Milliarden DDR-Mark (von rd. 180 Mrd. insgesamt) eingeschätzt (1990, bei der DM-Umstellung). Schon das normale Verhältnis WareLohn war nicht beherrscht (nicht nur aus selbstverschuldeten Gründen). Wie da eine Lohnbestimmung auf ein Moment beziehen, das auf den Lohn in seiner gesellschaftlichen Summenbildung gar keinen Einfluss hat? Das also nur dazu *genutzt* werden sollte.

Man kann den Gedanken der Lohnabhängigkeit in nennenswerten Teilen von der betrieblich-konkreten Arbeit aus prinzipiell gesellschaftlichen Erwägungen zurückweisen, aber war er denn wenigstens formell durchsetzbar?

Neben der Forderung der Lohnabhängigkeit von betrieblichen Gewinnen stand ja noch die Forderung, Preise sukzessive wieder den Wertveränderungen anzupassen - ein weiteres Kapitel, worin die Aufhebung der bürgerlichen Produktionsweise durch den Sozialismus, durch seine Ware-

Arbeiter, der seine Leistungen in konkreter Hinsicht nicht bringt, ausgewechselt, durch einen anderen ersetzt werden müssen.

⁴³ Der einzige Wissenschaftler, der in der DDR auf diesen möglichen Tabubruch - der Aufgabe des Tarifsystems der Löhne (der hundertjährigen Errungenschaft der Arbeiter) "ausgerechnet im Sozialismus" - aufmerksam machte, der sich überhaupt mit der *Problematik* der "kollektiven materiellen Interessiertheit" auseinandergesetzt hat - obwohl er ihr letztlich zustimmte -, war Harry Nick. Sein letzter - und von mir als einziger zur Problematik bezeichnete - Artikel war der in der "Wirtschaftswissenschaft" Nr. 6/1989 veröffentlichte: "Zur Verbindung von kollektiven und individuellen Interessen - wirtschaftliche Rechnungsführung und Leistungsprinzip"; Seite 813; der Hinweis auf den latenten Tabubruch befindet sich auf Seite 823.

Geld-Beziehungen der besonderen Art, als zu schnell, als zu wenig bedacht der Kritik ausgesetzt war.

Damit war nicht mehr klar - für eine Reform der Löhne, die auf eine Reform der Preise orientierte -, auf welcher Basis sich denn der Gewinn als allgemeiner und als besonderer bilden sollte: Auf der Basis des Wertfortschritts oder auf der Basis des Produktionsfortschritts. D.h. auf der Basis *sinkender Werte* mit dem Produktivitätsanstieg, oder auf der Basis *steigender Arbeitserträge*, das war doch eine Frage der Preise, sinkender (je einzelne Ware) auf der einen, oder steigender Summen der Preise (je steigende Warenmenge) auf der anderen Seite. Jeweilige Praxis, zu denen auch die Praxis der Warenproduktion *neuer Art* zuzuschlagen ist, ergibt ein völlig anderes Bild über den Gewinn in der Erscheinung oder Lösung der "Frage". Der Gewinn selbst in seiner Bildung war nicht klar!

Um auf besonderen Gewinn besonderen Lohn zu zahlen, muß zunächst Klarheit sein darüber, wie überhaupt ein besonderer Gewinn, abweichend von einem "normalen", entsteht. Wir stoßen hier auf das merkwürdige (oder auch nicht merkwürdige, sondern sehr dialektische) Problem, dass eine Wiederbelebung von *Verhältnissen* der Privatarbeit (des privaten Arbeitens; wer es besser haben will, bitte: des individuellen Arbeitens) im Sozialismus nur möglich ist zu der Bedingung, dass die *Form*, in der die Privatarbeit erscheint, also die Wertform, um so konsequenter aufgegeben ist. (Dass wir von *Verhältnissen der Privatarbeit* sprechen, die wiederbelebt, kommt nur daher, dass wir die konkrete Arbeit zu den Kräften zählen, die in den Begriff der sozialistischen Vergesellschaftung fallen; man muß also den Vergesellschaftungsbegriff opfern, auflösen, historische Stufen der Vergesellschaftung und des Sozialismus bestimmen, um nicht von einem Referenzkurs für die Privatarbeit zu sprechen, sondern von sagen wir einer sozialistischen Verantwortlichkeit für die Arbeit in ihrer Besonderheit).

Betrachten wir die ganze Angelegenheit zunächst unter dem Gesichtspunkt des Wertfortschritts durch Arbeitsproduktivität: Die Frage ist hier, wie ein Unterschied in der Wertbildung als ein Unterschied in der Mehrwertbildung/Profitbildung erscheint - von der ja ausgegangen werden soll, um den Lohn aus der gesellschaftlich allgemeinen in eine gesellschaftlich besondere Form umzubestimmen.

Das zu verstehende Problem ist hier der Zusammenhang von Steigerung/Veränderung der Arbeitsproduktivität, Kosten der Waren, Wert der Waren und Preisen der Waren. Theoretisch hätten wir es bei der originären Warenproduktion nur mit Produktivität, dem dadurch verändernden Wert der Ware und deren Preis zu tun. Weil aber die den Wert bildende Arbeitskraft mit dem Beginn der kapitalistischen Entwicklung der Warenproduktion zugleich eine Kost darstellt, die auf die Wertbildung aufgelagert ist (was Neuwertbildung ist, ist zugleich Wertverbrauch, Erzeugung gegenwärtiger Ware ist zugleich Verbrauch vergangener Ware), verändert Arbeitsproduktivität *gleichzeitig* sowohl Wertgrößen als auch Kosten pro Ware. Ohne dass sich der Lohn oder Wert der Arbeitskraft schon dadurch verändert, dass die besondere Arbeit, die der Lohnarbeiter ausführt, produktiver wird, verteilt er sich dennoch mit dem Produktiverwerden der Arbeit zunächst auf *mehr* Waren. D.h. die Lohnkost sinkt sofort pro Ware, was aber nichts daran ändert, dass sie ihrem Wesen nach eine Kost ist auf die Wertbildung.⁴⁴ Faktisch sinkt auch die Wertgröße der Ware, was aber nicht sofort erscheint, da sich der Fakt zunächst nur in der Arbeit ergibt; Übertragung in die Erscheinung ist eine andere Sache. (Theoretisch dürften wir mit diesem Gesichtspunkt der "sofortigen Kostensenkung" bei der Warenproduktion gar nicht operieren, er verwirrt). Dieser Effekt der Wertform der Kostensenkung würde erst eintreten, würde die Wertsenkung der Waren über den Preis, über die Preissenkung, gesellschaftlich an jegliche andere Arbeit/Wertbildung vermittelt sein, womit der soeben eingetretene Effekt der sinkenden Kosten *pro Ware* wieder verschwindet und sich das eigentliche Bild, dass Löhne Kosten pro gebildeter Wertgröße sind, wieder herstellt. Dass die Kosten pro Ware sinken, schließt bei Wertgesetz nicht ein (sondern schließt aus), dass sie *pro Summe* der Preise sinken; nicht die Waren, die Waren ihrer Menge nach, sind die Erscheinung des Wertes, sondern die Preise. Diese Preissenkung mit der Wertsenkung also unterstellt und nun auch an den Arbeiter weitergeleitet soweit er die im Preis gesunkenen Waren

⁴⁴ Möglich ist auch das Sinken der Lohnkost pro Ware, ohne dass sich die Summe der Waren vermehrt; dann ist Arbeitskraft/Arbeitszeit absolut aus der Arbeit ausgeschieden, der Lohn, der als Kost im Preis der Waren erscheint, ist der Lohn der geringeren Arbeiterzahl. Hier spielt der Gesichtspunkt von individueller und kollektiver Wertbildung eine Rolle.

konsumierte, also in den Lohn eingeleitet, vermindert die Wert- resp. Preissenkung bei Waren auch den Wert des Arbeiters, soweit er als Kost des Arbeiters in die Wertbildung eingeht, also den Wert der Arbeitskraft - und es käme zur Umverteilung von Lohn in Profit. Dies ist erst die eigentliche Selbstkostensenkung, wie sie dem Wertgesetz entspricht. (Von dieser ist im Sozialismus nie die Rede gewesen - außer theoretisch, aber diese theoretische Abstinenz - das Operieren mit einer ganz anderen Selbstkostentheorie - entspricht bereits der Praxis der Warenproduktion *besonderer Art*).

Hier bereits zeigt sich, dass es für das Erscheinen eines an sich höheren Gewinns im Preis zwei Ansätze gibt: einen bezogen auf die Kosten und einen bezogen auf den Preis, einen direkten und einen übertragenen. Der direkte Ansatz, Gewinne in Preisen formell zu erhöhen, ist gegeben mit dem Sinken der Kosten pro Ware, und diese Erhöhung würde klarerweise so unterschiedlich ausfallen wie die Produktivität der konkreten Arbeit unterschiedlich ändert, würde also, ließe es die Gesellschaft bei dieser "Selbstkostensenkung" bewenden, von der Sache her *nur unterschiedlichen Profit pro Warenpreis erzeugen können*.⁴⁵ Aber diese Erscheinung würde im selben Verhältnis wieder verschwinden, wie die Preise um die Steigerung der Produktivität sinken würden. Hierbei bildeten sich auf Basis der individuellen Wertveränderungen neue gesellschaftliche Werte heraus, von denen die individuellen Wertschöpfungen wieder abwichen, aber nur, soweit sie von der durchschnittlich individuellen Wertschöpfung abwichen. Und zwar in zwei Richtungen: nach oben oder nach unten vom gesellschaftlichen Durchschnitt. Dass diese individuellen Summen an Wertschöpfungen von der gesellschaftlich durchschnittlichen abwichen, ergibt noch nicht das Bild eines auch unterschiedlich erzeugten Gewinns - es sind nur unterschiedliche

⁴⁵ Und in der Tat muß jede Gesellschaft diese Erscheinung manifest machen, die die Praxis sukzessiver Anpassung der Preise an die Werte nicht protegiert. D.h. dieser unterschiedliche Gewinn ist nicht neu in der Geschichte in dem Sinne, dass die ökonomische Bewegung nicht so beginnt, aber in dem Sinne, dass sich damit der gesellschaftlichen Zirkulation nicht mehr die Arbeitszeit vermittelt, sondern nur noch die Arbeitserträge; in der Tat ist der Wert damit gesellschaftlich, als Medium des allgemeinen Verkehrs (jede gesellschaftliche Beziehung wird unter dem Aspekt der Arbeitszeit vermittelt), abgeschafft. Er "kehrt in die Produktion zurück", prophezeite Engels einst; "er ist in die Produktion zurückgekehrt", bestätigt nun der Sozialismus.

absolute Summen, sondern erst das Zahlen *gleicher Löhne* auf diesen Unterschied. (Es muß in der Theorie angenommen werden, dass die Löhne auf ihre neuen Wertgrößen allgemein und gleichermaßen sinken, ihr gesellschaftlicher Wert also erhalten bleibt). Aber es ist nicht der Lohn, der die Unterschiedlichkeit des Mehrwertes/Gewinns erzeugt, sondern die Basis für seine Unterschiedlichkeit liegt in der individuell verschiedenen Wertschöpfung, in die der Wert der Arbeitskraft gleichermaßen eindringt. Wir haben eine objektive Basis für das Erkennen, Messen des Unterschieds von gesellschaftlich durchschnittlicher und individueller Entwicklung der Qualität der konkreten Arbeit bezogen auf die absolute Summe und deren relative Unterscheidung in Summen Lohn und Summen Gewinn. Dieser Gang also vorausgesetzt, müsste der Lohn, jeder Lohn, Lohn allgemein, *sinken*, womit sich ein neues quantitatives allgemeines Verhältnis von Lohn und Gewinn in Preisen herauskehrte, dann erst könnte - durch "kollektives materielles Interesse" hervorgerufen - die Korrektur dieser Bewegung einsetzen, die sich nicht das Ziel stellte, die allgemeine Bewegung aufzuheben (den neuen gesellschaftlichen Wert/Preis von Waren, den neuen gesellschaftlichen Lohn, das neue gesellschaftliche Gewinnverhältnis), sondern die besondere Abweichung, das Verhältnis der individuellen zur gesellschaftlichen Wertbildung relativ aufzuheben, und zwar nicht in den Preisen resp. in der individuellen Wertschöpfung aufzuheben - das ginge ja nicht -, sondern den Löhnen. Wobei die Korrektur im Lohn in zwei entgegengesetzte Richtungen zu verlaufen hätte: teils den Fall des Lohnes beschleunigend, teils ihn wieder aufhebend, wie das weiter oben ausgeführt war.

So stellt sich die Sache dar bei Wirken des Wertgesetzes in den Preisen.

Frage ist natürlich, ob der Lohnfall auf der einen ("armen") Seite so groß ausfallen könnte, dass auf der Seite des Lohnanstiegs eine absolute Lohnerhöhung herauspränge - oder nur ein geringerer Lohnfall als in dem Fall, dass er nur um die Rate gefallen, die der allgemeinen Senkung der Preise entsprochen hätte.⁴⁶

⁴⁶ Es gibt keine kapitalistische Gesellschaft irgendeines Landes, in der nicht versucht worden ist, die Löhne in den Betrieben, die von geringerer individueller als gesellschaftlicher Wertbildung sind, unter den gesellschaftlichen Wert der Arbeitskraft zu drücken. Das zum einen. Ob aber diese kapitalistischen Unternehmen

Es ist also unmöglich, auf Basis des Wertgesetzes in der Preisbildung ein Prinzip der materiellen Interessiertheit in dem Sinne aufzubauen, dass Löhne in Abhängigkeit von der Gewinnbildung in konkreter Hinsicht *steigen*, weil sie 1. unter dieser Bedingung des Wertgesetzes nur sinken können, und 2. maximal Löhne relativ langsamer sinken können als Preise sinken. So dass bei diesen Arbeitern die Löhne in Waren erweitern, was man in gewissem Sinne als ihre Erhöhung dem Wert nach qualifizieren könnte, ohne dass wir es aber mit einem Lohnanstieg der absoluten Form zu tun hätten. Aber da dies hier nicht allgemein gilt, sondern für den anderen Teil der Arbeiter das Gegenteil gilt, könnte der Anstieg von Löhnen über den bisherigen Wert hinaus bei Abhängigkeit der Löhne vom Gewinn nur auf Kosten von Arbeitern erzielt werden, die im Lohn unter ihren Wert fielen; sie würden im Lohn schneller sinken als die Preise sinken. Nie, für keine der beiden Arbeitergruppen, käme ein an sich steigender Lohn heraus, denn um überhaupt von einem Lohnanstieg im gesellschaftlichen Sinne zu sprechen, müssten Löhne steigen entgegen dem Sinken der Preise. Doch dann geschähe dies - unter dieser Bedingung des Wertgesetzes in Preisen - auf Kosten des Profits, oder sagen wir auch der Akkumulation. Sie würde hier Moment des Arbeiters. Auch erfolgte die ökonomische Regulation über das Geld, d.h. es würde erst die Nachfrage erhöht werden (die Geldmenge, die nachfragt), der ein höheres Angebot in Waren zu folgen hätte.⁴⁷

bereit sind, den so eingesparten Lohn, der bei ihnen als ein Surplusgewinn erscheint, anderen Kapitalen, die rentabler sind abzugeben, auf dass hier die Löhne der Arbeiter erhöht werden könnten resp. geringer fallen könnten als gesellschaftlich notwendig - diese Frage erledigt sich von selbst: sie ist keine mögliche für Kapitalismus. Aber für den Sozialismus? Sie ist formell Möglichkeit eines Lohnfonds, der gesellschaftlich angeeignet würde, d.h. wo mit dem unmittelbar erscheinenden Profit kein Recht des Betriebes/der Betriebe gesetzt ist. Was Lohn ist, aber wie Profit scheint, kann wieder in Lohn umgewandelt werden, das wäre bei sozialistischer Macht möglich. Aber wie sollte man den Arbeitern Lohnerhöhung oder geringeren betrieblichen als gesellschaftlichen Lohnfall begründen - wenn der Grund der um so geringere Lohn anderer Arbeiter ist? Was im Kapitalismus formell nicht möglich, kann im Sozialismus potenziell nicht Moral sein.

⁴⁷ Bürgerliche und sozialistische Regulation unterscheiden sich nicht formell dadurch, dass die eine über das Geld erfolgt und die andere nicht über Geld, sondern dadurch,

Aber die Forderung an den Sozialismus geht oder ging ja dahin, dass der Profit *und* der Lohn steigen sollen, der Lohn nur langsamer als der Profit, bzw. in den Betrieben, wo der Gewinn überdurchschnittlich steigt, schneller/stärker als in den Betrieben, in denen der Gewinn unterdurchschnittlich steigt. Wenn hier von dieser Differenz im Wachstum der Löhne als einer Umverteilung im Sinne des Wortes gesprochen werden kann, dann nur so, dass sich die "Umverteilung" auf ein *Wachstum* der Lohnsumme bezieht; durchschnittlich oder gleichermaßen mögliches Wachstum erfährt eine ungleiche Zuordnung nach besonderer Steigerung - eine Umverteilung, die gar nicht recht ins Bewusstsein kommen will, obwohl sie natürlich ebenso sehr real ist. Zuwachs wird ja noch nicht als individuelles Recht empfunden, nur das, was man schon als Recht besitzt.

Es ist klar, dass man diesen ganz anderen Ansatzpunkt im Verständnis der Forderung nicht erklären kann, ohne das ganze Wissen vom Verhältnis Wert und Preis, Produktivität und Arbeit, Lohn und Gewinn umzuwerfen, auf eine ganz andere Basis zu stellen. Und dieses Wissen kann sich nicht herstellen, hat sich diese neue Lage nicht in der Praxis hergestellt. Nur dann wäre auch von einer umsetzbaren Forderung zu sprechen. Zu sagen wäre hier aber, dass diese theoretische Arbeit von denen, die die Forderung nach der "kollektiven materiellen Interessiertheit" resp. einer Gewinnabhängigkeit der Löhne im Sozialismus aufgestellt haben, *nicht* geleistet worden ist. Man muß sagen, dass nur auf die "neue Möglichkeit" gestarrt wurde, dass Kosten sinken ohne dass Preise sinken, so dass der Gewinn doch steigt, da "ist doch die historische Chance auf mehr Lohn", die Aufhebbarkeit des Kapitalismus in der kapitalistischen Form! So dass man auch sagen muß, dass wir es durchaus mit einer neuen gesellschaftlichen Praxis zu tun haben, dass sie aber weder

dass im Verhältnis von Ware und Geld die Priorität wechselt: Bürgerlich also erst das Geld, dann die Ware, sozialistisch erst die Ware (oder Arbeit), dann das Geld. Im Sozialismus spielt das Geld eine passive Rolle (nicht keine, sondern eine folgsame). Das drückt aus, dass es in der bürgerlichen Gesellschaft keine direkte Regulation der Produktion gibt, und im Sozialismus gibt es diese. Indirekte und direkte Regulation, Regulation der Arbeit über Geld oder schlicht der Arbeit, bedeutet also einen Gesellschaftswechsel. Dass man aber auch über eine Distribution des Geldes die Produktion regulieren kann (Grenzen müssen nicht a priori bekannt sein), drückt einen Spielraum sozialer Art der Arbeiter im Kapitalismus aus.

wirtschaftstheoretisch noch wirtschaftspolitisch verdaut ist - wohl aber in einer gesellschaftspolitischen Vision einen Ausdruck gefunden hat. Umgekehrt zum Kapitalismus, wo der Profit (Mehrwert, Gewinn) "direkt steigt im selben Verhältnis wie die Arbeitsproduktivität steigt" (Marx), was nur umzusetzen ist mit einem Lohn, der direkt sinkt im selben Verhältnis wie die Arbeitsproduktivität steigt, soll im Sozialismus der Lohn steigen im Verhältnis wie die Produktivität steigt (selben Verhältnisses lasse ich hier offen); anders lässt sich ein Prinzip der materiellen Interessiertheit nicht aufbauen. Es muß im Sozialismus für den Lohn ökonomisch begründet sein, wie das im Kapitalismus für den Profit ökonomisch begründet war.

Über das Wertverhältnis für Produzenten, über das Wertgesetz für die Waren, deren Preise, ist das nicht umsetzbar, weil steigende Produktivkraft unter dieser Bedingung nur die *Kaufkraft* von Werten in Waren erhöhte, aber nicht den Wertanteil des Arbeiters an der Arbeit; absolute Lohnerhöhung unterstellte also Umwandlung von Akkumulation in Konsumtion, einfache Umproportionierung in der Verteiltheit der Arbeit, was ganz ohne den Faktor Produktivkraft von statten ginge. Theoretisch politischen Kampf der Arbeiter unterstellte, nicht ökonomische Bewegung. Die Forderung an sich, ein materielles Interesse der Arbeiter mit dem Wachstum der Produktion zu verbinden - anders ließe es sich nicht formulieren -, unterstellt die Aufhebung der Warenproduktion, des Wertes, der Ware. Wer das nicht begreift, hat überhaupt noch nicht über das Prinzip der kollektiven materiellen Interessiertheit nachgedacht, dem kann die Sache selbst nichts wert sein.

Wir kehren also noch einmal zu unserem Ausgangspunkt zurück: Es steigt die Produktivität, die jeweils besondere Arbeit erzeugt pro Zeiteinheit (Tag, Woche usw.) mehr Waren/Güter, die Lohnkost pro Ware resp. pro Preis der Ware sinkt, der Teil des Preises, der als Gewinn bezeichnet wird, steigt - nur eines bleibt jetzt aus: Die Wertsenkung als Preissenkung, die an die Gesellschaft weitergegeben wird und auch Waren, in die sie eingeht, verbilligt. Dennoch können wir von einem steigenden Gewinn sprechen, der auf keine sinkenden Preise, die aus der Gesellschaft auf die besondere Arbeit eindringen, mehr zu warten braucht; er steigt nämlich direkt. Dieser Effekt eines besonderen Gewinns mit der besonderen, sagen wir auch betrieblichen, Steigerung der Produktivität, würde also nur gesellschaftlich konsistent bleiben, wenn die Preise nicht die Wertsenkung aufnahmen, andererseits aber

die Gesellschaft resp. ihre Zirkulation die Mehrproduktion an Waren aufnahme. Und da sie keine Produkte ohne Preis verteilt, stiege nicht nur der einzelne Gewinn im Preis, sondern mit der Warenmehrproduktion auch die von Betrieben gebildeten Summen von Preisen. Die Kritik der Preissummen tritt an die Stelle der Kritik der Preise. Die Gesellschaft kann, ohne das Produkt, das mehrproduziert worden näher zu betrachten (sondern nur das neue Verhältnis von Kosten zu Gewinn zu betrachten, den neuen Freiraum im Preis), auf deren Basis die Summe der gesellschaftlichen Löhne erhöhen und sie im Betrieb, worin die konkrete Arbeit eine neue Qualität erfahren hat, unterschiedlich verteilen im Sinne von erst geben und dann nehmen, oder den Unterschied auch direkt zur Verteilung bringen; und dann in Abhängigkeit eines Normativs zum betrieblich besonderen Gewinn. Der höher produktivierende Betrieb höher, der weniger produktivierende Betrieb geringer. Die Lohnerhöhung wird rein aus der Gewinnerhöhung durch den Betrieb abgeleitet - für diesen Betrieb. Ohne dass ein Normativ bestimmt ist, kann theoretisch der ganze Gewinnzuwachs in Lohn umgewandelt werden, dann stiege nur der Lohn im direkten Verhältnis zur Produktivkraft der Arbeit (immer die betriebliche Arbeit im Auge). Die Einführung eines Normativs der Lohnerhöhung führt dann dazu, dass beide Kategorien, Lohn und Gewinn, direkt im Verhältnis der Produktivkraft der Arbeit steigen, jeweils unterschiedlichen Grades; der Gewinn zum Beispiel dann schneller, stärker, wenn die Verhältnisse ungleich gewählt sind. Man kann von Eigenerwirtschaftung - der Löhne sprechen, oder auch von Eigenerwirtschaftung der *Begründung* für Lohnerhöhung sprechen. Jeder andere Bezug zur Gesellschaft ist abgebrochen, ist in dieser Beziehung auch nicht nötig.

Die Frage, ob dieser Lohnzusatz durch Waren abgedeckt ist (kann man auch für mehr Lohn mehr Waren kaufen, oder sind nur die Löhne rein geldseitig vermehrt worden, ohne dass ihnen eine "Warendecke" zugrunde liegt?), hat sich allgemein gesehen erledigt.⁴⁸ Man kann. Das ist allerdings erst garantiert,

⁴⁸ Wo erscheint denn die *zusätzliche* Summe an Preisen, auf die sich höherer Lohn beziehen kann? Auf die mehr produzierten Waren, könnte man sagen (wobei es auch Produktivierung gibt, die nur die Arbeitszeit verringert, aber kein Produkt mehr produziert). Aber wieso sind das Waren, die in die individuelle Konsumtion gelangen? Nicht an sich auf mehr Gewinn kann der Mehr-Lohn bezogen sein, sondern

wenn nicht an sich von der Differenz von Kosten zum Gewinn in Preisen ausgegangen würde - und wenn diese nun größer ausfiele, dann mehr Lohn (und um die Veränderung der Summe der Differenz) -, sondern von der Bildung eines gesellschaftlichen Lohnfonds, der von der Preissumme der gesellschaftlich für die individuelle Konsumtion produzierten Waren abhinge, diesen zur Grundlage hätte, als wachsender Lohn also von deren gestiegener Summe der Preise. D.h. weil neben der Veränderung im Verhältnis von Kosten und Gewinn noch eine Veränderung im Verhältnis der beiden Preissummen stattgefunden hat (Produktion im Jahr 1 zu Jahr 0), sowohl der Gewinn in Preisen als auch die Summe der Preise gestiegen ist, kann sich die Lohnerhöhung nicht nur anteilig auf den höheren Gewinn, sondern auch auf die mehrproduzierten Waren als ihr Äquivalent beziehen (Waren der individuellen Konsumtion vorausgesetzt, also nicht Preissumme schlechthin, sondern Preissumme in besonderen Waren). In diesem Sinne ist der Bezug auf den Gewinn, von dem gemeint, er setze die Geldmittel für die Lohnerhöhung frei, nur von hinweisender Natur, er ist der eigentlichen sachlichen Begründung äußerlich. Eigentlich geht es bei der Frage der Abhängigkeit der Löhne vom Gewinn sachlich gesehen um die Abhängigkeit der Löhne von der Mehrproduktion an Gütern in der Arbeit für die individuelle Konsumtion, also mehr um die Abhängigkeit von einer *bestimmten* Mehrsumme an Preisen. Eine wirkliche Umwandlung von Profit in Lohn, Akkumulation in Konsumtion, findet im Sozialismus, unter Bedingung dieser Form der ökonomischen Bewegung, der der Arbeitserträge, nicht statt.

Da es sich in beiden Fällen um Mehrproduktion handelte, die sich auf spezifische Produktionen/Sektoren der gesellschaftlichen Arbeit berufen konnten, fehlt das Moment der Umverteilung in der Geldform selbst. Die eine Mehrproduktion berührt unter dem Gesichtspunkt der konkreten Arbeit die andere nicht. Lohn-Gewinn-Verhältnisse in Preisen, die nicht dem Wertprinzip unterworfen sind, sind keine Lohn-Gewinn-Verhältnisse im Sinne der bisherigen politischen Ökonomie, die den Inhalt dieser Kategorien

nur auf ein Anwachsen der Produktion (resp. ihrer Preissumme) für die individuelle Konsumtion; nicht darauf also, dass auf irgendeine Weise "freies Geld" geschaffen wird, wie das bei rein individueller Sicht auf das Kosten-Gewinn-Verhältnis der Fall ist.

geprägt haben. Höhere Gewinne auf der Basis unmittelbarer Produktivität drücken nur das noch nicht verteilte gesellschaftliche Mehrprodukt aus, d.h. die noch fehlende gesellschaftliche Distributierung des Produkts. Die Summe des mehrproduzierten "Gewinns" in den Preisen ist gleich dem Teil der Summe der Preise, der deren Wachstum ausmacht (Dass auch eine übertragene Summe von Preisen gewachsen ist, ist hier nicht von Bedeutung, es geht nur um die neu zugesetzte Summe der Preise, die sich auf das Mehrprodukt der produktiver gewordenen lebendigen Arbeitskraft/Arbeit bezieht).

Da wir es bei *Warenproduktion* bei steigender Produktivkraft der neu zugesetzten Arbeit (Wertbildung) theoretisch immer mit derselben Summe der Preise zu tun haben (praktisch nicht derselben wäre Geldentwertung), greift die Mehrproduktion an Waren immer *relativ* in das Verhältnis von Ware und Geld oder Preis ein, ständig werden alle bestehenden Verhältnisse umgeworfen, nur dadurch verschiebt sich die Proportionalität, in der Lohn und Profit einander gesetzt sind. Das Relativproblem als das Problem einer selben Summe (oder selben Raumes) entfällt bei festen Preisen im einzelnen und mit den Erträgen bewegten Summen der Preise, weil sich eben die Summe (der Raum) *ausdehnt*. Wir haben es jetzt mit einer absoluten Veränderung zu tun. Die Relativität ist höchstens eine zweier souveräner Summen, Lohn und Gewinn können unterschiedlich schnell wachsen, aber die eine Summe kann nicht gegen die andere aufgerechnet werden. D.h. es kommt zur Summenäquivalenz für den jeweiligen Fall. Das Mehrprodukt resp. die gewachsene Summe der Preise ist nur angeeignet, wenn Lohn wie Gewinn absolut steigen. Sie können nicht gegenseitig "auffressen".⁴⁹

Faktisch scheint es, dass der Sozialismus zweien Herren dienen kann, dem Kapitalismus und dem Sozialismus, dem "Kapitalisten" und dem Arbeiter. Er bringt das Kunststück fertig, mit steigender Arbeitsproduktivität zwei im Kapitalismus einander ausschließende Prinzipien im Sozialismus an einen Tisch zu bringen. Steigende Produktivkraft bringt beide Faktoren zum Wachstum: Profit und Lohn, oder Lohn und Profit. Aber der Schein, dieses

⁴⁹ Daher bedeutete ein Geldüberhang in der Form eines Lohnüberhangs im Sozialismus auch keine Inflation. Es gab das Geld im Sozialismus, aber nicht als allgemeines.

Kunststück fertig zu bringen, beruht darauf, dass die Basis der Arbeit gewechselt, von der abstrakten, die sich gesellschaftlich darstellt, zur konkreten, die sich gesellschaftlich darstellt. (Unter Bedingung der Wertökonomie kann man dieses Kunststück auch meistern: Dann muß allerdings die Übertragung der Preissenkung bei Waren in den Preis des Arbeiters ausbleiben, das Wertgesetz also um seine kapitalistische Offenbarung gekappt bleiben, und dann werten beide Faktoren, Profit und Lohn, in ihrer Kaufkraft auf, d.h. Löhne wie Profite, die gleich bleiben, werten in Folge der sinkenden Preise nur in Waren auf, der ökonomische Fortschritt hat sich für die Warenproduzenten, nicht deren kapitalistischen Charakter gelohnt).

Die Wirtschaftspolitik des Prinzips der *kollektiven materiellen Interessiertheit* (Gewinnabhängigkeit der Löhne) hat - auch ohne exakte theoretische Erkennung und daher gültige wissenschaftliche Begründung - im Sozialismus eine reale gesellschaftliche Grundlage gehabt: Steigendes Nationaleinkommen mit dem Wachstum der produktiven Kraft der Arbeit, steigende Wertbildung - sofern das Geld als Tauschwert begriffen (und das wurde es - leider) - mit der Arbeitsproduktivität resp. *mit der konkreten Arbeit!* Was in der Theorie eine Absurdität, hatte im Geld des Sozialismus eine reale Grundlage (Ware war Geld, Geld war Ware; mehr Waren also mehr Geld - die Konsequenz unveränderlicher Preise). Aber diese reale Grundlage bestand formell gesehen eben in der Aufhebung der Preisbildung nach dem Wert, Wertgesetz. Das Prinzip der *kollektiven materiellen Interessiertheit* oder der Abhängigkeit der Löhne vom betrieblich besonderen Gewinn konnte nur formuliert werden, weil im realen Sozialismus von einem anderen Bildungsprinzip bei Preisen und Geld ausgegangen worden. Es ist immer so, dass alle wirkliche Bewegung von der konkreten Arbeit ausgeht, und diese ist immer von besonderer, von Arbeit zu Arbeit verschiedener Art. Und es ist immer so, dass die Veränderlichkeit in der Produktivkraft der Arbeit unter zweierlei Gesichtspunkt erscheint: Der Arbeitszeit nach und dem Arbeitsertrag nach. Während der eine minimiert, maximiert (in der Regel) der andere. Es ist also immer so, dass, wenn der absolute Wert (Wert der Tagesarbeit, Wochenarbeit usw.) sich auf mehr Waren verteilt, sich auch der (zunächst unveränderte) Lohn des Arbeiters auf mehr Waren verteilt; dies erscheint als Kostensenkung pro Ware. Diese Erscheinung wird zu einer konsistenten, d.h. die *wirkliche Bewegung der konkreten Arbeit* wird zu einer

konsistenten, Gesellschaft neu konstituierenden Bewegung, wenn Preise der Waren im einzelnen unverändert bleiben, dann platzen bei wachsender Produktionsmenge die Preissummen aus den Nähten. Die gesellschaftliche Summenbildung der Preise nimmt dann eine von der Warenproduktion verschiedene andere Form an, Preis und darauf beruhendes Geld geben ihr Verhältnis zum Wert auf, weil sie - in ihrer Summenbildung - ein Verhältnis zum Arbeitsertrag annehmen. Löhne können sich auf Basis des letzteren Bezugs (und der überwog bei weitem) nur als Produktivitätslöhne im Sinne der konkreten Arbeit betätigen, d.h. in Warenmengenlöhne verwandeln, und dies bedeutet kostenseitig das Eindringen einer Produktivitätskategorie resp. Arbeitsertragskategorie in eine Wertkategorie, womit diese ausgehebelt würde - und wurde. Aber das ist nur die formelle Sicht. Was war denn nun der Gewinn unter dieser Bedingung? Was Rentabilität und Unrentabilität unter dieser Bedingung? Das ganze Wissen vom Gewinn muß sich auf eine andere Basis stellen, die Basis der unterschiedlichen Erzeugung von Gütermengen und ihrem Wachstum.

Denn es gibt ja keine einzige (!) gesellschaftliche Form der Entwicklung des Verhältnisses von Lohn und Gewinn oder gesellschaftlichen Lohn oder gesellschaftlichen Gewinn in Preisen mehr, wenn die Veränderungen der individuellen Wertgrößen nicht mehr über den Preis weitervermittelt werden und inneres Moment aller anderen Preise werden, sondern Warenmengen in den Preissummen erscheinen und an die betrieblich gezahlten Löhne weitervermittelt werden, denn jede ist jetzt gesellschaftliche Form - und eine einzige als gesellschaftliche Form erscheint nur - das wird jetzt zur Konsequenz -, wenn wenigstens die Löhne ihr Gleichheitsprinzip wahren. Also die Lohnerhöhung gleichermaßen für die Arbeiter (Betriebe) im einzelnen gilt: Denn dem Gewinn ist die Basis entzogen, gleicher in Preisen zu sein. Er ist ungleich, und bleibt ungleich, wenn Löhne gleichermaßen (je nach Lohngruppen) angehoben werden. Was bedeutet es also, unter dieser Bedingung den Gewinn gegen den Lohn zu moralisieren? Es bedeutet die Aufhebung des Lohnes als gleichen, des Arbeiters als gleichen der Gesellschaft. Die Weitervermittlung von Preissummen bleibt den Preisen

äußerlich⁵⁰ - bis auf die eine Ausnahme, dass sich diese höheren Summen an die Löhne vermitteln. Hier aber treffen sie auf eine Entwicklung der Lohn-Gewinn-Verhältnisse, die nur die individuelle Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit noch wiedergeben, d.h. hier sind die Löhne zwar gleich (auf die Arbeiter, ihre Arbeitszeit bezogen), die Gewinne aber ungleich. Das hat jetzt aber nichts mehr mit individueller Wertschöpfung im Unterschied zu gesellschaftlich durchschnittlicher Wertschöpfung zu tun, sondern einfach mit unterschiedlicher Produktivitätsschöpfung. Was zur Frage wird, ist, ob der Zuwachs an Löhnen gleich oder ungleich verteilt wird: Gleich, dann ist der Unterschied an Gewinnen in Preisen der Gesellschaft gleichgültig; sie hat ja alles, was sie an Gewinn erwarten kann, aus den Betrieben "herausgeholt", sie ist es, die primär aneignet, - unterschiedlich, weil auf der Basis der konkreten Arbeit Gewinn immer nur unterschiedlich anfallen kann, das ist der Natur dieser Seite der Arbeit gemäß (es gehen diese Unterschiede, wenn sie in die Preise eingehen, immer auch nur unterschiedlich in die Gesellschaft (gesellschaftliche Zirkulation) ein). *Gleiche* Entwicklung der Produktivität bzw. konkreten Arbeit auf der Ebene der elementaren Arbeit - was übrigens Forderung/Erwarten der Reform an die Betriebe war⁵¹ - ist eine ebensolche

⁵⁰ Niemand wird, wenn er mehr Waren produziert, mit mehr Waren (mehr gegenständlicher Arbeit) eine Ware produzieren, also weil die Produktion von Stahl gestiegen, mehr Stahl aufwenden um eine Tür zu produzieren; er wird mehr Türen produzieren. Anders aber beim Arbeiter. Er ist die "eine Tür", die ständig mehr verbrauchen kann, und der daher die Kosten pro Tür erhöht, wenn sein Lohn erhöht wird. Aber das sind jetzt ja Warenmengen, nicht die Wertmengen mehr der Arbeit. Trotzdem stiegen "in der sozialistischen Wahrnehmung" die "Kosten über den Preis" und wurden Betriebe "unrentabel", verwandelte "die sozialistische Wirtschaft in eine Subventionswirtschaft". Mitnichten. Die sozialistische ökonomische Wissenschaft hat ihre Revolution nie begriffen - sie wollte ihre Revolution in der Form ihrer Produktion und deren Aneignung, und klagte sie an, wenn sie an ihre Distribution geriet. Sie war eine Revolution, die sich ständig erzeugte - und in den Augen der Menschen ständig abschaffte.

⁵¹ Warum unterstützte beispielsweise Walter Ulbricht und die SED (zunächst) die Idee? Weil er - oder sie - im Hintergedanken hatte, die Betriebe würden's schon richten. Einmal diesem Prinzip unterworfen, würden sie alle schon hinreichend Gewinn erzeugen, um alle und ausreichenden Maßes die Begründung für den gleichen Grad in der Lohnerhöhung zu garantieren. Aber es gibt keine gesellschaftlich gleiche

Illusion, kann nur ein Wunsch der Politik sein, die ihren Problemen, die sie mit ihren Gegensätzen in den Verhältnissen setzt, aus dem Wege gehen, sie nicht wahrhaben will. *Gleich, annähernd gleich* können Gewinne unter dieser Bedingung nur werden, dass die Löhne ungleich werden, d.h. die Erhöhung verschieden ausfällt. Unter dieser Bedingung eine Gewinnabhängigkeit der Löhne einzuführen (das "Prinzip der kollektiven materiellen Interessiertheit") hätte bedeutet, den Kommunismus in kleinen Formen, Elementarformen "vergesellschafteter" Arbeit freizusetzen; d.h. das, was eine Leistung der ganzen Gesellschaft in konkreter Hinsicht war, in eine zwergenhafte kommunistische Zwangsjacke zu stecken. So kosmisch das Eigentum, die Aneignung, so atomar die Distribution. Man riecht förmlich die Verunglimpfung der Arbeiter, die "zu nichts fähig wären", jedenfalls zu nichts, wozu der Kapitalist fähig.

Man hat schließlich befürchtet, die "Kollektive" würden - falls sie an diese Praxis gerieten - immer in den Fällen, wo ihre Arbeit unterdurchschnittlichen Grades produktiver würde, rabiat auf Preiserhöhung, sprich Inflation - oder sprich Rückkehr zum Wertgesetz -, drängen.⁵² D.h. sie hätten über den Preis

Anhebung der Produktivität, weil sie 1. kein Gesetz der qualitativen Arbeit ist, und 2. keine Bedingung sein kann, nach der die der Akkumulation gedachten Güter der Produktion auf die Betriebe verteilt werden. Nur unter Bedingung des Wertverhältnisses resp. des Privateigentums ist die Aneignung der Akkumulationsmittel ein allgemeines Recht (weil dem Gelde nach). Waren nach, also konkret gesehen, ist das nie eines jeden Recht und kann es kein allgemeines Recht sein (außer eben beim lebendigen Individuum). Dass also der Sozialismus auch diesen Wandel erkenntlich macht, ist sein Merkmal. Wie wenig ist vom Sozialismus verstanden, wenn dies verwundert.

⁵² In der Tat offenbart hier die Dialektik der kollektiven materiellen Interessiertheit ihre tückische Seite. Man landet bei einem Wertpreissystem der inflationären Art. Man geht also von einer sozialistischen Wirklichkeit aus - absolute Lohnerhöhung, Produktions(Produktivitäts)löhne -, knüpft ein Interesse der Arbeit als private daran, und landet, um den Seiten des Widerspruchs, der nun entsteht zu entgehen, wieder bei der "lösenden" bürgerlichen Form - wo dann absolute Form der Lohnerhöhung nicht möglich - Welch Kreislauf... Außer, man besitzt die Kraft, das Verhältnis, die Bewegung im Verhältnis von Konsumtion und Akkumulation zugunsten der Konsumtion umzukehren. Man versuche es.

verwirklicht, was ihnen über den Lohn verwehrt: *Gesellschaftliche* Freiheit. Seien wir zufrieden, dass von der "kollektiven materiellen Interessiertheit" nur viel geredet wurde.⁵³

*

Es gibt einen Grund, der mindestens die Idee, die gute Absicht eines Prinzips der kollektiven materiellen Interessiertheit im Sozialismus rechtfertigt: Dass die der *individuellen* materiellen Interessiertheit nicht gerechtfertigt ist; dass die Aneignung der Mehrproduktion resp. die Erhöhung der Löhne im Sozialismus auf individueller Basis - diese ergibt sich bei diesem System der Senkung der Kosten bei keiner Veränderung der Preise für die Betriebe - anarchisch, spontan und spekulativ erfolgt ist, dass also eine individuell-kollektive Verselbstständigung gegen die reale gesellschaftliche Waren-Mehrproduktion zu überwinden gewesen wäre. Und das ist der Fall! Aber dann als Antwort gedacht, war die kollektive materielle Interessiertheit noch nicht die richtige Antwort, sie war ebensosehr eine anarchische oder wäre ebensosehr eine anarchisch-spontane geworden wie die, dass Stück-Zeit-Löhnern die Lohnerhöhung über die Normenübererfüllung erlaubt worden ist. Die erste Zeit des Sozialismus, gleich nach Beginn des Volkseigentums, war gekennzeichnet durch massenhafte Übererfüllung von Arbeitsnormen, was vom Inhalt her nichts anderes bedeutet als anarchische Aneignung,

⁵³ Ganz nebenbei: Ökonomisches Prinzip hätte die Lohnerhöhung abhängig von Gewinnmaximierung nur werden können, wenn Mengenwachstum unendliche Möglichkeit. Aber dieselbe Maßlosigkeit, die den Profit auszeichnet, trifft auf das Mengenwachstum nicht zu. Es gibt nämlich eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, die den Arbeiter meint ohne das Produkt meinen zu können; d.h. ohne dass mehr produziert wird in der gleichen Zeit kann gleiches produziert werden in weniger Zeit. Die Abnahme des Elements an lebendiger Arbeit in der Produktion kann absolut sein (Marx). So kann zwar der Wert der Arbeitskraft "unendlich" sinken und der Profit im Rahmen von Werten/Preisen "unendlich" steigen, aber weder Lohn noch Profit als Menge an Waren unendlich steigen, weil nicht die Produktion. Die Produktivkraft kann unendlich im Sinne des Wertes wirken, aber nicht im Sinne der Waren. Während sich also das kapitalistische Prinzip immer noch schafft, zeigt das sozialistische schon seine ersten Ermüdungen. Aber das kommt von der anderen Sachlichkeit und ist normal. Wir begreifen nur noch nicht die Normalität der anderen Sachlichkeit, ergo noch nicht die des Sozialismus.

Individualisierung der Arbeiterklasse, ausgewählte, bevorzugte Aneignung der konkreten Arbeit, soweit die Arbeitsproduktivität erhöht werden konnte (oder auch nicht, es mußten ja Normen auch gefälscht, bewusst falsch berechnet werden, um Arbeiter gleicher Qualifikation - mindestens eines selben Betriebes - im Lohn gleichzustellen⁵⁴); das NÖS folgte unmittelbar auf diese Praxis, sie war dem NÖS unmittelbar vorausgesetzt, das NÖS eine Reaktion darauf. Auch individuell, gerade individuell gesehen, sinken die Kosten (Lohnkosten) direkt und in dem Verhältnis, wie sie sich auf mehr Stück aufteilen, erscheint es dem Arbeiter, dass er doch mehr Gewinn erzeuge, so dass sein Anteil am Gewinn doch auch steigen könne - weil seine "Leistung". Aber diese Leistung hat den Gegenstand gewechselt - von der Zeit zum Stück (vom Wert zum Arbeitsertrag). Lohn an sich, wie daher auch Mehrlohn, drücken aber in ihrer Höhe ein Verhältnis zur gesellschaftlichen Warenproduktion (oder an sich Produktion) aus, es kann keine individuelle Belegung einer Produktion, auch Mehrproduktion, geben, bevor nicht über den Anteil aller anderen Arbeiter, also der Gesellschaft im Ganzen, an dieser Mehrproduktion entschieden worden ist. Es kann eben nicht sein, dass das Individuum einen Anteil requiriert hat, und sich die Gesellschaft (Alle) mit dem begnügen muß, was das Individuum noch übrig gelassen hat. Mit anderen Worten: Das Problem, das im Sozialismus, aufgrund der Wende im Verhältnis zu Wert und Arbeitsertrag, an der Basis beginnt (!), kann nicht an der Basis gelöst werden, auch nicht höherer als individueller, also kollektiver,

⁵⁴ Der Fälschung der Normen (fälschen, zu niedrigen Normen) beim Prinzip der individuellen materiellen Interessiertheit (am individuell konkreten Arbeitsergebnis) entspricht die Fälschung der Preise (deren inflationäre Erhöhung) beim Prinzip der kollektiven materiellen Interessiertheit (am kollektiven konkreten Arbeitsergebnis), der Inflation in Zeit entspricht die Inflation in Geld. Es ist erstaunlich, dass niemals dieser Zusammenhang begriffen worden resp. wegen dieses Zusammenhangs niemals das Prinzip in Frage gestellt worden ist (bei Harry Nick klingt die Gefahr nur an). Wahrscheinlich nur deshalb, weil es nur bei der guten Absicht blieb. Aber der Sozialismus geriet in die Verdammnis, weil er sich nicht entschloss, das an sich Falsche auf eine höhere Ebene, die der Betriebe zu heben. Man hat ein Prinzip der Privatarbeit aktiviert, und weil der Sozialismus in seiner Zentralität nicht bereit war zu akzeptieren - musste er abtreten, war er der falsche. Aber Ihr habt vom Sozialismus etwas Falsches verlangt, der Sozialismus, das *Objektive (!)* konnte nicht entsprechen - keineswegs Partei, Staat, Zentralismus usw., also das Subjekt, das nicht *wollte*.

die Lösung kann nur eine gesellschaftliche sein, worin der gemeinsame Eigentumstitel an der Arbeit seine Bestätigung der Form nach findet - auch wenn dieses Recht den Individuen/Betrieben wie eine Enteignung/Entfremdung vom Eigentum vorkommt, wie ein geringeres Recht mit der Entwicklung des Sozialismus gegenüber dem "Recht", das seinen spontanen Beginn kennzeichnete. Der Gedanke, dass es am Beginn des Sozialismus um das Leistungsprinzip gegangen wäre, aber mit seiner Dauer "immer weniger", ist ja geäußert worden. Er ist falsch. Richtig ist nur, dass am Beginn des Sozialismus als Theorie und Politik, lange vor seiner gesellschaftlichen Praxis, das Leistungsprinzip seinem Gegenstand nach richtig definiert wurde - als geleistete *Zeit*, aber diese Definition sagte noch nichts darüber aus, wie die Güterverteilung auf die *Zeit* zu regeln ist, und abhängig von welcher Güterarbeit. Die Aufhebung der Lohnarbeit, die Überführung des Lohnes in ein Anteilsverhältnis an der Gesellschaft, mit einem Wort: die gesellschaftliche Form der Regelung dieser Frage, ist im Sozialismus nie gelöst worden; es gab nur "die Aneignung" - und darin *erschien* das Richtige: umkämpft.

Ein letzter Gedanke, was die Form der *absoluten* Lohnerhöhung und ihr *System* betrifft (eines der relativen Erhöhung - fester Löhne, beweglicher Preise, oder beweglicher Preise und beweglicher Löhne - kommt ja wegen des Fehlens wertorientierender Preise in einem planwirtschaftlichen Sozialismus nicht mehr in Frage): Absolute Lohnerhöhung hängt von absoluter Produktionserhöhung ab. Wir sind aber gerade in dieser Frage, die Möglichkeiten der Produktionswachstums betreffend, zu einer gewissen Nüchternheit gezwungen. Ein System der absoluten Lohnerhöhung, jedes meine ich, macht sich nur auf dem Papier gut. In der Praxis ist damit auf Dauer nicht viel Staat zu machen. Wir sollten den Passus von der "viel höheren Arbeitsproduktivität im Sozialismus als im Kapitalismus" fallen lassen. Höhere - ja, aber so hohe, dass wir das, was in privilegierten Gesellschaften nur privilegiert gesetzt ist, in allgemeinen Gesellschaften allgemein setzen könnten, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es geht arbeitenden Klassen letztlich um etwas ganz anderes: Um keine Armut (!) entgegen dem Gang der Produktion, also Armut armmachender Verhältnisse wegen. Die Verhältnisse müssen der Arbeit entsprechen. Mehr ist nicht, kann nicht sein.

Hinzu kommt, dass, wenn es schon zu einem Zuwachs an Arbeitserträgen kommt - und damit zu einem Zuwachs an Löhnen, er ja durch die Allgemeinheit geteilt werden muß, das gesellschaftliche Recht ist ja ein allgemeines, die Beträge im einzelnen fallen also immer nur sehr gering aus. Die Geschichte der Menschheit scheint mit dem Sozialismus Geschichte verlangsamten Lauf's zu werden. Für bisher Reiche bringt sie nicht einmal die Wiederholung der ihren. Die Geschichte des Reichtums scheint in einer reinen Arbeitergeschichte unwiederbringlich verloren, damit scheint eine ganze vorhergehende Geschichte verloren. In Wirklichkeit tritt nur die der Arbeitenden hervor; sie war nie "rühmenswert" - durch Reiche. Sie ist aber auch die allgemeine Geschichte innerhalb einer Reichen-Geschichte. Arbeiter leben allgemein gesehen nie anders. Sie sollten sich endlich erkennen. Der Sozialismus könnte natürlich auch wieder - um sich an Illusionen, an Kommunismus *vor* dem Sozialismus zu vergeben - Lohnerhöhungen differenziert angehen, für Arbeiter, Arbeitende (wobei ich nicht die meine, die sich auf unterschiedliche Qualifikation des Arbeiters beriefen; diese reichten ja nicht, sie waren ja indirekt durch das Prinzip kollektiver materieller Interessiertheit in der Kritik), das wäre formell ähnlich den an sich privilegierten Gesellschaften, die ihre "Differenz" aus dem Eigentum begründen, oder eben aus einer Distribution begründen, die mit einem Gegensatz arbeitet; der Reichtum der Arbeit als solcher kann ja nicht größer sein als er ist, aber dass Arbeit durch Reichtum "übertroffen" wird, maßlos ("frei") wird gegen den Zwang der Arbeit, kann nur heißen, dass sie nicht den Gesetzen der Arbeit, sondern denen einer spezifischen Aneignung unterworfen ist. Auch hier, im Sozialismus, wäre differenzierende Distribution, wenn auch für Arbeiter gegründet, nicht aus der Arbeit begründet. Sondern auch wieder aus "dem" Arbeiter, d.h. seiner als einer besonderen *gesellschaftlichen* Person. Der "reale Sozialismus" (der über seine Produktionsmöglichkeit ernüchert) könnte sich in solchen besser gestellten Arbeitern höhere Maßstäbe für allgemeine Arbeiter schaffen, Leitbilder für die Zukunft gewissermaßen (dieser ist schon - Dank seiner Leistung - "im Kommunismus" angelangt, jener - auch Dank seiner Leistung - noch "im Sozialismus" befindlich), er könnte in der Tat "einen Sozialismus als besondere Gesellschaftsformation, verschieden vom Kommunismus" schaffen (unbewusst ging es in der These von der besonderen sozialistischen Gesellschaftsordnung wohl auch darum, den Sozialismus als Unterschied

gegen den Kommunismus als Gleichheit zu setzen), aber dann wäre er nicht 1. Phase des Kommunismus, sondern letzte Phase der Ausbeutung; Ausbeutung, mit der sich der Sozialismus vor dem Rückfall in den Kapitalismus "rettet".⁵⁵ "Differenzierende Systeme" sollen ja stabiler sein als gleich-machende. Immer vorausgesetzt, die allgemeine Klasse findet sich mit einem Unterschied ab, der für Arbeiter gilt, aber nicht aus der Arbeit begründet sein kann.⁵⁶ Der also noch immer mit einem Arbeiter operiert, der sich nicht als Arbeit begreift. Wie das ausgegangen wäre - ich weiß es nicht. Das Problem theoretisch bewusst gemacht, hätte die Theorie vom Sozialismus als eigener Gesellschaftsformation, verschieden noch vom Kommunismus, die Partei der Kommunisten gespalten. (Vielleicht ist die Russische Wende auch so erklärt).

⁵⁵ Allerdings mit der schlechtesten aller Begründungen für eine privilegierte Schicht; auf dieser Basis - Aneignung nach Staffellung der unterschiedlichen Veränderung in der Arbeitsproduktivität - kann man sie weder qualitativ noch quantitativ beständig bestimmen.

⁵⁶ Zeit, Wert, kann man individuell bestimmen, aber Lohn nicht; Lohn ist individuell nicht bestimmbar. Es gibt kein Moment in der Arbeit, von dem einer sagen kann: Und das ist mein Lohn, den ich geschaffen habe. Er ist immer gesellschaftlich geschaffen, Lohn ist immer Äußeres zum Individuum, ist immer der Anteil, den die Gesellschaft aus ihrer Leistung für das Individuum bestimmt. Lohn ist immer aus der Gesamtarbeit bestimmte Individualität. (D.h. im Lohn als Geld ist auch das Geld anders bestimmt: es ist immer äußeres, gesellschaftliches Geld; auch im Kapitalismus ist das schon so). Dass von Seiten der Individuen gemeint ist, *sie* könnten der Gesellschaft sagen, was diese ihr zu geben habe, ist Gleichsetzung der sozialistischen mit der bürgerlichen Gesellschaft. Individuen, die Lohn haben wollen, müssen sich darüber im klaren sein, dass sie nicht Wert (den sie produziert haben), sondern Waren (die sie nicht produziert haben) konsumieren wollen. Wegen dieses Wechsels im Objekt der Aneignung ist das Verhältnis, wer ist vorausgesetzt in der Bestimmung der Menge, umgekehrt gesetzt. Es geht also bei der gesellschaftlichen Hoheit "über das Individuum", dessen Einordnung in jene, nicht nur darum, dass die Gesellschaft es allen Individuen Recht machen muß, sondern auch darum, dass das Individuum diese Änderung im Objekt *seiner* Aneignung begreift. Es selbst ist anders bestimmt. Es muß in sich den so genannten inneren Schweinehund, d.h. die abstrakte Geldform überwinden (die maßlose Form), über die es aber Waren aneignet (die maßvolle Form), nicht das Geld selbst, sondern die Ware als seinen Endzweck.

In der Tat hatten wir in der Realität nur "Systeme", die das Erreichen durch Alle als Ziel hatten. Von keinem System, das real oder angedacht war, also auch nicht vom hier behandelten, kann man sagen, es sei kein gesellschaftlich mögliches gewesen. Das "System" der kollektiven materiellen Interessiertheit (um real zu sein, hätte es systematisiert werden müssen) war ein System, aber auch wieder nur ein relatives. Der Unterschied, die Differenz, sollte immer nur gegenwärtig sein, nie in die Zukunft zu transplantieren gewesen sein. Die Zukunft war immer günstiger als die Gegenwart. Warum? Weil immer von einem Ansporn, Auftrieb in der Produktion ausgegangen worden ist. Differenzierende Systeme dagegen, die mit Bestand, mit Ewigkeitsanspruch, mit einem Maß für "Arme" operieren - das diese zu erreichen nie in der Lage gewesen wären -, ziehen einen Schlußstrich unter die Realitäten der Produktion: Sie rechnen mit dem Sozialismus ab, ein für alle Mal! (Sie brechen eben mit dem Stalinismus, basta). Der Sozialismus kann nicht allgemein Reichtum schaffen, nur das Normale allgemein bewegen; worin nur das Allgemeine, das wirklich Verallgemeinerbare Maßstab ist. Also nur der Arbeiter dem Arbeiter. Wer da nicht mitwill, der muß dem Arbeiter den Sozialismus wieder aus den Händen nehmen. Und der sich das gefallen lassen. So kann man den "Zusammenbruch des Sozialismus" auch sehen. Er kam um eine Illusion über den Sozialismus zu früh. Leider wird er in dieser Hinsicht immer zu früh kommen. *"Was tun"?*

Darstellung des Prinzips gewinnabhängiger Löhne bei Wertpreisen und bei Festpreisen

Was soll bewiesen werden? Das, was bewiesen werden kann. Bei Wertpreisen also, dass keine absolute Lohnerhöhung möglich ist, es sei, sie geht zu Lasten des Profites, des Maximums an Akkumulation. Löhne können daher nur in ihrer Kaufkraft steigen, und hier, wenn "Warenproduzenten" die Einsicht haben, Löhne langsamer sinken zu lassen als die Preise sinken. Bei Festpreisen wiederum kann bewiesen werden, dass die Form der absoluten Lohnerhöhung eine Möglichkeit ist, aber nur wenn die Gesellschaft, der Gemeinschaftseigentümer, bereit ist, einen Teil des Mehrprodukts, das zunächst aus der Produktion herausgeführt worden ist (über den Gewinn, der prinzipiell an die Gesellschaft fällt), in die Produktion zurückzuführen; das darf als relativ sicher unterstellt werden. Auch das geht zu Lasten des Maximums an Akkumulation. Wertpreis heißt also, dass die relativen

Verhältnisse von Ware und Geld ändern, und Festpreis heißt, dass es zu keinen relativen Veränderungen in der Kaufkraft des Geldes (je Einheit) kommt, so dass die Aneignung des Mehrprodukts ausschließlich über absolute Erhöhung der Einkommen erfolgen muß.

A: Wertpreise

Wir gehen von einer bestimmten Arbeitszeit aus, sagen wir einen Arbeitstag a 8 Stunden, der sich unter gesellschaftlich durchschnittlicher Bedingung in einer Preis- wie Geldsumme von = 100 Mark darstellt; der Produzent produziere während dieser Zeit 5 Waren; Wert resp. Preis der einzelnen Ware ein Fünftel der Arbeitszeit von 8 Stunden oder auf den Preis resp. die Geldmenge bezogen = 20 Mark. Diese Warenmenge von 5 Stück stellt nunmehr einen Produzenten mit gesellschaftlich durchschnittlicher Wertschöpfung dar. Davon abweichend produzierte Warenmengen von anderen Produzenten - sagen wir einmal 7 Waren, andermal 3 Waren - bedeuteten dann eine individuell vom Durchschnitt abweichende resp. von der realen Arbeitszeit abweichende Wertschöpfung; bei dem einen Produzenten, der mit 7 Waren während einer gleichen Zeit aufwarten kann, betrüge der realisierte Wert = 140 Mark, bei dem anderen, der nur 3 Waren erreichte, = 60 Mark. Die Wertschöpfung insgesamt oder gesellschaftlich gesehen läge bei 3 Arbeitstagen a 8 Stunden = 300 Mark. Summe der individuellen Wertschöpfungen (100 + 140 + 60) ist gleich der Summe der gesellschaftlichen Wertschöpfung (300), und Summe der individuell erzeugten Waren (5 + 7 + 3) gleich der Summe der gesellschaftlich erzeugten Waren (15)⁵⁷. - Wie stellt sich das Verhältnis von Lohn zu Gewinn/Profit unter dieser Bedingung dar? Sagen wir, dass die Hälfte der Wertschöpfung (des Arbeitstages) dem Lohn gewidmet ist, die andere Hälfte dann dem Profit. (Hinter diesen beiden Hälften an Wert verbirgt sich allerdings der gesellschaftlich entwickelte Charakter der Arbeit, d.h. ein jeweils anderer

⁵⁷ Von der Wichtung der Anteile sehe ich hier ab, sondern setze, wie Marx dies im "Kapital" auch getan hat, gesellschaftliche Durchschnittsarbeit voraus. Der Begriff der individuellen Wertbildung wird damit etwas fragwürdig - wir haben es eher mit individuellen Anteilen an der gesellschaftlichen Wertbildung zu tun, aber wir wollen hier auch etwas anderes erkennen als die Bestimmung der gesellschaftlichen Wertgröße selbst.

stofflicher Gehalt der Arbeit, einmal Konsumtionsmittel, andermal Produktionsmittel, oder einmal die Abteilung II, andermal die Abteilung I der Produktion). Mit anderen Worten: Die Wertschöpfung von 4 Stunden ginge an den Arbeiter, das macht $2 \frac{1}{2}$ Waren beim durchschnittlichen Produzenten aus, die aber verbindlich sind auch für die beiden anderen Produzenten mit abweichender individueller Wertschöpfung. Gleicher Lohn gilt für den gleichen Arbeiter, nicht die ungleiche (konkrete) Arbeit. Der Mehrwert ist nur ein gleicher je durchschnittlichen Produzenten, aber ein ungleicher je individuellen Produzenten. Weil der Warenverbrauch, der auf den Lohn fällt, ein gleicher, so auch der Wert resp. Preis des Arbeiters; er beträgt = 50 Mark, und nun bei jedem Produzenten. Beim durchschnittlichen Produzenten machen 50 Mark 50% der individuellen Wertschöpfung aus, 50 Mark fallen auf den Gewinn, die Rate des Mehrwertes ist = 100%. Bei den beiden abweichenden Produzenten ist der Lohnanteil gleichfalls = 50 Mark, aber der Gewinn = 90 Mark, die Rate des Mehrwertes = 180%, und beim anderen Produzenten Lohn = 50 Mark und Mehrwert = 10 Mark, die Rate des Mehrwertes also = 20%. Summe der Löhne = 150 Mark, Summe des Mehrwertes = 150 Mark; Rate insgesamt = 100% ($300/150:150$).

(Nur in der gesellschaftlichen Gesamtarbeit ist das geschichtlich erreichte Verhältnis von notwendiger und Mehrarbeit exakt bestimmt, da hier auch Zeit und Wert identische Begriffe sind, für die einzelne Wertbildung gilt, dass nur die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeit auch in der Lage ist, Verhältnisse der Gesamtarbeit richtig widerzuspiegeln; davon abweichende Arbeit nur verzerrt. Ist die Gesamtsumme an Wertbildung (Preisform) = 300, und entfällt auf den Lohn 150 davon, so ist das Verhältnis 50:50, oder bezogen auf die Gesamtarbeit 12 Stunden zu 12 Stunden, oder auf die einzelne Arbeit bezogen, spiegelte sie das Verhältnis richtig wider, 4:4 Stunden. Die Abweichungen nach unten und nach oben vom Gesellschaftswert müssen sich also ausgleichen, d.h. hier liegt das Verhältnis von notwendiger und Mehrarbeit entweder unter dem gesellschaftlichen Wert, oder darüber. D.h. es vermittelt sich, durch das Prisma der individuellen Wertbildung betrachtet, das Verhältnis einer anderen Zeitlichkeit, entweder einer noch nicht allgemein erreichbaren, oder einer schon partiell zurückbleibenden. Die Gleichzeitigkeit hat daher immer drei Zeithorizonte. Der wirklichen Zeit nach arbeiten alle drei Arbeiter ein Drittel der geleisteten Arbeitszeit und eignen sie auch jeder ein Drittel der *gesellschaftlich* aufgewandten notwendigen Arbeit/Arbeitszeit; d.h.

der unterschiedliche Zeithorizont, die Kritik dieser Zeit an jener, entfällt für die lebendige Arbeit, *sie* ist immer von gleicher Zeitlichkeit).

Ändert sich jetzt die Produktivität aller Produzenten, steigt sie gleich oder verschieden (wir unterstellen gleich), und wird die Veränderung je einzelne Ware über die Kontraktion der Preise vermittelt, ohne dass es zu einer Aufwertung in Waren beim Arbeiter kommt, er also nach wie vor mit $2 \frac{1}{2}$ Waren pro Arbeitstag zufrieden gestellt wird, sinkt der Wert/Lohn der Arbeitskraft auf jene Größe an Wert, die nunmehr $2 \frac{1}{2}$ Waren in einem insgesamt größeren Warenberg einnehmen, ohne dass aber die Gesamtsumme der Preise resp. des die Preise realisierenden Geldes verändert; der Arbeiter, seine Arbeitskraft, unterliegt also nur dann dem Gesetz des Wertes, wenn die Preise von Waren dem Wert unterliegen *und in den Arbeiter übertragen werden*, nur indirekt kann der Arbeiter diesem Gesetz unterliegen. Da wir bisher von insgesamt 15 produzierten Waren durch drei Produzenten in insgesamt drei Arbeitstagen a 8 Stunden ausgegangen sind, der sich in insgesamt einer Summe von Preisen von = 300 Mark dargestellt hat - was sich jetzt nicht ändert, aber die Produktivität sich insgesamt sagen wir verdoppelt haben soll, auf = 30 Waren -, machen $2 \frac{1}{2}$ Waren für den Arbeiter in einer Summe von 300 Preis wie Geld jetzt nur noch 25 Mark aus (die einzelne Ware sinkt im Preis bei doppelter Produktivkraft von = 20 Mark auf = 10 Mark ($\times 2 \frac{1}{2}$ Waren = 25 Mark). 25 Mark wären der neue Wert resp. Preis des Arbeiters, der aber das gleiche Warenvolumen verkörperte, das für den Arbeiter zu seiner Reproduktion festgelegt worden ist. Da der Lohn insgesamt gesehen um 75 Einheiten sänke, wüchse im Gegenzug der Profit um zusätzliche 75 Einheiten (zu den schon gegebenen 150 hinzu), woran die einzelnen Unternehmen unterschiedlich Anteil hätten. Es würde der Profit in einer Produktion, die bisher $\frac{5}{15}$ des gesellschaftlichen Warenberges geliefert hat und dies auch weiterhin tut (was jetzt aber $\frac{10}{30}$, 10 von 30 Waren bedeutet), auf 75 Mark ansteigen ($50 + 25$), und in einer solchen mit $\frac{7}{15}$ Anteil an der Produktion, der ebenfalls gleich bleibt ($\frac{14}{30}$), auf 115 Mark ($90 + 25$), sowie in der mit $\frac{3}{15}$ Anteil ($\frac{6}{30}$) auf 35 Mark ($10 + 25$); die jeweiligen Raten des Mehrwertes/Gewinns verändern sich in A auf 300% ($25:75$), in B auf 460 % ($25:115$) und in C auf 140% ($25:35$), die Masse des Lohnes dagegen fiel von = 150 Mark auf = 75 Mark, und die Masse des Profits stieg von = 150 Mark auf = 225 Mark. Auf den Lohn, der um die Hälfte in seiner Menge (50%, von 50 Mark auf 25 Mark) gesunken, fielen

nach wie vor 7 1/2 Waren, auf den Mehrwert oder Profit, der um 50% gestiegen (von 150 auf 225 Mark), jetzt 22 1/2 Waren; dies anbei der Beweis, dass Wertpreise das eine, Übertragung der Wertpreise in den Preis des Arbeiters aber unvermeidlich den Arbeiter von der sachlichen Entwicklung der Produktion trennt, Wertform ist hier nur die Methode, dies umzusetzen. Wert, wechselnder Wert ist nie das eigentliche beim Arbeiter. Er mystifiziert die Sache nur, um die es an sich geht.

Wichtig ist hier nur der Nachweis, dass sich wegen der Kontraktion der Preise im einzelnen Fall die Gesamtsummen an Preisen umgesetzter Waren nicht verändert, die Geldzirkulation ihre Mengenverhältnisse nicht zu ändern braucht, und dass sich die Preissenkung bei Waren den Werten der Arbeitskraft vermittelt; d.h. die Löhne sinken um die Summe der Preissenkung, die ihre Waren erfahren, die in ihre Reproduktion eingehen. Es ist davon ausgegangen, dass dies auf alle produzierten Waren zutrifft. Doch unter der Bedingung eines gesellschaftlichen Charakters der Produktion, der auch das Element aufweist, dass sich die Gesamtproduktion in bestimmter Proportion in Produktionsmittel und in Konsumtionsmittel aufteilt, trifft dies nicht mehr zu; d.h. nicht die gesamte Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit wird auch relevant für den Wert der Arbeitskraft, nur die der bestimmten Arbeit für die Konsumtion. Das ist also die Arbeit im Bereich der Konsumtionsmittel plus der Arbeit im Bereich der Produktionsmittel, die mit Produktionsmitteln in den Bereich der Produktion von Konsumtionsmitteln eingeht. Was wiederum die Werte der Arbeitskraft angeht, so gehen sie in alle Produktionsbereiche ein. D.h. eine Wertveränderung beim Arbeiter, die sich nur aus einem Teilbereich der Arbeit ergibt (ganz aus II und zu einem Teil aus I), geht dennoch in den ganzen Produktionsbereich ein (II und I). In einer wirklichen Warenproduktion, die an ihren gesellschaftlichen Charakter gerät, und dazu gehört der Wert der Arbeitskraft als ein gesellschaftlich gebildeter Wert, wird auch der Mehrwert resp. Profit gesellschaftlich produziert, die Rate des Mehrwertes/Profits ist eine gesellschaftlich gesetzte wie bewegte Rate. Man kann Wert also "alleine" produzieren, Mehrwert nur gesellschaftlich.

Mit dem eingesparten Lohn resp. erweiterten Profit können zusätzliche Arbeitskräfte gekauft (akkumuliert) werden, kann eine zusätzliche, erweiterte Wertschöpfung in Gang gesetzt werden. Wir unterstellen, dass die Verdoppelung der Arbeitserträge allgemeinen Charakters, so dass auch

Produkte der individuellen Konsumtion unter sie fallen, statt $7 \frac{1}{2}$ ($3 \times 2,5$) wie bisher nun 15 ($6 \times 2 \frac{1}{2}$). Damit könnten drei Arbeiter mehr zum Wert von $= 2 \frac{1}{2}$ Waren resp. 25 Mark gekauft werden, dies ist das Maximum an Akkumulation hinsichtlich lebendiger Arbeit. Aber wir könnten auch unterstellen, dass der Preis der produktiveren Arbeiter nicht im Maße der Senkung der Warenpreise gesunken, sondern geringer gesunken resp. unverändert geblieben wäre. Dann wäre - im günstigsten Fall für den Arbeiter - der Lohn formell der gleiche geblieben (je 50 Mark im einzelnen Fall, 150 Mark insgesamt), aber in seiner Kaufkraft gegenüber den Waren um das Doppelte aufgewertet (15 statt $7 \frac{1}{2}$ Waren auf alle Arbeiter, oder 5 statt $2 \frac{1}{2}$ auf den einzelnen Arbeiter). Dieselbe Erhöhung seiner Kaufkraft erlebte allerdings auch der Profit - ein Umstand, den wir bisher außer Acht gelassen haben, 150 Mark Profit bedeuteten jetzt = 15 Waren (statt bisher = $7 \frac{1}{2}$). Die einzige optisch sichtbare *wertökonomische* Veränderung - in Folge der höheren Produktivkraft der Arbeit - wäre die der Preise je einzelne Ware gewesen, sie wären auf 10 Mark gesunken. Die Summenbildung der Preise dagegen wäre dieselbe, so dass auch der Mehrwert je Preis und insgesamt unverändert geblieben wäre, demzufolge das Verhältnis von Mehrwert zu Lohn, die Raten des Mehrwertes. Ohne dass also die Wertmasse der Akkumulation gestiegen, ist dennoch erweiterte Akkumulation möglich, weil die Kaufkraft der Geldeinheit resp. die stoffliche Grundlage der Akkumulation gestiegen. Sie bestünde allerdings, sofern sie die stoffliche Grundlage/Kaufkraft des Profits beträfe, im Prinzip in gegenständlichen Elementen der erweiterten Reproduktion. Hätte sich allerdings eine Revenue im Profit versteckt, könnte sie wertmäßig reduzieren, um eine Akkumulation in Waren freizusetzen. (Die Revenue müsste quasi in die Rolle des Lohnes unter dieser Bedingung schlüpfen). Auch über eine Einsparung an Revenue könnten Arbeiter akkumuliert werden. Wie viele? Das hängt in der Tat ab vom Grad des Sinkens des Wertes der bereits beschäftigten Arbeiter resp. ab vom Grad seiner Aufwertung in Waren, da sich damit ja auch ein veränderter Wert der Arbeitskraft ergibt resp. ein gewisser Anstieg im Verhältnis Lohn:Profit zuungunsten des Profits ergibt, an dem neu akkumulierte Arbeiter teil hätten. Eine eigentliche oder ökonomisch garantierte Akkumulation in Arbeitern fände aber nur statt durch das Absenken der Löhne der beschäftigten Arbeiter analog den Preisen der Waren, die Arbeiter gewohnheitsmäßig konsumieren, denn nur von diesem Einkommen ist zu unterstellen, dass sie stofflich die

Elemente der Reproduktion des lebendigen Arbeiters enthalten. Bei Profiten ist das im Prinzip nicht der Fall, da sie stofflich die Elemente der Akkumulation in gegenständlicher Form, in Produktionsmitteln, bedeuten - allerdings mit der einen Ausnahme der Revenue für den Eigner des Profits.

Dass aber der Eigner der Revenue zugunsten der Akkumulation auf seine Revenue verzichtete, ist eine Illusion, auf die schon Marx hinwies. Sie bedeutete das Ende nicht des Arbeiters in diesem Wechsel, aber das Ende des Kapitalisten. Wenn man diese Überlegung anstellt, muß man also den gesellschaftlichen Hintergrund mit im Auge haben. (Die selbe Forderung ist aber nicht an das jeweilige individuelle Kapital zu richten; nur B könnte zusätzlich einen Arbeiter akkumulieren, ihm bliebe noch ein Profit von = 40 Mark, die Rate des Profits fiel von 180% auf 40%, Kapital A könnte zwar einen Arbeiter zusätzlich akkumulieren, aber seine Revenue verschwände (resp. die kapitalistische Grundlage der Produktion verschwände), während bei C die Löhne über den Preis steigen müssten, um akkumulieren zu können, d.h. er müsste sich die ihm fehlenden 40 Mark bei B leihen und vollständig in Lohn verwandeln). Und das hat mit Kapitalismus gar nichts mehr zu tun.

Im für die kapitalistische Warenproduktion ungünstigsten (!) Fall für eine Akkumulation - ich erwähne sie Spaßes halber - sind es *auch nur 3 Arbeiter*, die neu der Wertbildung zugeführt werden können, d.h. dann ist unterstellt, dass der Lohn bei Steigerung der Arbeitsproduktivität unverändert bliebe und in Waren im Maße der Warenmehrproduktion aufwertete. Die Trennung des Arbeiters von der *Waren*-Produktion fände *nicht* statt. Nicht nur der zusätzliche Mehrwert Waren nach, sondern der ganze Profit dem Werte nach würde in Lohn verwandelt werden müssen! (Mit der kapitalistischen Grundlage würde auch der historische Fortschritt im gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, die Existenz eines eigenen Arbeitsbereichs für Produktionsmittel, zunichte gemacht). Die neu eingestellten Arbeiter müssten statt zum neuen Wert von 25 Mark, der allerdings das alte Volumen an Waren bedeutete, zum alten Wert von 50 Mark gekauft werden, der jetzt jedoch das doppelte Volumen an Waren bedeutete. Es ist, als wäre die Warenproduktion bei ihrer geschichtlich ersten Entwicklung stehengeblieben, als würde sie nicht kapitalistische Warenproduktion werden können. In Wahrheit widerspricht das dem kapitalistischen Gesetz, so dass nur eine Bewegung denkbar ist, bei der das Wertgesetz auch gegen den Arbeiter schlägt, d.h.

Änderungen bei den Preisen der Waren werden zum Anlass genommen, den Preis auch beim Arbeiter zu ändern. Nur dadurch entsteht Akkumulation im Sinne des Wortes. Was möglich ist, sind Abweichungen bei der Übertragung der Bewegung der Preise in die Bewegung des Preises des Arbeiters, so dass es keine mechanische Übertragung von Preis der Ware in Preis des Arbeiters gibt und das Wertgesetz der Ware als Gesetz auch für den Arbeiter nur modifiziert wirkt. Aber die Relativität in der Anwendung des Wertgesetzes gegen den Arbeiter bewegt sich immer nur in den Grenzen von keiner Übertragung und absoluter Übertragung; dementsprechend wächst der Mehrwert wie die Produktivkraft der Arbeit steigt, aber relativ, immer nur angenähert an ihren höchstmöglichen ökonomischen Grad. Um einen sinkenden Lohn, und einem im Verhältnis zu diesem Sinken steigenden Profit, käme man in keinem Fall herum. Und das sollte ja bewiesen werden: Absolute Lohnerhöhung - von der reden wir ja in unserer Reform - unter Bedingung des Wertgesetzes für Preise ginge zu Lasten des Profits; und soll das wegen des kapitalistischen Charakters der Produktion ausgeschlossen sein, müsste der Lohn maximal *langsamer* sinken als die Preise, so dass es zu einer partiellen Aufwertung der Kaufkraft wenigstens der Löhne käme, worin eine absolute Senkung der Löhne nicht zu umgehen wäre. Löhne nähmen die Wertsenkung der Preise in abgeschwächtem Grade auf. Akkumulation erschiene, aber nicht ausschließlich extensiv, sondern auch intensiv, der Arbeiter nähme an ihr teil, Akkumulation wäre keine nur der Gegenstände, sondern auch des Lebens.

Wo ist hier nun Spielraum für Erhöhung von Löhnen auf dem Wege der Umverteilung von dem einen zum anderen Kapital? Umverteilung kommt gar nicht in Frage, das einzige, was in Frage kommen könnte, ist, dass der Lohn in den Bereichen, die der durchschnittlichen Entwicklung vorausseilen, eher den Wunsch wahr machten, dass der Lohn langsamer sinken müsse als die Preise der Waren. Der Druck andererseits, dass Löhne nicht einmal dem Wert entsprächen, geschweige denn historisch aufwerteten, muß in dem Fall um so größer sein, dass individuelle Produktionen hinter dem Durchschnitt zurückblieben. Das Ganze läuft darauf hinaus nicht zuzulassen, dass sich Auf- und Abwertung ausgleichen, sondern dass Aufwertung ein Übergewicht erhält.

Dass Arbeiter die Entwicklung der Produktivkraft in der Form ihres Lohnes positiv erfahren, d.h. als steigender Lohn (aber mit dem Sinken der

Produktivität auch sinkender Lohn), hat eine andere Preisform zur Voraussetzung - *Festpreis*, die Aufhebung des Wertes im Preis.

B: Festpreise

Waren haben an sich feste Preise, d.h. sind immer fixierte Mengen Geldes, in die sie real umtauschen. Insofern sind an seinem Beginn Festpreise nicht von Wertpreisen zu unterscheiden, der Unterschied tritt erst in der Bewegung hervor. Wir gehen also von dem gleichen Modell aus, erst mit der Veränderung der Produktivkraft der Arbeit offenbart sich der Unterschied.⁵⁸ Die Änderung, der Bruch im Verhältnis zur abstrakten Seite der Arbeit ("deren Größe/Dauer sich an der verausgabten Zeit bemisst") setzt ein, wenn die Preise der Waren im einzelnen nicht verändern, nicht sinken wenn die Arbeitsproduktivität steigt; dann muß die Summe der Preise steigen wie die Summe der Waren steigt. Sichtbar wird das in unserem Fall, dass wir es nunmehr mit einer Summe der Warenpreise von = 600 Mark zu tun haben.

Die Veränderungen - a) äußerlich betrachtet: Der Summe der Preise steht nur eine in der Zirkulation befindliche Summe des Geldes von = 300 Mark gegenüber. Sie muß faktisch, um das Mehrprodukt alias die Mehrsumme an Preisen zur Zirkulation zu bringen, verdoppeln auf = 600 Mark (andere

⁵⁸ Wegen dieses Unterschieds macht es keinen Sinn mehr, aufgrund der "formellen Gleichheit" von Warenproduktion und Sozialismus auf inhaltliche Gleichheit zu schließen, d.h. auf den Sozialismus als eine Warenproduktion; wegen dieses Unterschieds ist die "formelle Gleichheit" eben nicht gleich. Man muß überhaupt nicht auf die "äußeren Faktoren" - Gemeinschaftseigentum, Planung, Rolle von Staat und Partei - zurückgreifen, um vom Sozialismus als auch keiner Warenproduktion oder nur einer der besonderen Art zu sprechen: Die andere Preissummenbildung ist formeller Bruch gegen eine Charakterisierung des Sozialismus als Warenproduktion, ist Bruch von innen her, ist andere ökonomische Kategorie in der Form der Ware. Es kann ja nur darum gehen, ob die gesellschaftlich wirksam werdenden Verhältnisse statt der abstrakten die konkrete Seite der Arbeit aufnehmen. Auf die Arbeit bezogen geht es beim Unterschied der beiden Produktionsweisen Warenproduktion und Kommunismus um keinen anderen Unterschied als diesen, d.h. dieser erklärt alles. Und das ist hier bei der Preissummenbildung der Fall. Diesen Unterschied zur Wertökonomie nicht zu bemerken heißt, den Unterschied von Warenproduktion und Sozialismus nicht zu bemerken.

Momente wie Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hier nicht berücksichtigt)⁵⁹; b) innerlich betrachtet: Die jeweiligen Summen der Preise der jeweiligen Produzenten belaufen sich jetzt bei A auf = 200 Mark, B = 280 Mark und C = 120 Mark. Unterstellen wir zunächst gleichbleibenden Lohn, also 50 Mark gleichermaßen in Produzent A, B und C. Das Verhältnis Lohn zu Mehrwert/Gewinn/Profit in 1 beträgt 50 zu 150 (Summe 200; 10 Waren), in 2 sind es 50 zu 230 (Summe 280; 14 Waren), und bei 3 50 zu 70 Mark (Summe 120, 6 Waren). Das bringt - Verkauf aller Waren, Anstieg der gesellschaftlichen Geldmenge in der Zirkulation immer vorausgesetzt (über die Raffinesse dieser Frage sprechen wir gleich) - bei A einen Anstieg des Mehrwertes von 50 auf 150 Mark (was sich aufteilt in alt 50 und neu 100) und bei der Rate des Mehrwertes einen Anstieg von 100% auf 300%, bei B einen Anstieg von 90 auf 230 (alt 90, neu 140) und bei der Rate von 180% auf 460%, und bei Produzent C einen solchen von 10 auf 70 Mark (alt 10, neu 60) und in der Rate von 20% auf 140%. Mit anderen Worten: Die relativen Verhältnisse von Lohn und Gewinn sind dieselben wie in unserem ersten Modell, dem der Unterwerfung der Preise unter die Werte, es spielt sich alles nur *in einer größeren Summe ab*, relativ gesehen kann man die Modelle nicht unterscheiden, obwohl sie einander entgegengesetzt sind.

Der eigentliche Unterschied - sieht man von den unverändert bleibenden Preisen im einzelnen ab - liegt darin, dass es zu keinen *relativen*

⁵⁹ In der sozialistischen ökonomischen Literatur ist dieser Fakt, dass die Menge umlaufenden Geldes mit der Produktion von Waren kongruent läuft, also wächst wenn diese wächst, durchaus als Novum registriert worden - aber eben der ganze neue Sachverhalt nur unter diesem alleinigen Aspekt der vermehrten Geldemission - übrigens bei keiner Inflation in den Preisen der Waren. Dennoch sprach man von einer Entwertung des Geldes, man berechnete sie sogar zeitweise für die DDR (Gerhard Richter, Akademie der Wissenschaften der DDR). Eine Entwertung des Geldes - bei keiner Preiserhöhung auch nur eines einzigen Preises? Das muß doch unbedingt den Marxismus herausfordern. Das kann doch nicht schlechthin von der Wissenschaft hingenommen werden. Man bedenke: Um ein solches Bild zu rechtfertigen, müßten Waren im Gleichschritt mit der Geldentwertung an Wert verlieren, die des Geldes wäre die der Waren; das ist theoretisch möglich, kollidiert aber mit unserem Praxisverständnis - der konkreten Arbeit als einem höchst unterschiedlich agierenden Phänomen. Was Zufall, einmalig möglich, ist hier zum Wesen erklärt. Der Verstoß gegen die Wissenschaft liegt auf der Hand.

Veränderungen in der Kaufkraft des zirkulierenden Geldes kommt - weil Preise nicht sinken, kann Geld nicht relativ in Kaufkraft aufwerten - , so dass die Möglichkeit, sich das Mehrprodukt, die um 300 Mark erweiterte Summe der Preise resp. Summe der Waren anzueignen, nur eine zur Produktion selbst äußere Möglichkeit wird, d.h. Möglichkeit einer zur Ökonomie schlechthin äußeren Macht wird - dies die Raffinesse, von der ich gesprochen; man könnte auch sagen: über die innere setzt sich eine äußere Ökonomie, eine Ökonomie (ein Ökonom) der höheren Art. Nur dadurch, dass zusätzliches Geld geschaffen wird, Geld im Verhältnis zum Produktionswachstum, ist die Gesellschaft (ist die Ökonomie, hier aber äußere Ökonomie solange, als das Geld noch nicht verteilt, noch nicht der inneren Ökonomie oder Ökonomie im eigentlichen, zugeordnet ist) in der Lage, sich in den Besitz ihrer Mehrproduktion zu setzen. Immer vorausgesetzt, Geld ist das Medium der Aneignung. Beim Arbeitsprodukt ist das an sich klar; da Arbeitsteilung, wird die Arbeit als Produkt gesehen immer "außen" (von anderen als denen, die es produziert haben) angeeignet. Man muß also schon völlig von der Gedankenwelt beherrscht sein, die sich bei Warenproduktion einstellt, dass auch "innen" unter Bedingung der Arbeitsteilung etwas aneignen kann. Das kann dann nur durch Wechsel im Verhältnis erklärt sein, d.h. dann muß es nicht um das Produkt, sondern um das gehen, was beim Produzenten bleibt - Wert.

Stellten sich bisher 15 Waren in einer Summe der Preise von = 300 Mark dar, so jetzt - wegen der nichtgeänderten Preise im einzelnen Fall - 30 Waren in einer Summe der Preise von = 600 Mark. Unterstellen wir gleiche Veränderungen in der Produktion wie unter Bedingung der Wertökonomie: Fielen also bislang auf 150 Mark Lohn 7 1/2 Waren und auf 150 Mark gesellschaftlichen Gewinn gleichfalls 7 1/2 Waren, 15 Waren insgesamt auf eine Summe der Preise von = 300 Mark, so ändert sich das Bild unter der Bedingung, dass den unveränderten Warenpreisen auch unveränderte Löhne entsprechen müssen - das ist hier Bedingung aus den Preisen -, in der Art, dass der gesellschaftliche Gewinn unmittelbar, ohne jede Veränderung in den relativen Verhältnissen von "Ware" und "Geld", absolut steigt um die Summe der Preise der Mehrproduktion, d.h. um = 300 Mark, von bisher 150 Mark auf = 450 Mark. Die Rate des gesellschaftlichen Gewinns im Verhältnis zum gesellschaftlichen Lohn ändert von = 100% auf = 300% (Lohn:Gewinn = 150:450). Durch absolute Summenbildung von Preisen und ihres

Verhältnisses zum Lohn ist dasselbe Ergebnis erreicht wie in dem Falle, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität die relativen Verhältnisse von Preisen und Löhnen verändert. Das stimmt auch für den einzelnen Fall.

Angenommen, die Gesellschaft wollte die Steigerung ihrer Produktivkraft nutzen, um in zusätzlichen Arbeitern zu akkumulieren, so ginge das jetzt, anders als unter Bedingung des Wertgesetzes für Preise, ohne einen schon gezahlten Lohn formell zu kürzen! (Man kann also der Meinung sein, dass das Wertgesetz für die Arbeitskraft geendet hat, allerdings auf Kosten dessen, dass das Geld, über das sich der Wert ausdrückt - immer nach bisheriger Theorie -, einer ständigen Entwertung unterliegt - was auch wieder nicht schlimm ist, da man diese Entwertung nicht spürt; die Kaufkraft des Geldes in Waren bleibt ja unverändert, was interessiert da der Wert des Geldes). Denn in 450 Einheiten Gewinn sind 150 Einheiten enthalten, die aus der Produktion von Konsumtionsgütern stammen, also in Lohnform verwandelt werden können. Die Akkumulation könnte also völlig auf Basis der Mehrproduktion an Waren resp. der Mehrproduktion an der Summe der Preise erfolgen. Maximal sind das unter der Bedingung, dass es die ganze Mehrproduktion sein soll, die zur zusätzlichen Akkumulation zu Verfügung steht, wovon die Hälfte auf Waren fällt, die in die Konsumtion von Arbeitern eingehen, = 3 Arbeiter. Dann aber erfolgt die Akkumulation in Arbeitern ebenfalls ausschließlich extensiv. 150 Mark gehen an die schon beschäftigten Arbeiter, 150, das gesamte Mehrprodukt, gehen an die drei neuen Arbeiter. Wir unterstellen im Sozialismus unter der Rubrik Gewinn keine Revenue mehr, diese gesellschaftliche Person, die durch Revenue geprägt ist (die ihren "Lohn" aus dem Profit zieht), ist durch Enteignung verschwunden. Was wir dagegen nicht unterstellen können, ist, dass es keinen Teil der gesellschaftlichen Produktion, damit keinen Teil auch der Mehrproduktion gibt, der nicht außerhalb der produktiven Arbeit, von den "unproduktiv" Arbeitenden angeeignet werden müsste, der also nur gegenüber dem Lohn, d.h. über den Gewinn geltend gemacht werden kann. Auf Kosten dieses Gewinns kann also, anders als in der kapitalistischen Warenproduktion, keinerlei Akkumulation vollzogen werden. Von der Mehrproduktion von = 300 Einheiten Geldes müssen wir uns also die Hälfte (= 150) wegdenken, die a priori in die gesellschaftliche Mehrarbeit gefallen, es bleiben letztlich für die produktiv Tätigen 150 möglicher Mehrlohn. Der geht nun an die neu eingestellten Arbeiter. Die Lohnsumme

beträgt wieder die Hälfte des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, welches sich aber verdoppelt hat und nun doppelt so viele Arbeiter beschäftigt.

Wollten jetzt aber alle Arbeiter an der Mehrproduktion teilhaben, was wir im Prinzip unterstellen und wegen unserer Reform sowieso unterstellen müssen, muß das Mehrprodukt aufgeteilt werden. Im günstigsten Fall für eine intensive Form der Akkumulation unterstellen wir die Aneignung des gesamten Mehrprodukts durch die Arbeiter, die das Mehrprodukt auch erzeugt haben. Verteilt, angeeignet werden kann es aber nur durch absolute Erhöhung der Löhne - denn alle relativen Verhältnisse von Ware und Geld/Preis sind ja in Folge der Festpreise im einzelnen und des Niederschlags der Veränderung in der Produktivität, d.h. dem Verhältnis von Zeit und Produkt in der Arbeit (!) einzig in den Summen der Preise, nicht mehr möglich. Die Mehrproduktion an Konsumtionsmitteln fällt dann über den Lohn wieder in die Kost in Preisen zurück, bei Gleichheit in der Distribution sind das je 50 Mark in A, B und C zusätzlich zu den schon gezahlten je 50 Einheiten. Die Kosten (Löhne) also steigen mit steigender Produktivität (!) - bitte anders (antimaterisch) denken, wir haben es jetzt mit den Arbeitserträgen der Produktivkraft zu tun - und die Gewinne fallen (!) - auch hier anders denken -, sie fallen, weil sich zuvor ein Bild der Gewinnerhöhung ergeben hat, das nur möglich ist, wenn das Bild der Preissenkung - mit den Wertgrößen - ausbleibt; dann wechselt das Erscheinungsbild auf den Arbeitsertrag über, der sich zunächst - in den höheren Summen der Preise - außerhalb der Preise im einzelnen darstellt, wo er aber nicht verbleibt (außer, es würde ein Tribun aneignen), sondern in einem zweiten Akt der Aneignung in die Arbeit zurückkehrt - und dann steigen die Kosten, wenn Löhne die aufnehmende Form sind: Bei A, B und C - gleiche Verteilung vorausgesetzt - steigen also die Löhne um 50 Mark auf jeweils = 100 Mark. Und es fallen die Gewinne, die "zwischenzeitlich" gestiegen waren, im Verhältnis wie die Löhne steigen. In A, wo der Gewinn "zwischenzeitlich" von 50 auf 150 Mark gestiegen, auf = 100 Mark (Rate des Gewinns, von 100% auf 300%, fällt wieder auf 100%); in B, gestiegen von 90 auf 230, fällt auf = 180 Mark (Rate von 180% auf 460%, wieder auf 180%); in C, gestiegen von 10 auf 70 Mark, Abfall wieder auf 20 Mark (Rate von 20% auf 120%, zurück wieder auf = 20%). D.h. bei gleichmäßiger Erhöhung stellen sich die alten Verhältnisse wieder her - auf doppeltem absoluten Niveau.

Aber mit dieser Gleichheit in der Aneignung des Mehrprodukts, die auch nicht in der Gleichheit der Mehrproduktion begründet ist - wenn es darum gehen soll sie so zu begründen -, ist die Reform ja nicht zufrieden.

Der maßgebliche Punkt ist immer der, dass die gesellschaftliche Mehrproduktion nicht über die schon geregelte Distribution angeeignet werden kann, nicht über die ständige Veränderung der relativen Verhältnisse, in denen die geregelte Distribution bestimmt ist. Die erweiterte unterliegt keiner Vorausbestimmung durch die vorausgesetzte Distribution, die Aneignung, oder auch Produktion, ist zunächst frei - von der Aneignung. Sie ist allerdings keine äußere, die eine solche bleiben soll; d.h. sie fällt in die geregelte Aneignung durch die Arbeit zurück.⁶⁰ (Das der Grund, weshalb die Aneignung durch den Staat überhaupt keine entfremdende "staatliche" Aneignung ist, sondern eine besonders entwickelte ökonomische Form der Aneignung). Die Rückkehr des äußerlich angeeigneten Mehrprodukts in die Produktion kann theoretisch Unterschiede bedenken - aber auch Gleichheit bedenken. Es entspricht ihr als gesellschaftliche Form der Aneignung, dass sie Gleichheit bedenkt. Würde sie ungleich sein wollen, so müsste die Gesellschaft dies nicht mit *den* Unterschieden begründen, worin die Gesellschaft nur Gesellschaft ist, wenn nicht deren Unterschied. Gesellschaft heißt ja nichts als Aufhebung der Unterschiede. Dass also die Gesellschaft gezwungen ist, Unterschiede zu zeigen, wird sie immer in die Verlegenheit bringen, verglichen zu werden mit einer Gesellschaft, worin vom Unterschied ausgegangen. Worin also die Gesellschaft, der Kommunismus, nicht verglichen mit sich, sondern dem Privateigentum. Wirkliches Privateigentum kennt allerdings nicht den Unterschied in dem, worin ihn der Kommunismus bestimmen wollte - als er sich auf die Debatte um seine Reformierbarkeit einließ: Bestimmung am Individuum, auch kollektiven Individuum. Privateigentum kennt den ökonomischen Unterschied nur als gesellschaftlichen Unterschied; alle unterschiedlichen Privateigentümer sind gesellschaftlichen Unterschieds, sind ständig überprüft, ob sie

⁶⁰ Es scheint ein Widerspruch zu sein, dass dem unmittelbar gesellschaftlicher Charakter der Arbeit keine unmittelbare Form der Aneignung der Arbeit entspricht (sondern nur eine aus (!) der Gesellschaft vermittelte) - aber genau das ist der Witz am ganzen Sozialismus/Kommunismus.

gesellschaftlicher Zukunft oder gesellschaftlicher Gegenwärtigkeit sind - oder gesellschaftlicher Vergangenheit, der der Untergang droht. Das ständige Messen kann nicht Sache des Arbeiters sein.

Die Lohnerhöhung kann also unterschiedlich erfolgen, sie kann in Abhängigkeit eines Normativs im Verhältnis zum unmittelbar erzielten Mehrprodukt, auch Gewinn genannt, bestimmt werden: Immer aber ist eine absolute Grenze gegeben in der Mehrproduktion für Konsumgüter. Sie ist im Mehrprodukt wie schon im vorhergehenden Basis-Produkt mit der Hälfte = 150 Mark bestimmt, je 50% von der gesamten Mehrproduktion (von 300) fallen in A, B und C auf mehrproduzierte Konsumtionsmittel, insgesamt also 150, oder aufgeteilt 50 Mark in A, 70 in B und 30 in C. Oder anders herangegangen: Die Summe der Preise (weil Summe der Arbeitserträge) hat sich verdoppelt, ist von 300 auf 600 gestiegen. Wie bislang 50% von 300 den Anteil des Lohnes betragen (= 150), so jetzt 50% von 600, also gesamt = 300, damit sind 150 Einheiten mehr Lohn möglich. Nur sollen jetzt die Steigerungen unterschiedlich ausfallen - wir führen das Prinzip der kollektiven materiellen Interessiertheit ein, die Abhängigkeit der Löhne vom besonderen Gewinn, und beginnen mit diesem Prinzip angesichts der Möglichkeit einer Lohnerhöhung, bezogen auf das Mehrprodukt an Konsumtionsmitteln, woran alle beteiligt sind, aber unterschiedlichen Grades. Es soll die gleiche Abhängigkeit entstehen. Die *Lohnerhöhung* beträgt in A 50 Mark, in B 70 Mark und in C 30 Mark, oder in Waren: A = 2 1/2 Waren mehr (5 insgesamt), in B = 3 1/2 Waren mehr (6 insgesamt) und C = 1 1/2 Waren mehr (4 insgesamt); die Lohnerhöhung insgesamt beträgt = 150 Einheiten, zusammen = 300, die Erhöhung in Waren 7 1/2, zusammen = 15. Die Gesamthöhe der Löhne ist durch die differenzierte Erhöhung gestiegen in A auf = 100, in B auf = 120 und in C auf = 80 Mark. Ihr steht eine Gesamtproduktion gegenüber in A von = 200, in B von = 280 und in C von = 120 Einheiten, d.h. jetzt noch ein Gewinn in A von = 100, in B von = 160 und in C von = 40 Einheiten; die Raten des Gewinns haben sich verändert in A auf = 100% (100:100), in B auf = 133 1/3% (120:160) und in C auf = 50% (80:40), Die Rate des Gewinns resp. auch Masse des Gewinns ist aufgrund der ausgezeichneten Lohnerhöhung in B gefallen um 46 2/3 Punkte, und durch die nicht ausgezeichnete Lohnerhöhung in C gestiegen um 30 Punkte. D.h. die Löhne laufen auseinander, die Profite laufen zusammen. Die Umverteilung betrifft nur den Lohn, da die Masse des zusätzlichen Gewinns von = 150 (wie

er sich nun herausgeschält hat), unverändert ist, sie betrifft jetzt 50% der Gesamtmasse an Gewinn, die zu folgenden Teilen aus den jeweiligen Arbeiten stammt: A 50 Teile, B 70 Teile und C 30 Teile.

Noch sind - in diesem Beispiel - alle Produzenten in der Lage, die Erhöhung ihrer Löhne im Wachstum ihrer Produktion zu tragen. Aber es hat den Anschein, der beste müsste die größten Anstrengungen machen, die meisten Kräfte investieren, um den gesellschaftlich gleichen Lohn zu garantieren, der am untersten Ende liegende die geringsten, er verwandelt ja den größten Teil seines Produktionszuwachses auf den Lohn. Dafür ist aber sein absolutes Wachstum gering - alles ist eben relativ zu sehen. 2 Teile Produktion, davon 1 Teil auf den Lohn (der Proporz in diesem Beispiel), ist gesellschaftlich gesehen aber zu hoch, die DDR strebte wohl einen solchen von 4:1 an.

Da bei B das Mehrprodukt über dem durchschnittlichen liegt, so seine Lohnerhöhung; in Waren = 6 statt 5. (Hier haben wir den eigentlichen Gewinner der kollektiven materiellen Interessiertheit resp. einer Lohnregelung nach dem Gewinn in einem Normativ der Abhängigkeit). Sie muß die durchschnittlich mögliche Lohnerhöhung von = 50 Mark (Einheiten etc.) um 40% übersteigen (= 70 Mark). Und bei C, wo nur ein Mehrprodukt von 60 Einheiten anliegt, auf 60% der durchschnittlichen Erhöhung sinken (= 30 Mark); in Waren 4 statt 5. Die absolute Lohnerhöhung betrüge in A also 50 Mark (Einheiten Geldes) auf die Einheit Arbeiter oder dann ja Arbeiter der Ebene 1 der Gesellschaft (Durchschnitt), in B 70 Mark (oder Ebene 2 der Arbeiter) und in C 30 Mark (Ebene 3 der Arbeiter). Löhne, die gleich waren - je 50 Mark auf einen gleichqualifizierten Arbeiter -, verungleichen über die allgemeine Erhöhung (!) im Verhältnis zu ihrer gleichermaßen geleisteten Arbeitszeit - hier eine Tagesarbeit. Und das muß von ihnen als gerecht empfunden werden ... (Dagegen gleichen die Massen wie Raten des Gewinns wegen des unterschiedlich ausfallenden Lohnes an und finden ihre endlich gültige, durch "kollektive materielle Interessiertheit" modifizierte "gesellschaftliche" Form). Die Gewinnraten, die bei gleichen Löhnen, unabhängig von den Raten des Gewinns, zwischen 20, 100 und 180% schwanken, nähern sich bei ungleichen Löhnen und in Abhängigkeit vom Gewinn gezahlten Löhnen an und schwanken nur noch zwischen 50, 100 und 133 1/3%. Man tauscht eigentlich nur die einen unterschiedlichen Raten des Gewinns gegen die anderen unterschiedlichen aus. Man bewertet im Grunde

nur den Zuwachs, der verschieden ausfällt, nach einem gleichen Prinzip. Was die Raten selbst betrifft, ist man so schlau wie zuvor, sie sind nur anderen Unterschieds.

Gleicher Lohn unter dieser Bedingung ist ein Appell in die Richtung, dieselbe Steigerung der Produktivität zu erzielen wie der jeweils beste Betrieb. Der Sozialismus wandelt in das Versprechen um, im Einzelnen gleich zu sein, um als Gesellschaft gleich zu sein. Diese Bedingung für die Betriebe herzurichten, wird Aufgabe der Gesellschaft, des sozialistischen Staates. Lohnpolitik würde Wirtschaftspolitik resp. die Staatspolitik bestimmen. So kann man sich auf die beste Weise wieder abschaffen; ist ja eine Illusion, dieser Sozialismus ist eine Illusion. Der Staat würde scheitern und zwangsläufig zum Wertgesetz zurückkehren.⁶¹ Weil er keine andere Alternative hat? - Weil er diese nicht will!

Oktober 2002

Das NÖS als Widerspruch“

Nun der vierte Beitrag zum NÖS, der von mir als der gründlichste bezeichnet wird. Über seine Entstehung vermittelt ein Brief aus jüngster Zeit an Frank Flegel.
03.10.21

Lieber Frank,

ich schicke Dir noch diese Arbeit von mir zum NÖS. Sie ist zugleich meine gründlichste zum NÖS überhaupt. (Aber wohl die gründlichste auch überhaupt, die jemals zu diesem Fakt geschrieben wurde). Ich hatte damals – Anlass war der 120. Jahrestag der Geburt von Walter Ulbricht – eine Anfrage

⁶¹ Ein langsames Sinken des Lohnes als Sinken der Preise ist bereits als sozialstaatliche Variante des Wertgesetzes resp. der kapitalistischen Produktionsweise qualifiziert worden. (Unter Bedingung der permanenten kapitalistischen Inflation müßte der Satz in "schnelleres Steigen der Löhne als Steigen der Preise" umgeschrieben werden).

vom Herausgeber des Eulenspiegel-Verlages erhalten; er wolle ein Gedenkbuch aus diesem Anlass herausgeben; ob ich mit einem Artikel dazu beitragen würde. Ich sagte zu, und so ist der Artikel entstanden. Nur – er ist dann nicht in das Gedenkbuch aufgenommen worden. Warum genau, weiß ich nicht. Ich erfuhr nur, dass der Herausgeber gewechselt habe – es war jetzt Egon Krenz. Und ein anderer Artikel zum NÖS erschien; einer von Prof. Harry Nick, ehemals tätig an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Er würdigte das NÖS. (Harry Nick ist übrigens auch der eigentliche Autor der These vom Sozialismus als einer eigenen Gesellschaftsordnung noch vor dem Kommunismus; Ulbricht hat diese These nur übernommen und öffentlich gemacht, so dass er als deren Autor erscheint). So ist das Leben.

Das NÖS als Widerspruch

Geschrieben aus Anlass des 120. Geburtstages von Walter Ulbricht

Obwohl es im nachstehenden Text um Geld und Preise, Lohn und Gewinn geht, wie sie im Neuen Ökonomischen System der DDR Praxis werden sollten, wissen wir natürlich, dass es auch zuvor, d.h. in der Planwirtschaft als solchen, um Geld und Preise, Löhne und Gewinn ging. Wir haben es in der bisherigen Geschichte einer Ökonomie des Sozialismus mit zwei Praxen zu tun, wenn nicht überhaupt nur mit der einen, denn das NÖS wurde, wie bekannt, abgebrochen. Bekannt ist letztlich auch, dass das NÖS eine Kritik an dieser, ihm vorhergehenden Planwirtschaft mit Geld, mit Preisen und Geldlöhnen war. Selbst bei einer separaten Behandlung des NÖS kommen wir nicht darum herum, den Zusammenhang des NÖS zu seiner Voraussetzung – die auch seine Nachsetzung wurde (denn die Reformen scheiterten allesamt) – herzustellen. Das Thema Geld, Preise, Löhne, Gewinn (im Sozialismus) bedarf bereits einer Doppelbehandlung in der Theorie – einmal einer Behandlung in der Form einer Planwirtschaft im Allgemeinen (wie sie in der Sowjetunion ca. ab den Dreißiger Jahren begonnen und in der DDR usw. von Beginn an übernommen wurde), und einer Behandlung in der Form, die in den ökonomischen Reformen ab den 60er Jahren zur Debatte gestellt wurde, ebenfalls beginnend in der Sowjetunion (Lieberman und andere) und dann in die DDR übergreifend ab der Mitte der 60er Jahre.

Damit soll der nach 1990 erscheinenden Tendenz widersprochen werden, theoriwürdig seien nur die sogenannten ökonomischen Reformen, in der DDR also das NÖS, die Praxis der Planwirtschaft aber könne in der Theorie wie ein „toter Hund“ behandelt werden. Richtig ist, beides zu behandeln - und den Zusammenhang zwischen Beidem, wenn er sich ergibt.

Was wollte Walter Ulbricht, das NÖS?

Von Walter Ulbricht sind mir richtungweisende Äußerungen zu diesem Komplex – Theorie zur Ökonomie des Sozialismus, und das heißt: der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus - erst *im Zusammenhang mit der beabsichtigten Einführung des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) in die DDR* bekannt, also ab ca. 1963 bis 1966/67. Und das heißt: Als es um *Reformen* der bis dahin gültigen Planwirtschaft ging, zu *einem* der beiden genannten Bezüge. Sie bestehen, kurz gesagt, in der Vorstellung, die *Löhne leistungsbezogener* zu gestalten und die *Preise wertbezogener*. Das eine *scheint* eine bessere Fassung des Marxschen Leistungsprinzips zu sein⁶², das andere ist der *Versuch* einer stärkeren Bindung des Sozialismus an die ökonomischen Kategorien der Vergangenheit; wobei weniger die kapitalistische Vergangenheit gemeint ist, mehr die warenökonomische im Allgemeinen.

Das ganze Neue Ökonomische System ist erklärt, wenn verstanden ist, dass Löhne mit den Gewinnen steigen sollten – dies schließt ein Steigen der Löhne auf Kosten der Gewinne wie ein Steigen der Gewinne auf Kosten der Löhne, also eine bloße Umverteilung zweier Komponenten in einer an sich gegebenen Größe, den Wert, aus -, und steigen sollten sie, wenn am Sinken der Selbstkosten gemessen (also der Gewinn gestiegen ist wie die Selbstkosten gesunken sind). Aber Preise wiederum sollten mit der Steigerung

⁶² Dieses sah nur den reinen Zeitbezug vor; soviel Zeit jemand gearbeitet, soviel Leistung hatte er erbracht. Geld war überhaupt nicht vorgesehen, denn – laut Marx – sollte den Arbeitern ihre Arbeitszeit bescheinigt werden, und mit Hilfe dieser Zeitscheine sollten sie „aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds soviel an Gütern herausziehen, als gleichviel Zeit kosteten“ (siehe Kritik am Gothaer Programm.) Dass es also beim Geld blieb, und das Marxsche Leistungsprinzip nicht über Zeitscheine verwirklicht wurde, ist das an sich Überraschende am Sozialismus. Warum also blieb das Geld?

der Arbeitsproduktivität sinken (also sinken wie die Wertgrößen gesunken). Mit einem Wort: Steigende Löhne hier – weil steigende Gewinne, sinkende Preise dort – weil sinkende Wertgrößen. Dass an sich steigende Löhne in an sich sinkenden Preisen Eingang finden, ist in der marxistischen Theorie – und gewiss auch in der bisherigen ökonomischen Praxis – so verstanden worden (d.h. von Marx so verstanden, und ein anderes Verständnis gibt es in der Marxschen Wissenschaft nicht), dass Löhne nur *auf Kosten* der Gewinne in Preisen steigen würden, und damit nicht beide gleichzeitig steigen könnten.

Das NÖS versprach entweder Neues - oder es ist ein Widerspruch, dessen wir uns im Nachhinein bewusst werden müssen.

Das Problem, das sich in den beiden Anliegen des NÖS auftut, erscheint schon in der Rede, mit der Walter Ulbricht das NÖS *begründete*: Wirtschaftskonferenz des ZK der SED, Juni 1963:

„Wir müssen unser Preissystem so ordnen, dass generell der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand zur Grundlage der Preisbildung wird und staatliche Subventionen weitgehend vermieden werden. Das ist das Grundproblem für die Verbesserung der Wissenschaftlichkeit der staatlichen Planung und für die Wirksamkeit des Systems ökonomischer Hebel. (...)

Die Differenz zwischen den Selbstkosten, die im Betrieb bei der Herstellung der Erzeugnisse entstehen, und den beim Verkauf erlösten einheitlichen Preisen bestimmt die Höhe des Gewinns. ...

Der Betrieb bekommt mit dem erzielten Preis den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand ersetzt. Gelingt es ihm durch vorbildliche Arbeit, mit seinen betrieblichen Selbstkosten darunter zu bleiben, erzielt er einen zusätzlichen Gewinn. Leistet er schlechte Arbeit, werden die betrieblichen Selbstkosten steigen, und der Gewinn wird geringer.

Auf diese Weise erhält der Gewinn des Betriebes jene entscheidende Qualität, Gradmesser der echten Leistungen der Leiter und aller Werktätigen in den Betrieben und VVB zu sein.

Da der Gewinn die Höhe des Prämienfonds beeinflusst und da aus dem Gewinn die Maßnahmen zur Einführung der neuen Technik, zur Rationalisierung der Produktion, zur Qualitätssteigerung, zur

Arbeitserleichterung usw. finanziert werden, haben alle Betriebsangehörigen ein unmittelbares Interesse daran, mit hohen Leistungen zur Erhöhung des Gewinns beizutragen. (S. 62/63) (...)

Der Preis soll also in der staatlichen Planungstätigkeit und im System ökonomischer Hebel als reale Planungs- und Leitungsnorm für die Betriebe und VVB tätig werden.

Darin besteht das Hauptanliegen der Industriepreisreform. Es ist ... die Annäherung der Preise an den Wert – nicht nur zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern auf die Dauer ... (...)

Deshalb müssen wir von der starren Handhabung der Festpreise abkommen und zu einer größeren Beweglichkeit bei der Festlegung einheitlicher Preise übergehen“. (S. 64, alle Hervorhebungen im Original).⁶³

Dann allerdings kommt es zu einer Einschränkung, die zeigt, dass sich Walter Ulbricht sehr wohl bewusst war, dass seine Forderung, die Preise müssen der Entwicklung des gesellschaftlich notwendigen Wertes angepasst werden, an ihre Grenze stößt, dann nämlich wenn es um die Preise der Konsumgüter ging. Hier die Preise mit den Wertgrößen zu bewegen, z.B. *sinkenden Wertgrößen/Preisen*, wirft natürlich die Frage der Auswirkung auf die Löhne auf. Dies zum einen: Andererseits musste er an einem *Wachsen der gesellschaftlichen Summe der Preise für Konsumgüter* interessiert sein – die Grundlage, dass überhaupt Löhne erhöht werden können, dass überhaupt Anreizsysteme für Arbeiter aufgebaut werden können. Ohne absolutes Wachstum in der Summe der Preise können Löhne nur auf Kosten der Gewinne steigen, ein gleichzeitiges Steigen – der Gewinne und der Löhne – ist sonst ausgeschlossen.

Eben noch der Preisreformer, verwandelt Ulbricht in den Lohnreformer resp. bleibt dieser, wie aus der bisherigen Praxis des Sozialismus gewohnt.

Walter Ulbricht, auf der genannten Konferenz:

⁶³ Zitiert nach: Walter Ulbricht: „Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis“, Dietz Verlag Berlin 1963.

„Mit der beabsichtigten Einführung neuer Preise ... im Rahmen der Industriepreisreform sollen keine Auswirkungen auf die Preise, die die Bevölkerung für Industriewaren, Nahrungsmittel usw. zahlt, entstehen. Das haben wir im Beschluss ausdrücklich festgelegt. (...)

Wie soll es mit den Verbrauchpreisen weitergehen?

Notwendig ist jetzt, die Verbraucherpreise im Allgemeinen auf dem gegenwärtig bestehenden Niveau zu stabilisieren.

Die objektiven ökonomischen Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Verbraucherpreise sind vorhanden, da unsere Industrieproduktion planmäßig wächst und die Produktion mit ständig steigender Arbeitsproduktivität und daher mit sinkenden Selbstkosten durchgeführt werden kann“ (ebda. S. 68 und 69).

Es fehlt der Satz, dass der Sinn der Nichtveränderung der Konsumpreise nicht, wie es immer hieß, „der sozialen Sicherheit“ dienen soll – das könnte als Grund *auch* der Fall sein -, sondern dass es einfach um die Sicherung der Grundlage für die Lohn-Anreiz-Systeme ging.

Doch zunächst: Wird es denn bei den Festpreisen der Konsumgüter bleiben? Wir entdecken in den Aussagen von Walter Ulbricht eine Prognose auf die Zukunft; sie gibt dann doch zu denken.

„Ein wichtiges Problem unserer Preispolitik bei Konsumgütern besteht darin, dass auch die Konsumgüterpreise objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterliegen. ... Deshalb widerspricht die Auffassung, dass in der sozialistischen Planwirtschaft die Konsumgüterpreise ohne Rücksicht auf die ökonomischen Bedingungen geregelt werden können, dem realen Leben. Auch die Verbraucherpreise werden von den gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen bestimmt“ (S. 71).

Wir sehen hier: Dritte Stufe der Preisreform.

Zur Erinnerung: 1. Stufe: Neue, „dem Wert angepasste Preise der Grundmittel“, 2. Stufe: Neue Abschreibungssätze für Grundmittel auf Basis dieser neuen Preise, dann 3. Stufe: ... Ja, welche nun? Nun hätte „gepfiffen“ werden müssen: Nicht besondere Preise, sondern Preise an sich nach dem

Wert, nach dem Einsatz an lebendiger Arbeit als solcher. Das hätte aber auch die Konsumgüterpreise betroffen.

Die Überlegungen gingen tatsächlich dahin, die Wertform auch für die Konsumgüterpreise einzuführen. Im Sinne des Systems, das lediglich die Preise wieder reformieren wollte, ist das richtig – aber wie regelt dieser Sozialismus das Verhältnis zu seinen Arbeitern?

Uns interessiert die Einschränkung der Preisreform auf Industriepreise (Abgabepreise der Betriebe untereinander), und uns interessiert die Ausnahmeregelung bei Konsumgüterpreisen, was sie preis- und lohnseitig bewirkt.

Doch zunächst zur Aussage: Wertform für Preise, höheren Lohn nach dem Gewinn – der wiederum erhöht, „wenn die Selbstkosten (der Betriebe) sinken“.

Marx Theorie und Ulbrichts Praxis

Wer sich in der Werttheorie von Marx auskennt, dem dürfte klar sein, dass Walter Ulbricht eine ganz andere Praxis darlegt als die der Wertökonomie. Eben die keiner Wertökonomie. Den Text von Walter Ulbricht lese ich so, dass Marx' Theorie zwar revidiert ist, aber dem Kommunismus Genüge getan wird. Revidiert, d.h. aufgegeben ist die Marxsche Selbstkostentheorie in ihrem Zusammenhang zur Werttheorie (oder umgekehrt: Werttheorie zu dieser) – die Illusion besteht darin, dass Ulbricht glaubt, das NÖS/den Sozialismus auf den Boden der Waren- und Wertökonomie stellen zu können – aber ohne noch die kapitalistische Lohnform; richtig aber ist, dass ein stetes/gemäßes Lohnwachstum mit der steigenden Produktivkraft der Arbeit stattfinden muß, und dass das formell mit/in einem Preissystem umgesetzt sein muß.

Die Frage, dass das aber ein besonderes Preissystem sein muß, geht verloren, wenn ohne näheres Bedenken davon ausgegangen wird, dass es mit jedem geschichtlichen Preissystem verbunden sein kann, vor allen Dingen dem „eigentlichen“. Da hätte uns Marx doch warnen müssen, ist doch sein „Kapital“ z. B. eine Lohntheorie auf der *Basis* einer Werttheorie.

Doch zunächst: Dass es zu diesen Überlegungen kam, ist – normal, denn anders, als ursprünglich vom Sozialismus/Kommunismus angenommen, wurde das Geld ja nicht „abgeschafft“, sondern blieb es erhalten. Und mit dem, was erhalten bleibt, muß man arbeiten, insofern *normal*. Eine erste Periode des Sozialismus/Kommunismus ist auch eine erste Periode der Verständigung *über* den Sozialismus/Kommunismus. Nur, mit den Geldformen *hatte* man gearbeitet, in der Sowjetunion schon – auf den Zeitpunkt der Kossygin-Reform bezogen – seit fast 50 Jahren, in der DDR, bezogen auf das NÖS, seit knapp 20 Jahren. Die Überlegungen, von denen ich als normal spreche, sind *Überlegungen zu Überlegungen*, sind bereits solche der Reform zu dem, was praktisch vorausging: die Planwirtschaft als solche. Hier stellt die eine Normalität die andere bereits infrage – und ob das auch noch normal ist, d.h. dass man mir nichts Dir nichts Formen der ökonomischen Bewegung verändern kann (das soeben Aufgehobenen wieder einführen kann), wird unsere Frage.

Marx' Werttheorie

Wo hätte Walter Ulbricht beginnen müssen? Natürlich bei den Preisen, dort, wo er – theoretisch rein – auch anfangen wollte, aber nicht anfängt.

Walter Ulbricht fängt schon da an (über den Gewinn zu reden), wo er eigentlich aufhören müsste. Die Selbstkosten sind das letzte, was zur Debatte steht, die Preise das erste. Wie ist denn die Reihenfolge? Erst steigt die Produktivkraft der Arbeit (nach Betrieben oder der Arbeit als konkreten individuell und besonders). Das bedeutet, dass die Arbeitszeiten/Wertgrößen, die notwendig sind ein Produkt zu erzeugen, geringer werden, sinken. Sie werden, dies zweitens, im Verhältnis zu allen anderen individuellen Arbeiten bzw. geringeren Wertgrößen in den Preis der Ware übertragen. Der Wertsenkung pro Ware folgt also nicht unmittelbar eine Selbstkostensenkung (obwohl es dem „unmittelbaren Produzenten“ so scheinen mag), sondern eben eine „gesellschaftlich durchschnittlich notwendige“ Preissenkung.⁶⁴ Diese

⁶⁴ Marx erklärt das Interesse der Kapitalisten an Preissenkungen aufgrund von Wertsenkungen so, dass sie dadurch „größere Anteile am Markt erobern würden“. (Kapital/I). Im Sozialismus entfällt dieses Motiv, da es für die sozialistischen Betriebe

Preissenkung wiederum läuft zurück in die Produktion in dem Maße, wie ihre Ware Gegenstand einer neuen Produktion wird. Sie senkt dort nicht den Verbrauch an Arbeit (Rohstoffe, Produktionsmittel), aber den Wert dieses Verbrauchs. D.h. derselbe Verbrauch erfolgt zu einem anderen/jetzt geringeren Wert oder Preis. Entsprechend sinken die *Selbstkosten*. Was ursprünglich Wertsenkung war, dann Preissenkung wurde, wird wieder Wertsenkung, in der wir endlich die gewünschte und gemeinte Selbstkostensenkung erreicht haben. Was stattfindet, ist eine Zirkulation aus der individuellen Arbeit in die gesellschaftliche, d.h. in die Gesamtheit der individuellen Arbeiten. Was hier für eine Ware nachempfunden worden, gilt für alle Waren, d.h. die Wertsenkung aller Waren kann – theoretisch und anteilig – in die Wertgröße einer Ware eingehen (oder umgekehrt: die einer Ware in jede Ware.).

Schauen wir uns die Frage der Wert- oder Selbstkostensenkung genauer an.

Bei der Frage der Selbstkosten hat man zwischen zwei Arten von Selbstkosten zu unterscheiden. Die eine Art ergreift den Wertteil der gegenständlichen Arbeit, die andere den Wertteil der lebendigen Arbeit. Soweit die Preissenkung von Waren den Wertteil der gegenständlichen Arbeit ergreift, *senkt sie den Wert der Ware*, nun ein zweites Mal, berührt aber nicht das Verhältnis von Lohn und Gewinn (v zu m) im Wert oder Preis der Ware. D.h. diese Wert- resp. Kostensenkung ergreift nicht den Mehrwert (Profit oder Gewinn). Sofern die Preissenkung dagegen in den Wertteil eingeht, der auf die lebendige Arbeit/Arbeitskraft fällt, also in den Lohn, und das können – theoretisch – wieder alle Waren sein, verschiebt sie *nur das Verhältnis von Lohn und Mehrwert zugunsten des Mehrwertes, berührt wiederum den Wert der Ware gar nicht*.

Wertform der Preise vorausgesetzt, ist das Verständnis dieser beiden Arten von Selbstkosten und ihrer Wirkung auf den Wert der Ware konstitutiv.

Der Unterschied der beiden Selbstkostenarten rührt daher, dass die einen Kosten nur übertragene Werte sind, sie haben, laut Wertgesetz, zu sinken wenn die Werte/Preise (oder auch der Verbrauch) der vorausgesetzten Waren

keine abstrakte Expansion ihrer Produktion gibt, d.h. keine solche, die sich letztlich von der Ware als besonderen löst und in eine reine Geldexpansion übergeht.

gesunken sind, die anderen Kosten aber (d.h. Löhne) *einem Wertbildungsprozess auferlegt sind*. Auch bei ihnen handelt es sich um Wertübertragung, aber in einem anderen Verhältnis zum Wert, in einem anderen Verhältnis zu dem, was hier Ware ist. Wie hoch oder niedrig Löhne sind – und dies aufgrund von Preissenkungen oder Preissteigerungen von Waren werden –, ändert nichts am Wertbildungsprozess, den die Arbeitskraft aktuell absolviert. Deshalb gehen Wertsenkungen, die über Preissenkungen in die Kosten an gegenständlicher Arbeit eingehen, in den Wert der Ware ein, während umgekehrt Wertsenkungen, die über Preissteigerungen in die Kosten der lebendigen Arbeit eingehen, nur das Verhältnis berühren, in dem sich Lohn und Mehrwert den Wert der Ware „teilen“. (Genau ist es Teilung des Neuwertes).

Aus dem bloßen Sinken der Werte aber schon ein Sinken der Kostenteile der Werte zu machen, also in jedem Fall den Preis/die Preissenkung umgehen zu wollen, wie das Walter Ulbricht in seiner Begründungsrede zum NÖS darstellt, ist ein Schritt zu schnell und stellt die Abfolge - was ist Ursache, was Wirkung, was beginnt, was folgt - auf den Kopf. Verwechselt sind Bildung (von Wert), und Verbrauch (von Wert bei der Bildung).

Ulbrichts Preisverständnis

Wir haben hier das *Wertgesetz* dargestellt, wie es ausgehend von der lebendigen Arbeit, über die Preise, zurück in die Produktion wirkt.

Aber welches „Gesetz der Preise“ stellt denn Walter Ulbricht dar, wenn er sofort aus einer Steigerung der (betrieblichen) Arbeitsproduktivität auf eine Selbstkostensenkung resp. auf eine (ebenfalls betriebliche, also unmittelbare) Gewinnerhöhung schließt - und den Preis ganz außen vor lässt? Den Wertpreis auf jeden Fall nicht. Aber den Preis der Planwirtschaft - den er aber, weil er ein Festpreis ist, der Kritik aussetzt. Er/das NÖS wollen ihn ja aufheben, d.h. wieder in einen mit den Werten beweglichen Preis verwandeln.⁶⁵

⁶⁵ Zu betonen ist an dieser Stelle, dass Preise nur dann Erscheinungen der Werte sind, wenn sie kontinuierlich wie diese wechseln. Das NÖS war aber weit davon entfernt, den Mechanismus zu benennen, nach dem diese Übereinstimmung von Wert und

Und das ist ein Widerspruch: einerseits den Preis, wie ihn die Planwirtschaft geboren, kritisieren, andererseits seinen Vorteil wahrnehmen zu wollen.

Auch wenn der Festpreis nicht mehr auf den Wert/auf die Veränderungen in der Arbeitsproduktivität reagiert im Sinne des Preises, so doch im Sinne des Lohnes, nämlich darauf, wie dieser auf *geleistete notwendige Arbeitszeiten gezahlt wird* (was Walter Ulbricht im Übrigen bewußt war⁶⁶). Auf weniger notwendige Arbeitszeit (im Betrieb) wird weniger Lohn gezahlt. (Auf 30 Minuten Arbeitszeit also nur die Hälfte des Lohnes für eine Stunde.) Und bleibt nun der Preis fest, und erscheint im Preis, als deren Kost, der Lohn der geringeren Arbeitszeit, dann „sinken die Selbstkosten“ und steigen im selben Verhältnis wie Löhne ... äh, Kosten „sinken“, die ... Gewinne.

Damit ist das eigentliche „Geheimnis“ des Festpreises (der Planwirtschaft des Sozialismus) gelüftet, und nun geht es nur noch um die Bereitschaft, diesem Geheimnis in der Theorie Referenz zu erweisen - oder per „neuer Theorie vom Sozialismus“ an ihm herumzumäkeln.

Wie man unschwer erkennen kann, ist beim Festpreis ein ganz anderes Verständnis der Begriffe Selbstkostensenkung und Gewinn als bei der Wertform der Preise notwendig. Dasselbe direkte Verhältnis von sinkender Kost und steigendem Gewinn gilt (beim Festpreis) auch bei geringerem *Verbrauch* an gegenständlicher Arbeit. Dann ist nicht die zu übertragene Arbeit im Preis gesunken, sondern ihr Verbrauch, und steigt im selben Verhältnis wie dieser gesunken der Gewinn.

Kann bei wirklichem Gesetz des Wertes, wie im Kapitalismus, nur *eine* (Selbst)Kostensenkung im direkten Verhältnis den Mehrwert/Gewinn erhöhen

Preis garantiert sein sollte. Claus Krömcke schreibt in seinen Erinnerungen (Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 37, S. 15), dass eine dem Wert kongruent laufende „freie Preisbildung“ nur „auf dem Markt“ zu sichern sei – was selbst in einer reformierten Planwirtschaft als ausgeschlossen galt.

⁶⁶ Siehe seine Rede vor dem SED-Parteiaktiv in Halle, 11. November 1966. Dort spricht er von der „hohen [höheren] Produktivität der Arbeit, ... so dass auf die einzelne Ware nur ein geringerer Teil der Lohnkosten fällt“. (In: „Zum ökonomischen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“, Dietz Verlag Berlin, 1968, S. 130.) Der Fakt, um den es geht, ist ausgesprochen, die theoretischen Folgerungen sind es nicht.

– die des Lohnes⁶⁷, so im Sozialismus, bei Festpreis, eine jede, und noch unabhängig davon, ob es sich um eine Wertsenkung oder eine Verbrauchssenkung handelt.

Es *scheint* wie im Kapitalismus zu sein: die Gewinne „steigen auf Kosten der Löhne“. Aber es scheint nur so. Die geringeren Löhne der geringeren Arbeitszeit sind nicht gleichbedeutend den geringeren Löhnen der gleichen Arbeitszeit. Es hat den Anschein, als würde der Festpreis nur auf unmittelbarem Wege dahin führen, wohin der Kapitalismus nur über einen Umweg führt. Viel Arbeit, viel Mühe scheint dem Sozialismus erspart geblieben.

Wir betrachten uns das *Procedere* noch einmal genau.

Die beiden Preissysteme in ihrer Wirkung

Beispiel, wir unterstellen zunächst Wertökonomie (NÖS oder Rückkehr des Sozialismus zur Warenökonomie alten Stils):

Ein Preis von = 100 besteht aus 50 c, 25 v und 25 m. Übertragener Wert = 50, Neuwert = 50. Nun verdoppelt die Arbeitsproduktivität, der neue (immer gesellschaftlich notwendig gebildete) Preis setzt sich zusammen aus 50 c (diese Ausgaben bleiben, im Prinzip), v fällt dagegen, weil voll der Steigerung der Produktivkraft unterworfen, auf die Hälfte = 12,5 (!), die Selbstkosten“senkung“, die Walter Ulbricht meint; bis zu diesem Punkt ist die Erscheinung des Wertpreises die gleiche wie beim Festpreis. Doch im Wertpreis fällt nun m, der Mehrwert, ebenfalls auf 12,5. Ab nun setzt der Unterschied der beiden Preistypen ein. (Denn die Arbeitskraft kostet wie bildet in der halben Arbeitszeit nur je halben Wert wie Mehrwert). D.h. der Preis insgesamt fällt auf 75 (Einheiten Geldes). Am Gewinn ändert sich (im Verhältnis zum Lohn) zunächst überhaupt nichts, außer, dass jetzt zwei Waren produziert werden, deren Gesamtwert auf = 150 (2 x 75) steigt. Die inneren Verhältnisse des Wertes sind unverändert, außer dass der Preis der Ware

⁶⁷ Zwar sinkt dann der Lohn auf einen geringeren Wert, wertet aber aufgrund der Preissenkung bei Waren in Waren auf, sodass die Reproduktion der Arbeitskraft unter diesen neuen Bedingungen gesichert ist – wenn alles nach dem Gesetz des Wertes abläuft (siehe Marx „Kapital“, Band I).

gesunken ist (Wp von 75 teilt sich in 50 c, 12,5 v, 12, 5 m). Auf die ursprüngliche Gesamtzeit werden nach wie vor = 25 Einheiten Lohn gezahlt und 25 Einheiten Mehrwert erzielt, jetzt auf zwei Waren verteilt. Der Anstieg in der Summe der Preise (statt 100 jetzt = 150) beruht auf der Verdoppelung der Wertübertragung (2×50 Altwert = 100, plus 2×25 v/m (= 50 Neuwert) = 150 Gesamtwert oder Summe Wp). Es gibt eine höhere Wertübertragung, aber keinen absoluten Wertzuwachs, also Neuwertzuwachs, entsprechend kein größeres Geldvolumen bezogen auf die Neuwertbildung. (Der Zuwachs an c kann auf Konzentration der Wertübertragung beruhen und kommt bei der Bestimmung des gesellschaftlichen Geldvolumens nicht infrage.)

Erst wenn geringere Preise von Waren in den Lohn übertragen werden, ändern die inneren Verhältnisse im Wert, d.h. sinkt der Lohn und steigt im selben Verhältnis wie der Lohn gesunken der Mehrwert. Würde die Ware, deren Neuwertteil hier um die Hälfte gesunken, mit sagen wir drei Einheiten Geldes weniger in die Reproduktion der Arbeitskraft, also in den Lohn eingehen, so würde der Lohn auf 9,5 Einheiten sinken und der Mehrwert um drei Einheiten, auf 15,5 Einheiten steigen. *Lohn (!) wird in Mehrwert umgewandelt*. Wertpreis dann 50 c, plus 9,5 v, plus 15,5 m = 75 Wp.

Welchem Irrtum, oder jetzt richtig: welcher ganz anderen Praxis unterliegt Walter Ulbricht? Der, dass er die Ökonomie des Festpreises noch nicht wissenschaftlich versteht, sehr wohl aber praktisch mit ihr arbeiten ... *weiterarbeiten* will.

Beim Festpreis bleibt der Preis trotz geringeren Wertes konstant = 100. Andererseits erscheint jetzt im Preis der Lohn der geringeren Arbeitszeit = 12,5. Umgekehrt „steigt“ der Gewinn auf = 37,5 Einheiten Geldes an (25 m plus 12,5 m). Die sofortige, über keinen Preis vermittelte, individuelle „Gewinnsteigerung“ ist perfekt. Es wird, um den Mehrwert/Gewinn zu erhöhen, *kein Lohn in Mehrwert umgewandelt*, sondern dieser steigt aus dem Preis hervor wie Phönix aus der Asche. Theoretisch kann mit diesem Gewinnanteil, der keine Vergangenheit hat, sowohl in Bezug auf den Lohn als auch in Bezug auf den Gewinn gearbeitet werden, durch die der Lohn (in unserem Beispiel) um 3 Einheiten auf = 15,5 steigen kann, wodurch der Gewinn wieder von 37,5 auf 34,5 Einheiten Geldes abfiel.

Welch ein Unterschied bei der Gewinnbildung! Bei Sinken der Preise mit den Werten steigt der Gewinn unmittelbar gar nicht, erst bei Übertragung der Preissenkung in den Lohn um drei Einheiten steigt er auf = 15,5 Einheiten, beim Festpreis (fest bleibenden Preis) dagegen „steigt“ der Gewinn sofort auf = 37, 5 Einheiten, und bei um drei Einheiten steigenden Lohn, die sich scheinbar (!) auf den gestiegenen Gewinn beziehen, in Wahrheit aber auf den Anstieg der gesellschaftlichen Summe der Preise, immerhin noch um 34, 5 Einheiten.

Betrachten wir schließlich das Gesamtsystem (Festpreissystem der Planwirtschaft im Unterschied zu einer wirklichen Wertökonomie): 2 Waren a 100 = 200 Wp; lösen sich auf in Wert übertragen = $2 \times 50 = 100$, Wertgröße Lohn = $2 \times 12,5$ (oder $2 \times 15,5$) = 25 (oder = 31), Wertgröße Mehrwert (oder Gewinn) = $2 \times 37,5 = 75$ Einheiten Geldes (oder $2 \times 34,5 = 69$ Einheiten). Der Gewinn „steigt, wie die Selbstkosten sinken“. Er steigt so unmittelbar wie die individuelle (!) Arbeitsproduktivität steigt, der Preis braucht nichts mehr zu vermitteln, er wächst nur in seiner Summe (von 100 auf = 200, d.h. beim Festpreis um 50 Einheiten mehr als beim Wertpreis, die genau der Summe entsprechen, um die der Lohn und der Gewinn innerhalb der Summe der Festpreise gestiegen. Äußeres und inneres Wachstum entsprechen einander (oder Walter Ulbricht der Praxis der Planwirtschaft). Beziehungsweise: Dass Löhne und Gewinne gleichzeitig steigen ... können, ist das aufgelöste Rätsel des Festpreises. Ich betone: Das ist die Erkenntnis aus dem „sowjetischen ökonomischen System“ des Sozialismus. Vom NÖS der Preise ... erscheint nichts. Warum nicht: Weil die Preise *nicht* wie die Werte gesunken sind, sondern: wie die Summe der Gebrauchswerte gestiegen sind.

Man möchte nach dem Sinn dieser ganzen Veränderung fragen. Es scheint nur ein anderer Preistyp zu sein. Und ist man an einen bisherigen (durchaus geschichtlichen) Preistyp gewöhnt, oder spricht man überhaupt vom Geld als der gegenständlichen Erscheinung des durch menschliche Arbeit gebildeten Wertes, so möchte man von Verletzung eben dieses „ökonomischen Preises“ sprechen – und sprach/spricht auch so. Man hat, weil man nur *eine* geschichtliche Vorstellung von Preisen entwickelt, keine andere, keine ganz entgegengesetzte, ja gegensätzliche Vorstellung von ihm. Zu dieser gelangt man aber, wenn man sich den Festpreis als überhaupt keinen Preis mehr vorstellt, d.h. sich die Preisform einfach wegdenkt. Wir haben es dann

ökonomisch gesehen nur noch mit Gebrauchswerten zu tun – wie in einem „zuhöchst“ entwickelten Kommunismus, der mit dem Geld eben auch auf jeden Preis verzichtet – und diese Ökonomie muß auch eine rationale sein. Was bedeutet oder beeinflusst dann die Arbeits(zeit)menge? Nun, dass die Produktivität steigt, dass in einer selben Zeit mehr Produkte produziert werden, dass, sofern es um den Eingang von schon fertigen Gebrauchswerten in den Produktionsprozess geht, deren Verbrauch sinkt – die Einsparung darob von Arbeit findet an einem ganz anderen Produktionsort statt. Mit anderen Worten: in einer Gebrauchswert-Ökonomie steigt mit steigender Produktivkraft die produzierte Gütermenge resp. sinkt mit der Entwicklung des qualitativen Charakters der Arbeit der Verbrauch an produzierter Gütermenge.

Und was ist dann mit dem Lohn, seinem Verhältnis zu einem Gewinn/Mehrwert? Nun, den gibt es unter der Bedingung keiner Preise wie einer Aneignung der Individuen nach Bedürfnissen gar nicht mehr.

Was, gibt es keinen Gewinn mehr? Doch, aber er verschwindet unter dieser doppelten Bedingung keiner Preise und einer offenen individuellen Aneignung („nach Bedürfnis“) als Verhältnis zu dem Produkt, welches produziert wird; und „Gewinn“ wird das jeweilig besonders produzierte Mehr an Produkten.⁶⁸

Man vergleiche nun mit dem Festpreis, was dieser misst (indem er zusätzlich zum Produkt noch einen Preis hat, also eine „doppelte“ Form des Ausdrucks):

⁶⁸ Tausendmal ist der Gedanke von Marx zitiert, in einer zweiten Phase des Kommunismus würden Individuen nach Bedarf aneignen, aber was bedeutet das für die Arbeit, die sie selber leisten? Man stelle sich nur einmal vor, dass, was heute ein paar Lebensmittel sind, die „nach Bedarf“ angeeignet werden, morgen vielleicht ein Auto ist, und das nun ins Verhältnis gesetzt „zur eigenen Arbeit“. Einmal würde die „eigene Arbeit“ überrentabel sein, andermal zuhöchst unrentabel. Mit anderen Worten: Marx Vorstellung von der individuellen Aneignung im Kommunismus ist gebunden an die Trennung dieser von der eigenen Arbeit und Bindung an die gesellschaftliche Gesamtarbeit. Und dann ergibt sich die Rentabilität – oder löst sich der Widerspruch -, d.h. die Sicherung von Aneignung durch Arbeit, von selbst. Er entsteht nur aus der Sicht einer Arbeit, die eine besondere, bzw. eines Eigentums, das ein besonderes ist.

Er vermehrt die *Summe* der Preise mit dem Produktionswachstum und senkt sie mit dem rationaleren Verbrauch von produzierter Menge. D.h. der Festpreis ist von seinem systemischen Verständnis her die Vorwegnahme des Kommunismus, einer Ökonomie ganz ohne noch den Preis (Geld, Geldlohn usw.).

Aber: Es ist wohl nicht möglich, diesen Bruch mit der Vergangenheit zu erkennen – anerkennen verlangt noch viel mehr -, wenn man nur *einem* Verständnis von Geschichte untertan ist. (Und es den Anschein hat, das sei doch „Marxsches Verständnis“).

Endlich lernen, was Festpreise bedeuten

Bei Walter Ulbricht ergab sich, dass der Gewinn, der die Grundlage für eine Lohnerhöhung abgeben soll, aus dem Preis „hervorstiegt“. Dieser Gewinn stellt sich ein, wenn a) die Preise Festpreise sind, b) nur der Lohn, der auf die verminderte Arbeitszeit gezahlt wird, in den Preis eingeht. Dann „steigt der Gewinn aus dem Innern der Preise hervor.“ Und zwar so, wie die Arbeitsproduktivität *individuell, also betrieblich steigt*. (Deshalb scheint dieser Gewinn auch besonders geeignet, individuelles Leistungsvermögen zu belohnen.) Wir sagten aber, dass, weil die Preissenkung pro einzelne Ware ausbleibt, die Summe der Preise um die Summe der mehr produzierten „Waren“ steigt – *eine zweite Form von Steigerung von Gewinn: äußere*. Und diese Summe ist es, die, zurückgeführt wieder in die Arbeit im Einzelnen, zur Lohnerhöhung – auch über Prämienfonds – führt, führen kann. Dass dem Wachstum in der Summe eine Senkung in den Kosten vorausgeht, dient der Begründung der Lohn- wie Gewinnerhöhung, doch dringt die Lohnerhöhung, richtig betrachtet, „von außen in den Preis (oder in den Betrieb) ein“. Sie dringt aus dem gesellschaftlichen Summenwachstum an Preisen (analog Waren) in den einzelnen Preis ein: Der Lohn, sein Wachstum, wird gesellschaftlich, aus der Arbeit Aller, gebildet/gedeckt. *Dabei ist die Voraussetzung eines Lohnwachstums im Sozialismus die Erhöhung der Summe der Preise der in II, der Konsumgüterabteilung der Arbeit, produzierten Güter.* Alles hängt davon ab, wie hier das Preissystem verstanden wird.

Es drückt das Unverständnis von Ökonomie überhaupt aus, wenn angenommen wird, Lohnerhöhungen, deren Basis ein besonderer

gesellschaftlicher Güterfonds ist, sind individuell, also betrieblich „zu begründen“. Es ist dies aber der Widerspruch der Ökonomie privaten Eigentums, in der die großen gesellschaftlichen Zusammenhänge der Ökonomie zwar schon erkannt werden, aber vom privaten Eigentum unmittelbar nicht wahrgenommen werden können.

Da der planwirtschaftliche Sozialismus aufgrund seines Systems der Festpreise über kein System der Relativität zwischen den Kategorien (Waren und Geld) verfügt – hier wertet etwas in einer Preissumme ab, dadurch dort etwas in einer Summe Geldes auf –, erscheint der Summenzuwachs an Preisen zunächst außerhalb jedes Individuums, erscheint er bei dem, „der den Gewinn an sich zieht“, also außerhalb eines direkten Zugriffs der Arbeiter (oder besonderer Betriebe), erscheint er wie ein äußeres Eigentum, wie eines der gesellschaftlichen Zentrale der Gesellschaft, oder: erscheint der Sozialismus „genauso schlimm wie der Kapitalismus“. Deshalb kann von diesem Zuwachs zunächst auch keine Initiative hinsichtlich der inneren Verhältnisse des Preises ausgehen. Außer: Ein Teil des zusätzlich gewonnenen Gewinns läuft zurück „aus der Zentrale wieder in den Betrieb“, wird als Lohn ausgezahlt und damit als Kost in den Preis übernommen. Dann ... steigen die Kosten und sinkt der Gewinn! Wieder. Oder teilen sich Lohn und Gewinn das Plus in den Preisen. Endlich.

Grundsätzlich gilt: Es ist richtig, dass der Summenzuwachs bei Preisen (im Besonderen) in ein Summenwachstum bei Löhnen übergeführt wird. Es ist richtig, den Lohn an den steigenden Gewinn zu binden. Nur, was ist Gewinn? Es gibt ihn in den zwei Formen des inneren und des äußeren Gewinns/Gewinnens. Die eine Form kann für die *Begründung* der Lohnerhöhung herangezogen werden – sie kann aber nicht absolut sein wegen der Unterschiedlichkeit in der individuellen Steigerung der Produktivkraft –, aber substantiell beruht die Lohnerhöhung auf dem „äußeren Wachstum“ einer Preissumme im Gesamten, die jetzt, im Sozialismus (ab der Planwirtschaft) mit der konkreten Arbeit wächst.

Der Festpreis, weil er mit einem absoluten Summenwachstum bei den Preisen bei steigender Produktivkraft der Arbeit operiert, bringt das Kunststück fertig, dass Lohn und Gewinn gleichzeitig steigen können, und nicht mehr, wie noch beim Wertpreis, das eine auf Kosten des anderen.

Ökonomische Systeme müssen entweder auf dem Boden gleichen Raumes (gleicher Geldmenge), oder wachsenden Raumes (steigender Geldmenge) ausgedrückt werden. Also entweder durch Bezug auf die abstrakte Seite der Arbeit, oder durch Bezug auf die konkrete Seite ausgedrückt werden, dann ist die steigende Geldmenge auch substantiell gedeckt. (Dies der Unterschied zu einem rein inflationären System, wie im jetzigen Kapitalismus). Die Planwirtschaft wählte die neue, die konkrete – und entsprach damit der Voraussage von Marx. Denn als Festpreis entzieht sich das Geld- wie Preissystem des Sozialismus der Wert- resp. Warenform des Produkts, das Geld bleibt, entzieht sich aber dem Wertausdruck. Das NÖS dagegen wählte (theoretisch!) noch einmal die alte Preisform, und blieb „mitten in der Bewegung stecken“.

Das NÖS kann als eine in der Theorie steckengebliebene Reform betrachtet werden. Das „Steckenbleiben“ der Theorie (des NÖS) besteht darin, dass sie für machbar hielt, in eine Bewegung der abstrakten Seite der Arbeit eine Bewegung der konkreten Seite der Arbeit „einschmuggeln“ zu können, d.h. die Bewegung der letzteren auf die Basis einer Bewegung der ersteren Art stellen zu können. Denn die Bewegung der konkreten Seite der Arbeit hatte man „soeben mit dem System fester Preise gewonnen“, die Bewegung (wieder) der abstrakten wollte man, denn die war/schien verlorengegangen. Man - Ulbricht, die Wissenschaftler der DDR - begriffen den *gesellschaftlichen* Gegensatz nicht, der von den beiden Seiten der Arbeit ausgeht.

Der Widerspruch des NÖS

Dass das NÖS als eine in der Theorie steckengebliebene Reform betrachtet werden kann, gilt allerdings nicht für das NÖS, soweit es einen Bezug zum Lohn entwickelt. Dieser ist vom Ansatz her richtig, nur bedurfte es dazu nicht des NÖS; die Richtigkeit des Lohnbezugs beruht auf einer ganz anderen Preispraxis als jener, auf die das NÖS gestellt werden sollte. Für die beabsichtigten Preisreformen, deren Sinn die Herstellung der Wertgenauigkeit – auch bei Veränderung der Wertgrößen durch die produktivere Arbeit – war, galt daher, wenn überhaupt, nur ein eingeschränkter Wirkungsbereich, womit natürlich ein *Widerspruch des NÖS* sichtbar wird, der uns *noch im Nachhinein*

theoretisch zu beschäftigen hat.⁶⁹ Genaugenommen wäre es – bei wirklicher Realisierung – zu zwei Preis-Bereichen gekommen: Preise für die Konsumtion und Preise in der Produktion; der eine Bereich wäre ein äußerlicher zur Produktion, zugleich ein öffentlicher und *in der Summe wachsend*, der andere innerlich zur Produktion - der Name war schon gefunden: Industrieabgabe-Preise -, als der eigentliche und zugleich nichtöffentliche Bereich, sowie *in der Summe sinkend*.

Als zwei wirklich getrennte/trennbare Bereiche der Preisgestaltung wäre das ja noch gegangen, aber wie hätten dann noch Löhne als *Kosten* in Preisen geführt werden können? Löhne, auf den Preisbereich der Konsumgüter bezogen, hätten doch nicht in einen Preisbereich übertragen werden können, der auf Industriegüter bezogen, ein Produktivitätspreis kann nicht in einen Wertpreis übertragen werden. Der Lohnanstieg sprengt doch den Wert! Hier sehen wir, dass ein Prinzip steigender Löhne und ein Prinzip sinkender Preise einander kollidieren und eine Reform, die beides zu vereinen versucht, zu Fall bringen. Selbst wenn man es nicht wollte, also unvoreingenommen an die Sache herangeht, hat man hier den wirklichen Grund erkannt, der das NÖS zum Scheitern bringen musste – weil in einen Gegensatz der Begründung von Bewegung in der Ökonomie. Hier die Kategorie der konkreten Arbeit, dort die der abstrakten. Eine muß sich der anderen unterordnen – oder sagen wir auch so: das Gebiet der Preise okkupieren -, und nun welche?

Wie konnte es aber dazu kommen, dass das Erzeugen eines Widerspruchs (durch das NÖS) als Lösung eines „Widerspruchs“ (der Planwirtschaft) empfunden wurde? Dies ist so zu erklären.

Die Arbeitsproduktivität steigt (nach Betrieben, individuellen Arbeiten) immer konkret und besonders. Weshalb Preise, die die Wertbewegungen ausdrücken (wie angenommen im Kapitalismus), immer nur besonders und konkret sinken (sollten, inzwischen sind wir aber an die Form der permanenten Inflation im Kapitalismus geraten, und da stellt sich die Praxis noch ganz anders da; bleiben wir zunächst auf dem Boden der bekannten Marxschen Theorie). Dass die Mehrwerte dagegen (vom Prinzip her) im

⁶⁹ Im Nachhinein natürlich nur deshalb, weil uns das NÖS noch immer als das Paradigma des künftigen Sozialismus vorgestellt wird.

Kapitalismus allgemein und gleich steigen, hatte damit zu tun, dass die vielen unterschiedliche Preissenkungen der Waren im Lohn des Arbeiters zu einer einzigen Senkung gebündelt ausgedrückt werden, so dass sie auch einheitlich, wie der Preis einer selben (allgemeinen) Ware in den Preis einer jeden Ware eingehen, und folglich die Mehrwerte in Werten/Preisen einheitlich, um denselben Grad steigen. Deshalb steigen in einer Wertökonomie (hier der geschichtlich letzten, der kapitalistischen) die Mehrwerte auch bei den Warenproduzenten, die mit ihren Waren gar nicht in den Reproduktionsprozess der Ware Arbeitskraft eingehen. D.h. die Mehrwerte steigen allgemein, derweil die Preise, die Grundlage ihrer Steigerung sind, individuell und besonders – sinken.⁷⁰

Dieses System „sichert“ die Akkumulation (oder erweiterte Reproduktion) allgemein.

Dagegen hätten wir beim Sozialismus das Problem (haben können), dass, weil die Lohnerhöhungen immer im Verhältnis zur individuellen, also betrieblichen Produktivitätssteigerung bzw. Gewinnsteigerung begründet werden sollten, die Löhne nicht allgemein, sondern nur besonders und individuell (unterschiedlich nach Betrieben) steigen. Eben immer dort, wo die Gewinne gestiegen. (Oder richtig: Wo zuvor die Arbeitsproduktivität gestiegen). Klar, dass in diesem System die Bauchschmerzen der Ökonomen immer dann beginnen, wenn die Löhne allgemein und gleichzeitig steigen sollten, denn dann, so scheint es, entziehen sie sich der individuellen, betrieblichen Begründung, und die Gesellschaft geriete in ein Chaos, Akkumulation, erweiterte Reproduktion ist – über Preise – nicht mehr allgemein gesichert. Womit wir endlich unsere sozialistischen „wertökonomischen“ Kritiker erklärt haben. Andererseits haben wir aber auch erklärt, warum eine allgemeine Erhöhung der Löhne nur gesellschaftlich begründet ist.

Genau betrachtet bringen die einzelnen Warenproduzenten nur ihre Warenwerte zur Erscheinung. Was da am Himmel blitzt und zündelt, sind die

⁷⁰ Ist es nicht zauberhaft, dass in der Wertökonomie die Löhne immer mit dem Sinken der Preise zu tun haben, die Mehrwerte jedoch immer mit dem Sinken der Löhne? (Bei steter Inflation übrigens auch anteilig, obwohl sie nominell steigen).

Preise im Einzelnen. Dass in diesem Chaos eine allgemeine Strahlung durch alle Preise geht, kommt nur daher, dass es einen reflektierenden Preis aller Preise in jedem Preis gibt – den der Ware Arbeitskraft. In einer Güterökonomie, wie im Sozialismus, flammen nur die Gütermengen im Einzelnen auf, und dass in diesem Inferno eine allgemein wachsende Gütermenge auftaucht, kommt/käme nur daher, dass es eine reflektierende (aneignende) Gütermenge in allen Gütermengen gibt. Das eine ist also ein Preis-, das andere ein Mengenhimmel. In den der Preise geht ein allgemeiner Preis, in den der Güter ein allgemeines Gut ein.

Wo nun Löhne allgemein steigen (und auch steigen sollen), mußte es zu unterschiedlichen Gewinnmargen in Preisen kommen, wenn unterschiedliche Steigerung der individuellen produktiven Kraft ihre Voraussetzung war. Löhne konnten/können durchaus auf die Höhe der Gewinne steigen – dies bei den Betrieben, die die Produktivität gering oder gar nicht steigern konnten – und ihnen so „Unrentabilität“ verheißen, so dass ausgehend von der großen Verschiedenheit der Gewinne durch Betriebe es verständlich sein kann, dass genau diese Praxis der Grund dafür wurde, die Preise wieder in die Form der „richtigen Wertpreise“ zurückzuführen. Es bedeutet aber keine Unrentabilität, wenn auf die Produktion von (pro Zeit) immer gleichen 100 Stahltüren in dem einen Betrieb 100, 200 oder 300 Zentner Äpfel (pro gleicher Zeit) aus einem anderen Betrieb zur Verteilung gelangen. Die steigende Produktivkraft des einen darf nicht zur „Unrentabilität“ des anderen erklärt werden. Die Äpfel, im Preis gesenkt auf die Hälfte oder ein Drittel, hätten die Rentabilität des Türenproduzenten „gesteigert“. Zu begreifen ist bei der Großen Ökonomischen Wende in der Geschichte der Menschheit immer, dass das eine System eine energetisches ist, wir haben es bei der Arbeitszeit (oder dem Wert) bei steigender Produktivkraft mit einer Implosion, einem Zusammenfallen der Zeit (pro Stück) zu tun, und beim anderen System, das ein System der Menge, der Stofflichkeit ist, mit der anderen Erscheinung der steigenden Produktivkraft der Arbeit zu tun, einem System der Explosion, der Ausdehnung der Menge.

Das Unverständnis der Revolution, das Nichthinnehmen-Wollen, dass es ein System geben wird, das die Unterschiede der konkreten Arbeit zur Erscheinung bringen wird, und zwar in dem System zur Erscheinung bringen wird, worin bisher die Gleichheit – in der so genannten Verwertung, also im

Mehrwert – zur Erscheinung gebracht wurde, konnte so (mußte aber nicht) zum Grund für eine andere Sozialismus-Vorstellung werden, für einen Irrweg, der sich real vor der Arbeiterbewegung aufgetan hat.

Es ist ein Jammer der sozialistischen ökonomischen Wissenschaft, dass sie die Revolution nicht versteht, die sie in den Produktionsverhältnissen bewirkt hat – durch einfachen Wechsel im Preistyp. (Beim Setzen der Menge als Menge wäre das nicht passiert, man hätte a priori gewusst, dass das Gut/seine Menge, die man produziert, nicht das Gut/die Menge ist, die man per Lohn aneignet). Preise „im Sozialismus“ bleiben, indem sie zur Form von Festpreisen übergehen, historisch gesehen (mehr oder weniger) letzte Preise des Kapitalismus (in der DDR waren dies Stoppreise, die sich auf das Jahr 1936 beriefen – angeordnet von der sowjetischen Militärverwaltung; das NÖS nagte an einem SMAD-Beschluss), oder es handelt sich um die ersten originären Preise ab dem Beginn der Planwirtschaft. Konstante Preise sind dann nichts als bleibende Preise, so, als würde die Arbeitsproduktivität im Sozialismus nicht von der Stelle kommen.

Natürlich ein Irrtum, der sich aus der Werttheorie herleitet, in der stets gleich bleibende Preise eben Preise gleichbleibender Produktivkraft der Arbeit bedeuten. Im Festpreissystem muß die Zunahme der Produktivkraft nicht am sinkenden Preis im Einzelnen, sondern am Wachstum der Summe der Preise im Gesamten gemessen werden. Und damit gar nicht mehr an einem inneren Verhältnis in Werten/Preisen, sagen wir am Verhältnis von m zu v (oder Mehrwert zum Lohn) gemessen werden. Hier darf man auch nicht nach einem Preis oder ein Lohn:Gewinn-Verhältnis suchen, in dem ein Maß gesetzt ist, sagen wir einen *sozialistischen Produktionspreis*.⁷¹ Es grenzt an den Versuch

⁷¹ Dagegen war die Produktionsfondsabgabe – auch eine Neuerung durch das NÖS – richtig. Man hat von der Entwicklung der technischen Basis der Produktion grundsätzlich eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, d.h. eine Senkung der betrieblich notwendigen Arbeitszeiten – oder, anders betrachtet: einen stofflichen Anstieg der Produktion zu erwarten. Bei Festpreisen steigt dadurch, wie wir sahen, im direkten Verhältnis der Gewinnanteil in Preisen und die Summe der Preise. Dass man einen Teil dieses Anstiegs mit einer auf die technischen Fonds bezogenen Abgabe belegt, d.h. den Gewinn aufteilt in drei statt nur in zwei Teile – höhere Löhne, höhere

einer Quadratur des Kreises, in eine Wertkennziffer – selbst wenn diese zum „Stillstand“ kommt - eine Produktivitätskennziffer einzuführen. Für die Akkumulation stünde (oder stand) im Sozialismus die Summe an Preisen solcher Güter, die nicht in die Konsumtion eingehen. (Wie überhaupt der Lohn wie die Lohnsteigerung sich nicht aus einem Verhältnis von v zu m in Preisen begründet, d.h. aus jeder Steigerung der Arbeitsproduktivität, sondern nur aus einem Summenwachstum an Preisen in der Abteilung II der gesellschaftlichen Arbeit, also aus einer besonderen Steigerung der Produktivität – dies nur nebenbei zu der Frage, ob man im Sozialismus Lohnsteigerungen überhaupt aus der Bewegung in der individuellen Arbeit – oder aus jeder Steigerung der Produktivkraft - begründen kann. Man kann es nicht; Lohnerhöhungen im Sozialismus sind immer gesellschaftlich, immer aus der Gesamtarbeit (in Industrieabteilung II) begründet. Wert kann man individuell „leisten“, Lohn muß man immer gesellschaftlich aneignen.)

Nicht den gesellschaftlichen Charakter der Lohnzahlung propagiert zu haben, war ein großer Fehler des Sozialismus. Es erschien das *gesamtgesellschaftliche* Eigentumsverhältnis des Sozialismus nicht, so dass es möglich war, noch einmal die Eigentumsfrage - „Wer ist Eigentümer im Sozialismus?“ (Michael Brie) - aufzuwerfen bzw. noch einmal das besondere Eigentum zur Arbeit zu fordern, das – *Belegschaftseigentum*, oder auch die *Selbstverwaltung der Betriebe* oder die *Eigenerwirtschaftung der Mittel der erweiterten Reproduktion* genannt.

Das Geld- wie Preissystem der Planwirtschaft

Die Politische Ökonomie des Sozialismus begann mit der Planwirtschaft und damit mit dem Geld- Preis- wie Lohnsystem der *Planwirtschaft*. Es war ein System fester Preise im Einzelnen, wachsender Mengen gesellschaftlichen Geldes, wachsender Summen an Löhnen. Es dauerte kein 5, maximal 10 Jahre (in der UdSSR zwischen 1930-40, in der DDR zwischen ca. 1947 bis Mitte der 50er Jahre), dann hatte sich das bis dahin äquivalente, d.h. den inneren Werten äquivalente Preissystem in ein nichtäquivalentes verwandelt. Die Unterschiede, die die „Waren“ als Preise hatten, entsprachen nicht mehr den

Gewinne und Produktionsfondsabgabe (in der Regel waren das 6%) – ist ökonomisch begründet und der Form nach berechtigt.

Unterschieden, die sie als Werte/Arbeitsaufwendungen hatten. Man kann mit ihnen rechnen – wie mit Mengen Gebrauchswerten, aber wofür diese fest gebliebenen Preise nicht mehr stehen, sind Mengen an Arbeit.

Statt dem neuen Historismus mit einer neuen Theorie zu entsprechen, hielt die „sozialistische Wissenschaft“ mit aller Gewalt an der alten Theorie fest und sprach – auf der Basis der produzierten Preissummen ins Verhältnis gesetzt zur geleisteten Arbeitszeit in Stunden produktiv Arbeitender - von einem stetig verändernden Maßstab der Preise oder auch Wertgehalts des Geldes. Bloß, einen stets neuen Preismaßstab oder Wertgehalt des Geldes ausgehend vom gesamtgesellschaftlichen Geldvolumen zu berechnen, nach dem andererseits kein einziger realer Preis auch gebildet ist, ergibt keinen Sinn (außer den, für das stoffliche Wachstum der Gesellschaft eine annähernd adäquate Größe gefunden zu haben) - womit klar, dass ein solcher Sinn nur über eine „wertökonomische Reform“ wieder hergestellt werden könnte. Damit sind die Reformen, oder auch die nochmalige Trennung der Theorie der Praxis (im realen Sozialismus) erklärt. Aber die Reformen reiben sich an einer Realität, sie sind das Unverständnis dieser Realität.

Denn umgekehrt ergibt ein Festpreis - wegen seiner festen Bindung einer Geldmenge an eine „Waren“menge und eines gemeinsamen Wachstums nur in diesem Verhältnis - einen Sinn und daher eine Theorie. Festpreise erlauben erst die Planwirtschaft als naturalgeplante Wirtschaft, weil sie eine der stofflichen Planung identische Geldwirtschaft erlauben. (Ansonsten könnte man ja mit dem Geld anders kaufen als stofflich vorgesehen, und dann hätten wir einen Widerspruch zwischen Ware und Geld im Sozialismus; so hatten wir eine Einheit (weil Identität.))

Wir sagten bereits: Rein aus ökonomischen Gründen (der Bewegung der Produktivkraft der konkreten Arbeit) kommt es zur Verungleichung der Preise dem Gewinn/Profit nach. (Hier wird klar, warum der sowjetische Ökonom Libermann in seiner Kritik am Gewinn, statt am Preis an sich ansetzt; er wollte den Gewinn „in Ordnung bringen“, Preis war nur Mittel.) Kommt nun das Prinzip Lohnerhöhung in diese Preise herein, verungleichen die ungleichen Gewinne – auf geringeren absoluten Niveaus – ein zweites Mal, ja, es kann auch dazu kommen, dass Löhne „über den Preis steigen“. Dann muß, sollen die Betriebe mit ihren Einnahmen ihre Ausgaben decken, ein Subventions-Regime her. Und das kann nur ein überbetriebliches, d.h. vom

Staat garantiertes sein – womit wir die Entstehung des umfassenden Systems subventionierter Preise im Sozialismus erklärt haben. Die „Subventionierung“ hat nichts mit mangelnder ökonomischer Entwicklung zu tun, sondern ist (vom Prinzip her, Politik dagegen kann alles Mögliche sein, darunter auch Verkennung des schon möglichen Prinzips) Folge eines Systems allgemeiner Erhöhung der Löhne.

Voraussetzung, dass der Staat in dieser Funktion tätig wird, ist, dass er zuvor mindestens die Gewinne der Betriebe an sich gezogen, d.h. zentralisiert hat. Womit das *neue ökonomische System der Planwirtschaft* – seiner Wirkungsweise nach – erklärt ist. Es kommt nicht ohne die Form eines ökonomischen Zentralismus aus, weil die Betriebe (oder „Warenproduzenten“) ihre Reproduktion nicht mehr im Verkehr untereinander, *über die Preise ihrer Produkte (!), garantieren konnten.*⁷² Aber *„über den Staat“, über „staatlich“ vorgegebene Geldfonds garantieren müssen.* (Das gesellschaftliche Unverständnis spricht von Kommandowirtschaft).

(Frage nun: Müssen Preise das, die „individuelle“ Reproduktion sichern?⁷³)

Aber wer das neue System am bisherigen geschichtlichen System der Wert-, Geld-Preis-Ökonomie misst, ist in einem höchsten Maße verunsichert und – verwandelt in einen Kritiker des „realen Sozialismus“. Womit wieder ein Zustand des Gegensatzes in der theoretischen Ökonomie, wenn auch noch

⁷² Was der Wertpreis auch nicht mehr kann – er muß durch ein Bankensystem, d.h. durch ein Geld allgemeinen Zugriffs ergänzt sein -, aber wegen eines Gleichheitsprinzips, gleichen Gewinn/Profit auf eingesetztes Kapital, schafft er doch ein besonderes *Eigentümergefühl*.

⁷³ Hier zu dieser Frage nur soviel: Nein, sie müssen das nicht. Die Bewegung der Ökonomie nach dem Bedarfs-Prinzip an konkreten Gütern verlangt sowieso die Umwandlung des Äquivalenz-Prinzips in das Proportionalitäts-Prinzip, und das heißt nichts als die Umverteilung der äquivalent erworbenen Geldmittel. Im Kapitalismus wird das über die Banken besorgt – das Geld bleibt Eigentum derjenigen, die es in Banken „anlegen“, im Sozialismus ist das über ein gesellschaftliches Zentralorgan der Einheit von naturaler und monetärer Planung wie Leitung der Produktion gesichert – das Eigentum ist – in beiden Formen – an sich ein gesellschaftliches, gemeinschaftliches. Es verfügt über eine zentralisierte Form der Aneignung.

nicht erklärt (denn warum kommt es zu Festpreisen?), so doch verständlich geworden ist.

Die erste Praxis einer sozialistischen Ökonomie ist *noch nicht als Revolution in den Produktionsverhältnissen* empfunden worden, sondern umgekehrt als ein Verstoß gegen diese, was wiederum zur Folge hatte, dass erst, als es zu einer Reform dieser ersten Praxis kam - Kossygin-Reform⁷⁴, NÖS oder Ulbricht-Reform, auch Ota-Šik-Reform⁷⁵, zuguterletzt die Nyers-Reform⁷⁶

⁷⁴ *Redaktion offen-siv:* Wie Chruschtschow versuchte Kosygin, die „Kommandowirtschaft“, womit die Planwirtschaft gemeint war, zu reformieren. 1965 leitete Kosygin eine Wirtschaftsreform ein, die allgemein als „Kosygin-Reform“ bezeichnet wird. Kosygin versuchte, die sowjetische Industrie „effizienter“ zu machen, indem er einige in der Ersten Welt übliche Marktmaßnahmen einbezog, wie zum Beispiel die Erzielung von Gewinnen. Er versuchte auch, die Produktionsmenge zu erhöhen, die Anreize für Manager und Arbeiter zu erhöhen und die Manager von der zentralisierten staatlichen Bürokratie zu befreien.

Die Reform wurde von den Werken des sowjetischen Ökonomen Jevsei Liberman beeinflusst. Kosygin glaubte, dass Dezentralisierung, halböffentliche Unternehmen und Genossenschaften der Schlüssel seien. Die Reform wurde umgesetzt, zeigte jedoch schon früh einige Fehlfunktionen und Unstimmigkeiten.

Die wachsende Feindseligkeit gegenüber Reformen, die schlechten Ergebnisse und die reformistische Haltung von Kosygin führten zu einer Gegenreaktion in der Partei und auch in der Bevölkerung gegen ihn.

Kosygin leitete 1973 eine weitere Wirtschaftsreform ein, um die zentralen Ministerien zu schwächen und den regionalen Behörden auf republikanischer und lokaler Ebene mehr Befugnisse zu verleihen. Das Versäumnis der Reform, Kosygins Ziel zu erreichen, führte zu ihrer Aufhebung.

⁷⁵ *Redaktion offen-siv:* Unter der Führung des Zentralkomiteemitglieds und Leiters des Wirtschaftsinstituts an der Prager Akademie der Wissenschaften, Ota Šik, bildete sich eine wirtschaftliche Opposition gegen die planwirtschaftliche Ausrichtung des Sozialismus, die grundlegende Wirtschaftsreformen forderte. Nach der Ansicht Šiks sollte die Planwirtschaft zugunsten einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ – unter Befreiung der Betriebe von staatlicher Führung und Abbau der Bürokratie – aufgegeben werden. Demnach sollte die zentrale Planung der Wirtschaft auf ein Minimum reduziert werden, im Mittelpunkt sollten dagegen gegeneinander konkurrierende Betriebe stehen, die sich – zumindest formell – im Besitz ihrer Arbeiter befänden. Die Umsetzung dieser Reformpläne wäre einer Hinwendung zu

einem Wirtschaftssystem wie dem Jugoslawiens oder einem noch stärker an Marktmechanismen orientierten gleichgekommen. Nach der Konterrevolution Unter anderem schlug Šik auch die Zulassung autonomer Gewerkschaften und privat geführter Kleinbetriebe, Joint Ventures mit westlichen Firmen, die Einführung einer Arbeiterselbstverwaltung und das Ende der staatlichen Lenkung der Preisbildung vor. Nach der Konterrevolution gab Ota Šik Anfang der 90er Jahre in einem Interview an, niemals tatsächlich eine Reform des Sozialismus (den berühmten „Dritten Weg“, wie sein Reformprogramm 1968 auch genannt wurde), sondern vielmehr die Abschaffung des Sozialismus, die volle Herstellung der Marktwirtschaft, als Ziel verfolgt zu haben.

⁷⁶ *Redaktion offen-siv*: Im November 1962 wurde Rezső Nyers Sekretär des ZK der ungarischen Partei für Wirtschaftsfragen und wurde damit zum „Vater“ der ungarischen Wirtschaftsreformen, die Anfang 1968 begannen. Diese seit Mai 1966 bekannten Reformpläne sahen die Umstellung der Produktion in Hinsicht einer Anpassung an den Markt vor. Nyers wurde Mitglied des ZK.

Nachdem es 1972/73 unter dem Einfluss der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und deren Generalsekretär Leonid Breschnew zu einer Bremsung der Reformbemühungen kam, verlor Nyers seine Funktionen als ZK-Sekretär sowie als Mitglied des Politbüros und des ZK.

Erst als Károly Grósz am 22. Mai 1988 auf der Landeskonferenz der ungarischen Partei zum neuen Generalsekretär und somit zum Nachfolger Kádárs, gewählt worden war, wurde Nyers seinerseits wieder zum Mitglied in das Politbüro gewählt.

Kurz darauf gründete er die „Neue März-Front“, eine unabhängige Bewegung zur „Erneuerung des Sozialismus“, die sich auch für die Beseitigung des „Stalinismus“ einsetzte. Am 24. November 1988 wurde er Staatsminister für Wirtschaftsfragen. Am 24. Juni 1989 wurde er als Nachfolger des bisherigen Generalsekretärs Grósz neuer Parteivorsitzender der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. In diese Zeit fiel, dass der ungarische und der österreichische Außenminister symbolisch ein Loch in den Grenzzaun zwischen beiden Ländern schnitten (27. Juni 1989), dem folgte das so genannte „paneuropäische Frühstück“, organisiert von Imre Pozsgay und Otto von Habsburg am 19. August 1989 und die schließliche Grenzöffnung in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989.

Während seiner bis 1990 dauernden Amtszeit als Parteivorsitzender führte er Gespräche mit der Opposition zum Übergang in ein Mehrparteiensystem. Darüber hinaus setzte sich Nyers, der ein überzeugter Befürworter der Marktwirtschaft war, für die Einführung demokratischer Entscheidungsprozesse und eine politische Öffnung ein. Außerdem förderte er durch die parteiinterne Reformpolitik eine Abkehr vom alten Konzept des Sozialismus.

(Ungarn) waren im Gespräch -, der Begriff einer Revolution, eines endlich gefundenen Sozialismus um sich griff - im Übrigen bis heute.

Was mich betrifft, so sage ich: falsch, die eigentliche Revolution steckt in der ersten Praxis, die Reformen sind ein Missverständnis dieser.

Nicht jeder (vielleicht keiner?) wird genauso denken, aber wir sollten die Chance – einer Erinnerung an Walter Ulbricht, den eigentlichen Protagonisten des NÖS in der DDR – nutzen, im Nachhinein, ca. 50 Jahre nach den Ereignissen, für theoretische Klarheit über die Anliegen der damaligen Reform zu sorgen – was wirkliche Gründe für ihr Scheitern waren.

Walter Ulbricht ist nie zum Bewusstsein gekommen, dass er mit seinen beiden Forderungen (oder Vorstellungen vom NÖS) an einen Widerspruch geraten war – von einem Missverständnis bzw. einer falschen Auslegung der Marxschen Werttheorie wollen wir noch gar nicht sprechen. Das Missverständnis resp. die fehlende Kenntnisnahme eines inneren Widerspruchs des NÖS setzt sich – bei den Ökonomen wie Historikern der DDR – bis in unsere Tage fort. Diese Mängel in der Ulbricht- bzw. NÖS-Historie sind allerdings die Voraussetzung, dass sich eine bestimmte Kritik am realen Sozialismus, an seiner real gehandhabten Planwirtschaft, fortsetzt. Bzw. sich eine zukünftige Arbeiterbewegung falsch formiert, geschichtlich falsch neu aufstellt.

Was Walter Ulbricht zunächst auf der Wirtschaftskonferenz des ZK der SED im Juni 1963 vortrug und was dann später in die „Richtlinie zum Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“ übernommen wurde, konnte zunächst als eine identisch zur so genannten Kossygin-Reform in der Sowjetunion laufende Initiative verstanden werden; es wurde aber mehr. Es war Kritik (relative) an der bisherigen ökonomischen Praxis der Planwirtschaft, aber es war auch ein *eigentümliches Verständnis der Marxschen Waren- und Werttheorie* mit der Initiative zum NÖS verbunden. Der Begriff *Neu/Neues System* war demonstrativ und gewollt.

Walter Ulbricht ließ keinen Zweifel daran (siehe seine Rede zum 100. Jahrestag des Erscheinens des Bandes 1 von „Das Kapital“ von Karl Marx, September 1967 in Berlin), dass es für ihn beim Sozialismus um eine *Gesellschaftsformation eigenen Charakters* ging, die sich zwischen den Kapitalismus und den Kommunismus schob, also mehr war als in der bis

dahin gültigen Theorie, die sich noch auf Karl Marx berief, angenommen worden war. In dieser war „der Sozialismus“ *nur* eine erste Periode des Kommunismus, also bereits kommunistisch zu definieren, wenn auch unentwickelten Charakters.

Doch jetzt zwar weiterhin Sozialismus, aber noch einmal „in den Farben der Wertform“.

Die (Arbeiter-)Welt horchte auf.⁷⁷

Ich schreibe an Walter Ulbricht

Darunter ich, denn ich war ein solcher und dazu noch einer, den das Lohn-Problem zutiefst beschäftigte. Meine Vorstellungen vom Lohn im Sozialismus, besonders seiner Steigerung, gingen überhaupt nicht vom Gewinn (in Preisen) aus, sondern waren als *Ansprüche auf das gesellschaftliche Produktionswachstum* definiert – ein absoluter Gegensatz zum NÖS. Ein gesellschaftliches Mehrprodukt sollte zur Verteilung gelangen, und nicht aus einer besonderen Gewinnsteigerung begründet werden. Der Lohn „sei die Wahrnehmung eines Eigentumsrechts auf das Ganze an Arbeit“. Ich schrieb also an Walter Ulbricht den „mutigen“ Satz, dass er/das NÖS „die Gesellschaftsprognostik (des Marxismus) in Wahrsagerei auflöse“ (siehe meine Arbeit: „Genosse Ware/die Erklärung des Mao Tse Tung“, später: „... des proletarischen Absolutismus“, und dann noch viele weitere Arbeiten). D.h. ich war von Anfang an gegen das NÖS als Versuch einer Wiederaufnahme der Warenökonomie im Sozialismus/der DDR, als Begründung des Lohnes aus der betrieblichen Wertbildung, wie es das NÖS wollte.

Daher ein kurzer Eintrag zu meiner Person und vor allen Dingen zu den Gründen, warum ich eine solche Herausforderung versuchte.

Meine theoretischen Arbeiten setzten 1963 ein, also etwa zeitgleich mit den Überlegungen zum NÖS, oder, wie man auch sagen kann, der besonderen theoretischen Initiative von Walter Ulbricht. Ich war tätig als Stahlbauer im VEB Stahl- und Blechkonstruktionen in Berlin-Weißensee, nachmals

⁷⁷ Aber die bürgerliche auch.

Metalleichtbau-Kombinat Berlin, Werk III. Wir arbeiteten im Stück-Lohn-System, und erlebten zu dieser Zeit (ob schon als Aktion im Vorfeld des NÖS gedacht, weiß ich nicht) eine Lohnreform – DDR-weit. Sinn dieser Reform, *die in aller Stille verlief*, war, von den hohen Normen-Übererfüllungen der Stücklohnarbeiter herunter zu kommen – ein Problem, das die DDR seit der berühmten Initiative von Adolf Hennecke (1949 = 380% Normenerfüllung, wie einst Stachanow in der UdSSR) einerseits sehr erfreute, andererseits auch ökonomisch beutelte. (Es schuf Unfrieden unter den Arbeitern, dass die Stück=Lohn-Arbeiter ein Privileg auf Lohnerhöhung genossen, während die Zeit=Lohn-Arbeiter jeweils auf eine gesellschaftliche Form der Lohnerhöhung warten mussten.) Die Möglichkeit, Normen überzuerfüllen, schuf die Möglichkeit, Lohnerhöhung (Normenübererfüllung war ja eine solche) salopp gesagt individuell, bei Einzelnen zu konzentrieren. Die Lohnreform führte dazu, dass Normen im Prinzip wieder nur bis zu 100% erfüllt werden konnten, d.h. sie wurden auf der Basis der realen Arbeitszeiten neu festgelegt, und der Geldbetrag, der aus der bisherigen Übererfüllung stammte, wurde als Lohn-Mehrbetrag auf den Tarif zugezahlt. Wir hatten wieder 100%-Normen, aber keinen Lohnverlust – anders als die versuchte Korrektur im Mai/Juni 1953. Deshalb verlief diese Korrektur am „System“ auch in „aller Stille“. Man (d.h. die Partei) „hatte begriffen“. Eine „wilde Form“ der Lohnsteigerung war liquidiert bei Sanktionierung des geldseitigen Standes, den sie erreicht hatte!

Man kam prinzipiell ins Grübeln, d.h. ökonomisch, wissenschaftlich war zu überlegen: Löhne können, dürfen, ja müssen „im Sozialismus steigen“.

Nur nicht individuell, denn ab nun hieß es in der Arbeit: Neue Technik – *neue* Normen.

Also keine direkten Lohnerhöhungen mehr durch einfache „Übererfüllung“ der – Arbeitszeit.

Doch Arbeitszeit ist nicht nur Norm, sondern ist auch Geld.

Daher nun die „polit-ökonomische Frage“: Bedeuten neue Normen, also neue Arbeitszeiten, auch *neue Preise*?

Laut Wertgesetz, laut NÖS, laut ... Walter Ulbricht: Ja. Ab jetzt, ab dem NÖS Ja.

Und wie ist es dann mit der Lohnerhöhung, wenn Preise sinken?

Hier stieß ich auf das Problem, dass ja – nach der bisherigen Praxis im Sozialismus – Preise gerade nicht sanken, also konstant blieben wenn die Produktivität stieg, und so *eine Praxis bei den Normen mit der Praxis bei den Preisen kongruent verlief* (könnte man sagen).⁷⁸ Wie hier Normen, wurden dort Preise nicht zurückgenommen, wenn die Produktivität stieg. Wie bei der Norm*über*erfüllung war mir die Praxis der Preis*über*erfüllung vertraut, das eine war nur das Großformat des anderen, nur: das eine wie das andere mündete in eine Lohn*über*erfüllung. Der eine Weg, der betrieblich-individuelle, war ab der 62er Reform verbaut, der gesellschaftliche – blieb geöffnet?

Oder sollte ich mich zu Walter Ulbricht/zum NÖS bekennen, dass hier, bei den Preisen, „Ordnung geschaffen werden“ muß? Ich bekannte mich: gegen Walter Ulbricht, gegen das NÖS. Und warum? Weil ich für das Prinzip des Lohnwachstums in Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Produktionswachstum, also ganz außerhalb von einer Preisbegründung überhaupt im Sozialismus war – und bin.

Womit ich das Problem genannt habe, das eigentlich die Ökonomie, praktisch wie theoretisch, zu beschäftigen hat (und mich seitdem theoretisch umtreibt). Daher noch diese Bemerkung: Es ist mir schleierhaft, dass es in den vielen Reminiszenzen, die das NÖS findet, kein Bewußtsein darüber gibt, dass stete Lohnsteigerung mit der Produktivkraft der Arbeit und stete Preissenkung ebenfalls mit der Produktivkraft der Arbeit ein einander ausschließender Widerspruch sind. Was Walter Ulbricht betrifft, so geriet er an diesen Widerspruch *ohne das Bewusstsein zu erlangen, dass es ein Widerspruch war*. Denn er wollte Wertpreise und er wollte Lohnerhöhung. Der Mangel an Bewusstsein, dass es sich um einen Widerspruch handelt, gilt für die Hommage, die Walter Ulbricht immer noch in der großen Schar seiner Anhänger – die auch noch immer Anhänger des NÖS sind – findet. Was fehlt,

⁷⁸ Es drückt noch immer eine Schwäche der Theorie vom Sozialismus aus, wenn sie nur nach den Schäden fragt, die in der Praxis eines Sozialismus – egal welchen Landes - hervorgerufen worden sind, nie nach dem Sinn dieser „Schäden“.

ist noch immer das *Bewusstsein über das NÖS*, dass es eine *contradictio in adjecto* ist.

Die Wertform der Arbeitskraft ist aufzuheben

Die allgemeine Aufgabe des Sozialismus/Kommunismus – Aufhebung der Entfremdung des Arbeiters von der Arbeit – ist an eine Form verwiesen: Bei Erhalt der Wertform (falls diese Absicht existiert, und in der realen Planwirtschaft existierte sie und im NÖS sollte das Bekenntnis zum Wert ja wieder auf den Punkt gebracht werden) *muß aber die Wertform für den Arbeiter (!) aufgehoben sein.*

Es macht keinen Sinn, in einem Sozialismus über die Wertform zu dozieren, wenn nicht die Problemstellung – Lösung eines Gegensatzes zum/im Wert – erkannt ist. Ist diese Bedingung erkannt und der Form nach berücksichtigt, kann es ein ganz allgemeines Bekenntnis, eine An-sich-Zustimmung mindestens zu dem einen der beiden Grundgedanken des NÖS, zu den theoretischen Initiativen von Walter Ulbricht geben: *Der Arbeiter muß/soll sich zu seinem Sozialismus bekennen.* Aber das Wie ist nicht egal, sondern hat als *System* von Preis und Geld eine - nur eine (!) - Form.

Für den Lohn (eine Geldform!) heißt/hieß das, ihn in ein solches Verhältnis zur Arbeit zu bringen, dass Fortschritt hier, bei der Arbeit, Fortschritt dort, beim Lohn ist. Mindestens der Tendenz, allgemeinen Orientierung nach. (Denn logisch muß zuvor die Produktivität/Produktion gestiegen sein, damit unser Satz auch über eine substantielle Grundlage verfügt). Verhältnisse, die vorher solche der Kapitalisten zur Arbeit waren, müssen solche des Lohnes, solche der arbeitenden Klasse werden. *Verhältnisse der Produktion* müssen (im Sozialismus/Kommunismus) vom Kapitalisten auf den Lohnarbeiter, von der Kategorie des Mehrwertes/Profits auf die Kategorie des Lohnes überwechseln! Der Satz, den Marx einst gefunden – „So direkt, wie die Produktivkraft der Arbeit steigt, so direkt steigt der Mehrwert“ -, muß nun lauten: „So direkt wie die Produktivkraft der Arbeit, steigt der Lohn“.

Der Satz, in dem dieser Wandel in der Ökonomie im Allgemeinen konkret ausgedrückt ist, lautet: „Mit steigender Produktivkraft der Arbeit muß/soll der

Lohn steigen“.⁷⁹ Und bezogen auf das Geld (denn der Lohn ist eine Zahlung in Geld) heißt das, dass mit steigender Produktion/Produktivkraft *das Geld in seiner Menge* zu steigen habe⁸⁰, sonst kann ja der Lohn, der sich auf Geld bezieht, nicht steigen. Es muß – bei dieser Forderung nach steigenden Löhnen – um einen *absoluten* Geldmengen-Zuwachs gehen – denn ansonsten käme ja nur die Form der Umverteilung (an Geld) infrage: etwas, was in der Voraussetzung nicht Lohn ist, sagen wir Mehrwert/Gewinn, muß in Lohn umgewandelt werden. D.h. der Sinn dann des Lohnes hebt den Sinn dessen, was Mehrwert ist, auf. Und: Ist das ökonomisch?⁸¹

⁷⁹ Und dieser Satz steht auch prompt in allen – buchstäblich in allen – Lehrbüchern zur Politischen Ökonomie des Sozialismus, egal ob sie vor dem NÖS – im „Stalinschen System“ –, während des NÖS, oder nach dem NÖS (wieder im Stalinschen System) geschrieben worden sind. *Das System* hat also nie geendet (nachdem es einmal begonnen).

⁸⁰ Ökonomen der DDR, die sich nach den Initiativen des NÖS resp. von Walter Ulbricht mit diesen Fragen auseinandergesetzt haben, folgerten denn auch aus der ständigen Vermehrung der Geldmenge mit dem Wachstum der Produktion, dass sich der Maßstab der Preise im Sozialismus permanent verändern würde – weiter erkannten sie nichts. Gerhard Richter (Akademie der Wissenschaften der DDR) errechnete für den Beginn der 70er Jahre einen Rückgang des Wertgehalts der Mark der DDR auf ein Achtel des ursprünglichen Gehalts.

⁸¹ Ich will damit nur andeuten, dass es niemals eine Kategorie in der Ökonomie gibt, die nur sinnlos ist – selbst dann nicht, wenn sie einen Gegensatz ausdrückt. So auch mit dem Mehrwert, von dem gesagt werden muß, dass seine Existenz wie bewußte, auf den Fortschritt in der Produktivkraft bezogene Vergrößerung, einen Sinn enthält. Nämlich den, die Akkumulation jenseits der Konsumtion zu delegieren. Dass damit ein Ausschluß des Arbeiters aus der Akkumulation einhergeht, ist der Gegensatz, aber nicht der abstrakte Gedanke, dass Konsumtion und Akkumulation nicht in eine Form der Aneignung fallen kann. Siehe Marx' Gothaer Programmkritik, wo er die Aneignung des Arbeiters im Kommunismus ausschließlich auf die Konsumtionsmittel konzentriert, d.h. die Akkumulation der Produktionsmittel aus der unmittelbaren Konsumtion des Arbeiters ausschließt. Ist Marx Kapitalist – im Kommunismus? Natürlich nicht. Marx ist nur das vollendete Wissen einer Entwicklung in der Ökonomie, die mit einem Gegensatz beginnt, weil in – privaten Eigentumsverhältnissen beginnt.

Die Summe der Preise muß also – mit der Produktion, dem Anstieg der Produktivität – steigen, das *ist auch ein substantielles Steigen der Summe der Preise, aber eines auf Basis der konkreten Seite der Arbeit*. Und da Geld nur reell ist was Preise ideell sind, steigt darob die Summe des Geldes. Was auf der einen Seite wie Verletzung der Wertform der Preise aussieht – und nach einer Reform der Preise förmlich schreit -, ist in Wahrheit – und das ist die Wahrheit der Planwirtschaft, die dem NÖS vorausging – nichts als ein Wechsel der Preisbildung wie der Geldbildung vom Wert der Ware auf die Ware selbst. Preise zählen jetzt Waren, deren Menge. Die Wechsel, die hier bei der Preis- wie Geldbildung stattfinden, sind – unter dem Aspekt des Doppelcharakters der Arbeit betrachtet - Wechsel von der abstrakten zur konkreten Seite der Arbeit. Statt „nur“ durch Mengen des Goldes zu wachsen (oder durch Mengen des Papiergeldes), steigt jetzt die Menge des Geldes durch die Mengen aller „Waren“.

Ich erinnere hier kurz an die Praxis der Normenübererfüllung bei den Stücklöhnern: Auch hier war die Übererfüllung der Norm bzw. der Arbeitszeit substantiell gedeckt, denn es wurde – sagen wir bei 100% Übererfüllung – ein Arbeitsstück mehr vom Arbeiter geliefert. Es ist also so, dass die Reform, die die Arbeiter (1962/63) in ihrer direkten Zeit-zu-Lohn-Praxis traf, in der gesellschaftlichen Wert-zu-Preis-Praxis *nicht* wiederholt wurde. Und warum, ist auch klar: Ohne neue Geldmengen-Ökonomie keine Basis für Lohnerhöhungen; das Falsche, die Fälschung – der Wertform – muß sein! Daher hat es die dritte Stufe der Preisreform, als es tatsächlich darum gegangen wäre, die Preise analog den Wertveränderungen in Bewegung zu setzen, nicht gegeben; und überhaupt: alles, was am NÖS falsch war, hat es nicht gegeben oder gab es nur in der Theorie, und alles was richtig war, gab es auch oder gab es auch ohne das NÖS.

Lohnwachstum mit dem Produktionswachstum, und Preise/Preissummen, die das vermitteln, ist alles neu, ist historisch neu, ja, das wirft die Verhältnisse der Waren- Ökonomie völlig um, scheint sie außer Kraft zu setzen, oder von den Füßen auf den Kopf zu stellen. Doch der Planwirtschaft gelang das. Und nun messe man an dieser *Revolution in den Produktions-Verhältnissen* – wir unterstellen, dass diese im Übergang zur geplanten Wirtschaft stattgefunden hat - die Forderung, die Preise resp. die Menge des Geldes habe den Gesetzen des Wertes zu entsprechen. Das Geld (im Sozialismus) hat dem Lohn zu

dienen, es ist verstanden, wenn es ausgehend vom Verhältnis des Arbeiters/Lohnes zum Geld verstanden ist. Die Geldtheorie im Sozialismus ist nichts als eine verwandelte Lohntheorie. Denn *rechnen* konnte man mit Preisen, die disparat zu Werten standen, nur noch unter dem Gesichtspunkt des Verbrauchs von Gegenständlichkeit.

Leider fehlt in den vielen Reminiszenzen, die das NÖS heutzutage erlebt, jedes Bewusstsein der genannten Problemlage. Beide Aussagen/Aufgaben – die der steigenden Löhne und die der Wertform der Preise – koexistieren einander, so, als sei es kein Problem, sie vereint in die Welt zu setzen.

Doch im realen Sozialismus der Planwirtschaft ist dieses Kompromiss gelungen, aber eben *auf Kosten der Wertform der Preise!*

Plädoyer für ein wirkliches NÖS

Daher meine Aussage: Wenn die Reform des NÖS real geworden wäre, wäre dies nur auf Kosten der Einheit des Preissystems gegangen. Also nur gegangen mit zwei voneinander getrennt vorgehenden Preissystemen. Dass also Konsumgüterpreise in einem eigenen Preissystem geführt worden sind, d.h. auch im NÖS – in einem ersten Denkansatz – in einem Extrasystem geführt worden sind, hätte aber in der Konsequenz dazu führen müssen, *Löhne außerhalb der Preise zu führen*; sie hätten gar nicht mehr in Preisen erscheinen dürfen – obwohl sie sich (in ihrer Höhe) auf Preise beriefen. Dann wäre der innere Gewinn in Preisen, unser berühmter Mehrwert, verschwunden, und „Gewinn“ wäre das Preissummenwachstum geworden (das es sowieso gab, das man nur nicht als den Gewinn in seiner neuen, kommunistischen Form, als Gewinn an konkretem Wachstum, Produktwachstum, erkannte.)

Aber genau diesen Schritt – Löhne/betriebliche Lohnfonds außerhalb der betrieblichen Preise zu führen, eine Produktivitätskategorie außerhalb einer Wertform (wenn auch der merkwürdigen Art weil unbeweglichen Art) – verweigerte das NÖS.⁸²

⁸² Selbstverständlich wäre es jetzt darum gegangen, ein anderes Arbeitszeit-Messregime an die Stelle der Wertform der arbeitszeitlichen Messung zu setzen – ein wieder bewegliches. Und das hätte nur eines der direkten Zeitmessung sein können.

Erst jetzt, nachdem wir uns der allgemeinen Problemlage des Kapitalismus und, davon ausgehend, der Aufgabenstellung für den Kommunismus bewusst geworden sind, wir schließlich an die Frage geraten sind, die sich den Formen nach für den Erhalt des Geldes, der Preise und der Löhne ergibt, können wir das Dilemma verstehen, das sich vor dem NÖS auftat – und wie sich der Ausweg aus dem Dilemma im Kopf von Walter Ulbricht letztlich doch *Bahn bricht*.

Ist Wert der Gegenstand der Aneignung, muß es um ein Wert-Preis-System gehen; ist Lohn der Gegenstand der Aneignung, muß es um ein Lohn-Preis-System gehen.

In einem Wert-Preis-System besteht ein Spielraum der Löhne darin, dass er langsamer sinkt als die Preise sinken. (Nur, dieser Spielraum war im NÖS nicht gemeint; er lässt den Arbeiter auch passiv bleiben gegenüber seiner Produktion, die er verantwortet.) D.h. Löhne können als Werte sinken und dennoch in Waren aufwerten. Die eigene Wertbewegung (des Lohnes) kann eine langsamere Bewegung sein als die der anderen (der Waren), dann verlieren die Löhne zwar an Wert, gewinnen aber an Waren. Die Wertökonomie wäre verstanden, wenn die Forderung gelautes hätte: Preise müssen nach Werten bewegt werden, Löhne dagegen müssen nach Warenmengen bewegt werden. Dann wären die Löhne gesunken und die Mehrwerte gestiegen, dem Gesetz des steigenden Anteils der Akkumulation an der Arbeit wäre Genüge getan, aber der Lohn wäre nicht unbeteiligt gewesen am Fortschritt der Produktivkraft der Arbeit. Er wäre im Wert gesunken, aber nicht wie die Produktivität gestiegen. D.h. um einige Waren weniger.

So „merkwürdige“ Sätze müssen gebildet werden, wenn die Wertökonomie verstanden sein will.

Die Frage ist daher immer, aufgrund *welchen Verhältnisses zu Waren* Löhne gebildet werden. Zu stets wachsenden Mengen oder zu stets gleichen Mengen?

Und Geld wie Geldpreise, einst die Maße/Erscheinungen von Arbeitszeit, hätten als Kategorie der Verteilungsweise geendet; darüber muß man sich im Klaren sein, dass die eine Revolution die andere nach sich zieht.

Wir begreifen, dass es bei einem Gesetz der Werte für die Preise der Waren nur *eine* Form der Teilnahme des Arbeiters an der steigenden Produktivkraft der Arbeit geben kann: den Weg über die steigende Kaufkraft des Geldes resp. seines Lohnes. Und diesen Gewinn hat der Lohn nur, wenn er langsamer sinkt als die Preise sinken. Dann sinkt er, d.h. er sinkt immer, aber die Preise sinken rascher, und so könnte er sich für weniger Lohn dennoch mehr Waren kaufen. So stellt sich die Lohnfrage bei Wertgesetz für Preise dar.

Der Ökonom ernüchert. Er wollte doch über den Lohn ein Anreiz-System für den Arbeiter ausbreiten, und das verlangt den Lohn als steigenden. Aber ein solches Steigen, dass die Akkumulation darunter leidet, war ausgeschlossen.

Bleibe also nur der Weg: der konstant bleibenden Preise. Dass sie konstant bleiben, heißt, dass das ganze Preissystem des Sozialismus auf die Widerspiegelung der konkreten Seite der Arbeit übergeht, und Entwicklung hier, in der konkreten Arbeit, Entwicklung dort, Entwicklung im Preissystem bedeutet. D.h. es wächst wie ... *die Produktivkraft wächst. Dann haben wir es mit einem Wachstum der Geldmenge zu tun, und diese kann man sich teilen: Sofern es Wachstum in II ist, geht es an den Lohn⁸³, und sofern es Wachstum in I ist, geht es an die Akkumulation. D.h. bei an sich konstant bleibenden Preisen im Einzelnen, und Wachstum der Summe der Preise mit dem Wachsen der Gütermengen, gewinnen beide, ist das Wachstum ein gleichzeitiges, ist es kein Wachstum des einen auf Kosten des anderen - des Lohnes auf Kosten des Gewinns/der Akkumulation, oder der Akkumulation auf Kosten des Lohnes. Es ist auch kein einseitiges Wachsen, d.h. nur eines des Gewinns (oder Mehrwertes), wie noch im Kapitalismus. Dieser also ist auch der Form nach überwunden, obwohl „seine Kategorien“ noch im gesellschaftlichen Gebrauch sind.⁸⁴*

⁸³ Um hier Anreizsysteme zu bedienen oder einfach allgemeine Lohnerhöhung zu erzeugen – ein Zweck findet sich immer.

⁸⁴ Man stelle sich die zweite historische Stufe des Kommunismus vor – alle Produkte sind nur noch Gebrauchswerte, um Geld und Preise ginge es nicht mehr, die Verteilung erfolgte nach dem Charakter der Produkte; Konsumgüter gingen in den individuellen Konsum, Produktionsmittel in die Produktion. Wo in der Voraussetzung etwas gewachsen ist (in seiner Summe), dort geht das Mehr an Produziertem hin. Und

Auch dieses Wachsen ist ein substantielles, ein substantielles *in Waren*. Als Walter Ulbricht sagte, „die Voraussetzung für ein stabiles Verbraucherpreis-System sind im Sozialismus vorhanden – die gesicherte Produktion, ihr sicherer Anstieg“, da hatte er – Recht! Es ist also kein verselbstständigtes Wachstum des Geldes als solchen. Obwohl dieses in ständiger Bewegung sein mußte, d.h. mit den Güterangeboten wachsen mußte – Äquivalenzprinzip von Menge Preis mit Menge Geld (!), was in gewissen Grenzen auch gelang, bis auf die letzten Jahre der DDR (und der Sowjetunion, aber da war das „Vorangehen des Geldes vor der Ware“ politische Absicht) -, wurde es dennoch kein permanent inflationäres Geldsystem, wie wir es im heutigen Kapitalismus vorfinden.

Fazit: Am NÖS ist nur falsch das Wertpreis-System, sonst ist alles richtig; richtig ist also der Gedanke des Lohnwachstums, der Gedanke es mit dem Leistungsprinzip zu verbinden, und richtig ist es, diesen Gedanken umzusetzen in Konsumgüter-Preisen, die nicht dem Wertprinzip unterlagen, und das sind dann eben Festpreise. Im Grunde ist im NÖS alles richtig, was alt war – alt im Sinne der bisherigen Planwirtschaft, und falsch alles, was neu an ihm werden sollte – neu im Sinne der alten Warenökonomie.

Allgemeine Herausforderungen in der Theorie

Dass wir uns von der Vorstellung trennen müssen, dass das NÖS über eine geschlossene Theorie (oder auch Praxis) des Geldes und der Preise, der Löhne und Gewinne verfügte, ist aber nur das eine. Dasselbe muß man auch von dem dem NÖS vorhergehenden bzw. durch das NÖS nie aufgehobenen System der Festpreise sagen. Was fehlt, ist überhaupt eine Theorie des Geldes zu Beginn des Kommunismus. Die Ideen zum NÖS sind ja nicht aus dem Nichts, sondern auf dem Boden einer Voraussetzung entstanden – dem Geld- und Preissystem der Planwirtschaft, und nur was hier Problem war oder als solches empfunden, kann - *ebenso wie purer Revisionismus* - zu den Ideen des NÖS geführt haben; dann ginge es noch immer erst um Unkenntnis oder

genau so ist es ab der ersten Periode, nur – mit Hilfe des Geldes, also einer an das konkrete Produkt gebundenen zweiten verteilenden Form.

Unverständnis des Kommunismus. Dem Revisionismus-Vorwurf – schon im Sozialismus befindlich - ist auch mit einiger Vorsicht zu begegnen, wenn zu schnell zu ihm gegriffen wird. Man *kann* mit ihm enden, aber nicht mit ihm beginnen.

Gedanken zu einigen Punkten einer allgemeinen Geld- und Preis-, wie Lohn- und Gewinn-Theorie am Beginn des Sozialismus/Kommunismus als *Planwirtschaft, oder aus Sicht einer solchen.*

1. Frage ist, warum blieb das Geld? Hier wird - von Reformern - gesagt, das Geld ist geblieben oder bleibt im Sozialismus, weil die Warenproduktion geblieben, das Geld also die den Wert (= Arbeitsaufwand) sowohl ausdrückende als auch messende ökonomische Form ist. Diese Aussage muß in Zweifel gezogen werden. In Zweifel deshalb, weil die Maß- oder Messfunktion des Wertes durch eine Geldware, also durch Geld, sich nicht erklärt durch diese Funktion, das Messen des Arbeitsaufwandes also der Grund für die Warenform des Produkts war/ist, sondern weil Privatarbeit/-eigentum, das sich an gesellschaftliche Aneigner abgibt, daher aus der Sicht des Privateigentümers verschwindet (!), ihren Produkten die Form eines Eigentums verschaffen muß, und diese hat sie in einer vom Produkt als Gebrauchswert abstrahierenden Form – Wert. D.h. Wert ist eine Form/Kategorie von Eigentum an der „eigenen“ Arbeit, und das Entstehen der Maßfunktion der Ware erklärt sich aus der Eigentumsfunktion, und nicht umgekehrt erklärt sich die Eigentumsfunktion aus der Maßfunktion. Da mit der Aufhebung des privaten Eigentums an den sachlichen Bedingungen der Arbeit ihre Ausdrucksform als notwendige entfällt, entfällt die Maßfunktion.

Warum aber bleibt nach der Aufhebung der Eigentumsfunktion nach Art einer Warenproduktion dennoch die „Maßfunktion“ des Geldes erhalten? Nun, weil sie gar nicht erhalten bleibt – wie der Festpreis beweist. Ein fester Preis ist einer Aufhebung der Maßfunktion des Wertes durch das Geld gleichzusetzen. Und die Frage ist die, warum dennoch das Geld „erhalten“ bleibt ... in welcher Funktion noch, wenn nicht mehr in der Maßfunktion?

Beginnen wir so: Der Sozialismus – oder der Beginn seines Aufbaus, egal welchen Landes – hatte es immer mit Löhnen, immer mit Preisen zu tun, die Güter der Produktion mussten immer über die Geldform angeeignet werden. Insofern hatten wir es nie mit einem geldlosen Zustand zu tun, der frei war

schon von den Formen, die der Kapitalismus resp. vor diesem die einfache Warenproduktion geboren. Sozialismus also gleich Kapitalismus? Nein, denn trotz Erhalts der Form nach war von den *Produktionsverhältnissen* des Sozialismus verlangt, dass sie bereits Lösungsformen der Überwindung der Widersprüche bedeuten, wie sie den Kapitalismus kennzeichnen. Und bezogen auf die Wertfunktion der Ware heißt dies, dass sie nicht ausgehend von der Produktion der Sachen auf den Produzenten dieser Sachen, d.h. den lebendigen Arbeiter übertragen werden kann. *Dies ist der Widerspruch, der zu überwinden ist.* Die Aneignung von Gütern durch den Arbeiter muß frei sein von der Wertform, frei einmal von einer Wertform für den Arbeiter, seine Arbeitskraft selbst, und frei sein andererseits von der Wertform der Güter der Arbeit, *aus* der sie in den Markt für Arbeitskräfte übertragen. Man kann den Wert der Ware Arbeitskraft nicht aufheben, ohne dass der Wert der Waren aufgehoben ist.

Nur unter einer Bedingung kann man das, ohne formell das Geld aufzuheben.

Womit wir an die erste und wahrhaft „spannende Frage“ des Sozialismus geraten: In/mit den Formen der kapitalistischen Produktionsweise/der Warenproduktion lassen sich Widersprüche eben dieses Kapitalismus überwinden, außer Kraft setzen (oder wie auch immer). Der Gegensatz von Kapitalist und Arbeiter (subjektiv gesehen) oder Mehrwert/Profit und Lohn (objektiv gesehen) – oder auf die ganze geschichtliche Warenform der Produktion ausgedehnt als der Gegensatz von Wert und Geld beim Eigentümer der Arbeit und Wert und Geld bei seinen Arbeitern - lässt sich in den Formen, in denen der Gegensatz erschienen ist, überwinden. Geld - schon im Kapitalismus - in der Hand des Kapitalisten und Geld in der Hand des Lohnarbeiters hat nicht die gleiche Funktion; dieser Formwandel ist zu beachten, er führt uns in das Verständnis eines allgemeinen Verhältnisses zum Geld im Sozialismus ein (hier hätte auch bei Marx noch etwas nachgelegt werden können). In der Hand des Kapitalisten misst/vermittelt es das Eigentum, also den Wert bzw. *hier geht es um den Wert*, in der Hand des Lohn-Arbeiters aber vermittelt es nur „Waren“ in der Bedeutung von bloßen Gebrauchswerten. Die Ausdehnung der Wertform auf die Arbeitskraft, den Arbeiter, findet auf dem Boden eines Bruchs im Verhältnis zum Wert statt. Dass die Vermittlung der Waren an den Arbeiter in der Form von Werten der Waren stattfindet, hat mit dem Verhältnis der Waren zu tun und ist eine

vorausgesetzte Gegebenheit, die sich aber nicht zwangsläufig aus der Vermittlung dieser Produkte an die Arbeiter ergibt. So ist das Wertverhältnis einerseits allgemein, andererseits gebrochen.

Geld in der Hand des Lohnarbeiters kann nicht zum Beweis dafür dienen, dass wir es mit der gegenständlichen Form (d.h. Ware) für den Wert der Waren zu tun haben - oder bei der Produktionsweise noch mit einer Warenproduktion, eher schon mit einer Form, die anzeigt, dass die Warenproduktion historisch verlassen wird.

Hier also „die Bedingung“: Mit Geld kann man den Wert (der durch Arbeit gesetzt) aneignen, mit Geld aber auch nur Güter, und in diesem Verhältnis spielt nur der Gebrauchswert eine Rolle, der Wert keine. Man muß die Wertfunktion für die Sachlichkeiten der Produktion aussetzen, dann erscheint/würde erscheinen die „bloße“ Funktion des Geldes als eines vermittelnden Gegenstandes zum Kauf von Gütern.

Damit hat man auf der Basis eines gegensätzlichen Verhältnisses zweier Klassen zum Geld im Kapitalismus einen gesellschaftlichen Gegensatz bestimmt, der den Kommunismus vom Kapitalismus trennen dürfte – und getrennt hat.

2. „Geld-Kommunismus oder Karten-Kommunismus“? Natürlich lässt sich der Gegensatz auch außerhalb dieser Formen überwinden. Aber dann muß seine Lösung die rein naturale Form annehmen. Dies hieße, das Geld sofort abzuschaffen, die Wertform der Preise aufzuheben, ja, die Preise als solche, die Warenform, also die den Wert/Arbeitsaufwand ausdrückende Form des Produkts an sich. Die Arbeiter erhielten dann die Produkte in Naturalform, und ... auf Karten. Denn die Produktion ist noch nicht „überirdisch“, d.h. fähig, jeden Bedarf zu decken. Auf Karten? Ja, wie sonst soll man Aneignung begrenzen, wenn die Begrenzung über die Geldform aufgehoben ist?

Hier sehen wir einen Vorteil der Geld- vor der Kartenform der Begrenzung in der Verteilung. Sie existiert bereits. Die Menschen sind an diese Form der Begrenzung (im Konsum) historisch gewöhnt, durch die vorangegangene kapitalistische Gesellschaft gewöhnt. Ein „Kommunismus mit Geld“ ist ihnen nichts Ungewöhnliches. Die Geldform ist abstrakt, sie grenzt die Aneignung ein, aber nicht ausgedehnt bis auf die konkreten Güter der Aneignung ein. Jedem Individuum ist es selbst überlassen, in welchen Mengen nach

Produkten die Aneignung über das Geld aufgesplittert werden soll. D.h. „die Individuen sind frei“, „nach Bedürfnissen“ aneignen zu können – relativ, nicht einer absoluten Menge nach, aber doch frei in der Zuordnung der Geldmenge zu bestimmten Gütern, Neigungen.

Es gibt einen ganz anderen Grund am Geld festzuhalten (und nicht zu den Marxschen Zeitscheinen überzugehen – siehe seine Kritik am Gothaer Programm⁸⁵) als den gemeinhin unterstellten, im Geld die Arbeit/Arbeitszeit zu *messen*, um sie wie eine zum Gegenstand erhobene Eigentumsform in Besitz zu nehmen. Eine *Aneignung nach Bedarf* kann im Rahmen der Geldform erfolgen – relativ, begrenzt, aber im Maße des *Anstiegs der angeeigneten Geldmenge* immer mehr.

3. Geld und Übergangsperiode. Würde dieser in Punkt 2 genannte rein praktische Vorteil der Geld- vor der Kartenform der Begrenzung von Konsum aber den Erhalt des Geldes im Sozialismus begründen? Ja, wenn ihm eine Aufhebung des Geldes bei den Pm entsprechen würde. Bei Produktionsmitteln ist eine Geldform der Aneignung bereits an eine Naturalform der Aneignung gebunden. Die Geldform hier „steht nicht über den Dingen“ (ist nicht abstrakt gegen ein Ding), sondern ist ein Ding. Dadurch, dass aber auch Pm über Geld angeeignet werden, entsteht der Schein einer Allgemeinheit der Geldform, weshalb auch nach einer allgemeinen Erklärung für den Erhalt des Geldes im Sozialismus gesucht werden müsse.

Wie für Marx, muß auch für Stalin (Ökonomische Probleme des Sozialismus, 1952) das historische Maß bestimmt werden. Wollte Marx die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus durch den Übergang vom Geld zum Zeitschein geordnet sehen, geriet Stalin an eine Doppelbestimmung der Produkte „als Waren“, der aber keine doppelte Bestimmung auch des Geldes entsprach. Bei ihm waren Produktionsmittel

⁸⁵ Hier der Punkt, wo die Unterscheidung zwischen einem Geld in der Hand eines Kapitalisten/Eigentümers und dem Geld in der Hand eines Lohnarbeiters schon im Kapitalismus Marx zur richtigen Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus geführt hätte. Die Arbeitszeit – in der *Übergangsperiode* zum Kommunismus – muß bescheinigt werden, aber nicht förmlich Zeitschein des produzierten Gutes auch werden; das ist wie Rückkehr zur Warenproduktion – schlechtere allerdings als die gehabt.

keine Waren (weil kein Eigentümerwechsel stattfindet, wenn sie zirkulieren), Konsumtionsmittel dagegen Waren. Warum? Weil ein Eigentümerwechsel stattfindet, wenn der Eigentümer das, was er unmittelbar für sich produziert hat, auch aneignet? Das ist nicht zu begreifen.

Die Geldform galt bei Stalin für beide Produktformen, Pm wie Km. (Und er meinte die echte Geldform, d.h. Geld als vergegenständlichter Wert.) Doch wenn Produktionsmittel, Produkte also, die den Wirtschaftsbereich nicht verlassen, die nicht/nie in die Konsumtion der Individuen eingehen, keine Waren sind, warum dann noch die Geldform der Aneignung für sie?

Bei Stalin wäre logisch gewesen, für die Aneignung der Pm, die keine Waren sind, bereits die Aufhebung der Geldform zu folgern, und umgekehrt bei den Km, „die noch Waren sind“ – angeblich „wegen Eigentumswechsel“, es bei der Geldform zu belassen. Soweit die Betriebe kaufen – ohne Geld, soweit die Menschen – mit Geld. Das wäre eine klare Ansage an die Gesellschaft gewesen, wohin der Hase läuft. Aus der einen Form hätte man den realen Kommunismus entnehmen können, aus der anderen den Übergang zu ihm.

Hier unterblieb also etwas: Konsequenz in einer in die Welt gesetzten neuen ökonomischen Verkehrsform. Eine gegensätzliche Warendefinition weil gegensätzliche Eigentumsdefinition – so muß man das Maß bei Stalin bestimmen. Und das geht nicht; wir brauchen eine einheitliche Definition des Eigentums für Pm und Km, sie hätte in beiden Fällen gelautet: Keine Waren mehr. Und der Unterschied: Bei den Pm ohne Geld und bei den Km mit „Geld“. D.h. eine einheitliche Eigentumsdefinition, und deren Übertragung auf alles was Produkt ist, und eine gebrochene Gelddefinition, die mit dem Geld als Wertform definitiv bricht.

Dass also das Geld im Sozialismus *abgeschafft* wird, ist richtig, richtig für die Zirkulation der Produkte als Pm.

Und für die Konsumtion ist zu begreifen, dass man trotz Geld Gebrauchswerte nicht unter der Bedingung ihres Wertes aneignet, sondern ... ihres Gebrauchswertes. Zu begreifen wäre also gewesen, dass das Äquivalenzprinzip oder auch Eigentumsprinzip (an der geleisteten Arbeit), das die der Arbeit auferlegte Wertform ja bedeutet, in einer Planwirtschaft einem anderen Prinzip weichen muß. Das Eigentumsprinzip an der eigenen Arbeit gilt nicht mehr, deshalb gilt die Wertform des Produkts nicht mehr,

eines jeden Produkts nicht mehr, aber was an seine Stelle tritt, ist das Prinzip der proportionalen Aneignung der Arbeit „anderer“; und dieses beruft sich auf die Produktion unter dem Gesichtspunkt des Gebrauchswertes. Weil man so und so viele Gebrauchswerte zu produzieren hat (dies per Plan), ist man berechtigt, soviel wie dazu an anderer Arbeit nötig ist, anzueignen: ein ganz anderes Denken hat in die Ökonomie einzuziehen. Mit anderen Worten: Vom Doppelcharakter der Warenproduktion/Arbeit verschwindet die private Eigentumsform – die Wertform, während die Gesellschaftsform der Ware, ihr Gebrauchswert, nicht verschwindet. *Dies ist die einfachste, grundlegende und daher gesellschaftliche Form der Erklärung der Aufhebung der Ware.*

Pm wechseln die Betriebe ohne Geld – weil sie keiner Eigentumsform mehr unterliegen, Km wechseln noch über die Geldform, aber weil sie ebenso sehr keinem Eigentumswechsel unterliegen. Bei Stalin blieb die Geldform der Pm offen und unerklärt, und bei den Km blieb offen und unerklärt, warum die Geldform mit der Wertform, daher einem „Eigentumswechsel“, nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun hatte. Einfach zwei historische Formen des Übergangs zu einem Kommunismus ohne Geld; einen abrupten, und einen sich – möglicherweise – über ein, zwei Jahrhunderte hinziehenden.

4. Ergo: „Ware geht, Geld bleibt“. Die Antwort: Auch das Geld „geht“, und zwar in der Form, in der die Ware das Geld kauft, sich an Geld verkauft. D.h. ihren Wert im Geld ausdrückt und der Wert im Geld ein selbstständiges Dasein erfährt. In dieser Form verschwindet das Geld, und das erscheint im Festpreis. Während die Form bleibt, worin das Geld Gebrauchswerte kauft, Geld also nicht *gekauft* wird, sondern „Waren“ *kauft* – denn hier löst sich das Geld in den Gebrauchswert auf, d.h. es verschwindet in diesem. So kommt es nie zu einem am Geld festhaltenden Verhältnis im Sozialismus der Übergangsperiode zum Kommunismus. Bei Produktionsmitteln, die „keine Waren mehr sind“, würde sich diese Frage erübrigen, müssten sie a priori schon ohne noch die Geldform zirkulieren. Mit dieser Konsequenz wäre Stalin im Nachhinein zu ergänzen.

Und bei Km mit Geld geht es nur noch um kaufende Funktion des Geldes – diese Bedingung ist ebenfalls gewahrt, und warum doch noch mit Geld, erklärt sich dann aus den Vorteilen einer Geldform der Begrenzung vor einer Kartenform der Begrenzung. (Dass die zwischenbetriebliche Zirkulation von Produktionsmitteln in der Naturalform und ohne Geld genauso gut beherrscht

sein muß wie ihr betrieblicher Zirkulationsprozess, der immer schon ohne Geldform, also nur auf naturale Weise erfolgt, versteht sich von selbst; man wird auf die Geldform erst ab dann völlig verzichten können, wenn dieser Umstand eingetreten ist.)

Dass das Geld eine gekaufte und eine kaufende Rolle spielt (was geschichtlich immer schon der Fall ist, aber im Sozialismus dadurch zu einem Gegensatz entwickelt, dass die am Geld festhaltende Rolle des Geldes verschwindet, und die sich im Gebrauchswert auflösende Rolle bleibt), ist eine nachträgliche historische Erweiterung der marxistischen Theorie von der Warenproduktion; sie hat die Entstehung einer sozialistischen Planwirtschaft zur Voraussetzung.

Deshalb, weil es um ein anderes Prinzip der Aneignung geht, und unter dem Gesichtspunkt der Bewegung der konkreten Arbeit gehen muß, endet die Wertform, endet das Äquivalenzprinzip, ja, endet das Privateigentum an der Arbeit.

5. Produktion „ohne Geld“? Theoretisch kann damit das Geld für die Produktion und ihre Zirkulation abgeschafft werden. Es misst – wegen der Festpreise der Produkte – sowieso nicht mehr Werte (die Produktion muß also zur direkten Zeitrechnung, die sie ebenfalls längst schon besitzt, übergehen, und es ist keine unmittelbar vom Geld, wie es realisiert worden, ausgehende Aneignung des Geldes erlaubt. Erlaubt ist dies nur seinem gesellschaftlichen Aneigner oder allgemeinen Eigentümer, dem „Staat“. Der es aber nicht für sich aneignet, sondern nach Bedürfnis verteilt, hierbei unmittelbar das Prinzip der proportionalen Aneignung durch Betriebe wahrnehmend. Die Betriebe erhalten „ihr“ Geld zurück, aber in einer anderen Zuordnung. Das Geld, so *um*verteilt, nimmt nun eine ausschließlich kaufende Rolle wahr. Betriebe können eine solche Rolle der Umverteilung nicht wahrnehmen, nur ein „Gesamtbetrieb“. Die „Wiederaneignung“ des Geldes durch Betriebe ist an Gebrauchswerte gebunden. Die Aneignung ist als Gebrauchswert immer schon bestimmt, wenn die Geldfonds der Betriebe bestimmt sind. Wozu Geld in der Produktion? Wozu die doppelte Zuordnung von Gebrauchswert und Geld in der Aneignung der Betriebe? Zwei Formen sagen dasselbe, und welche hat nun das Sagen?

Im Grunde spielen die Geldfonds der Betriebe im Sozialismus dieselbe Rolle wie der Lohn bei den Arbeitern. Auch diese benutzen es ausschließlich zum

Kauf; das Verhältnis des Lohnarbeiters zum Geld, wie es bereits der Kapitalismus auf die Tagesordnung setzt, wird im Sozialismus nur auf die Produktion ausgedehnt. Wegen der gleichen Funktion des Geldes für Produktion und Konsumtion ist der Erhalt des Geldes im Sozialismus aus einer einzigen Funktion erklärt – es ist Kaufmittel. Und der einzige Unterschied ist der Einsatz des Geldes auf einem einerseits geschlossenen, andererseits offenem „Markt“. Die Marktwirtschaft endet - als Marktwirtschaft im Handel zu ihren Individuen.

Würden im Sozialismus die Betriebe ebenso wie die Menschen/Individuen ihre Geldmittel ungebunden nach Gebrauchswerten einsetzen dürfen, hätten wir – *Warenproduktion*. D.h. nichts als die Wiederherstellung der Voraussetzung. Somit die Frage nach dem *Warum* des „Umwegs über den Sozialismus“? Weil in ihm die *Umwandlung* des Prinzips der Aneignung von der Äquivalenz zur Proportionalität erfolgt, in der die Äquivalenz nur noch für die Gesamtheit aller Fälle errechenbar ist, für alle einzelnen, realen Fälle ökonomischer Bewegung aber aufgehoben ist.

Die Daseinsberechtigung des Geldes bestand im Grunde im Recht, die eigene Arbeit wie ein Eigentum aneignen zu können; die Wertmessung folgt nur aus diesem Recht. So wurde die Warenproduktion als private Eigentumsform dem Bodenbesitz als privater Eigentumsform geschichtlich gleichgestellt. Im Sozialismus entfällt alles – Eigentum in jeder Form, Wertmessung über Geld – von Anfang an.

Hätte Stalin gesagt, im Sozialismus müssen Konsumtionsmittel noch gegen Geld gewechselt werden, so hätte er Recht gehabt. Die Frage, ob sie noch Waren seien, entsprach bereits nicht mehr dem sozialistischen System fester Preise.

6. Die Frage nach dem höheren geschichtlichen Sinn fester Preise. Zu diesem Verständnis gelangt man nicht mehr durch Rückgriff auf die vergangene Geschichte und indem man den Festpreis in die Reihe aller bisherigen Preisarten einreihet. Sondern nur durch Vorgriff auf eine Geschichte ganz ohne Preise. Denn im Sinne bisheriger geschichtlicher Preise ist der Festpreis ein sinnloser Preis; ein sinnvoller also nur, wenn verstanden als/wie eine Geschichte ohne Preis. Denken wir ihn uns also weg. Wir haben es dann – der Erscheinung nach - ökonomisch gesehen nur noch mit Gebrauchswerten zu

tun – wie in einem zuhöchst entwickelten Kommunismus, der mit dem Geld eben auch auf jeden Preis verzichtet – und diese Ökonomie muß auch eine rationale sein. Was bedeutet oder beeinflußt dann die Arbeits(zeit)menge? Nun, dass die Produktivität steigt, dass in einer selben Zeit mehr Produkte produziert werden, dass, sofern es um den Eingang von schon fertigen Gebrauchswerten in den Produktionsprozess geht, deren Materialeinsatz sinkt – die Einsparung darob von Arbeit findet an einem ganz anderen Produktionsort statt. Mit anderen Worten: In einer Gebrauchswert-Ökonomie steigt mit steigender Produktivkraft die produzierte Gütermenge resp. sinkt der Verbrauch an eingesetzter konsumierter Gütermenge. Man vergleiche nun mit dem Festpreis, was dieser misst: Er vermehrt die Summe der Preise mit der Gütermenge (mit dem Anstieg der Produktivkraft der konkreten Arbeit) und senkt ihren Verbrauch in der konsumierten Gütermenge (mit dem Gewinn an Qualität im konkreten Charakter der Arbeit). Wir sehen: „Mit Preis“ ist dasselbe wie „ohne Preis“.

Man muß sich den Festpreis wie „ohne Preis“ denken, wie einfach ein rationales Verhalten zu den sachlichen Fonds der Produktion, dann ist er verstanden als Übergangsform zu einem Kommunismus „ohne Geld“. Der Festpreis ist einfach der Preis einer Übergangsperiode zu keinem Preis mehr.

Man muß im Grunde den Kommunismus verstehen, um den Übergang zum Festpreis zu verstehen. Das „Unverständliche“ am Festpreis – das der Vergangenheit, dem Wertpreis geschuldet ist – tritt immer dann und dort auf, wo es am Einblick in die zukünftige Geschichte mangelt. Man sollte – beim Festpreis angelangt – aufhören, die Zukunft aus der Sicht der Vergangenheit erklären zu wollen.

Soweit Antworten auf einige Fragen zum Verständnis einer allgemeinen Theorie des Geldes und der Preise, der Löhne und der Gewinne beim Übergang vom Kapitalismus in den Kommunismus.

W. Ulbricht - „zwischen den zwei Systemen des Sozialismus“

Zwei Dinge also stehen für eine Position von Walter Ulbricht, wie sie ab dem NÖS der DDR sichtbar wird: 1. Augenscheinlich eine Präzisierung des von Marx formulierten Leistungsprinzips, seine besondere Zuordnung an die betrieblich-konkrete Arbeit, 2. Offenkundige Wiederherstellung des bürgerlichen Prinzips der Messung der Arbeitsaufwände, wie aber auch der Aneignung von Arbeit⁸⁶- mit der einen Ausnahme: Preise für Konsumgüter. Wofür stand Walter Ulbricht mehr: Für die Präzisierung des Leistungsprinzips, oder für die Wiederherstellung der Maßgenauigkeit der Preise? Ich denke für das Letztere. In seiner Orientierung wie aber auch in der heutigen Reflektion ist der Sinn des NÖS im Wesentlichen eine Rückbesinnung auf die warenökonomische Form der Leitung der Produktion. Für die Arbeiterbewegung kam der Sozialismus „zu schnell“.

Andererseits wagte Walter Ulbricht keinen Alleingang.

Für die Zeit vor dem NÖS - die dann wieder der Zeit auch nach dem NÖS gleicht (seine Fortsetzung wurde ja 1967 abgebrochen) - darf angenommen werden, dass Ulbrichts Auffassung mit den Beschlüssen bzw. Initiativen der Partei zu dieser Problematik identisch gewesen ist. Es ist jedenfalls nichts Gegenteiliges bekannt. D.h. nur während der Zeit des NÖS weicht er kurzfristig von der ersten Orientierung der Partei in diesen Fragen beim

⁸⁶ Es ging beim NÖS nicht nur um genauere Form der Arbeitszeitmessung/-rechnung in der Wertform, also Warenform des Produkts im Unterschied zur (scheinbar!) laxeren Handhabung der Preise in der Planwirtschaft, wie man das NÖS auch auslegen könnte. Mit der Präzisierung der Preise den Werten/inneren Arbeitsaufwänden nach war immer das Prinzip der Eigenerwirtschaftung wie Eigenverantwortung der Betriebe (und auch VVB's) über die Fonds der erweiterten (!) Reproduktion verbunden, demnach die Akkumulation aus der Verantwortung einer gesellschaftlichen Zentrale (= Planwirtschaft) weitgehend in die Betriebe delegiert. NÖS brachte ein anderes System der realen Aneignung und Gestaltung der Ökonomie. Was dient hier wem, war die Frage: Die Aneignung der Messung, oder die Messung der Aneignung? Im ersten Fall ist die Messung (des Aufwandes) das Ziel - das „in der Planwirtschaft verloren gegangen ist“, im zweiten die Aneignung (des Wertes) das Ziel - das „mit der Aufhebung des Privateigentums verloren gegangen ist“.

Aufbau des Sozialismus ab, und zwar in dem Maße, wie das NÖS von der ersten Orientierung abweicht.

Das NÖS allerdings galt nun ebenfalls als eine Orientierung der Partei, und insofern sind besondere, abweichende Auffassungen Walter Ulbrichts gleichfalls als besondere, abweichende Auffassungen der Partei zu deuten. Walter Ulbricht wich in diesem Sinne nie von einer Entwicklung auch der Partei – deutschen Arbeiterpartei allerdings – ab, sondern entsprach ihr in ihrem Lern- und Lehrprozess (wie wir es überhaupt mit einem ersten geschichtlichen Wissensstand der Arbeiterbewegung über den Sozialismus zu tun haben). Ob das jedoch auch für die Zeit unmittelbar nach dem NÖS gilt, so dass er am NÖS festhielt während die Mehrheit der Parteiführung nicht, muß offen bleiben; es sind keine Äußerungen von Walter Ulbricht nach 1967, und zum NÖS, mehr bekannt. Dies schließt den hier angeschnittenen Fragenkomplex der Löhne und Preise, des Geldes im Sozialismus ein.⁸⁷ Walter Ulbricht wirkt insgesamt gesehen unvollendet, unvollendet sowohl hinsichtlich des Systems, das die DDR von der Sowjetunion übernommen – das Unvollendete besteht in seiner Trennung von diesem über eine Reform –, als auch unvollendet hinsichtlich dieser Reform selbst – indem diese 1967 aufgegeben wurde.⁸⁸

⁸⁷ Gerechterweise muß man hier einfügen, dass die Frage der „besseren Übereinstimmung von Wert und Preis“ nie vom Arbeitsplan der Partei/der DDR verschwand, bis zu deren Enden nicht. Die Partei stand eben nicht mit beiden Beinen im Sozialismus, sondern nur mit erst einem.

⁸⁸ Dass es immer wieder zu Vorstößen in der Frage der Preise kam, dass es in diesen besser/richtiger um das Messen des „gesellschaftlich notwendigen Aufwandes“ zu gehen habe, ist nicht einer Rückbesinnung auf das NÖS zu verdanken, sondern ist nichts als eine stete Wiederholung der im originären ökonomischen System der zentral geführten Planwirtschaft gefundenen Position. Das Geld, die Geldkategorien waren ja „geblieben“, also wiederholte man die „Marxschen Erkenntnisse“: Was ist Ware, was Wert, was Preis usw. Und maß so den Sozialismus – an Marx, statt an den Realitäten des Sozialismus. Die Lehrbücher - über Preise usw. - der 70er und 80er Jahre unterscheiden sich in nichts von den zum NÖS geschriebenen.

Andererseits ist auch das Unvollendete, das nur Angedachte wert, Gegenstand der Theorie zu sein. Sie kann von Beidem lernen, dem Vollendeten als auch dem Unvollendeten.

In der Theorie haben wir es mit *drei historischen Zuständen* – in denen es um die Frage der Löhne, der Preise und des Geldes im Sozialismus geht – zu tun. 1. Die Zeit vor dem NÖS, eine Zeit – wie wir sahen – der Übereinstimmung mit dem Vorgehen der Sowjetunion ab den 1930er Jahren ihrer Existenz, also dem Übergang zur Planwirtschaft, 2. dem Neuen Ökonomischen System als einem System der Abweichung vom Verhalten in einer originären Planwirtschaft, 3. dem Scheitern des NÖS in diesen Fragen und der Rückkehr zum ausgleichlichen „sowjetischen“ System. Die Initiativen der 70er und noch später der 80er Jahre erlebte Walter Ulbricht allerdings nicht mehr, während er das Auftauchen von Widersprüchen - und Widersprechenden - des NÖS unbedingt noch wahrnahm.

Wir konstatieren, dass die Frage der Löhne, Preise und des Geldes in einem *Sozialismus der Realität nach Praxis* war in einem relativ langfristig währenden System, dass es hier zur Form der Herstellung, Aufhebung und Wiederherstellung kam, und Praxis werden sollte resp. relativ auch wurde in einer Reform, die aber nicht ihre Endfassung erlebte, so dass wir von dieser Praxis eher in der Form einer Theorie sprechen sollten. Was demnach Walter Ulbricht/die Partei Besonderes zu diesem System sagte, ist vom Standpunkt der Theorie her von Interesse, wir sollten in der Auseinandersetzung mit ihm nicht so tun, als hätten wir es hier schon mit einer zweiten Auffassung vom Sozialismus, mit einem anderen ökonomischen System, das auch ein sozialistisches ist, zu tun gehabt. *Realer* Sozialismus war nur das erste System, und uns ist daher auch nur dieses System authentisch in der Frage von Lohn, Preis und Geld. *Authentisch* deshalb, weil es das wirklich einzig praktische war. Wir messen - in der Theorie und einfach aus Gründen der historischen Wirklichkeit - die Reform *an der Revolution*, das NÖS *an der Planwirtschaft*, und nicht umgekehrt.

Wenn wir es mit zwei Systemen und in drei historischen Etappen des Sozialismus in der DDR zu tun haben – genaugenommen war es nur eine, die kurzzeitig unterbrochen war vom NÖS, nur wegen der Unterbrechung wie der Rückkehr zu einem Ausgangspunkt spreche ich von drei Etappen - , dann wäre es falsch, eine so herausragende Persönlichkeit wie Walter Ulbricht nur

dem einen System, dem einer Reform des ersten praktizierten Systems, zuzuordnen; der ganze Ulbricht ist ein sehr komplexer. Und ob einer auch der Gegensätzlichkeit, hatte unsere Analyse zu erbringen. Oktober 2013

Moral, wo fängst Du an?

Hermann Jacobs: Meine Reaktion auf einen Artikel von Wolfgang Berger im ND vom 24.4.1965: „Gedanken zum materiellen Interesse und zur Moral in der sozialistischen Produktion“.

Vorbemerkung

Nachstehend dokumentiere ich einen Briefwechsel mit Dr. Wolfgang Berger, wirtschaftswissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsstab von Walter Ulbricht, aus dem Jahr 1965. Er sollte Aufschluss geben über die beiden grundsätzlich möglichen Ansätze in einer Produktionsweise des Volkseigentums, eine höhere Form des materiellen Interesses bei den Werktätigen zu wecken, d.h. dem von Marx angedeuteten Leistungsprinzips gewissermaßen die höhere gesellschaftliche Weihe zu geben. Im Sozialismus nämlich muß das materielle Interesse vom Kapitalisten an den Arbeiter übergehen, und damit vom Profit auf den Lohn, oder immer auf den Produzenten sui generis (besonderer Art).

Zunächst zum Anlass. Am 23. April des Jahres 1965 veröffentlichte das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, einen Artikel von Wolfgang Berger, gedacht zum bevorstehenden 9. Plenum des ZK der SED, theoretischen Problemen gewidmet, die auf dem Plenum offensichtlich behandelt werden sollten. Den Titel des Artikels habe ich in der Überschrift zu diesem Beitrag genannt. Die Unterzeile zu ihm sagt noch genauer, worum es ging: „Warum sich der Arbeiter um den Gewinn seines volkseigenen Betriebes kümmern soll“. Und in einer weiteren Unterzeile wurde von

Wolfgang Berger ergänzt: „Über den Unterschied zwischen dem Gewinn im Sozialismus und dem kapitalistischen Profit“.⁸⁹

Ich hatte mich zu dieser Zeit – Frühjahr 1965 – bereits mehrfach zu ökonomischen Fragen geäußert, insbesondere solchen der Löhne, aber auch zur Frage der Preise. In welchem Verhältnis zur Produktion sollen Löhne gebildet werden, wie eine Erhöhung erfahren – waren Fragen, denen ich mich stellte, dabei meine praktischen Erfahrungen – aus einer inzwischen schon 8jährigen Tätigkeit als Stücklohnarbeiter in Berliner volkseigenen Betrieben – berücksichtigend. Die Beiträge gingen entweder an das ZK der SED, oder an wissenschaftliche Einrichtungen wie auch Zeitschriften. Ich war wohl zu einer

⁸⁹ Wolfgang Berger hatte geschrieben: "Sicher hat der sozialistische Staat immer über das Mehrprodukt verfügen können. Aber dessen Umfang hat nicht ausgereicht, um alle notwendigen Maßnahmen der erweiterten Reproduktion materiell und finanziell zu sichern. Das dürfte zu einem wesentlichen Teil auch darauf zurückzuführen sein, daß das persönliche materielle Interesse der Werktätigen an der Steigerung des Mehrprodukts nur begrenzt war. Jetzt geht es gerade darum, das Mehrprodukt erheblich zu vergrößern, die Reproduktion gerade heute, im Zeitalter der technischen Revolution, noch mehr zu erweitern.

Diese Aufgabe kann dann am besten gelöst werden, wenn das materielle Interesse der Werktätigen, insbesondere der Arbeitskollektive, aber auch der leitenden Wirtschaftskader an die Größe des im Betrieb (*sic. J.*) erzielten Gewinns gebunden wird, wenn wesentliche (*!, J.*) Teile ihres Einkommens (Prämie usw.) aus dem Gewinn des Betriebes finanziert werden, wenn sie in gewissem Umfang sogar von der Größe des erzielten Gewinns abhängig (*!, J.*) sind. Auf diese Weise wird das persönliche materielle Interesse der Werktätigen an der Erhöhung ihres Einkommens eng mit dem gesellschaftlichen Interesse an einem hohen Gewinn, an einem hohen gesellschaftlichen Mehrprodukt verbunden. In dieser Gestalt übt der Gewinn also einen wesentlichen Anreiz aus, besondere Leistungen zu vollbringen, und er bindet die Interessen der einzelnen Werktätigen und besonders der Arbeitskollektive fest an die Interessen der Gesellschaft.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann gesagt werden, daß keine andere Kennziffer und kein anderer ökonomischer Hebel imstande sind, diese Verknüpfung besser zu besorgen...".

So also der jungfräuliche Auftakt (der ja wohl auf Liberman zurückführt, oder überhaupt sowjetische Vorläufer hat).

anderen Auffassung als der nun neu im NÖS, der beabsichtigten Reform des ökonomischen Systems im Sozialismus, vorgetragenen gekommen, vor allen Dingen was die Frage der Lohnerhöhungen betrifft, was deren Orientierungspunkt sein soll, oder sein sollte, und so erregte der Artikel meine Aufmerksamkeit. Ich schrieb also an das ND eine Antwort auf die Arbeit von Wolfgang Berger, die den obigen Titel, „Moral, wo fängst Du an“, trug.

Ich will den Briefwechsel, der sich nun entspannt, dokumentieren, wobei ich zu berücksichtigen bitte, dass ich damals noch sehr „philosophisch“ formulierte. Ich versuche dies in der Wiedergabe des Briefes an einigen Stellen durch Ergänzungen, jeweils in Klammern [...] markiert, auszugleichen. Andererseits denke ich, dass mein Grundanliegen erscheint. Im Anschluss an die Wiedergabe der Briefe, es sind sechs, erlaube ich mir noch einmal eine Erläuterung des behandelten Problems.

Als erstes mein Brief an das ND, 23.4.1965

Berlin, den 23. 4. 1965, An die Redaktion „Neues Deutschland“

Zum Artikel von Dr. Berger, Moral, wo fängst Du an?

Werter Genosse Dr. Berger!

Ihre Ansicht, geäußert am Schluss des Artikels, dass man gegen objektive Prozesse „keine Bedenken“ haben könne, muß man schlechterdings teilen. Objektive Prozesse können nicht falsch oder richtig, sie können nur sein. Falsch oder richtig kann nur eine Erkenntnis, eine Reaktion des Bewusstseins sein, die nun menschliche Tat geworden ist. Insofern unterliegt der objektive Prozess nur der Anerkennung, der Prozess des Bewusstwerdens, die Gesamtheit der menschlichen Handlungen aber sehr wohl der Kritik. Dieses Doppelsein der Objektivität, ihre absolute und relative Seite, kennzeichnen überhaupt die menschliche Fortbewegung, und nun das Tempo darin. Erkenntnisse haben die Eigenschaft an sich, materiell zu werden, Geschwindigkeit zu produzieren; ungenügende hemmen, richtige schlagen in gesellschaftliche Verve um.

Aus der Sicht der Praxis habe ich einige Fragen. Sie bezeichnen den Gewinn als den Hebel par excellence, besser als „alle anderen imstande“, individuelle und gesellschaftliche Interessen zu verknüpfen. Ich muß Ihnen leider sagen,

dass mein elementares Verhalten, meine Grundpflicht als gesellschaftliches Individuum im Prozess der Arbeit absolut von einem anderen Hebel ausgeht, sich auf ein anderes Band vom Teil zum Ganzen stützt: Die konkrete, daher objektive Arbeitsmenge. Bevor ich Gewinn erziele, muß ich gearbeitet haben. Arbeit machen kommt vor Gewinn machen. Wieviel muß ich arbeiten, wieviel der Menge nach? Arbeit verläuft immer konkret, immer am konkreten Ort unter konkreten Bedingungen, an einer konkreten Maschine, in einer konkreten Geschwindigkeit und daher mit einem konkreten Produkt oder konkreten Masse⁹⁰ [verbunden].

Die Bedingungen mögen sich verändern. Verändert sich das Konkrete als solches? Nein. Das Elementare ist nur konkret sowohl im Dasein als auch in der Veränderung. Eine Gesellschaft, die wissen will, wieviel sie absolut in der Gegenwart zu leisten imstande ist, muß immer das Konkrete objektivieren. Das einzige, was die allgemeine Gesellschaft für den besonderen Arbeiter liefern kann, ist der konkrete Arbeitsort [die konkrete Arbeitsbedingung], das einzige was das besondere Individuum für die allgemeine Gesellschaft liefern kann, ist die konkrete Masse [der konkrete Arbeitsertrag]. Die Moral eines Individuums [Arbeiters], das als Teil eines Ganzen [einer Gesellschaft] arbeitet, steht und fällt daher mit dem Liefern des Konkretums. Sie fangen das auch in der Formel „Konkrete Technik – konkrete Norm“, oder wie das die Partei mit der absolut einwandfreien Lösung getan hat (auf die Bewegung bezogen): „Neue (konkrete) Technik – neue (konkrete) Norm“ ein. Diese Formel und nur sie stellt den Springpunkt für das Verständnis der sozialistischen gesellschaftlichen Ökonomie dar.

Sie deckt sich haargenau mit der Ansicht von Karl Marx, geäußert in der „Kritik am Gothaer Programm“. Dort erklärt er, dass der einzelne Produzent in seiner Leistung gemessen werden muß durch das „individuelle Arbeitsquantum“, das er der Gesellschaft gibt, und das sei analog der „individuellen Arbeitszeit“ des Einzelnen. Von einer Masse Produkt aus der Zeit ist hier überhaupt nicht die Rede. Das können Sie auch nicht. Wenn jedes Ausstoßen von Masse, elementar gesehen, konkret ist, können Sie für das konkrete Messen der Zeit nur einen konkreten Masseausdruck festmachen.

⁹⁰ Den Begriff Masse gebrauche ich immer im Sinne der Arbeitsmenge, Menge an konkret produzierten Gütern.

Nur dann machen Sie die Zeit gleich [messbar, d.h. nur wenn von der konkreten Seite der Arbeit abgesehen ist, erscheint die abstrakte Seite der Arbeit, die quantitativ nur der Zeit nach verschieden ist, rein (Marx)]. Nur dann, wenn die Masseausdrücke der Zeit [während einer Zeit] so tausendfältig ausfallen wie die konkreten Arbeitsbedingungen bunt daherkommen, haben Sie in jeder Arbeitsstunde der Gesellschaft, egal wo sie aufgewendet wird, Gleichheit [oder es mit der Zeit zu tun]. Die Verschiedenheit der Masse, die ein Ausdruck der Konkretheit des Arbeitsortes ist und die Sie hüten müssen wie ein Heiligtum, weil alle Bewegung konkret in den [Arbeits-]Ort hineinfällt und daher auch in Masse so exakt wieder herausfallen muß, macht die Zeit faktisch masselos, weil einmalig. Die Wiederholung wäre nur Wiederholung des Ortes, bis zur Veränderung [der örtlichen Arbeitsbedingungen]. Deshalb ziehen alle Arbeitenden, die als Teil eines Ganzen [der Gesellschaft] arbeiten, also in unmittelbar gesellschaftlichem Auftrag, gleichen Lohn aus einer Arbeitsstunde trotz aller Verschiedenheit der Masse [d.h. ihre Gleichheit als Lohn bezieht sich auf die Gleichheit der von ihnen erbrachten Arbeits-Zeit, nicht auf eine Gleichheit, die von ihrem konkreten Arbeitsertrag erwartet werden würde]. Sie haben nicht irgendeine durchschnittliche Menge Produkt zu liefern [auch nicht eine einem durchschnittlichen Ertrag nach bestimmte Durchschnittsstunde], sondern ihre, die konkrete. Und nur so, wie sie verschieden um ihre Konkretheit schwanken, werden sie im Lohn verschieden, wird ihre Arbeitsstunde ungleich. [D.h. zwei Arbeiter, die unter der Bedingung eines gleichen Arbeitsortes verschiedene Mengen an Arbeitsgut produzieren, verdienen ungleich Lohn; der, der mehr produziert, mehr Lohn als der, der weniger der Menge nach produziert]. Doch unterscheidet sich diese Ungleichheit der Zeit diametral von der vorigen Ungleichheit, gerade so diametral, wie sich die Ungleichheit in der Wiederholung an einem Konkretum von der gleichzeitigen Erprobung zweier Arbeitskräfte an der Verschiedenheit zweier Konkretheiten unterscheidet. [Doch handelt es sich um zwei Arbeitsorte mit verschiedener örtlicher Bedingung der Arbeitsumstände, so macht die Verschiedenheit ihrer Arbeitsmenge keinen Unterschied in der Zeit, die sie arbeiten, und daher nicht im Lohn, den sie verdienen].

Was würde wohl mein benachbarter Schweißerkollege sagen, bekäme ich mit einer produktiveren Maschine das Recht zugesprochen, nun mehr zu verdienen als er. Darin bestand doch das Durcheinander der vergangenen

Jahre, das wir nun mit dem neuen ökonomischen System zu steuern begonnen haben. [Womit ich das „System“ der hohen/höheren Normen-Übererfüllungen meinte]. Aus einer konkreten Arbeitsstunde fällt ein konkretes (objektives) Produkt. Alles sagt nun, das Produkt sei die Erscheinungsform der Zeit. [Ich spreche hier das Problem der Stück=Zeit-Arbeit an, also die Arbeitsform der Stück-Löhner oder Akkord-Arbeiter (im Kapitalismus)]. Das wäre richtig, quantitativ gesehen. Exakt ist Masse [produzierte Menge] die Erscheinungsform von Arbeitskraft. Hier haben wir es aber schon mit der Dauer des Wirkens der Arbeitskraft zu tun. Mengenquantum Produkt nimmt die Form des Mengenquantums Arbeitskraft an. Die Gesellschaft wird am konkreten [Arbeits]Ort produktiver, verdoppelt meinetwegen das Produktquantum aus der Zeit. Zögen wir jetzt nicht das Zeitquantum der Arbeitskraft aus dem Mengenquantum der Arbeitskraft zurück, und zwar um das Doppelte [d.h. auf die Hälfte einer Stunde je Stück, geschrieben hatte ich: „... also auf eine Stunde“, was aber falsch war, denn ausgegangen war ich von einer Stunde, deren Produktivkraft als verdoppelt ich unterstellte], übertrügen wir der Masse den falschen Schein der Kraft absolut [denn ohne Zeitsenkung je Stück bei steigender Produktivkraft der Arbeit vermehrt die Zeitproduktion wie die Mengenproduktion]. Im ersten Fall war die Masse, wie wir gesehen haben, tatsächlich der wirkliche Ausdruck der einen Arbeitsstunde. So lange wurde tatsächlich gearbeitet. Die Masse drückte also die Zeit aus. Die Veränderung [der Produktivkraft] aber verdoppelte den Zeitausdruck [in Wahrheit den Mengenausdruck der Zeit]. Sie sagt zwei Stunden. In Wirklichkeit haben wir eine. Der Masseausdruck der Zeit schlägt um in einen Zeitausdruck der Masse. Der wirkliche Zeitaufwand für ein endlichgroßes Produkt verschwindet im Nebel. Der Gesellschaft, der die Masse als Zeit vorgezählt wird, bezahlt zwei Arbeitsstunden. Kollege X rechnet also 200 Prozent Normenerfüllung ab. Aus seiner Zeit macht er Gummi, Schaumgummi, aus dem einheitlichen gesellschaftlichen Maß der Zeit, dem Ur-Meter des Kommunismus, ein Fass, ein höchst privates Wertgesetz. Kollege Y, der Nachbar an der alten Maschine, erlebt diesen Individualschritt in den Sozialismus und ist gar nicht begeistert. Ihm bleibt nur eine Wahl. Auch er muß mehr Zeit liefern als Masse [als er Menge an Produkten leisten/liefern kann]. Er kann das nur bei verschleierter Norm. Ganz oberflächlich gesehen könnte man nun sagen, bei X sei die Norm ja an die neue Technik angepasst worden, eine falsch ausgelegte Theorie habe ihn

begünstigt, Y aber fälschte konkret durch eine zu niedrige Norm. Einst war aber auch die Maschine von Y die moderne. Erleben nun die Arbeiter, dass die Menge der Produkte aus einer gleichen Zeit auch nur irgendwann, und sei es zu noch so kleinen Bruchteilen, den Schein für Wirklichkeit übernehmen kann, Masse-Plus also Lohn-Plus wird, wird die Nichtobjektivierung der konkreten Masse materielles Interesse. Alle konkreten Veränderungen treten örtlich und zeitlich einsam auf. Neue Technik beginnt mit dem Exemplar 1 am Ort 1. Will man einen höchst individuellen Prozess kontinuierlich, kollektiv begleiten im Lohn, kann man erwähnter gesellschaftlicher Verteilungsform, also Lohn, dies nur erreichen durch generelles Vertuschen der wirklich technisch möglichen Arbeitsmenge. Erhöht X mit Masse [Menge produzierter Güter] den Lohn, kann Y nur folgen, weil er bisher unter seiner konkreten Masse lag [unterhalb seiner an seinem Produktionsplatz möglichen Produktionsmenge lag]. Da X aber für die nächsten zwei Jahre Y werden kann – in dieser Zeit ruht seine Produktionsstufe [würde an seinem Arbeitsplatz keine technische Veränderung stattfinden], muß er, um sich Z [der produktiven Entwicklung an einem dritten Arbeitsplatz] anpassen zu können, sich so verhalten wie Y. Er ist desinteressiert an der Norm, alle sind es. Die Gesellschaft verliert ihre Produktivitätsstufe [oder erreicht diese erst gar nicht], niemand weiß mehr, was die Technik eigentlich leistet; das wirkt auf die Konstruktion der Technik zurück, vom Weltniveau lesen wir in der Zeitung.

Hier, und nur hier, liegt auch die Keimzelle richtiger sozialistischer Moral, sauberen gesellschaftlichen Verhaltens, wissenschaftlich begründbarer Verknüpfung individueller und gesellschaftlicher Interessen. Eine gleiche Leistung vollbringen heißt, eine gleiche Zeit bringen; eine gleiche Zeit bringen heißt, eine verschiedene Masse [Produktionsmenge] bringen.

Die Gesellschaft sammelt die Verschiedenheit ein. Die Gesellschaft – das sind alle Individuen. Als Gesellschaft, d.h. als Summe aller Verschiedenheit, konsumieren alle Individuen. Wie wird konsumiert? Da haben wir es wieder: konkret. Der Ort konsumiert so, wie er arbeitet. Die erste, die produktuelle Konkretheit kann, wie wir sahen, nur verschieden sein. Die Gesellschaft bleibt sonst in der [Entwicklung der] Produktivität zurück. Und die konsumtive Konkretheit? Jetzt kommt der ganze Clou, die zweite Seite des Springpunktes des Verstehens der Ökonomie gesellschaftlicher Arbeit. Sie kann auch nur

verschieden sein, örtlich, individuell. Konsumtiv gesehen ist die vergesellschaftete Produktion Bedarfsproduktion. Der Bedarf fällt konkret an. Mehr, als einen Bedarf zu decken, ist unsinnig, Verschwendung. Beides, produktive und konsumtive Verschiedenheit kennzeichnet gesellschaftliche Arbeit. Streng, exakt gesehen, hat die Menschheit nie anders gearbeitet, kann sie nie je anders arbeiten. Doch diese Verschiedenheit, dieses individuelle Abheben im Lohn, im Konsumtionsteil – hatten wir sie nicht abgelehnt? Eben. Der Grund ist klar. Im individuellen Bedarf, im eigentlichen Konsumprodukt, haben wir noch keine Deckung des Bedarfs. Die „Unterkonsumtion der Massen“ (Marx), das vererbte Grundübel der Wareneigenschaft der Arbeitskraft, macht das Loch in der Wunschliste [nach Gütern] so allgemein, dass die Gesellschaft es auch nur durch allgemeines Verhalten verändern kann, nicht aber durch Konkretes, Individuelles. Allgemeines Verändern aber ist gleichzeitiges Verändern, das so genannte kontinuierliche, das bei falsch verstandenem Anteilprinzip, wie wir vorhin sahen, vom Individuum höchst selbstständig gehandhabt wird. Gleichzeitiges Verändern heißt nicht etwa gleich-großes Verändern, denn da die Einkommen generell nach Qualifikationsstufen gestaffelt sind, hieße gleich-großes Verändern nicht gleiches, sondern ungleiches Verändern [der Löhne]. Gälte es als Recht, aus der Veränderung Gleichgroßes zu konsumieren, warum dann nicht [auch] aus dem Bestehenden? Das Qualifizieren verlöre mit der Zeit seinen noch notwendigen materiellen Vorteil. Gleiches Verändern heißt nur zum gleichen Zeitpunkt für jeden einen Teil verändern, also ungleich der Größe, gleich dem Wirken nach.⁹¹

Die beiden Konkretheiten der sozialistischen Ökonomie haben sich bloßgelegt. Die produktionale Konkretheit heißt Zeit gleichmachen durch Verschiedenheit der Masse [Menge der zu produzierenden Güter an den jeweils konkreten Arbeitsplätzen, wobei die Zeit eben dadurch „gleich wird“, dass von diesen konkret möglichen Mengen abgesehen wird]. Sie tritt zeitlich auf, ist also diskontinuierlich. In der Objektivierung der konkreten

⁹¹ An dieser Stelle im Brief erscheint mein Plädoyer für eine Form der allgemeinen, also gesellschaftlich zur gleichen Zeit wirksam werdenden Lohnerhöhung des/im Sozialismus (oder solange noch beim Lohn mit der Geldform gearbeitet werden muß), deren Grundlage eine allgemeine Steigerung der produktiven Kraft der Arbeit der Gesellschaft ist.

Arbeitsmenge verhält sich das Individuum gesellschaftlich. Es leitet aus der konkreten Masse im Eigentlichen kein Recht für seinen Konsum [Lohn] ab. Anders können Sie keine gesellschaftliche Exekutive im Individuum errichten⁹², nur eine individuelle. Die Gesellschaft, d.h. alle anderen individuellen Arbeiter, bedankt[bedanken] sich für diese Pflicht des Individuums mit einem Recht des Individuums. Untersteht der individuelle Arbeiter nicht mehr seiner eigenen Produktivität, so untersteht er doch jeder. Die gesellschaftliche Exekutive des Individuums schlägt um in eine individuelle Legislative der Gesellschaft. Die konsumtionelle Konkretheit heißt, generell gesehen, Zeit verschieden machen durch Verschiedenheit der Masse. Es ist so phantastisch wie wahr: Sowohl der Masseausfluss wie auch der Masseinfluss in den Ort, in die gleiche Arbeitsstunde, ist seiner Wirklichkeit nach turbulent, disharmonisch, ungleich. Die Gleichzeitigkeit dieser Veränderung im individuellen Konsumtionssektor verleiht dem Individuum daher erst das Gefühl der Gleichheit. Zeitlich produktionale Verschiedenheit bei verschiedener konsumtioneller Gleichzeitigkeit, das sind die beiden Eckpfeiler richtig erkannter sozialistischer Ökonomie.

Wenn auf der einen Seite die Produktion diskontinuierlich verändert, auf der anderen Seite die [individuelle] Konsumtion kontinuierlich reagiert, so ist es nur noch eine Folgerung formell logischer Art, dass man die Kosten der Konsumtion am Ort [der Produktion] nicht mehr den Kosten der Produktion gleichsetzen oder gar gegenüberstellen kann. Was das Produkt am Ort kostet, das kann jetzt nur noch die unmittelbar aufgewendete [Arbeits]Zeit sein, was aber der Produzent an Zeit kostet, also was die Gesellschaft an Produkt auf ihn häuft, wird eine von der örtlich gelieferten Masse unabhängige Frage. Das sind keine Behauptungen, sondern ist seit Langem wirkende Praxis. Jeder Zuwachs an Lohnfonds des Betriebes wird im Prinzip allen Arbeitern des Betriebes zugewiesen, nicht nur dem [Arbeiter] an der produktiveren Maschine. Verhält sich der Betrieb so zu seinen einzelnen Arbeitern, kann sich die Gesellschaft auch nicht anders zum einzelnen Betrieb verhalten. Betriebsmengen sind zusammengesetzte Individualmengen. Produktiver als

⁹² Das widerspricht natürlich dem NÖS, wie es beabsichtigt war, denn hier sollte ja gerade aus der konkreten Senkung der Kosten der Produktion, und in der Folge konkreten Erhöhung des so genannten Gewinnanteils in Preisen eine konkrete Lohnerhöhung begründet werden.

konkret kann niemand sein, oder er muß Konkret verändern. Würden wir die produktive Menge zum Maßstab des Anteils machen, nicht aber ihre Gleichheit der Zeit, würde der freie Arbeiter ideell zwar Besitzer der gesamten Produktivkräfte, materiell aber nur der Besitzer der betrieblichen Masse sein. Statt mit der Enteignung aller Kapitalisten alle Gesellschaft zu besitzen, hätte er mal gerade seinen Betriebskapitalisten enteignet. Übrigens: Auch hätte Marx mit seinem Zeitprinzip unrecht.

Die Arbeitskraft ist nicht Ware mehr. Und das heißt, dass produktionell alle Teil des Ganzen sind und konsumtionell alles Ganze Teil. Alle Arbeit erscheint als Masse. Da alle Individuen als Teil des Ganzen arbeiten, kann alle Masse nur die Form eines Individuums und können alle Individuen auch nur die Form der ganzen Masse annehmen. Um die Form der ganzen Masse anzunehmen, müssen die Individuen nicht nur die ganze Masse erarbeiten, sondern auch besitzen. Besitz Aller ist Nichtbesitz durch einen, oder alle Einen lösen sich zu einem Alles auf.

Das Lohn- oder Anteiltürmchen auf der Arbeitsstunde wächst daher unabhängig vom Masseausstoß der Arbeitsstunde. Damit die Arbeitsstunde tatsächlich eine gesellschaftliche Arbeitsstunde wird, muß dieser Masseausstoß nur konkret sein. Bei der Warenproduktion ist es gerade umgekehrt. Eine gesellschaftliche Arbeitsstunde ist hier eine Stunde mit durchschnittlicher Masse an Produkt. Sobald die Arbeiter wissen, dass ein individueller Weg des Abhebens des Konsumanteils nicht mehr möglich ist, nur noch der gesellschaftliche offenbleibt, ist der Masseausstoß auch konkret. Die gesellschaftlichen Formen der Anteilauszahlung haben auch einen gesetzmäßigen Ausdruck. Es ist nämlich gar nicht wahr, dass „bestimmte Analogien“ zwischen Privatproduktion und assoziierter Produktion „irritieren“, wie Sie schreiben. Mit dem Wesen ändert die Form.

Es dürfte Ihnen klar sein, dass bei Konsumtionsrecht des Individuums nicht entsprechend der eigenen, sondern faktisch entsprechend der anderen Menge ein qualitativ neuer Zeiteinfluss am Ort [der Produktion] entsteht, womit die Wertform des Produkts nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Damit auch nicht mehr die Kategorie des Gewinns in alter Form. Die Wertform der Ware spaltet auf. Und das ist nichts anderes als die Ökonomie des Kommunismus, die ihre Geburtsstunde mit dem einheitlichen, alle Quantität und Qualität umfassenden Produktionsverhältnis erlebt.

Mit Interesse Ihrer Antwort entgegensehend,

Hermann Jacobs, Schweißer im VEB Stahl- und Blechkonstruktion, Berlin Weißensee

Ich erhielt zunächst Antwort vom ND, 26.4.1965

26.4.65

Werter Kollege Jacobs!

Ich danke Ihnen für Ihre Zuschrift. Ich habe sie dem Autor Gen. Dr. Wolfgang Berger zugesandt, der natürlich in erster Linie daran interessiert ist, Zuschriften zu seinem Artikel kennenzulernen.

Mit sozialistischem Gruß

Florath (Kollegiumsmitglied)

Wolfgang Berger übersandte mir daraufhin unter dem 5. Mai 1965 die folgende Antwort:

Dr. Wolfgang Berger, 1603 Schulzendorf, den 5.5.1965, Rosa-Luxemburg-Str. 14

Werter Kollege Jacobs!

Die Redaktion des „ND“ hat mir Ihren Brief zu meinem Artikel vom 23.4.1965 übermittelt.

Ehrlich gesagt, einige Ihrer theoretisch-philosophischen Bemerkungen sind mir nicht ganz klar geworden. Ich halte es daher für das Beste, gleich auf den Kern des Streits zuzusteuern.

Sie schreiben, Ihre Grundpflicht als gesellschaftliches Individuum gehe im Prozess der Arbeit absolut von einem anderen Hebel aus, als dem Gewinn. Sie schreiben: „Bevor ich Gewinn erziele, muß ich gearbeitet haben. Arbeit

machen kommt vor Gewinn machen“. Ich dagegen sage: Indem Sie gute Arbeit leisten, leisten Sie zugleich Mehrarbeit für die Gesellschaft, machen Sie zugleich Gewinn, handeln Sie zum Nutzen der Gesellschaft und zu Ihrem eigenen Nutzen.

Wir sind beide sicher darin einig, dass jede Gesellschaft Mehrarbeit braucht, und Sie haben, wie es scheint, auch nichts dagegen einzuwenden, dass ein wesentlicher Teil der Mehrarbeit zweckmäßigerweise die Form des Gewinns annimmt. Also besteht das Problem darin, zu zeigen, dass zwischen der ‚objektiven Arbeitsmenge‘, wie Sie es nennen, und der erweiterten volkswirtschaftlichen Reproduktion, die die entscheidende Grundlage für die Verbesserung der Lebenslage der Gesellschaft und jedes ihrer Mitglieder ist, ein zwingender Zusammenhang besteht. Das persönliche Interesse der Werktätigen, ihren Lebensstandard zu erhöhen, setzt die erweiterte Reproduktion (vermittelt durch Mehrarbeit, Gewinn, Akkumulationsfonds) voraus. Diesen Zusammenhang darzulegen war ein wichtiges Anliegen meines Artikels. Ich bin überzeugt, dass Sie diesem Gedankengang zustimmen, wenn Sie sich ihn noch einmal genau durch den Kopf gehen lassen. Ich glaube sogar, Sie werden mir zustimmen, dass die Einsicht in diesen Prozess, wenn er bei einem großen Teil der Werktätigen vorherrscht, beachtliche Kräfte zur weiteren Verbesserung der persönlichen Leistung, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität freisetzen wird.

Mit sozialistischem Gruß, Dr. Berger

Ich antwortete, 11.5.1965

Hermann Jacobs, Berlin-Weißensee, Straße 245, Nr. 34a, den 11.5.65

Herrn Dr. Wolfgang Berger, 1603 Schulzendorf

Werter Genosse Dr. Berger!

Vielen Dank für Ihre Antwort. Bitte entschuldigen Sie meine Ausdrucksweise, die man sich als Autodidakt immer aneignen wird. Ich kann aber alles erklären. Sie kennen die berühmte Stelle im „Kapital“, wo Marx sagt, wie der Wert gebildet wird. Es könne so scheinen, dass je fauler und ungeschickter ein Mensch arbeite, er umso größeren Wert dem Produkt zufüge. Doch es gälte nur die gesellschaftlich notwendige Zeit, erklärte Marx.

Entsprechend der gesellschaftlich anerkannten Zeit appropriiere der Produzent. Als Warenproduzent gilt nur der Besitzer der Produktionsmittel. Aber dieser arbeitet im Kapitalverhältnis der Arbeit nicht mehr. Der eigentlich Arbeitende, der Lohnarbeiter, ist der Nichtwarenproduzent, und der Nichtarbeitende, der Kapitalist, ist der Warenproduzent. Wer untersteht nun der Wertgröße der Ware, wer appropriiert entsprechend ihr? Spaltet die Trennung der Gesellschaft in arbeitende Nichtproduzenten und nichtarbeitende Produzenten auch das Appropriationsverhalten? Ja, das eben ist der Fall. Der nicht-arbeitende Warenproduzent untersteht in der Aneignung seiner durch die betriebliche Produktivität gebildeten Wertgröße. Der arbeitende Proletarier, der gesellschaftlich als Nichtwarenproduzent gilt, untersteht ihr nicht. Betrachten Sie die Tarife, Sie haben den Schlussbetrieb (bei gleichem Erzeugnis) und den Spitzenbetrieb. Die Spitze hat Surplus. Für die in beiden Betrieben tätigen Arbeiter ist das bedeutungslos. Sie arbeiten beide eine Stunde. Entsprechend den konkreten Bedingungen fallen im Schlussbetrieb aus ihr zehn Teile heraus, im Spitzenbetrieb fünfzehn. Beide Arbeiter haben den gleichen Lohn. Sie unterstehen daher nicht der betrieblichen Produktivität, nur der private Besitzer. Dieser wird nun enteignet. Alle Arbeiter setzen sich in den Besitz aller Betriebe. Sie besitzen damit als Eines alle Produktivität. Der Arbeiter im Spitzenbetrieb besitzt die Produktivität am Ende, und der am Ende die der Spitze. Ein örtliches privates Produktionsverhältnis erkenne ich doch darin, dass man nur in Abhängigkeit der örtlichen Masse konsumiert. Ein gesellschaftliches, gemeinsames wiederum daran, dass ich ihr nicht unterstehe. Derweil ich in Berlin produziere, produziere ich in Schwedt oder Karl-Marx-Stadt mit. Wenn es an die Verteilung der produzierten Menge geht, verteile ich den Berlinern nicht das Berliner Produkt und den Karl-Marx-Städtern nicht das ihrige. Die Gesellschaft gilt doch als Ganzes. Sie zieht alle Produktionsmengen ein und verteilt gleich nach allen Orten. Dadurch wird der in alle Orte, in alle Lohntüten einfließende Konsumtionsteil ein unabhängiger von der örtlich herausfließenden Masse. Nur insgesamt gesehen kann nicht mehr verteilt werden als produziert worden ist, örtlich gesehen aber sehr wohl. Über den Vergesellschaftungsprozess der Individuen sagt Marx in „Grundrisse“, Seite 75: Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe“.

Wann soll denn die Unterordnung unter die gemeinschaftliche Produktivität anfangen, wenn nicht mit dem gesellschaftlichen Besitzverhältnis.

Darin liegt der Wesensunterschied zwischen dem Appropriationsrecht unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit gegenüber der Warenproduktion. Alle kommunistischen Ökonomen sagen immer, die Gesetze bei sozialistischen Produktionsverhältnissen seien wesentlich verschieden von denen der Privatwirtschaft. Sie auch. Aber den Wesensunterschied erklären sie nicht als Sache, sondern pädagogisch, gesellschaftlich. Ihre Ökonomie ist der Form nach dieselbe wie die Warenproduktion, wenn man dem gegenwärtigen theoretischen Ausdruck Glauben schenken soll. Sie fügen z.B. einen ganzen Abschnitt über den Extraprofit ein. Um unter den modernen Bedingungen Extraprofit zu erzielen oder mit dem Fortschreiten der Technik Schritt zu halten, reichen die Potenzen eines Betriebes nicht mehr aus. Alle produktiven Kapitale sind längst Aktiengesellschaften geworden. Die Vergesellschaftung der Investition hat daher auch immer eine Vergesellschaftung der Dividende zur Folge. Sie können auch unter sozialistischen Extraprofit nicht örtlich an die betreffende Belegschaft, sondern nur gesellschaftlich verteilen. Wir haben keine isolierten Produzenten mehr. Und Sonderprämierung für persönliche oder betriebskollektive Leistungen können sie erst einführen, nachdem sie das gesellschaftliche Appropriationsprinzip geklärt haben. Erst muß das Besitzrecht, das Anteilrecht Aller an Allem in materieller Form sichtbar werden, bevor die Besonderheit der Prämie ergänzend wirken darf. Ich bin nicht gegen eine örtliche Bewertung besonderer Verdienste, wehre mich aber ganz entschieden gegen jedes individuelle Abheben gesellschaftlicher Leistungsverdichtung. Die örtliche Prämie kann gesellschaftlich nur sekundär sein. Erst kommt mein individuelles Anrecht auf jede gesellschaftliche Produktivität unabhängig von meiner konkret gelieferten.

Sie schreiben mir: „Ich dagegen sage: Indem Sie gute Arbeit leisten, leisten Sie zugleich Mehrarbeit für die Gesellschaft, machen Sie zugleich Gewinn, handeln Sie zum Nutzen der Gesellschaft und zu Ihrem eigenen Nutzen“. Diesen Satz lege ich mal unter den Hammer der Praxis. Zunächst „gute Arbeit“. Arbeit erfolgt an konkreten Maschinen. Diese sind leistungsverschieden. Der Begriff „je fauler und ungeschickter ... usw.“ hat nämlich durch den konkreten differenzierten Pm-Faktor auf der Arbeitskraft für die Person des Arbeitenden seinen Sinn verloren. Ich schweiße mit

Elektroden, mein Nachbar mit einem CO'2-Automaten. Seine Produktivität ist doppelt so hoch wie meine. Ich habe eine konkrete Norm, er eine. Wir schweißen eine Stunde, er 20 Meter, ich 10 Meter. Beide Normen sind mit 100 % erfüllt. Wer hat gut gearbeitet? Beide. Ich habe gut gearbeitet, weil ich 10 Meter erbrachte, er, weil er 20 Meter brachte. Wir bekommen beide 3,50 MDN Anteilrecht. Hätte er nur 19 Meter gebracht, ich aber meine 10 Meter, hätte ich gut, er schlecht gearbeitet. Die Masse nimmt keinen von ihrem konkreten Aufwandsort getrennten Allerweltsausdruck an (prinzipiell, anders also als in der Warenproduktion). Sie ist in der Elementarebene nicht Wert [d.h. die Zeit unterliegt keiner Durchschnittsbestimmung, die einen durchschnittlichen bzw. gesellschaftlich notwendigen Arbeitsertrag berücksichtigt], kann nie Wert sein. Jede Ökonomie gesellschaftlicher Arbeit wird unverstänlich, nicht mehr erklärbar, macht sie die Mengengröße an einem Arbeitsort zum Moralmaß für die Mengengröße am anderen Arbeitsort bei gleicher Zeiteinheit. Nur bei gleichen Bedingungen wird die Masse zu einem Synonym für Zeit. Die gesellschaftliche Moral geht mit einem Konkretum, und das heißt Verschiedenheit der Masse nach, Gleichheit der Zeit nach.

Wir haben beide gleich gut für die Gesellschaft gearbeitet trotz Verschiedenheit der Masse. So fängt meine Moral an. Ich werde doch in der Arbeit nicht auf eine Masse getrimmt, sondern auf meine Zeit. Meine Zeit ist faktisch masselos, weil sie einmalig auftritt mit ihrem Masseausdruck, weil ihre Masse absolut unverbindlich ist für alle anderen konkreten Arbeitsorte, weil die elementare Arbeitsaufwendung, die Selbstbewegung des Ortes geradezu einen „Horror“ vor allen Durchschnittskategorien, allem Wert samt Wertgröße empfindet, wie „die Natur vor der Leere“. Man kann nicht nach einem Wert arbeiten, wie ja der ganze Extraprofit zeigt. Behauptet sich meine Moral nun bei allen weiteren Zirkulationen, die das Produkt durchmacht? Sie schreiben: „... leisten Sie zugleich Mehrarbeit für die Gesellschaft, machen Sie zugleich Gewinn ...“. Aus dem Anfang des Satzes ergab sich, gleich gut sein heißt verschieden sein. Nun betrachten wir einmal, die Mehrarbeit. Ob eine Gesellschaft für 10 Meter Schweißnaht eine Stunde Arbeit oder nur eine halbe Stunde aufzuwenden hat, das hat nun allerdings einen bedeutenden Einfluss auf die Summe der Mehrarbeit oder erweiterten Reproduktion. Die Frage ist nur, was hat der konkrete Arbeiter damit zu tun, der konkrete Arbeitsort? Seine saubere gesellschaftliche Moral ging mit dem Liefern der

Verschiedenheit. Sie mündet ebenso automatisch in eine Verschiedenheit der Mehrarbeit. In dem Maße, wie die verschiedenen konkreten Arbeitsorte ihre konkreten Produktivitätsstufen verändern, zieht die Gesellschaft die frei werdenden Arbeitskräfte ab und übergibt sie dem Sektor der erweiterten Reproduktion. Dieser Sektor kann theoretisch überall sein. Er kann also auch in der absoluten Zunahme von Schweißnähten am betreffenden Arbeitsort liegen. Das Liefern der ersten Verschiedenheit haben sie gleich entlohnt. Das Liefern der in dieser Verschiedenheit gesetzmäßig eingepressten ebenso verschiedenen Quote Mehrarbeit aber soll nun nicht gleich, sondern verschieden belohnt werden. Es sollen ja „wesentliche Teile des Gehalts“ oder der Löhne vom Gewinn abhängig gemacht werden. Erst waren 10 Meter Nacht und 20 Meter Naht moralisch gleich gut, von der Objektivierung der möglichen und daher notwendigen Arbeitsmenge her gesehen, dann sind 10 Meter und 20 Meter verschieden von der in der Norm enthaltenen verschiedenen Menge Mehrarbeit her gesehen. Erst sagt die Gesellschaft: Du mußt mir die konkrete Norm, also die Verschiedenheit, bringen, dann bescheinige ich Dir für eine Stunde Arbeit das vorgesehene Konsumprodukt für eine Stunde. Dann sagt sie: Du mußt mir die Gleichheit bringen, die gleiche Quote Mehrarbeit oder Gewinn nämlich, bevor Du Konsument einer Stunde Arbeit wirst. Erst gibt die Gesellschaft die Gleichheit für Verschiedenheit, dann gibt sie Verschiedenheit für Verschiedenheit. Erst gibt sie, dann nimmt sie. Also ist das Geben nur leeres Versprechen. Das ist doch eine doppelte Moral, ihre Umkehrung um 180 Grad. Wenn ich Verschiedenheit am Ursprungsort der Arbeit objektivieren will, muß ich Gleichheit versprechen, dann kann ich ob der Verschiedenheit, die nun auch im Gewinn folgt, nicht die Nase rümpfen und sie moralisieren. Ich habe ja nichts anderes mehr zu erwarten, denn die Gesellschaft hat den verschiedenen Gewinn doch erzwungen, indem sie die neue Technik nicht erst dann einführt, wenn sie an allen Orten zugleich möglich ist, sondern sobald die erste Maschine am ersten Ort eingesetzt werden kann. Sie verlangt doch sofort die neue Norm, also die neue Verschiedenheit, denn nur so presst sie mit der neuen Norm die zusätzliche neue Arbeitskraft für die erweiterte Reproduktion schnellstmöglich heraus. Sobald sie jetzt das individuelle Einkommen eben von dieser Verschiedenheit im Gewinn – ich spreche hier wohlgerne nur von der örtlich sichtbar werdenden Quote – abhängig macht, hebt die Gesellschaft rückwirkend ihr Gleichheitsprinzip der Zeit bei der konkreten

masseverschiedenen Norm auf. Sie hebt das von Marx verkündete Zeitprinzip auf.

Nicht mehr die Zeit wäre Maß des Anteils, sondern die Masse. Jetzt würden 20 Meter Schweißnaht aus einer Arbeitsstunde mehr sein als 10 Meter, und zwar mehr Konsumtionsrecht. Es würde ein Durchschnittswert geboren werden. Der mag bei 15 Metern liegen. Der Wertausdruck hieße: 15 Meter Naht = eine Stunde Arbeit. 10 Meter gelten dann als 40', und 20 Meter als 80'. So appropriiert eben der Warenproduzent, weil er der Privateigentümer seiner Produktivität ist. Aber ich bin doch der Eigentümer der ganzen Gesellschaft im Dasein und in der Veränderung. Wo spüre ich denn das noch, wenn die Gesellschaft die betriebliche Produktivität zum wesentlichen Hebel für individuellen Anteil macht? Objektiviere ich für die Gesellschaft mein konkretes Arbeitsvolumen, werde ich bewegungslos in der Masse [d.h. wird die von mir produzierte Menge an Gütern einflusslos auf meine Lohnhöhe, diese bestimmt sich aus einer von der Gesellschaft bestimmten Menge an produzierten Gütern – wobei das im Sozialismus mehr als nur ein Warenquantum ist, das meine Arbeitskraft reproduziert]. Ich muß dann alle 6' einen Meter Schweißnaht hinlegen. Weniger darf ich nicht, mehr kann ich nicht. Um bei konkreter richtiger Norm in der Masse vorpreschen zu können, muß ich warten, bis die Gesellschaft bei mir mittels Investition den Pm-Faktor verändert. Dann würde meine Geschwindigkeit wieder anziehen. Die Investitionsrate ist aber nicht unendlich. Nicht mein Arbeitsort ist der erste bedachte, sondern der andere. Nun sagt die Gesellschaft, hier wird der Gewinn erhöht, alle Arbeiter dieses Ortes werden beteiligt. Wer investiert denn bei gesellschaftlichem Eigentum in jeden Ort? Das sind alle, das ist auch der stehenbleibende Ort. Weil er im höheren Interesse auf sein Vorwärtsgen verzichten, zieht sich die Gesellschaft aus seinem Konsumtionsrecht zurück. Wo ist denn da die Logik, wo das gesamtgesellschaftliche Eigentum? Missfällt das nun dem festgemachten Ort, kann er nur folgen, nur den Gewinn erhöhen, indem er bisher nicht sein mögliches Arbeitsvolumen objektiviert hatte. Oder er fälscht über die Qualität.

Auf das theoretische Problem des Gewinns im Einzelnen, dass sich bei exaktem Wirken des Gewinnhebels der Extraprofit auf der antagonistischen Linie der Konzentration (dem gleichen Produkt aus verschiedenen Orten) an der Spitze der Linie sammelt, auf der kausalen Linie der Konzentration (dem

v+c-Verhältnis aller Gebrauchswerte) aber an den Schwanz der Bewegung strömt, will ich gar nicht eingehen. Der Gewinn hat ja eine objektive Funktion im Wirken des Wertgesetzes inne. So anarchisch ist das Profitstreben des Warenproduzenten nämlich gar nicht.

Was mich in dieser ganzen Angelegenheit im Grunde genommen interessiert, sind zwei Punkte:

Warum ist mein Stundenlohn zunächst gleich, wenn ich durch konkrete Norm eine verschiedene Masse Produkt liefern muß, wird dann aber durch eine Prämie ungleich von Betrieb zu Betrieb, weil in der konkreten Norm zwangsläufig eine verschiedene Menge Mehrarbeit (Gewinn) enthalten ist? Warum hängt mein Einkommen nicht von meiner konkreten Leistung für die Gesellschaft ab – ich erfülle die Norm -, sondern von der konkreten Leistung der Gesellschaft für mich – meiner betrieblichen Produktivität [worin nicht meine Fähigkeit erscheint, arbeiten zu können, sondern eine Fähigkeit der Gesellschaft erscheint, technisch-ökonomisch entwickelt zu sein]? Warum soll sich das Individuum, gesellschaftlich zur Gesellschaft verhalten, aber die Gesellschaft individuell zum Individuum? Die Tatsache, dass der schon ausgezahlte Lohn in alter Höhe bleibt, die neue Gewinnbeteiligung, also die Veränderung die Zunahme betrifft, würde diese Theorie für alle Arbeiter sogar reizvoll machen. An der Individualisierung des Konsumtionsrechts im Prozess des Wachsens änderte das nichts. Der Kommunismus endete mit einer ganz konkreten und sehr wichtigen Seite der Gesellschaft an der Betriebsmauer.

Warum löst die kommunistische Ökonomie gegenwärtig das gesellschaftliche Eigentumsverhältnis in ein betriebliches Produktivitätsverhältnis auf?

Mit freundlichen Grüßen, Hermann Jacobs

Dieser Brief war Wolfgang Berger Anlass zu einem zweiten Brief an mich, 20.5.1965

Dr. Wolfgang Berger, 1603 Schulzendorf, Rosa-Luxemburg-Str. 14, den 20.5.1965

Werter Kollege Jacobs!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 11.5.1965. Ich glaube, mir ist jetzt klargeworden, worauf Sie hinauswollen. Gestatten Sie mir jedoch vorweg eine persönliche Bemerkung. Ich habe aus Ihren Briefen den Eindruck gewonnen, dass Ihr Standpunkt auch von einer gewissen Verärgerung oder Enttäuschung mitbestimmt ist. Anders kann ich mir kaum erklären, dass Sie, der Sie bestrebt sind, die Kategorien der Dialektik selbstständig auf die Probleme anzuwenden, beinahe ostentativ davon Abstand nehmen, wenn es sich um das Wechselverhältnis von Gesellschaft und Individuum bzw. Volkswirtschaft und Betrieb handelt.

Sie fragen: „Warum hängt mein Einkommen nicht von meiner konkreten Leistung für die Gesellschaft ab, sondern von der konkreten Leistung der Gesellschaft für mich – meiner betrieblichen Produktivität?“ Diese Fragestellung akzeptiere ich nicht. Bei Ihnen kommt es so heraus, als ob die Prämien der unterschiedlichen Produktivität geschuldet sein sollen, die in den Betrieben vorhanden ist und die die Gesellschaft vorläufig gar nicht vermeiden kann. Der Unterschied in der betrieblichen Produktivität, der durch die Produktionsmittel bestimmt ist, ist für den Betrieb und sein Kollektiv eine objektive Größe, und deshalb soll er gar nicht die Quelle von Prämien bzw. von prämiengewirksamen Gewinn sein. Solche Unterschiede sollen durch entsprechende Preisbildung usw. aufgehoben werden, d.h. wirkungslos sein. Worum es geht, ist doch folgendes: Der Anspruch auf Prämie soll dann entstehen, wenn ein Arbeiter oder ein Kollektiv von Arbeitern mit denen ihnen (als objektive Größe) zur Verfügung stehenden Produktionsmitteln mehr erreicht, als die Gesellschaft von ihnen erwartet. (Diese Definition bezieht sich nicht etwa nur auf die Tätigkeit am unmittelbaren Arbeitsplatz, für die der Lohn gezahlt wird. Sie soll auch die Leistungen im weiteren Sinn erfassen, die positiven Ergebnisse, die auf die Teilnahme an der Leitung des Betriebes, auf die Durchsetzung von Ordnung und Sparsamkeit, auf die Realisierung von Verbesserungsvorschlägen usw. zurückzuführen sind).

Durch eine solche „gute Arbeit“ wächst doch das Mehrprodukt und der Gewinn und daran sollen die Urheber des Wachstums ihren Anteil haben, damit sie materiell daran interessiert sind, auch in Zukunft solche besonderen Leistungen im gesellschaftlichen Interesse zu vollbringen.

Es ist eben auch philosophisch nicht zulässig, Gesellschaft und Individuum einander entgegenszustellen. Unsere neue Gesellschaftsordnung wird durch

Individuen geschaffen, die durch Klassen- und andere Interessen miteinander verbunden sind. Wenn ein Arbeiter oder eine Gruppe von Arbeitern bei sonst gleichen Bedingungen mehr für die Gesellschaft tut – in dem von mir dargelegten Sinne, dann soll sie einen höheren Anteil am Konsumtionsfonds haben. Sie werden mir doch aus Ihrer Erfahrung sicher beistimmen, dass zwei Arbeitskollektive sehr unterschiedliche Ergebnisse erzielen können, obwohl sie gleiche Arbeitsbedingungen haben bzw. obwohl die Unterschiede in den Arbeitsbedingungen ausgeglichen werden, so gut es geht. Die Leistungen in der Produktion hängen nicht nur von den objektiven Produktionsbedingungen ab, sondern auch von subjektiven Faktoren wie Pflichtgefühl, Einsatzbereitschaft, Kollektivgeist.

Der Kommunismus endet auch in diesem Sinne nicht an der Betriebsmauer, wie Sie sagen, sondern durch die – unterschiedlichen – Leistungen der objektiv miteinander verbundenen Betriebskollektive wird der Sozialismus geschaffen.

Im gleichen Sinne möchte ich auch Ihre zweite Frage beantworten. Es geht nicht um die Auflösung des gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisses. Aus dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln kann überhaupt kein Anspruch auf Einkommen wachsen. Seine Quelle ist die Arbeit. Da die Produktivität der Arbeit im Maßstab der Gesellschaft durch die Produktivität der Arbeit in den Betrieben bestimmt wird, ist die sozialistische Ökonomie bestrebt, die Werktätigen materiell daran zu interessieren, ein optimales Ergebnis der betrieblichen Arbeit zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

W. Berger

Nunmehr mein dritter Brief

Hermann Jacobs, Berlin-Weißensee, Straße 245, Nr. 34a

Lieber Dr. Berger,

diesen 2. Brief las ich mit wachsender Verblüffung. Sie sind ein auch international anerkannter Autor der marxistischen Ökonomie. Das Recht der Veröffentlichung wird Ihnen anstandslos gewährt. Man zieht Sie für die Darlegung der Ansichten ganzer Wissenschaftler-Kollektive und gar der

Partei heran. Man vertraut Ihnen die Verantwortung über wissenschaftliche Exaktheit an und Sie tragen diese Verantwortung. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Sie haben in meinen Briefen an Sie von einer gewissen Sorge gespürt, wie der Gewinnhebel wirken soll. Das kann privates Unverständnis sein, das Problem als solches kann aber auftauchen. Eine persönliche Auseinandersetzung mit mir in der Öffentlichkeit wäre zunächst sinnlos, da ich kein verantwortlicher Wissenschaftler bin, eine Auseinandersetzung mit dem Problem objektive Produktivität - contra Gewinn wäre eine solche öffentliche Beantwortung jedoch wert. Ich autorisiere Sie, jeden Satz meiner Briefe separat oder im gedanklichen Zusammenhang in einschlägigen Veröffentlichungen wiederzugeben als Antwort auf eine Anfrage aus dem Betrieb. Sie können an jeden Satz Ihre eigene Deutung, so wie Sie das auch in Ihren Briefen an mich tun, anknüpfen. Ich habe nur den einen Wunsch, dass Sie den elementaren Satz Ihres letzten Briefes in jener Form oder gedanklich wiedergeben, der wohl bis auf den Grund des Appropriationsgesetzes des Kommunismus führt: „Der Unterschied in der betrieblichen Produktivität, der durch die Pm bestimmt ist, ist für den Betrieb und sein Kollektiv eine objektive Größe, und deshalb soll er gar nicht die Quelle von Prämien bzw. von prämienswirksamen Gewinn sein“. Mit einer Warenproduktion hat dieser Satz nichts mehr zu tun. Wenn es denn so sein soll, dass der Gewinn sozialistischer Prägung tatsächlich etwas so qualitativ Neues ist, wie Sie in Ihrem Artikel und nun auch mit diesem Satz schreiben, dann, bitte, steigen wir doch ins Detail. Untersuchen wir doch einmal in aller Öffentlichkeit, was entsteht, wenn der Preis differenziert – nicht mehr der Gewinn - mit der Differenz in der Produktivität. Sie können mit diesem Satz eine Diskussion auslösen, die grundlegenden Wert für die Klarlegung der Ökonomie vergesellschafteter Arbeit besitzt. Ich hätte nichts dagegen, wenn Sie mich als Aufhänger benutzen.

Ich bitte Sie um diesen Dienst im Interesse der Sache.

Hermann Jacobs

Apropos: Mich treibt der Eifer, nicht die Enttäuschung.

Einen dritten Brief von Dr. Wolfgang Berger an mich gab es nicht. Ich muss allerdings – immer entsprechend meiner weiteren Tätigkeit in volkseigenen

Betrieben – sagen, dass es den gewinnabhängigen Lohn, den das NÖS vorgesehen hatte, auch nicht gab.

Hermann Jacobs: Erläuterung des behandelten Problems

Rein sachlich, oder auch historisch, kann man sagen, dass das Problem, Löhne, Lohnhöhen, Lohnsteigerungen, von Gewinnhöhen, deren Steigerung, in Preisen abhängig zu machen, vom Tisch ist/war. Das NÖS war „gescheitert“, oder nennen wir es etwas milder: nicht zum Zuge gekommen; es wurde einfach nicht Praxis.

Andererseits wurde ich auch nicht Praxis mit meiner Idee einer allgemeinen Erhöhung der Löhne auf der Basis gestiegener Produktion im Gesamten, oder genau: gestiegener Produktion von Konsumtionsmitteln, also des Volumens an Produkten der Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion, wie Marx das nannte.

Was gab es denn nun in der Realität? Ich würde sagen, eine Verteilung des eben genannten Volumens an produzierten Konsumtionsgütern, aber – ungeordnet. Also eine Verteilung einer produzierten Menge, was beide Systeme/systemischen Gedanken wollten, aber ohne eine geregelte Form.

War das nun die „richtige Form“, muß der Sozialismus ungeregelt vorgehen, muß er ohne System Löhne erhöhen? Bzw. ungeregelt verteilen, was produziert worden? Das gäbe demjenigen, der die Verteilung vornimmt, freie Hand. Es erschiene ein Recht desjenigen, der die Verteilung vornimmt, anweist: ein allgemeines Individuum. Auch eine Möglichkeit, eine erste allgemeine, oder eine „letzte“ Private wie man's nimmt, bevor eine höhere Form des Sozialismus beginnt, in der – laut Marx - nach Bedarf angeeignet werden soll. Und das heißt, dass das ökonomische Recht unmittelbar auf die Seite des Individuums übergeht. Das würde dann sowieso „ungeregelt“ vor sich gehen. Also nur zwei Formen der Ungeregeltheit, die eine, erste, mit einer zentral für die Individuen entscheidenden Form, die zweite dann dezentral individuell vorgehend.

Es hätte eine weitere wie höhere Entwicklung des Sozialismus geben müssen, dann wäre gewiss Klarheit in dieser Frage eingetreten.

Ich will noch einmal sagen, warum ich gegen die Abhängigkeit von Löhnen, Lohnsteigerungen vom Gewinn war und bin. Weil die Erhöhung der Produktivkraft der einzelnen, besonderen, also betrieblichen Arbeit durch Produktionsmittel erfolgt, in denen sich die Qualität einer Entwicklung der Arbeit durch alle Arbeitenden niederschlägt. Produktivkräfte werden heute gesellschaftlich entwickelt. Der Effekt der Produktivitätssteigerung bzw. die Effektivität der Arbeit im Individualbereich der Arbeit ist gesellschaftlich verursacht, Betriebe setzen nur um – gewiss mit einem individuellen Beitrag. Aber im Großen und Ganzen, was die Masse der produktiven Entwicklung ausmacht, liegt eine gesellschaftlichen Leistung als Ursache vor, und es muß das Recht der Gesellschaft, also aller Arbeiter sein, sich den individuell nur umgesetzten Beitrag zur Produktionssteigerung auch aneignen zu können. Das muß sichtbar werden der Form nach, d.h. einer Form der Lohnerhöhung nach! In der Steigerung des Gewinns in Preisen erscheint (nur noch), was eine Gesellschaft geleistet hat, gesteigert hat, und nicht, was ein Betrieb geleistet hat, was ein einzelnes Individuum kann.

Im Übrigen ist das auch beim Profit im Kapitalismus, seinem Preissystem so. Wir haben zu berücksichtigen – Marx' Wert- und Kapital-Theorie! -, dass die unmittelbaren Steigerungen der Produktivkraft der Arbeit (in einer Wertökonomie), die auch nur mehr und mehr dem gesellschaftlichen Eintrag in das einzelne Kapital zu verdanken sind⁹³, in ebenso individuellen, einzelnen Preissenkungen erscheinen. Und erst wenn diejenigen Preise, die in die Bestimmung eines Wertes/Preises eines Lohnarbeiters eingehen, von der Preissenkung ergriffen werden und nun den Lohn umbestimmen - in diesem Fall niedriger bestimmen -, steigt der Gewinnanteil der Preise, aller Preise im Übrigen, nicht nur der, die an der Produktivitätssteigerung beteiligt waren. Also, bei Wertökonomie sind sinkende Preise der Ausdruck/die Erscheinung von Steigerungen der Produktivität. Sie sind nur Ausdruck des gesunkenen

⁹³ Dass im Kapitalismus die gesellschaftlichen Einwirkungen auf die Produktivkraft der individuellen Arbeit als individuelle Leistungen erscheinen, hat mit dem *Privateigentum* an der Arbeit zu tun. Das Gesellschaftliche *erscheint* nur als das Private, *ist* aber ab dem Übergang der so genannten einfachen Warenproduktion in dessen kapitalistische Stufe nicht mehr das Private. Die Verhältnisse zwischen Gesellschaft und Individuum erscheinen *falsch*. Der Sozialismus muß sich davor hüten, das Falsche des Kapitalismus fortsetzen zu wollen.

Verbrauchs an gegenständlicher oder lebendiger Arbeit, nicht deren Grund, Voraussetzung.

Und bei Ökonomie der konkreten Arbeit? Auch hier sinken die Kosten (gegenständlich wie lebendig), wenn die Produktivkraft steigt, ebenfalls individuell, besonders. Nur, die Preise bleiben unverändert. Nach außen wird nicht mehr ausgedrückt, was im Innern der Arbeit vor sich geht – auf den ersten Blick, nur den Preis im Einzelnen betrachtet. Die Kosten, der Verbrauch also sinkt. Und was steigt, sind die Gewinne in Preisen, so direkt wie die Kosten bzw. der Verbrauch sinkt. Dann steigen die Gewinnanteile in Preisen so direkt, wie die individuelle Arbeitsproduktivität steigt. Also: einmal sind Preise der Ausdruck der Individualität, andermal Gewinne. (Aber die Ursache ist in beiden Fällen gesellschaftlich entwickelte Produktivkraft!) Das Zeitalter des gleichen Gewinn-Machens auf die geleistete Arbeitszeit ist dann passee. Und die Zeit des ungleichen Machens von Gewinn bricht an. Und sie brähe gesteigert an, würde auf diese neue Form der Ungleichheit bei gleicher Arbeit (!) eine Lohnerhöhung bezogen werden. Mit dem gleichen Lohn auf gleiche Arbeitszeit (anstelle des gleichen Wertes/Preises/Profits auf gleiche Arbeitszeit) wäre es dann vorbei.

Ungleich im Kapitalismus, bei Warenproduktion ist die Preissenkung der Waren, weil sie auf unterschiedlicher Steigerung der Produktivkraft beruht. Gleich aber ist die Profitsteigerung bei ungleicher Produktivitätssteigerung, weil die ungleiche Preissenkung in eine Form der gleichen Preissenkung übertragen und auf alle Preise geltend gemacht wird.

Umgekehrt der Sozialismus. Die Gleichheit der Löhne (auf gleiche Arbeitszeitleistung) kann hier nur gewahrt bleiben, wenn sich die Gesellschaft zu einer Form der allgemeinen Lohnerhöhung, d.h. einer solchen Lohnerhöhung entschließt, in der keine Rücksicht auf die ungleiche Steigerung der Gewinne genommen wird. Der Lohn muß erhöht werden, egal ob ein Betrieb die Produktivität hoch oder niedriger – oder gar nicht steigert.

Das also das nachträgliche Resümee eines Briefwechsels, der leider nicht seine Lösung fand.

*

Moral, wo fängst Du an? - lautete die Frage. Meine Antwort:

Was moralisiert der Arbeiter zuerst, unmittelbar, was muß er leisten, um überhaupt ein Recht auf einen Lohn/eine Lohnerhöhung zu verdienen, darauf war meine Aufmerksamkeit gerichtet. Und da sagte ich, immer entsprechend der Praxis der Arbeit: Das ist eine bestimmte Menge eines zu Produzierenden/Leistenden, ich habe es in der Arbeit immer mit konkreten Gütern/Aufgaben zu tun, die ich herzustellen, zu erledigen habe, daran werde ich gemessen. Erfülle ich diese Aufgaben, dann habe ich ... Zeit verdient, d.h. dann habe ich bezüglich dieser Zeit das Recht erworben, Lohn zu verdienen. Aber wie hoch dieser Lohn ist, ergibt sich nicht aus der Zeit an sich, sondern ist geltend zu machen als ein Anteil an Gütern, Konsumgütern (Marx), die von der Gesellschaft, also der Arbeit Aller produziert worden sind.

Der Lohn erscheint als Teil des Preises, ist aber ein Recht/Anteil an der Arbeit Aller, wird also nicht an sich durch „meine“ Arbeit bestimmt, „mein“ Produkt, „meinen“ Preis, auch nicht durch „meinen“ Gewinn (im Preis), wie das nun (partiell) im NÖS der DDR der Fall sein sollte, und wie das Wolfgang Berger im „Neuen Deutschland“ zur Sprache brachte, sondern ihm liegt das ökonomische Potential eines ganzen Landes zu Grunde. Auch wenn der Lohn im Preis als einer seiner Kostenteile erscheint, ist er nicht gleichzusetzen dem Wert der Ware! Und auch nicht dem Gewinn im Preis einer Ware. Denn der Wert wie auch der Gewinn sind individuelle Größen, d.h. Verhältnisse der Arbeit im Besonderen. Das trifft auch auf die Zeit – die ich leiste – zu. Daher spricht Marx vom Leistungsprinzip in einer ersten Periode des Kommunismus als einer Analogie zur Warenproduktion, zur Wertbestimmung der Ware. Aber der Lohn als eine Mengenbestimmung an produzierten Gütern ist eine gesellschaftlich gebildete Größe. Um die Zeit, die ich leiste, muß ich wissen und kann ich wissen, um den Lohn, den ich damit verdiene, der mir auf die Zeit gezahlt wird, nicht.

Der Lohn ist – ökonomisch gesehen – eine gesellschaftliche Kategorie. Eine Bindung des Lohnes/der Lohnerhöhung aber an den Gewinn, ausgehend von diesem, dreht dieses Verhältnis natürlich um, d.h. macht aus ihm ein partiell individuelles ökonomisches Verhältnis.

Mit diesem Wissen, oder mit dieser Einstellung ging ich an den Artikel von Wolfgang Berger heran. Wolfgang Berger – und diejenigen Politiker/Ökonomen, die immer noch dem NÖS nachtrauern, mit einem anderen.

Wie lange noch?

Lebensdaten des Autors

Geboren 1929 in Berlin. Acht Klassen Schulbesuch in Berlin-Wittenau.

Nach dem Krieg erst einige Gelegenheitsarbeiten; dann – 1946 – Volontär beim „Neuen Deutschland“, dem Zentralorgan des ZK der SED. 1947 zum Redakteur ernannt. Zunächst Nachrichtenabteilung, dann Wirtschaftsabteilung (diese Abteilung dann hauptsächlich), aber auch Innenpolitik, Berlin-Lokalredaktion, später Abt. Gesamtdeutsche Fragen.

1952 vom damaligen Chefredakteur Rudolf Herrnstadt mit der Leitung der Bezirksredaktion des ND für die Mark Brandenburg betraut. Dadurch näher mit der Praxis verbunden worden.

1955 aus dem ND ausgeschieden, Beginn einer Tätigkeit in einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG), danach Redakteur der Zeitung der MTS Radensleben.

1957 direkt in die Produktion gegangen – alles Berliner VEB-Betriebe; erst Fräser, dann Dreher, schließlich Schweißer und zuletzt Stahlbauer. Hier auch Lehre, also gelernter Stahlbauer.

Ab der Mitte der 70er Jahre Extern-Studium an der Humboldt-Universität in Berlin, Bereich Finanzen. Diplom. Diplomarbeit „Allgemeine Finanztheorie“.

1990 Rentner – gezwungenermaßen.

ISBN: 978-3-9818899-7-0

13,00 €
